

Andreas Bänziger

Die Saat der Dürre

Afrika in den achtziger Jahren



Lamuv Verlag

5/88 2230
Donat

Andreas Bänziger
Die Saat der Dürre

Afrika



angegeben ist
jeweils das Jahr
der Unabhängigkeit

Andreas Bänziger

Die Saat der Dürre

Afrika
in den achtziger Jahren

Lamuv Verlag

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Bänziger, Andreas:

Die Saat der Dürre: Afrika in d. 80er Jahren / Andreas Bänziger. -
Bornheim-Merten : Lamuv Verlag, 1986.

ISBN 3-88977-101-7

**Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an, das wir Ihnen
kostenlos zusenden.**

1. Auflage, Oktober 1986
 2. Auflage, September 1987
- © Copyright Lamuv Verlag GmbH,
Martinstraße 5, 5303 Bornheim-Merten 1986

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Übersetzung, Vervielfältigung und Verbreitung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlaggestaltung: Gerhard Steidl unter Verwendung eines Fotos von
Andreas Bänziger, das Hirsekolben zeigt

Karten: Harald Walla

Gesamtherstellung: Steidl, Göttingen

ISBN-3-88977-101-7

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen	7
1. Jahrtausende und Jahrmillionen – Afrika in der Perspektive	9
2. Äthiopien: Aber die Erde ist nackt	26
3. Sahel: »Wenn die Bäume sterben, ist die Erde müde«	48
4. Die Nomaden – Umweltzerstörer oder Opfer?	63
5. Weniger Geld, mehr Geduld für die Entwicklungshilfe	77
6. Ein Kontinent, der sich nicht ernähren kann	97
7. Selbstversorgung schließt mehr Produktion nicht aus	109
8. Die sanfte Intensivierung der Landwirtschaft	122
9. Stadt gegen Land, Bauern gegen Bürokraten	137
10. Die Zwangsjacke, in der Afrikas Wirtschaft steckt	151
11. Die Schule: Opium für das Volk	176
12. Die Verwestlichung der Seele	192
13. Fehlgeleitete Politik – zum Beispiel Uganda	205
Zusammenfassung	220

Kartenverzeichnis

Afrika	2
Kenya	10
Niger	14
Sudan	22
Äthiopien	27
Sahel-Länder	50
Sierra Leone	102
Rwanda	122
Senegal	152
Zaire	158
Nigeria	165
Zimbabwe	179
Uganda	205

Vorbemerkungen

Die Idee, acht Jahre Berichterstattung aus Afrika und Reisen in über 40 afrikanische Länder mit einem Buch abzuschließen, stammt nicht von mir, und nicht selten, während ich an diesem Buch schrieb, kamen mir Zweifel, ob ich es nicht besser hätte bleiben lassen, ob das Unterfangen nicht doch zu vermessen sei. Mehr sei mir entgangen, als mir aufgegangen sei, beschlich mich manchmal ein lähmendes Gefühl.

Nach Jahren der Beschäftigung mit Afrika ist mir dieser Kontinent nicht »klar« geworden, er wurde im Gegenteil immer widersprüchlicher, komplexer, widerspenstiger. Ich wurde nicht zunehmend sicher in meinem Urteil, sondern zunehmend verunsichert; nur ein Zipfel der Wirklichkeit wurde einsehbar. Afrika will sich ganz einfach nicht unter einen Hut bringen lassen, und zwischen zwei Buchdeckel schon gar nicht.

Man kann kaum eine Aussage machen über Afrika – das hier als Afrika südlich der Sahara, aber ohne Südafrika definiert ist –, ohne daß einem gleich auch ein Gegenbeispiel einfällt, das dem gerade Gesagten widerspricht. Je höher der Abstraktionsgrad einer Überlegung, desto mehr Gegenbeispiele, Ausnahmen und Widersprüche stellen sich ein.

Dieses Buch versucht, dem so gut wie möglich Rechnung zu tragen. Es wechselt zwischen konkreten Situationen, konkreten Beispielen und meinen eigenen Bewertungen, Interpretationen und Thesen. Das Buch hat einen »darstellenden« und einen »analysierenden« Pol, zwischen denen es hin und her pendelt. Dabei hielt ich es für legitim, beim darstellenden Teil auf eigene, bereits publizierte Berichte und Reportagen zurückzugreifen. Sie sollen Einblick in konkrete afrikanische Wirklichkeiten vermitteln, die dem Leser vielleicht nicht geläufig sind. Wo ich mich zu stramm formulierten Urteilen und Thesen versteige, bin ich mir bewußt, daß meine Wertungen nie hundertprozentig, sondern bloß mehrheitlich zutreffen – und auch darüber kann man sich natürlich streiten.

Die Form der Erkenntnis und der Darstellung kann ohnehin nicht die Gerade sein, in der sich stets das eine schön zwingend aus dem andern ergibt. Die Erkenntnisform ist eher die einer Zwiebel (und wenn das manchmal in den Augen brennt, sei es in Kauf genommen).

Trotzdem ist meine Auseinandersetzung mit Afrika in diesem Buch rationaler Natur. Sicher bleiben dieser Betrachtungsweise viele Bereiche verschlossen. Andererseits wurde uns Afrika oft genug als mystisch, unverständlich, womöglich »dunkel« dargestellt, als »schwarzer Kontinent«, zuckende Leiber im Rhythmus der Buschtrommel und so. Für mich war der Versuch eines rationalen Zugangs befreiend, denn auf diese Weise findet man – eigentlich nicht weiter erstaunlich – in Afrika stets dieselbe Rationalität vor, wenn man sich nur die Mühe gibt, sie zu finden. Eine rationale Betrachtungsweise verbindet über kulturelle Unterschiede hinweg.

Dieses Buch strebt weder Vollständigkeit noch Wissenschaftlichkeit an. Es will keine abgeklärte Zusammenfassung sein, sondern eher Anstöße und Anregungen zu neuem Denken geben in einer Situation, die man am ehesten mit Ratlosigkeit umschreiben könnte: Ein Vierteljahrhundert nach der Unabhängigkeit wissen die Afrikaner nicht mehr so recht, wohin die Reise gehen soll, und sogar den Entwicklungsexperten kommen Zweifel, ob sie die leichten Lösungen für Afrikas Probleme wirklich zur Hand haben.

Nairobi, im April 1986
Andreas Bänziger

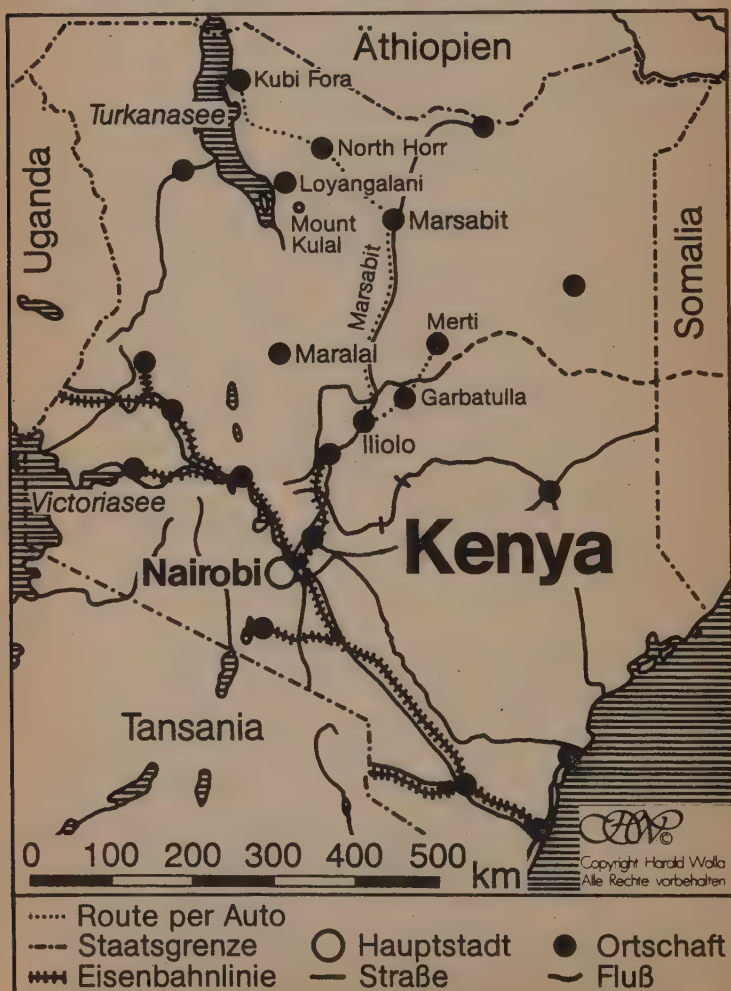
1. Jahrtausende und Jahrmlionen – Afrika in der Perspektive

Spätestens in den achtziger Jahren ist Afrika endgültig zum Kontinent der Katastrophen geworden. Eine verheerende Dürre erfaßte sowohl die Länder des trockenen Sahel-Gürtels von Senegal bis nach Sudan als auch weite Teile des sonst meist fruchtbaren südlichen Afrika. 21 von 45 afrikanischen Ländern südlich der Sahara brauchten 1985 nach Angaben der UNO-Landwirtschaftsorganisation FAO dringend Nahrungsmittelhilfe. Millionen Afrikaner wären verhungert, wenn die westlichen Industrieländer nicht einen Teil ihres Überschußgetreides zur Verfügung gestellt hätten. Das Fernsehen brachte erschütternde Bilder direkt in die gute Stube der Europäer und Amerikaner, und die entsetzte Reaktion der Bevölkerung zwang die Regierungen zu einer großzügigen Geste: 6,7 Millionen Tonnen Getreide wollte der Westen in einem einzigen Jahr nach Afrika schicken (bedeutend weniger traf tatsächlich rechtzeitig ein). Doch als es im Sommer und Herbst 1985 in den meisten der betroffenen Gebiete endlich wieder ausreichend regnete, wußte niemand ein Rezept, wie die eben geretteten Millionen Menschen die nächste Dürre aus eigener Kraft überstehen sollten.

Gleichzeitig lieferten sich die Afrikaner in dem einen Jahr 1985 nicht weniger als sieben Kriege und Bürgerkriege: in der Westsahara und in Uganda, aber auch in den akuten Hungerländern Äthiopien, Sudan, Tschad, Moçambique und Angola. Den bitterarmen Sahel-Ländern Mali und Burkina Fasso war Weihnachten 1985 für blutige Gefechte an der Grenze zwischen den beiden Ländern gut. Für Schlagzeilen sorgten die Unruhen in Zimbabwes Matabeleland oder die blutigen Zusammenstöße mit religiösen Fanatikern in Nigeria. In Südafrika schien die Entwicklung eine tragische Wendung zu nehmen. Sudan, Uganda und Nigeria erlebten in jenem Jahr einen Staatsstreich. Afrika war der Konti-

nent von fünf Millionen Flüchtlingen, von kaum mehr bezahlbaren Schulden, von Bevölkerungsexplosion, Arbeitslosigkeit, Verstädterung.

Eine Momentaufnahme, wie sie schlimmer kaum ausfallen könnte. Und doch gibt es auch ein anderes Afrika, das einem ein Gefühl gibt, als wäre das Afrika der Katastrophen, das gegenwärtige, aktuelle Afrika nur eine mißglückte Sekunde in einer Geschichte ohne Anfang und ohne Ende. Drei Situationen aus diesem Ur-Afrika sollen aufzeigen, daß die Katastrophen und die scheinbare Ausweglosigkeit, in der sich der Kontinent heute zu befinden scheint, vielleicht nicht das letzte Wort über Afrika sind.



Wenn man 30 Kilometer nördlich von Maralal in Nordkenya von der staubigen Straße zum Turkana-See abbiegt und über einen Feldweg zum Rand des gewaltigen Ostafrikanischen Grabenbruchs fährt, dann glaubt man, wie durch ein Guckloch in die Jahrmillionen zu schauen. Eben ist man noch durch die großen, mit modernen Maschinen bearbeiteten Weizenfelder von Iliolo gefahren. Jetzt fällt das Land plötzlich fast senkrecht ab, in zwei Stufen vielleicht 1 000 Meter oder mehr. Unten ist nichts und niemand; man hat das Gefühl, als habe noch nie ein Mensch einen Fuß in diese unberührte Landschaft gesetzt, obwohl man weiß, daß die *ngoroko*, die Räuber und Viehdiebe der Region, hier gelegentlich Zuflucht suchen.

Urlandschaft. Gras, Akazien, Hügel, die sich in den morgendlichen Dunst hinein fortsetzen, bis auf der anderen Seite wieder die Wand des Grabenbruchs aufsteigt. Man kann diese Landschaft saftig-grün erleben oder auch gelblich-braun in der Trockenzeit oder schwärzlich nach einem ausgedehnten Buschfeuer, das sich von selbst entzündet haben mag. Ein scharfer, kalter Wind weht von der Hochebene her über den Felsabbruch. Ein Gefühl von Ewigkeit mag einen da ankommen. Nicht ganz zu Unrecht. Denn nach allem, was die Wissenschaft weiß, ist hier, im Ostafrikanischen Grabenbruch, der sich vom Roten Meer bis nach Moçambique erstreckt, besonders aber in seinem kenyanischen Teil, der Mensch entstanden. Nirgends sonst auf der Welt kann man anhand von fossilen Knochenfunden die Evolution des Menschen so weit in die Jahrmillionen zurückverfolgen. Die Forscher betonen, daß sie den Beweis, daß der Mensch nicht auch an anderen Orten der Welt entstanden ist, nur negativ führen können. Wenn man weiter zurückschaut als zwei Millionen Jahre, gibt es fossile Hinweise auf die Entstehung des Menschen nur im Ostafrikanischen Grabenbruch in Tansania, in Äthiopien und – die ältesten – in Kenya.

Wo über Jahrmillionen hinweg die Urform des modernen Menschen – der *homo erectus* – entstand, ist heute menschenleere Halbwüste. Nur selten kommen noch Nomaden vom äthiopischen Stamm der Dassanetch zum Ostufer des Turkana-Sees, wo sie in den ausgetrockneten Flußbetten ganz ähnlich ihr Lager aufschlagen wie vor ein bis zwei Millionen Jahren der *homo erectus*. Die reichen Fundgebiete am Turkana-See sind rund 1 000 Kilometer von Nairobis Hauptstadt entfernt und nur schwer zugänglich. Schon 280 Kilometer nördlich von Nairobi verläßt man bei Iliolo Teerstraße und »Zivilisation« (Kenyas erster Präsident Jomo Kenyatta hatte es, außer als Gefangener der Briten, nie nördlich

von dieser Linie gebracht). Durch die Kaisut-Wüste gelangt man nach Marsabit, einer Art grünen Oase mit dichtem Bergurwald mitten im ausgetrockneten Norden Kenyas. Marsabit liegt 1 500 Meter hoch und profitiert deshalb mitten in der Halbwüste von ergiebigen Regenfällen.

Mühsam ist die holprige Abfahrt in die trockene Ebene hinunter, die schließlich in die Chalbi-Wüste mündet – ein riesiges, ausgetrocknetes Flußsystem, das überschwemmt wird, wenn es im äthiopischen Norden regnet. Nur wenn es wochenlang trocken bleibt, kann man diese Wüste mit dem Landrover durchqueren. Fata Morganas wechseln mit echten Oasen am felsigen Wüstenrand. Auf weiten Strecken ist der Sand weiß, wie wenn in der brütenden Hitze Neuschnee gefallen wäre. Das sind die Salzlückstände des Überschwemmungswassers.

Über North Horr fahren ab und zu noch Touristen durch die Chalbi-Wüste nach Loyangalani an der Südspitze des Turkana-sees, um Wasservögel und die aussterbenden El Molo, ein Fischervolk von nur noch wenigen hundert Menschen, zu bewundern. Wer aber hinter North Horr nach Nordwesten abbiegt, um nach Alia Bay und Kubi Fora, dem Hauptquartier der Archäologen, zu gelangen, kann im Notfall nicht mehr auf fremde Hilfe rechnen. Alle zwei Wochen kommt hier der Polizeilastwagen vorbei, der die einsamen Polizeistationen von Ileret und Sabaroi an der äthiopischen Grenze versorgt – wenn er nicht gerade eine Panne hat.

Der zuständige Regierungsbeamte (*district officer*) in North Horr ist für ein Gebiet zuständig, das exakt so groß ist wie die Schweiz und gerade etwa 30 000 Einwohner zählt. Dazu verfügt er über einen klapprigen Landrover und drei alte Lastwagen.

Wir besuchten die Ausgrabungsstätten am Ostufer des Turkana-sees 1979, als der Neuseeländer Jack Harris mitten in der Wildnis ein 20köpfiges wissenschaftliches Team leitete. Man lebte spartanisch. Die Fleischversorgung – in Kenya herrscht Jagdverbot – bestand darin, daß man ab und zu einem Löwen die frisch erlegte Beute abjagte; nach Wasser mußte man in den ausgetrockneten Flußläufen graben.

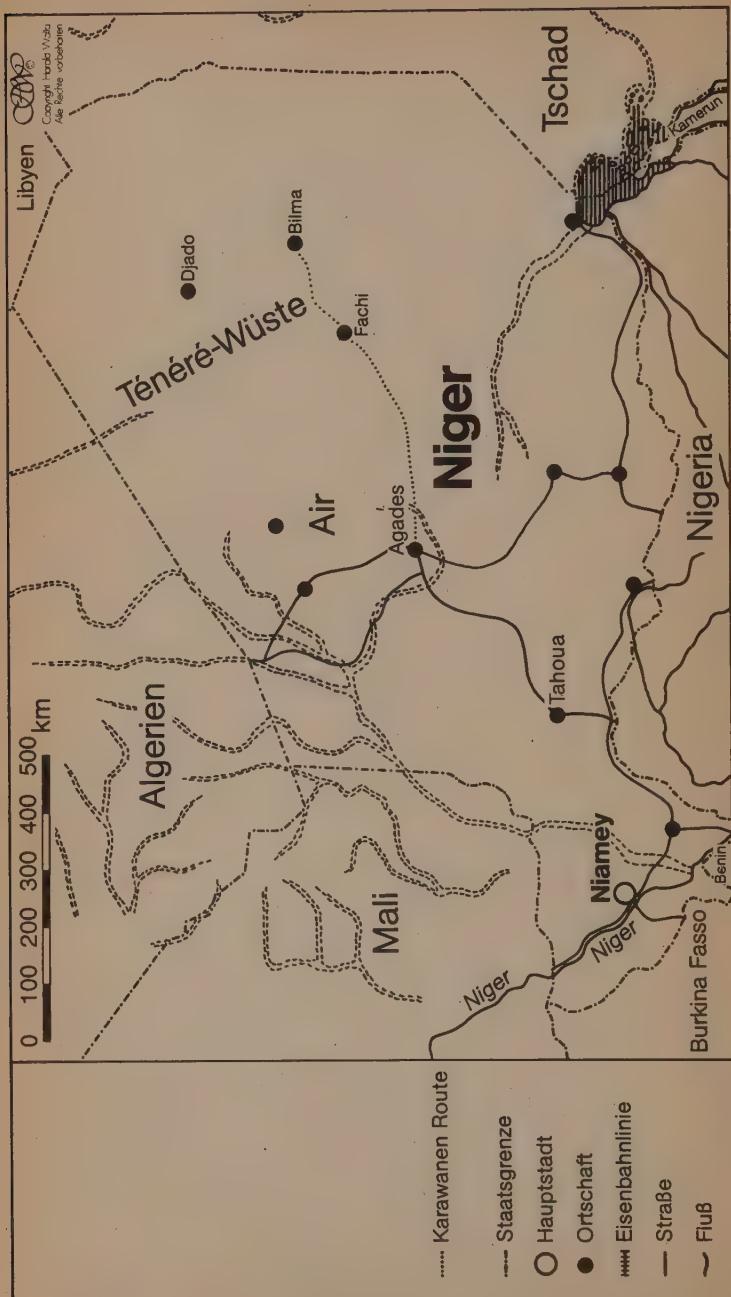
Die Szene, wissenschaftliche Bezeichnung KNM-ER 3230, die Jack Harris und sein Team gerade ausgruben: Vor anderthalb Millionen Jahren war eine Gruppe früher Menschen (Hominiden) hier vorbeigekommen. Für ein paar Tage schlugen sie am trockenen Flußlauf ihr Lager auf. Sie hatten ein Tier erlegt oder – wahrscheinlicher – ein Aas gefunden und ins Lager geschleppt. Aus dem Flußbett holten sie runde Lavasteine, von denen sie spitze

Splitter wegschlagen, um das Tier zu häuten. Mit Faustkeilen brachen sie die Knochen auf und saugten das Mark aus. Ob sie auch das Feuer kannten, konnte Jack Harris nicht mit Sicherheit sagen. Rötliche Verfärbungen in der Erde schienen darauf hinzuweisen.

In mühsamer Kleinarbeit – Jack Harris und sein Team nummerierten jeden Steinsplitter, legten mit dem Kompaß seine Lage fest, siebten gar noch die Erde, die sie zentimeterweise abtrugen – entstand hier eine faszinierende Theorie von der Evolution des Menschen. Richard Leakey, der Direktor des kenyanischen Nationalmuseums, dem die Ausgrabungen in Kenya unterstehen, betont allerdings, daß seine fossilen Knochenfunde alle in einem kleinen Kasten Platz hätten. Und sein französischer Kollege und Konkurrent Yves Coppens, der vor allem in Äthiopien arbeitete, sagt gar ironisch: »Man bringe uns einen fünf Millionen Jahre alten fossilen Fund aus Nordamerika, und wir werden mit dem gleichen Enthusiasmus eine total andere Theorie vertreten.«

Mit jedem neuen Fund – zum Beispiel mit einem etwa 17 Millionen Jahre alten Kieferfragment von einem möglichen gemeinsamen Vorfahren von Mensch und Menschenaffen, auf den Richard Leakeys kleine Tochter zufällig 1983 in der Gegend des Turkanasees stieß – ändert sich die Theorie wieder etwas. Fest steht aber, daß nur im Ostafrikanischen Grabenbruch Bindeglieder zwischen frühen Formen der Menschenaffen und frühen Formen des Menschen gefunden wurden. Danach war der erste Mensch Afrikaner: ein tröstlicher Gedanke angesichts der Katastrophenmeldungen, die sich heute jagen und die, wäre nicht die tatkräftige Hilfe aus Europa, schier das Ende des Kontinents anzukündigen schienen.

Diese Erkenntnisse deuten darauf hin, daß die Entwicklung keineswegs geradlinig auf den modernen Menschen, den *homo sapiens*, zulief. Die Entstehung des Menschen war nicht zwangsläufig und vorgegeben. Die Natur probierte verschiedene Prototypen aus. Gleich drei davon, die als Grundstock für ein menschenartiges Wesen in Frage gekommen wären – *australopithecus africanus*, *australopithecus boisei* und *homo habilis* –, waren im Ostafrikanischen Grabenbruch längere Zeit nebeneinander vertreten. Zwei dieser Typen wurden von der Natur wieder verworfen wie viel später auch der Neanderthaler; der dritte, *homo habilis*, wurde zum Vorfahren von *homo erectus* und damit von *homo sapiens*. (*Homo habilis* hatte das größere Gehirnvolumen als seine Konkurrenten, aber den Ausschlag mag auch gegeben haben, daß er gleichzeitig Fleisch- und Pflanzenfresser war.) Nach diesen



Erkenntnissen war der Mensch nie als Krone der Schöpfung geplant – auch das ein tröstlicher Gedanke, der zu besagen scheint, daß die Erde gegebenenfalls auch ohne den Menschen auskommen könnte.

Man kann dieses »ewige« Afrika, dieses scheinbar unveränderliche, überaus starke Afrika, das in so krassem Gegensatz zum Afrika der Katastrophen steht, noch heute erleben. Im Grunde genommen bei jedem Kleinbauern, den man verächtlich »Subsistenzbauer« nennt, weil er nicht viel mehr produziert, als was er für sich und seine Familie braucht. Dafür produziert er, wenn es hart auf hart kommt, *alles*, was er selber braucht; es hat ihn gegeben, lange bevor der erste europäische Forscher, Missionar oder Entwicklungshelfer nach Afrika kam, und es wird ihn notfalls auch noch länger geben, als die kurze und verheerende Begegnung mit der modernen Zivilisation zu verheißen scheint, die Afrika an den Rand der Katastrophe geführt hat.

Besonders eindrucklich lebt dieses unveränderte Afrika die Salzkarawane der Tuareg vor, die zwar nicht seit Jahrtausenden, aber doch seit Jahrhunderten von Agades in Niger durch die lebensfeindliche Ténéré-Wüste in der zentralen Sahara nach Bilma führt.

Die Salinen von Bilma – dahinter ist nichts mehr bis zur Einöde des tschadischen Tibesti-Gebirges im Osten, nichts bis zu den Oasen der libyschen Wüste im Norden, nichts bis zum Tschadsee im Süden – liegen rund 500 Kilometer östlich von Agades, der Hauptstadt der Aïr-Tuareg, die heute mit einer Asphaltstraße mit Nigers Hauptstadt Niamey – noch einmal 1000 Kilometer entfernt – verbunden ist. Zweimal 170 Kilometer – vom *Arbre du Ténéré* (dem einzigen Baum in der riesigen Wüste, er wurde vor Jahren von einem libyschen Lastwagen umgefahren) bis zur alten Oasenstadt Fachi und von Fachi bis Bilma – gibt es keinen Brunnen und auch keine Piste. Die von den Franzosen ausgesteckte Route ist unbrauchbar, weil der Sand zu tief ist.

Bilma liegt am Fuß der Falaise (Felsabbruch) von Kaouar, und diesem Felsabbruch verdankt es mitten in der Sahara reichliche artesischen Brunnen, deren Wasser unter dem Wüstensand Hunderte von Kilometern gereist ist und im Osten der Stadt sogar Gärten bewässert. Dieses Wasser drückt auch das Salz an die Oberfläche, dem Bilma seine Existenz verdankt.

Die Bewohner von Bilma und auch von Fachi sind zumeist Kanuri aus der Tschadsee-Gegend, die um das Jahr 1600 hier angesiedelt worden waren, um die Karawanenroute vom Bornu-

Reich am Tschadsee nach Libyen zu sichern. Nördlich von Bilma, ebenfalls am Fuß der Falaise von Kaouar, zeugen die verlassenen Ruinenstädte von Djado und Djaba von einer älteren Besiedlung, aber heute weiß niemand mehr, wer die Bewohner dieser merkwürdigen Geisterstädte waren, die sich in dem trockenen Klima gut erhalten haben. Die Architektur von Fachi – nicht des neueren Bilma – gleicht auffallend dem Baustil von Djado und Djaba: Die heutigen Kanuri haben wohl ganz einfach von der längst verlassenen Stadt eines alten, unbekannten Volkes Besitz ergriffen.

Bilma und Fachi, das ebenfalls über Salinen verfügt (aber das Bilma-Salz gilt als hochwertiger und ist deshalb die längere Reise wert), hatten bis vor kurzem keine andere Verbindung zur Außenwelt als die Karawanen der Tuareg, die lediglich in den kühlen Wintermonaten durch die Wüste kommen. Und die Tuareg galten früher als so wild und kriegerisch, daß die Leute von Bilma beim Herannahen der Karawanen in die felsige Falaise flohen. Die Tuareg nahmen die Salzstöcke mit, die die Bilma-Bewohner das Jahr über hergestellt hatten, und ließen dafür in einem traditionell festgelegten und der Tragkapazität der Karawanen angepaßten Verhältnis Hirse zurück.

Die Herstellung des Salzes, das in Formen aus dem Stamm der Dattelpalme zu zuckerhutartigen *kantu* gepreßt wird, ist eine knochenbrecherische Arbeit in der Hitze der Sommermonate. Aber Salz ist neben Datteln aus den Palmhainen das einzige Produkt der Oasen. Die Wüstenstädte können sich nicht ernähren und müssen das Grundnahrungsmittel Hirse einführen. Das Salz wiederum, das hier so reichlich vorhanden ist, hat Seltenheitswert in dem riesigen Sahel-Raum, wo es für die Herden der Viehzüchter lebenswichtig ist.

Salz und Hirse sind von altersher die beiden Pole der Salzkarawane. Wer das Salz dorthin bringt, wo die Hirse ist, und die Hirse dorthin, wo das Salz ist, kann erkleckliche Gewinne erzielen. Das ist die wirtschaftliche Nische, die die Tuareg der Aïr-Region von Kel Ewey und vom Kel Gress so trefflich zu nutzen verstehen.

Wir trafen die Karawane von Kanofan, einem erfahrenen Führer durch den Ténéré, in der Oasenstadt Fachi: fünf Männer und Schedul, Kanofans siebenjährigen Sohn, dazu 61 Kamele (manche Karawanen zählen bis zu 500 Kamele). Kanofan war gern bereit, uns gegen ein bescheidenes Entgelt als Passagiere bis ins 170 Kilometer entfernte Bilma mitzunehmen. In Fachi, acht Tage unterwegs seit Agades und noch vier Tage von Bilma entfernt, hatten Kanofan und seine Leute ihre Wasservorräte aufgefüllt, sich aber nicht einmal die Mühe gemacht, die Kamele zu

tränken. Was die Karawane durch den Ténéré – »Land da draußen« in der Sprache der Tuareg – zur Eile zwingt, ist nicht das Wasser, sondern das Futter für die Kamele. Bevor die Karawane Agades verläßt, muß in wochenlanger Arbeit Gras geschnitten und zu schweren Ballen gepreßt werden. Denn auf den ganzen 1 000 Kilometern von Agades nach Bilma und zurück, für die die Karawane alles in allem fast einen Monat braucht, finden die Kamele sonst nichts zu fressen.

Unser Karawanentag begann am frühen Morgen mit dem ersten Licht des Tages. Die Kamele wurden noch einmal gefüttert, und für die Mannschaft gab es Hirsebrei. Dann wurden die Kamele beladen – ein mühsames Unterfangen, denn die Tiere wehrten sich gurgelnd und röhrend, und manchmal versuchten sie auszuschlagen und zu beißen. Kamele sind bestenfalls halbzahm, man muß sie buchstäblich überlisten oder dann recht brutal behandeln, um sie zur Räson zu bringen.

Etwa um neun Uhr morgens war die Karawane jeweils abmarschbereit. Bis Mitternacht oder noch später hielt sie nicht mehr an. Denn sonst hätten sich die Tiere hingelegt und womöglich ihre Lasten abgeworfen, und wertvolle Zeit wäre verlorengegangen. Am Mittag wurde jeweils fliegend verpflegt: Der kleine Schedul rannte mit einem Ledersack von Mann zu Mann und verteilte kalten Hirsebrei.

Einen großen Teil des Weges gingen wir zu Fuß. Geritten wurde in der Hitze des Nachmittags, wenn sich das Tempo der Tiere spürbar verlangsamte, und in der bitteren Kälte der Nacht, wenn die Kamele bei Temperaturen nahe dem Gefrierpunkt wenigstens etwas Wärme gaben. Wenn Kanofan nachts guter Laune war, begann er zu singen, Lieder über den Ténéré, über die Schönheit der Kamele und der Frauen, auch Koransuren gegen den Schlaf und Scherzlieder über seine vier Genossen, die in einer Reihe neben ihm herritten und von denen der eine mit einer Art Glocke den Rhythmus schlug.

Nachts orientierte sich Kanofan – die Tuareg benutzen keinen Kompaß – nach dem Sternbild des Orion, dessen östlicher Arm der eigentliche Stern von Bilma ist. »Wenn der Orion im Zenith steht, spätestens aber, wenn Kanofan den Kopf drehen muß, um ihn zu sehen, wird er anhalten lassen«, tröstete uns einmal einer der Gefährten, als wir vor Müdigkeit fast vom Kamel fielen.

Hilfreich ist, daß die Dünen ziemlich genau in Ost-West-Richtung verlaufen. Abends suchte sich Kanofan jeweils ein breites Dünental aus, in dem man bequem marschieren und sich eigentlich nicht verlieren konnte. Weil Bilma aber etwas nordöstlich der

Dünenrichtung liegt, muß man mehrere Dünenketten überqueren. Dazu müssen geeignete Übergänge gefunden werden, denn wenn die Passage zu steil ist, verlieren die Kamele die Ladung. Weil der Wind sehr schnell die Spuren früherer Karawanen zudeckt, muß man seinen Weg jedesmal neu suchen.

Auf der letzten Etappe, als die Falaise von Bilma klar vor uns lag und wir uns nicht mehr verirren konnten, gestand Kanofan, daß er in der Nacht zuvor nicht mehr so recht gewußt hatte, wo er war. Er habe richtig mit seinem Leitkamel gestritten, wo der geeignete Übergang über die letzte Dünenkette zu finden sei. Das Kamel, das die Karawane schon mehrmals mitgemacht hatte, habe schließlich recht gehabt, sagte Kanofan lachend.

Dazu erzählte uns später der alte Karawanenführer Tounkouché eine Geschichte: Vor einiger Zeit gingen zwei junge, unerfahrene Tuareg aus dem Bagzan-Gebirge im Aïr auf die Karawane. Zwischen dem Baum des Ténéré und Fachi verirrten sie sich. Sie müssen kreuz und quer herumgeirrt sein, bevor sie abstiegen und erschöpft einschliefen. Die Kamele trauten der Sache nicht mehr und nahmen Reißaus. Sechs von ihnen, die die Salzkarawane schon mitgemacht hatten, fanden allein zum Brunnen von Fachi. Die sechs Tiere, die zum erstenmal auf der Karawane waren, gingen den ganzen langen Weg zurück ins heimische Bagzan-Massiv. Die beiden Männer, ihrer Kamele beraubt, mußten verdursten.

Für die Gefahren und Strapazen der Karawane entschädigt eine unerhörte Landschaft von – buchstäblich – tödlicher Schönheit. Endlose Dünenketten mit scharfgeschnittenen Kämmen in S-Linien-Form, deren vom Wind geschaffene Gesetzmäßigkeit unerforschlich bleibt. Feinste Farbnuancen zwischen weißlich, gelblich, bräunlich, rosa, die in dieser Unendlichkeit plötzlich zu starken Kontrasten werden. Zwischen den Dünen unsägliche Einsamkeit und eine Stille, die nur durch das schlurfende Geräusch der Kamele etwas gemildert wird. Aus der Distanz sieht die Karawane aus wie ein Tausendfüßler.

»Es ist schwer, die Schönheit der Dünen zu beschreiben, wenn man kein Poet ist«, schreibt der Schweizer Ténéré-Pionier René Gardi (Ténéré, Bern 1978). Aber die Tuareg des Aïr unternehmen die Karawane nicht der Romantik wegen. »Ja, das schon«, sagte Kanofan einmal auf die etwas dümmliche Frage, ob denn dieses Herumziehen nicht auch Spaß mache. Ohne Übergang fügte er hinzu: »Letztes Jahr war es sehr kalt. Mir sind acht Kamele erfroren und beinahe auch mein Sohn Schedul. In einer einzigen Nacht verlor eine Karawane 40 Kamele und zwei Männer.«

»Wenn man Kamele hat, muß man eben auf die Karawane«, meinte Kanofan, und einer seiner Gefährten, der ein paar Brocken Französisch sprach, sagte: »*Le camion, c'est bon.*« Er, ein wenig begabter Kamelführer, fände es weniger mühsam, mit dem Lastwagen durch die Wüste zu fahren.

Die Salzkarawane ist für die Tuareg des Aïr-Gebirges eine nackte wirtschaftliche Notwendigkeit, sie ist eines der drei Beine, auf denen die Tuareg-Wirtschaft steht: Die Ziegenherden, die zu Hause von den seßhaften Frauen betreut werden, produzieren die wichtigen Nahrungsmittel Milch und Käse; die bewässerten Gärten des Aïr, wahre Wunderwerke der »angepaßten Technik«, liefern Weizen, Mais, Kartoffeln und Gemüse; die Salzkarawane bringt das Bargeld, nicht zuletzt für die Hirse, die im Süden, im Land der Haussa, dazugekauft werden muß.

Der Gewinn aus der Karawane ist nicht schlecht. Ein etwa 15 Kilo schwerer Salzstock (*kantu*), der in Bilma 350 CFA (etwa 2,20 Mark) kostet, verkauft sich auf dem Markt von Madaoua für 3 000 CFA (19 Mark). Allein der Gewinn aus dem Salztransport beträgt also pro Kamel, das acht *kantu* tragen kann, etwa 135 Mark. Dazu kommt der Transport und Verkauf anderer Waren. »Mit fünf Kamelen kann man pro Karawane etwa 200 000 CFA (1 300 Mark) verdienen«, sagt einer der Kamelführer. Das ist, umgerechnet auf die durchschnittlich etwa zwölf Tiere, die ein Mann betreut, schon ein beträchtliches Bareinkommen – mehr als ein Ackerbauer in der Sahel-Zone je im Jahr verdienen kann.

Kanofan zieht jedes Jahr im Winter, wenn die nächtliche Kälte den Wasserbedarf der Kamele reduziert, vom Aïr-Gebirge nach Bilma, um das Salz zu holen. Seine Tiere sind dann ausgeruht und gut genährt, denn nach der Regenzeit in den Sommermonaten sind die Weiden am ergiebigsten. Das Salz von Bilma verkauft Kanofan nach einem kurzen Aufenthalt zu Hause, südlich des Aïr, in Madaoua im Süden. Manchmal, je nach Marktlage, zieht er bis nach Sokoto in Nigeria. Im Süden, bei den Haussa, kauft er aus dem Erlös des Salzes Hirse, die er zurück in den Aïr bringt.

Mindestens 10 000 Kamele ziehen auf diese Weise noch heute Jahr für Jahr durch den Ténéré und den Sahel, wenn nicht – wie 1984 – mangelnder Regen das Sammeln von Futter für den Gewaltmarsch durch die Wüste verunmöglicht.

Die Karawane ist noch heute das wirtschaftlichste Mittel zur Verteilung des Salzes in der Sahel-Region, auch wenn sie manchen Entwicklungsplanern als Anachronismus erscheint. Das liegt vor allem daran, daß die Karawane praktisch nichts kostet außer Arbeit und Zeit – und hier ist Zeit nicht Geld. Kamele

haben die Tuareg ohnehin. Nahezu alles, was es sonst noch braucht, ist sowieso vorhanden – so das unentbehrliche Teegeschirr –, oder man kann es selber herstellen, wie die Stricke und Maulkörbe (damit die Tiere unterwegs nicht das Stroh von der Ladung des vorderen Kamels fressen), die Sattelstangen, die Ledersäcke, die Gerbas, kühlende Wasserbehälter aus Ziegenfell. Das Stroh für die Kamele sammelt man selber, nur Tee, Zucker und Hirse muß man dazukaufen – aber essen und trinken müßte man zu Hause auch.

Die Tuareg halten sich äußerst strikt an den Grundsatz, daß die Karawane nichts kosten darf, und damit auch an die uralten Regeln und Riten der Karawane, bis hin zum mühsamen Stampfen der Hirse, wenn man um Mitternacht herum endlich das Lager aufschlägt. Die Tuareg scheinen sich bewußt zu sein, daß jede »Modernisierung« der Karawane deren wirtschaftliche Grundlage unterhöhlen würde. Außer Zündhölzern, die wenig kosten und viel Zeit sparen, verwenden die Tuareg keine modernen Konsumgüter. Nicht einmal Taschenlampen, die ihnen zu Hause durchaus vertraut sind, haben sie dabei. An Produkten unserer Zivilisation haben wir gesehen: ein paar Kleidungsstücke wie Kanofans zerschlissenen Regenmantel, der vermutlich aus einer Hilfslieferung stammte, einen alten Autoschlauch als Wasserbehälter (nur als eiserne Reserve), ein paar Getreidesäcke aus Plastik (die aber die traditionellen Ledersäcke, auf denen die Ladung der Kamele ruht, nicht ersetzen können) und ein paar Mobil-Oil-Behälter für das Trinkwasser. Ferner trug Kanofan am linken Fuß eine Plastiksandale, die andere Sandale hatte er offenbar verloren, und so ging er rechts barfuß.

So ziehen die Karawanen durch die Wüste, ohne die geringsten Abfälle zu hinterlassen. Wenn die Karawane am Morgen aufbricht, bleiben keine Plastiktüten und keine Büchsen zurück, nur Kamelmist und die Asche des sparsamen Feuers. Die ausgedörrten Kadaver von Kamelen, die unterwegs zusammenbrachen und getötet werden mußten, markieren allerdings den Weg einer Karawane für viele Jahre.

Die Symbiose zwischen Oasenbewohnern und Karawanen, die unter schwierigsten Umständen jahrhundertlang funktionierte, ist heute freilich gefährdet. »Die Lebensweise der Tuareg ist überholt, die müssen sich von Grund auf ändern«, weiß ein Diplomat in der Hauptstadt Niamey, am Swimmingpool seiner Residenz, ein Glas französischen Rotweins schlürfend. Sicher hat er recht, wenn er meint, den Kanuri der Salzoasen und den Tuareg der Karawanen wäre ein leichteres Leben zu gönnen. Aber gibt es

Alternativen zu der traditionellen Wirtschaftsweise der Tuareg? Gibt es andere Möglichkeiten, in dieser kargen Landschaft seinen Lebensunterhalt zu verdienen? Im armen, trockenen Niger kaum. Und die Posten als Nachtwächter in Nigeria, mit denen viele Tuareg die Dürre ausgestanden haben, sind im Gefolge der Wirtschaftskrise beim südlichen Nachbarn auch rar geworden.

Die UNO hat sich sogar ein Projekt einfallen lassen, das die Salzkarawanen direkt konkurrenziert. Lastwagen versorgen jetzt die Oasen mit Hirse zu subventionierten Preisen. Damit entfällt ein wichtiges Element der Karawane: Auf dem Hinweg ist nicht mehr viel Profit zu machen. Kanofan und seine Leute hatten statt Hirse Emailgeschirr aus Nigeria dabei, Feuerholz und ein paar Ziegen, die auf den Kamelen mitritten und ganz munter waren. Aber die meisten der Ledersäcke, auf denen die Ladung der Kamele ruhen muß, waren nur noch mit Kamelmist statt mit Hirse gefüllt. Nur noch für den Eigengebrauch und für den traditionellen, bargeldlosen Tausch gegen Datteln hatte Kanofan Hirse dabei.

Man kann sich aber anpassen. »Wer klug ist«, verrät der alte Karawanenführer Tounkouché, »geht gar nicht mehr nach Bilma, sondern mit Zwiebeln, Knoblauch und Kartoffeln aus den Gärten des Air nach Nigeria.«

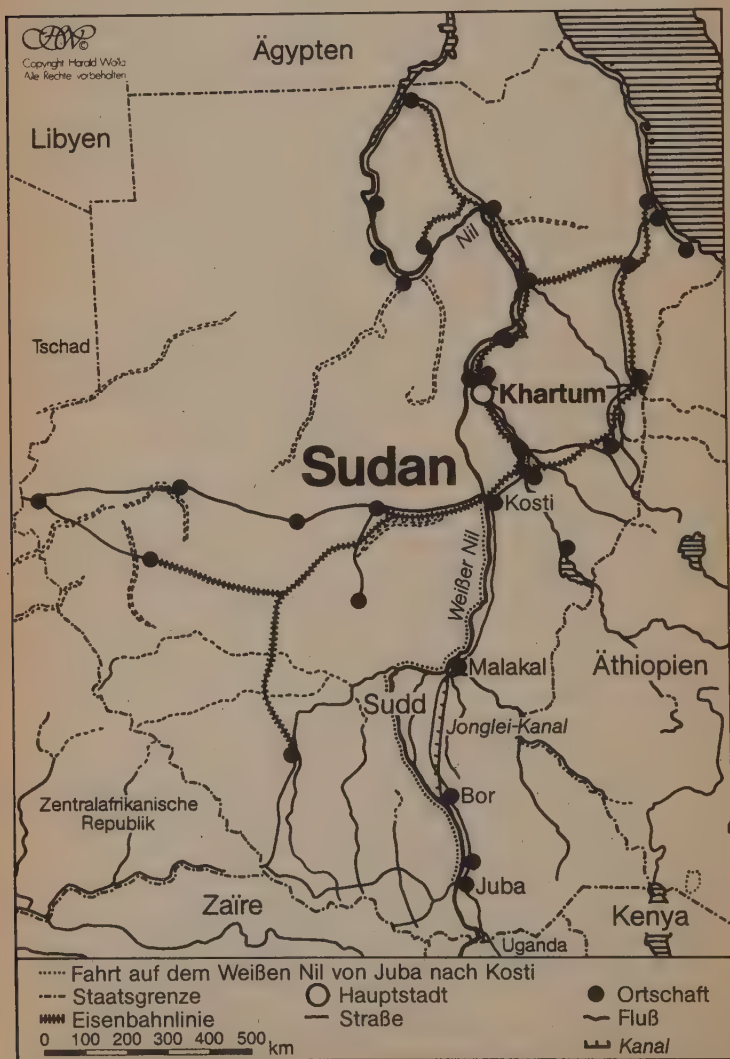
Vielleicht ist aber noch nicht so sicher, wer die Strapazen der Ténéré-Wüste länger überdauern wird, die Lastwagen der UNO oder die Kamele der Tuareg. Die *kantu*, die Salzstöcke von Bilma, eignen sich schlecht für den teuren Lastwagentransport, sie zerbrechen auf den holprigen Pisten. Die Viehzüchter des Sahel wollen das Bilma-Salz aber in Form der *kantu*, die sie gewohnt sind. Sonst könnten sie gleich auf Meersalz (das sie für minderwertig halten) umstellen – und was für eine Existenzmöglichkeit würden sich dann die UNO-Experten für die Bewohner der Salz-oasen einfallen lassen?

Es ist nicht einfach Romantik, die an der Salzkarawane so besticht. Es ist das ausgeklügelte System, mit dem die Menschen einer feindlichen Umwelt eine Existenz abringen; es ist der sorgfältige Umgang mit den spärlichen Mitteln der Natur; es ist die Zeitlosigkeit einer Lebensweise, die so lange möglich ist, als es Salz gibt in Bilma und Viehzüchter, die Salz brauchen, im Sahel. Die Tuareg und Kanuri der Karawanen und der Oasen könnten, wenn man sie ließe, noch Jahrhunderte so weiter machen – wir nicht.

Kanofan, der Karawanenführer, ist sich nicht so sicher, was mehr Zukunft hat, die Karawane oder die importierte Zivilisation.

Er hat zwei Söhne. Den älteren schickt er in die Schule. Schedul, den jüngeren, nimmt er jedes Jahr auf die Karawane mit, damit aus ihm ein tüchtiger Karawanenführer wird. Besser ist es, in beiden Welten einen Fuß zu haben ...

Auf viele Arten kann man diesem zeitlosen Afrika, das so vital und widerstandsfähig scheint und vielleicht doch dem Ansturm



der westlichen Zivilisation erliegen wird, begegnen, an vielen Orten kann man es finden. Eine der eindrucklichsten und großartigsten Begegnungen mit diesem Ur-Afrika, das so lebhaft mit dem Afrika der Katastrophen kontrastiert, wäre aber wohl nur noch mit viel Glück zu machen: die Begegnung mit dem Sudd, mit diesen gewaltigen Sümpfen, größer als die Bundesrepublik, die den schwarzafrikanischen Südsudan vom arabisierten Nordsudan trennen.

Im Sudd verlieren sich die gewaltigen Wassermengen des Weißen Nil auf der langen Reise vom Viktoriasee nach Khartum und Ägypten. Sie breiten sich in der ganzen riesigen Ebene aus und bringen eine einzigartige, undurchdringliche Pflanzenwelt hervor. Nur eine enge Fahrrinne für die Nilschiffahrt bleibt offen, in der Regenzeit die einzige Verbindung zwischen Nord- und Südsudan.

1984 unterbrach der Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd die Schiffahrt auf dem Weißen Nil. Der Krieg unterbrach aber auch die Bauarbeiten am Jonglei-Kanal, der den Lauf des Nils begradigen und beschleunigen soll. Denn die Regierungen in Khartum und Kairo haben beschlossen, daß im Sudd zuviel Wasser verdunstet, das sie für ihre Landwirtschaft brauchen könnten. Deshalb seien die Sümpfe des Sudd trockenzulegen – vielleicht der größte Eingriff in die Natur, den sich der Mensch je hat einfallen lassen, mit völlig unabsehbaren ökologischen Konsequenzen für die ganze Region.

Wenn also eine Beilegung des Konflikts zwischen Khartum und den Rebellen der SPLA (Sudanesische Volksbefreiungsarmee) die Wiederaufnahme der Schiffahrt erlaubt, dann werden vielleicht auch die Arbeiten am Jonglei-Kanal wiederaufgenommen. Dann ist es mit dem Sudd vorbei.

Kurz bevor immer neue Überfälle der SPLA die Nilschiffahrt zu verunsichern begannen, hatten wir noch Gelegenheit, die Fahrt von Juba, der Hauptstadt des Südsudan, nach Kosti im Nordsudan zu unternehmen, die rund eine Woche dauerte, wenn nichts dazwischen kam. Man mußte sich die Fahrt durch den Sudd schon ziemlich hart verdienen. Es gab auch einmal moderne Passagierschiffe auf dem Weißen Nil. Aber die hielten der Belastung nicht stand. Jetzt bediente man sich wieder uralter Kähne aus den dreißiger Jahren, von denen die Drittklass-Kähne ursprünglich für den Viehtransport bestimmt waren. Sechs solcher Kähne waren lose mit Stahlseilen zusammengebunden und wurden von einem modernen Schubboot, wie sie auch auf dem Rhein verkehren, gestoßen.

Als die Kähne noch dem Viehtransport dienten, hatte es sogar Strom an Bord gegeben. Jetzt war alles unheimlich verlottert und schmutzig. Das ganze Schiff – rund 1000 Passagiere – kaute ununterbrochen Zuckerrohr, und die Überreste wurden überall hingespuckt. Auf dem unteren Deck tummelten sich Ziegen und Schafe, auf dem oberen krähten die Hähne, die aber einer nach dem andern im Kochtopf verschwanden. Überall hing getrockneter Fisch, zu appetitlichen Zöpfen geflochten, der aber die ohnehin nicht eben diskreten Gerüche auf dem Schiff eher negativ beeinflusste. Die Trinkwasserversorgung bestand darin, daß man mit einem Eimer oder mit einer an einer Schnur befestigten Büchse milchig-bräunliches, auf jeden Fall undurchsichtiges Wasser aus dem Nil schöpfte. Überall wurde auf Holzkohleöfen *durra* gekocht, Hirsebrei, das sudanesisches Nationalgericht.

Aber das war eben der Preis für das Erlebnis des Sudd, einer der letzten großen Urlandschaften der Erde. Schon wenig nördlich von Bor, der nächsten größeren Stadt nach Juba, kamen wir an einem Sonntagnachmittag in die Sümpfe, und erst als wir am Donnerstag früh kurz vor Malakal, der Hauptstadt der Provinz Oberer Nil, erwachten, hatte sich die Landschaft verändert. Der Sudd ist eine endlose grüne Wüste aus Papyrus, Schilf, Sumpfpflanzen und Wasser, undurchdringlich und menschenfeindlich. Der Nil windet sich hier nur noch mühsam durch den Sumpf, er ist nur noch eine schmale, seichte Fahrrinne. Eigentliche Inseln von Wasserhyazinthen überwachsen die Fahrrinne manchmal fast vollständig, es ist, als ob man über eine Wiese gleiten würde. Die Kurven des Nil sind hier wie die Spitzkehren einer Paßstraße. Oft muß das Schiff zweimal ansetzen, um eine Kurve zu nehmen, oft schlägt es krachend gegen das Ufer, fährt mit den äußeren Kähnen über die sumpfige Böschung. Links und rechts von der Fahrrinne tagelang nur Papyrus und Wasser und Papyrus, endlos grün.

Eintönig ist diese Landschaft, aber gewaltig, faszinierend – wie die Wüste eben. Man muß den Sudd schon langsam mit diesem merkwürdigen Schiff durchfahren, um ihn einatmen zu können. Die Widerwärtigkeiten dieses riesigen Sumpfgebietes bekamen wir freilich auch zu spüren, als das Schiff in der ersten Nacht mitten in der Wildnis anlegte, weil es trotz Vollmond zu gefährlich war, nachts durch die engen Spitzkehren zu fahren. Als der Fahrtwind aufhörte, stürzten sich Schwärme von ausgehungerten Stechmücken auf uns: die schlimmste Nacht auf dem Schiff.

Unterwegs sahen wir am Flußufer manchmal die einsamen Hütten der Dinka, eigentlich Viehhüter, die hier aber zu Fischern geworden sind. Den Platz, auf dem die Hütten stehen, müssen die

Leute jeweils künstlich aufschütten, so sumpfig ist es rundherum, aber der Mais scheint prächtig zu gedeihen. Und natürlich gibt es reichlich Fische, die man mit Netz und Kanu fangen kann. Die meisten Leute gehen nackt, ihre einzige Verkehrsstraße in dem menschenleeren und lebensfeindlichen Sudd ist der Nil – oder was hier davon übrigbleibt. Diese Menschen haben wohl kaum Verbindung zur Außenwelt, sie wissen nicht, woher dieses Schiff kommt und wohin dieses Schiff geht, das da seit 1924 alle paar Wochen vorbeigeleitet und dem sie freundlich zuwinken.

Um so mehr werden diese Leute überrascht und hilflos sein, wenn der Wasserspiegel plötzlich absinkt, der Sumpf austrocknet, der Fisch verschwindet. Denn das ist, was geschehen wird, wenn der fast 300 Kilometer lange Jonglei-Kanal einmal eröffnet ist. Niemand käme je auf die Idee, in Europa ein Gebiet von der Größe der Bundesrepublik trockenzulegen, ohne die geringste Ahnung zu haben, was das für die nähere und weitere Umwelt bedeuten wird. Aber in Afrika kann man das ja versuchen; die französische *Compagnie Internationale de Construction (CIC)*, der Bauunternehmer, wird daran sicher nicht verlieren.

Ist das nicht paradox: Das bißchen Fortschritt, das bißchen Moderne, das die Briten der Region mit der Nilschiffahrt brachten, ist gerade wieder am Zusammenbrechen, was doch auch bedeutet, daß man das alles gar nicht wirklich will und braucht. Der junge Dinka-Hirte, das Haar bis auf einen Schopf in der Mitte des Schädels rasiert und dann mit Kuhurin blondgefärbt, der uns erzählt, daß er nach Kosti unterwegs sei, um dort Vieh zu kaufen und in wochenlangen Fußmärschen wieder in den Süden zu treiben, er kann auf das Nilschiff auch verzichten. Doch gerade jetzt kommt der Jonglei-Kanal – ein Unternehmen, im Vergleich zu dem der Turmbau zu Babel ein Kinderspiel war –, und das zu einem Zeitpunkt, wo man sich ernsthaft zu überlegen beginnt, ob man den Assuan-Staudamm, das andere große Bauwerk am Nil, nicht wieder abtragen müßte, so nachteilig wirkt er sich aus auf die Ökologie und die Landwirtschaft des unteren Niltals.

Der Sudd in seiner undurchdringlichen Weite scheint unsiegbar, für die Ewigkeit gemacht. Er scheint zu jenem Afrika zu gehören, das so stark und widerstandsfähig ist, daß ihm nichts und niemand etwas anhaben kann. Vielleicht ist das nicht so, vielleicht läßt sich der Sudd bezwingen, indem man ihm das Wasser abgräbt. Aber sicher wird der Sudd seine Rache nehmen – womit dann für das Afrika der Katastrophen ein neues Kapitel zu eröffnen wäre.

2. Äthiopien: Aber die Erde ist nackt

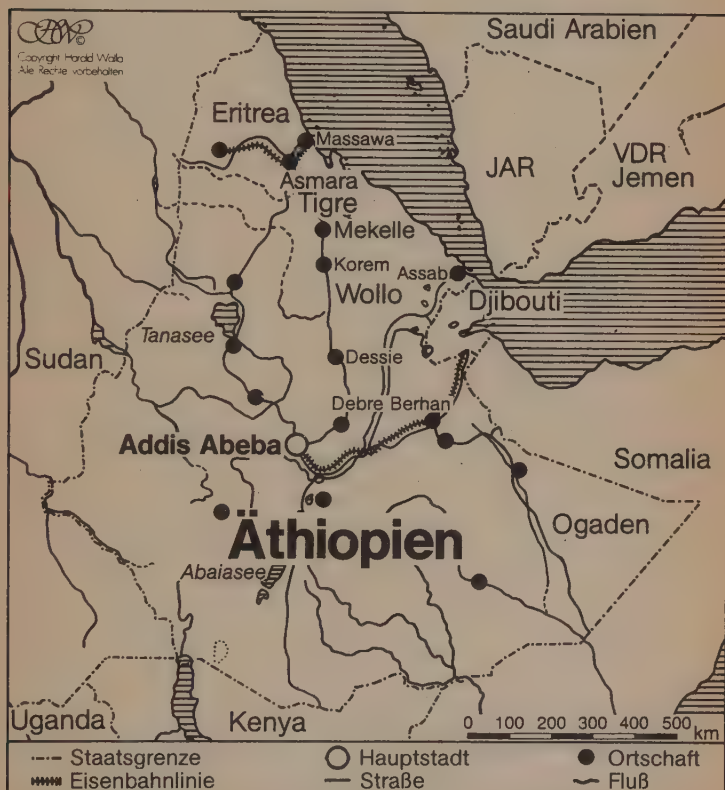
»Hier haben wir noch nie Fremde gesehen«, sagte der alte Bauer. »Die Kanonen der Italiener, die haben wir damals (zur Zeit der Mussolini-Invasion Mitte der dreißiger Jahre) gehört, aber bis hierher sind sie nicht gekommen. O ja, ich kenne die Italiener, denn ich war viele Tage in Addis Abeba, und auch die Briten kenne ich und die Griechen und die Amerikaner, von denen es zweierlei gibt, weiße wie ihr und schwarze wie wir. Aber von all denen ist noch keiner hier gewesen.«

Wir waren nur einen Tagesmarsch von der großen Straße nach Norden, von Addis Abeba nach Wollo, Tigre und Eritrea, entfernt. Zusammen mit dem Schweizer Geographen Hans Hurni, der sich seit vielen Jahren mit Bodenschutzmaßnahmen in Äthiopien befaßt, mit vier Bauern und vier Packeseln hatten wir im Frühjahr 1985 bei Debre Berhan, immer noch im Norden der zentralen Provinz Shoa, die Straße auf etwa 3 000 Meter Höhe verlassen. Wir waren heruntergestiegen zum Fluß Gado, einem Nebenfluß des Blauen Nil, und wieder angestiegen zum Hochplateau hin. Und schon hatten wir alle Anzeichen westlicher Zivilisation hinter uns gelassen.

Das Dorf auf 2 300 Meter Höhe, in dem wir den Alten trafen, hieß Werk Washa, »Goldhöhle« oder auch »Höhle der Wahrheit« – eine Höhle gibt es da, aber kein Gold. Ein schönes Dorf, wohlhabend, behäbig. Die Häuser waren sorgfältig aus Stein gebaut, zweistöckig sogar, mit hölzernen Balkonen, umgeben von Steinmauern mit überdeckten Torbögen. Strohdächer, das vornehme Wellblech blieb der unvermeidlichen Kirche vorbehalten.

Aber der Schein trog, es stand nicht gut um die Zukunft des Dorfes. »Das hier«, sagte der Alte und wies auf das sorgfältig zu Haufen aufgeschichtete Getreide auf dem Dreschplatz, »das hier ist alles, was wir geerntet haben. Das reicht noch für zwei Monate,

und schon jetzt essen wir bloß noch einmal am Tag. So etwas hat es hier noch nie gegeben, so wenig Regen. In Wollo schon, zu Zeiten von Haile Selassie. Aber hier hatten wir immer alles, was wir brauchten.« Es war abzusehen, daß zwei Monate später auch die Bewohner von Werk Washa in den Hungerlagern anzutreffen sein würden, deren Namen die Runde um die Welt machten: Bati, Alameda, Harbu, Korem, Mekelle.



Dabei hatten wir für unsere kleine Expedition, 120 straßenlose Kilometer zu Fuß über das Hochland und durch die Flußtäler, eine Route ausgesucht, die eigentlich nicht durch Hungergebiete führen sollte. Schließlich wollten wir abends nicht vor unserem Zelt Spaghetti kochen, wenn rund um uns die Leute hungerten. Uns ging es auch mehr darum, die Hintergründe der Not besser kennenzulernen, die langfristigen Probleme wie Erosion und

Abholzung, die landwirtschaftlichen Systeme, die die Bauern hier entwickelt hatten, die Abwehrmechanismen gegen die Dürre, die ja in Äthiopien wenigstens regional fast jedes Jahr zuschlägt.

Aber auch in diesem Gebiet, das offiziell (noch) kein Notgebiet war, wurden wir dauernd mit dem Hunger konfrontiert: Der Hunger stand unmittelbar vor der Tür. Selbst die Bauern auf dem Hochplateau, wo es mehr regnet, klagten über ungenügende Ernten. Doch je tiefer wir auf steinigten Eselspfaden in die Flußtäler hinunterstiegen, desto schlimmer wurde es. Auf dem letzten Absatz vor der steilen Schlucht, die der jetzt fast ausgetrocknete Gado in das Hochplateau geschnitten hatte, fanden wir Dörfer, Geisterdörfer, die schon fast völlig verlassen waren.

Einer war da noch am Pflügen. Er erklärte uns, daß das Dorf fast alle Bewohner weggeschickt hatte, die Jungen und die Starken zuerst, um vielleicht irgendwo Arbeit und Nahrung zu finden. Er selber wollte noch die Felder bestellen, denn es hatte geregnet, einmal zwar nur und zu früh, die Wolken waren aus der falschen Richtung gekommen, und die Frühjahrsregen (*belg*) gerieten hier unten ohnehin nur zweimal in zehn Jahren. Es war hoffnungslos, aber vielleicht, vielleicht reichte es doch zu einer Ernte. Er wollte bleiben, solange irgend möglich, säen, falls es regnete, um später wieder zurückzukommen.

Das war eine verkehrte Landschaft, die wir da durchwanderten. Man beginnt hier eine Reise nicht, wie bei uns, im Tal, um über ein Gebirge und wieder hinunterzusteigen. Man beginnt eine Reise oben auf der Hochebene und geht hinunter, 1 000 Meter und mehr, in die Flußtäler und Schluchten, um dann wieder hochzusteigen. Die Täler sind hier unwirtlich, nicht die Höhen. Von unten gesehen scheint die Welt dann wieder zu stimmen: Berge links und rechts. Nur sind es keine Berge, es sind die Ränder der von Wasserläufen zerfressenen Hochebene. Fast wie das auf den Kopf gestellte Relief einer Voralpenlandschaft.

Diese Landschaft hat viel mit Dürre und Hunger zu tun. Oben, auf 2 800 Meter und mehr, regnet es am meisten. Vernässung, nicht Dürre ist hier normalerweise das Problem der Bauern, dem sie mit Abzuggräben durch ihre Felder begegnen. Aber schon seit langem nutzen die Menschen auch die Absätze und Stufen, die die steilen Hänge der Flußtäler unterbrechen. Innerhalb kürzester Distanz wird hier das Klima heißer und trockener. Oben können die Bauern dreimal im Jahr anpflanzen: Während der *belg*-Regen im Frühjahr, am Anfang der *kiremt*-Regen im Sommer und gegen Ende der *kiremt*-Regen im Herbst. Das erhöht nicht unbedingt die Ernteerträge, denn wegen der Bodenfruchtbarkeit kann

das gleiche Land nicht mehrmals im Jahr bebaut werden. Aber es erhöht die Sicherheit. Unten in den Tälern sind ausreichende *belg*-Regen die Ausnahme, die *kiremt*-Regen geben nur eine einzige Ernte her. Da ist man viel anfälliger gegen die Dürre.

Die landwirtschaftlichen Systeme, die die Bauern seit Jahrhunderten betreiben, die Getreidesorten, die Fruchtfolgen sind diesen unterschiedlichen Bedingungen bestens angepaßt, sie wechseln alle paar Höhenkurven.

Zwei Beispiele: Zuoberst das *gay*-System. Alle sieben Jahre schichtet der Bauer auf seinem Acker organisches Material zu Haufen auf, zündet es an, deckt es mit Erde zu, läßt es tagelang motten. Ohne Chemiker zu sein, weiß der Bauer, daß die Hitze im Boden Phosphor freisetzt, und wenn er die Haufen dann unterpflügt, führt der Bauer dem Boden organisches Material zu. In den Höhenlagen baut der Bauer gerne Gerste an und wechselt dann zu Bohnen.

Zuunterst die *belg*-Hirse. Nur etwa zweimal in zehn Jahren gibt es in den Tälern unten ausreichende *belg*-Regen. Für diese Situation kennt der Bauer eine Hirseart, deren Saatgut er im Rauchfang seines Hauses zehn Jahre lang aufbewahren kann, während normale Sorten viel schneller verderben würden. Der Bauer ist also gerüstet für den Fall, daß die *belg*-Regen gelingen. Das letzte Mal war das 1980 (dann wieder 1986) der Fall, und doch hatten die Leute noch Saatgut. Allerdings: Die *belg*-Hirse, die im Februar gesät wird, braucht bis November, um zu reifen. Sie hilft wenig, wenn, wie in dem Unglücksjahr 1984, die *kiremt*-Regen versagt haben.

Das sind nur zwei Beispiele für die ausgeklügelten landwirtschaftlichen Methoden in Äthiopien. Nichts ist törichter, als den äthiopischen Bauern Dummheit, Rückständigkeit oder mittelalterliche Methoden vorzuwerfen, wie das mit unverbesserlicher Ignoranz immer wieder getan wird. Zwar stammt der Ritzpflug, der hier verwendet wird, tatsächlich aus dem Mittelalter. Aber damit ist der äthiopische Bauer gegenüber den Hackbauern des übrigen Afrika, die traditionell keinen Pflug kennen, geradezu modern. Diese Landwirtschaft ist bestens angepaßt, da kommt mehr heraus, als hineingesteckt wird (ganz im Unterschied zu *unserem* Wirtschaften, wo das Input-Output-Verhältnis bezüglich des Energieaufwands klar negativ ist). Die Menschen hier nutzen jede Möglichkeit, die ihnen offensteht, sie machen von jeder ökologischen Nische Gebrauch. Selbst wer unkritisch das moderne Dünger-Saatgut-Chemie-Paket für die Lösung aller Probleme hält, muß zugeben, daß dieses Paket den äthiopischen Bauern bei

den bestehenden Transportverhältnissen ganz einfach nicht zugänglich ist.

Die Bauern Äthiopiens, seit Jahrhunderten an immer neue Dürren gewohnt, kennen auch eine ganze Reihe von Abwehrmaßnahmen gegen die Not. Nach dem Getreide gibt es noch Gras- und Unkrautsamen, von denen man sich notdürftig ernähren kann. Man kann versuchen, als Landarbeiter bei Bauern in anderen Gegenden unterzukommen, wo es geregnet hat. Eine besondere Rolle spielt das Vieh, das keineswegs, wie immer behauptet wird, in erster Linie Prestigezwecken dient. Vieh spielt die Rolle einer Reserve. Ziegen und Kühe überleben die Dürre länger als die Kulturpflanzen. Sie sind mobil, man kann sie in andere Gegenden treiben und gegen Getreide tauschen. In der großen Dürre funktionierte freilich auch dieser wichtige Mechanismus nicht mehr, weil es in erreichbarer Nähe keine Überschußgebiete mehr gab. Wir trafen eine Gruppe von Leuten, die mehr als hundert Kilometer zurückgelegt hatten, um Getreide und Bohnen zu kaufen, nur um zu erleben, daß es auch da nichts zu essen gab.

Überall klagten die Bauern: Niemand will unser Vieh kaufen, wir bekommen fast nichts mehr dafür. Zehn bis 15 Birr (17 bis 24 Mark) für eine Ziege, 50 bis 80 Birr (70 bis 110 Mark) für eine Kuh – und 2,40 Birr (3,50 Mark) kostete ein Kilo Teff, das Nationalgetreide, dreimal soviel wie normal.

So allgemein war die Dürre von 1984/85, so konsequent hatte sich die Hungersnot schon seit Jahren vorbereitet, indem einem trockenen Jahr jeweils ein noch trockeneres folgte, daß am Schluß alle traditionellen Abwehrmechanismen versagten. Was man in Europa im Fernsehen sah, das Elend in den Hungerlagern, die ausgemergelten Kinder, die sterbenden Alten, das war nur die Endstation. Vorangegangen war ein jahrelanger Kampf ums Überleben, von dem man nichts erfuhr. Die Menschen in den Lagern waren im Grunde schon verloren, sie mußten aufgeben, die Dürre hat sie schließlich besiegt. Deshalb kommen die Leute ja auch erst zuallerletzt in die Lager, wenn sie schon völlig erschöpft sind. Sie erwarten eigentlich keine Hilfe, denn das gab es früher nicht. Sie laufen ganz einfach in den Tod. Die Massenfucht, die Lager, das ist der totale Kollaps, die endgültige Niederlage, der Schlußpunkt der Subsistenzkrise.

War es denn wirklich nötig, es so weit kommen zu lassen? Konnte man nicht Nahrungsmittel in das System einspeisen, bevor es zusammenbrach? Im Fall des Dorfes Werk Washa zum Beispiel wären nach unserem Besuch noch zwei Monate Zeit geblieben,

Getreide herbeizuschaffen, Getreide, das bereits im Lande war. Die Leute hatten sogar noch Esel, sie hätten es sich selber holen können. Das hätte ihnen erlaubt, in ihren Dörfern zu bleiben und die *kiremt*-Regen, die 1985 ausreichend waren, zu nutzen. Danach wären sie wieder selbständig gewesen.

Die Infrastruktur ist in Äthiopien zweifellos äußerst unzureichend und erschwert die Hilfe für die Hungernden. Wenn man alle Straßen Äthiopiens abführe, so hat man ausgerechnet, würde man gerade etwa ein Prozent des Landes sehen. Ein Fußmarsch wie der unsrige hat nichts Exotisches, es ist die normale Art der Fortbewegung und des Transports.

Aber Tatsache ist auch, daß die Regierungen des Westens – und erst recht die Regierungen des Ostens, die kaum Getreideüberschüsse zu verteilen haben – überhaupt keine Lust zeigten, auf die ersten äthiopischen Hilferufe zu reagieren. Bereits im März 1984 und noch einmal im August 1984 hatten die Äthiopier die westlichen Diplomaten in Addis Abeba so detailliert über die bevorstehende Notlage informiert wie unter den gegebenen Umständen möglich. Doch der Westen reagierte erst, als im Oktober die erschütternden Bilder des kenyanischen Kameramanns Mohamed Amin über die Fernsehschirme flimmerten. Und auch dann noch war die Hilfe weniger großzügig, als es nach außen schien: Die EG zweigte einfach Mittel, die für andere Länder wie Bangladesh und Ägypten vorgesehen waren, für Äthiopien ab.

Die Äthiopier waren freilich an dem Debakel auch nicht unschuldig. In einem Land und auf einem Kontinent, wo die Medien gewöhnlich nicht viel anderes sind als Propagandaorgane der Regierungen, entging ihnen, daß einzig die Medien die westlichen Regierungen zum Handeln zwingen konnten. Die Äthiopier trauen den westlichen Medien ohnehin nicht, und man muß als Journalist schon sehr gutwillig sein, um trotz all der Prügel, die einem die Regierung zwischen die Beine wirft, über Äthiopien in einer Weise zu berichten, die den Bedürfnissen der notleidenden Bevölkerung – und damit ein Stück weit auch der Regierung – gerecht wird.

Zum zweiten zeigte die äthiopische Regierung von Mengistu Haile Mariam auch wenig Lust, die bevorstehende Hungersnot allzusehr an die große Glocke zu hängen. Denn im September 1984 wollte sie ja mit großem Aufwand – 100 Millionen Dollar ist eine vernünftige Schätzung – das zehnjährige Jubiläum der Revolution und des Sturzes von Kaiser Haile Selassie begehen. Sie wollte die Gründung der äthiopischen Arbeiterpartei feiern, deren Führung zwar mit dem bisher herrschenden Militärrat

(Derg) weitgehend identisch war, die Äthiopien aber zum ersten und bisher einzigen lupenrein marxistisch-leninistischen Staat Afrikas machte – auf dem Papier wenigstens. Das Eingeständnis, daß Millionen von Äthiopiern ohne massive westliche Hilfe verhungern würden, paßte schlecht zur Feierstimmung. Die Hungersnot, obwohl schon immer Bestandteil der äthiopischen Wirklichkeit, war auch ein Eingeständnis des Versagens eines Regimes, das nicht zuletzt an die Macht gekommen war, weil sich das kaiserliche Äthiopien von Haile Selassie als völlig unempfindsam gegenüber den Leiden der Hungernden erwiesen hatte. Fast wäre den marxistischen Militärs dasselbe passiert.

Als jedoch fast gleichzeitig mit den pompösen Revolutionsfeierlichkeiten erstmals Verhungernde in Scharen vor den Städten und an den Durchgangsstraßen auftauchten, war man doch allseits echt überrascht. Der Exodus vom Lande erfolgte trotz allem plötzlich, denn ganze Dörfer, ganze Gegenden erfuhren nach dem erneuten Ausbleiben der *kiremt*-Regen gleichzeitig, daß nichts mehr zu machen war, sie beschlossen gleichzeitig, in den Hungertod zu gehen.

Als das Ausmaß der Katastrophe derart klar sichtbar wurde, versuchten denn doch sowohl die äthiopische Regierung als auch die westlichen Helfer, pragmatisch zu reagieren. Es war für die marxistischen Militärs nicht selbstverständlich, all diese Scharen von westlichen Helfern ins Land zu lassen, die nicht immer sehr taktvoll auftraten. Es war für die Regierung eines sich dem Ostblock zugehörig fühlenden Landes auch nicht selbstverständlich, die Luftwaffen mehrerer westlicher Länder im Land herumfliegen zu lassen.

Zwar behielt sich die Regierung vor, den Großteil der Hilfslieferungen über ihre eigene Hilfsorganisation RRC (*Relief and Rehabilitation Commission*) zu verteilen. Immerhin hatten die Militärs mit der RRC nach der Revolution von 1974 die erste solche Organisation in Afrika geschaffen, die zudem im allgemeinen einen recht guten Ruf besaß (später mischte sich, sehr zum Nachteil der Verteilaktion, immer mehr auch die Partei ein). Aber in Eritrea und Tigre, wo der Bürgerkrieg die Verteilungsaktion noch mehr behinderte, ließ die Regierung dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) weitgehend freie Hand. Das paßt nicht zu den verbreiteten Vorwürfen, daß die Regierung die Hungersnot ruchlos für ihre eigenen Zwecke ausnützte.

Sieben Millionen Dürreopfer waren zu versorgen, 1,2 Millionen Tonnen Getreide zu verteilen. Das überstieg nicht nur die Fähigkeit der Regierung, sondern, was weniger publiziert wurde,

auch des westlichen Hilfsapparats, der in Dutzende von oft schlecht koordinierten staatlichen und privaten Organisationen zerfiel. Reibereien, Mißverständnisse, auch klare Fehlentscheidungen der Regierungsorgane waren unvermeidlich.

Bei allen Unzulänglichkeiten und Pannen konnte man der Regierung kaum grundsätzlich bösen Willen vorwerfen. Trotzdem war es unverzeihlich, als plötzlich Zehntausende aus dem Lager Ibbat vertrieben wurden, weil irgendwo auf dem bürokratischen Dienstweg jemand befunden hatte, es sei jetzt Zeit zum Anpflanzen. Es war unerträglich, mitansehen zu müssen, wie beim Lager von Harbu Halbverhungerte weggeprügelt wurden, weil im Lager die Cholera ausgebrochen war und man keine Hungeropfer mehr annehmen konnte. Die Leute waren auf dem langen Marsch in den Tod buchstäblich an Zehntausenden Tonnen Hilfsgütern vorbeigelaufen, die da gelagert waren, zu denen sie aber aufgrund bürokratischer Hindernisse keinen Zugang hatten.

Wir wohnten einer Verteilung von Lebensmitteln an eine Bauernvereinigung bei, die mit Kamelen weit hergekommen war, um sich ihre Monatsration abzuholen – eigentlich genau das, was zur Vermeidung von Entwurzelung und Lagerdasein wünschbar wäre. Aber da waren auch Verhungerte, die Nahrung eigentlich viel nötiger gehabt hätten, die aber nicht zur Bauernvereinigung gehörten. Verzweifelte Frauen, dem Tode nahe, warfen sich vor uns in den Staub und flehten um Hilfe – es gab nichts, was wir hätten tun können.

Wenn aber die Verteilung der Hilfsgüter aus dem Westen schon in Wollo solche Schwierigkeiten bereitete, um wieviel mehr dann in Eritrea und Tigre, wo Bürgerkrieg herrschte und der größte Teil des Landes – wenigstens nachts – in der Hand der Rebellenbewegungen EPLF und TPLF (Volksbefreiungsfront von Eritrea beziehungsweise Tigre) war.

Man kann in diesem Konflikt für die Argumente beider Seiten Verständnis haben. Die Regierung sieht die Nation auseinanderbrechen, wenn sie den zentrifugalen Kräften im Land – eine historische Konstante – nachgibt. Die marxistische Militärregierung ist in dieser Hinsicht eine direkte Erbin des kaiserlichen Äthiopiens und der imperialen Staatsidee. Genauso überzeugt, wie sie 1978 mit letzten Kräften – und mit sowjetischer und kubanischer Unterstützung – den Angriff Somalias auf die Ogaden-Region zurückschlug, verteidigt sie den nationalen Einheitsstaat auch in Tigre und Eritrea. In Eritrea liegen zudem die beiden lebenswich-

tigen Häfen von Assab und Massawa, Eritrea ist Äthiopiens einziger Zugang zum Meer.

Der Anspruch der TPLF auf mehr regionale Autonomie für die verschiedenen Völker Äthiopiens und der EPLF auf ein unabhängiges Eritrea sind andererseits ebenfalls nachvollziehbar und im Fall Eritreas völkerrechtlich auch gut untermauert. Weder waren die Eritreer um ihre Meinung gefragt worden, als die UNO die ehemalige italienische Kolonie in eine Föderation mit Äthiopien entließ, noch konnten sie sich äußern, als Kaiser Haile Selassie die lokale Autonomie, die Eritrea in der Föderation genoß, einseitig beendete. Auch hätten EPLF und TPLF der mächtigen äthiopischen Armee nicht so lange Widerstand leisten können, wenn sie nicht die Unterstützung der Bevölkerung hinter sich hätten.

1977/78, als die Äthiopier beinahe von Somalia überwältigt worden wären, hätten es die eritreischen Rebellen jedoch in der Hand gehabt, das gesamte Territorium unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Rebellen eilten von Sieg zu Sieg – nur um ihre Offensive plötzlich einzustellen. Sie waren unter sich selber zu uneinig, um den Sturm auf die Hauptstadt Asmara zu wagen. Die Eritreer, gespalten in mehrere Widerstandsorganisationen, kämpften zeitweise erbitterter unter sich selber um die Vorherrschaft als gegen die Truppen der Regierung in Addis Abeba, bis sich schließlich die EPLF als führende Kraft durchsetzte.

Seit aber interne Zwistigkeiten den Sieg der Rebellion verhindert und den Regierungstruppen nach dem Sieg über Somalia wieder Auftrieb verschafft hatten, war der Krieg, der schon seit 1965 (1975 im Fall von Tigre) andauerte, für keine Seite mehr zu gewinnen. Offensiven und Gegenoffensiven gingen ständig hin und her, brachten mal der einen, mal der anderen Seite Geländegewinne, ohne daß sich ein Durchbruch abzeichnete.

Um zu sehen, was dieses Patt zwischen den beiden Kriegsparteien in der Hungersnot von 1985 bedeutete, mußte man in den östlichen Sudan gehen. Zwischen Oktober 1984 und Frühjahr 1985 waren 300 000 Äthiopier aus Eritrea und Tigre nach Sudan geflohen, 500 000 waren schon vorher gekommen, von denen 132 000 offizielle Unterstützung erhielten. Die Eritreer kamen in das Auffanglager von Wadi Sherife bei Kassala, wo zeitweise über 100 000 Hungerflüchtlinge zusammengepfercht waren, die Tigrer kamen ins Lager von Wad Kawli bei Gedaref.

In Wad Kawli mit damals 54 000 Insassen gab es nicht einmal Zelte. Das Lager bestand aus einem endlosen Gewirr von behelfsmäßigen Hütten aus Ästen und Stroh. So viele Menschen hatten schon auf diese Weise eine Notunterkunft gebaut, daß es weit-

herum kein Baumaterial und auch kein Brennholz mehr gab. Nahrungsmittel waren unterdessen genug da. Das Problem war das Wasser. Der Fluß Atbara, an dem Wad Kawli liegt, war ausgetrocknet, und das Thermometer zeigte schon 47 Grad im Schatten. Das Wasser mußte mit Tanklastwagen zehn, später 30 Kilometer weit hergefahren werden, 500 000 Liter am Tag. Das kostete 500 000 Dollar im Monat, und doch gab es nur knapp zehn Liter pro Person – 20 Liter hält die Weltgesundheitsorganisation für das Minimum.

Am frühen Morgen wurden in Wad Kawli die Toten vor das Lager hinausgebracht. Jeweils zwei Männer trugen auf einer Bahre in Lumpen gehüllte Bündel zum improvisierten Friedhof. Manchmal gaben Angehörige das letzte Geleit, manche schienen niemanden zu haben, den ihr Tod noch kümmerte.

40 bis 50 Menschen starben täglich in Wad Kawli. Wenn man diese Zahl, um eine Vorstellung von der Größenordnung zu bekommen, auf ein Jahr umrechnen würde, ergäbe sich, daß in einem Jahr ein Drittel der Lagerbevölkerung sterben müßte. »Die Mortalität ist sehr hoch«, sagte lakonisch der Lagerchef vom UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR), »annehmbar wären vielleicht fünf Tote auf 10 000 am Tag.«

Aber die meisten der Hungerflüchtlinge waren wochenlang unterwegs. Bis sie in den Lagern ankamen, waren sie völlig ausgehungert und ausgezehrt, vor allem jene, die erst spät ihre Heimat verlassen hatten.

Die Widerstandsbewegung TPLF hatte in Tigre und Gondar eine eigentliche Kette von Transitlagern eingerichtet, wo die Flüchtlinge auf dem langen und beschwerlichen Treck nach Sudan etwas Verpflegung erhielten. Auf diese Weise hatten die TPLF und ihr humanitärer Arm REST zwei regelrechte Fluchtrouten geschaffen, eine Richtung Kassala (Endstation: Wadi Sherife) und eine Richtung Gedaref (Endstation Wad Kawli). Nach einem Bombenangriff der äthiopischen Luftwaffe auf ein solches Transitlager bei Sheraro – zwölf Hungerflüchtlinge kamen dabei um – mußte die Kassala-Route aufgegeben werden.

Offiziell erklärten die Leute von der TPLF, daß sie es der Bevölkerung in den von ihr kontrollierten Gebieten freigestellt hätte, ob sie vor dem Hunger in die Lager der Regierung in Mekelle oder Korem oder in die Lager im Sudan fliehen wollten. Die Regierungslager lagen näher, aber es soll vorgekommen sein, daß Leuten, die man für TPLF-Sympathisanten hielt, weil sie keine Identitätskarte der Regierung hatten, Hilfe verweigert wurde. Manche

hatten wohl auch Angst vor einer zwangsweisen Umsiedlung in den fruchtbareren Südwesten des Landes.

Deshalb mochten viele den weiten Weg nach Sudan vorgezogen haben. Aber zumindest am Anfang mußte die TPLF ihren Leuten Dinge versprochen haben, die sie nicht halten konnte. Denn als die erste Welle von Flüchtlingen über die Grenze kam, gab es im Sudan überhaupt nichts zu essen, keine Unterkunft, keine medizinische Versorgung. »Damals kam es fast zu einer Revolte gegen die TPLF«, berichtete der Vertreter einer Hilfsorganisation.

Die Flüchtlinge im Sudan waren nicht nur Opfer der Dürre, die die äthiopischen Provinzen Tigre, Eritrea und Wollo verheerte, sondern dazu noch Opfer des Bürgerkriegs, der Tigre und Eritrea verwüstete. Sie waren im Grunde Geiseln der Politik. In diesem Bürgerkrieg um ein Gebiet ohne Regen und ohne Nahrung war von größter Bedeutung, ob die Leute aus den Rebellengebieten in die Camps der Regierung gingen und damit gewissermaßen das Lager wechselten oder ob sie nach Sudan zogen und damit unter der Obhut der Widerstandsorganisationen blieben.

TPLF und EPLF hatten in dieser Hungersnot ein fundamentales Problem: Guerrilleros müssen bekanntlich im Volk schwimmen wie der Fisch im Wasser. Aber dieses Volk verhungerte, das Wasser verdunstete. Zwar traf zu, daß die Widerstandsorganisationen weite Gebiete von Tigre und Eritrea kontrollierten. Aber jetzt konnten sie ihre Leute nicht mehr ernähren, und in dem Sinne hatten sie die Lage nicht mehr unter Kontrolle. Sie konnten ihre Leute nur der Regierung überlassen – womit sie ihre Basis und ihr Rekrutierungsreservoir aufgeben hätten – oder nach Sudan herausholen. Das aber war wegen der großen Distanzen nur unter schweren Verlusten an Menschenleben und nur in beschränktem Umfang möglich: Nicht nur 300 000, sondern mindestens drei Millionen Tigrer und Eritreer waren vom Hungertod bedroht.

Die Dürre spielte Addis Abeba in die Hände – ohne zu fragen, auf welcher Seite mehr moralisches Recht stand. Durch den Hunger in die Defensive gedrängt, gingen die Widerstandsorganisationen propagandistisch zur Offensive über. Sie schoben die ganze Schuld am Massensterben in Eritrea und Tigre der Regierung in Addis Abeba in die Schuhe. »Addis Abeba versucht, uns auszuhungern. Die Militärs benutzen die Hungersnot als Waffe«, sagten ihre Vertreter in Khartum. Sie konnten darauf verweisen, daß Addis Abeba ein Waffenstillstandsangebot zurückgewiesen hatte (»Wir verhandeln nicht mit Banditen«, hatte Mengistu Haile

Mariam gesagt, der auch auf das Angebot auf freies Geleit für Nahrungsmitteltransporte nicht einging). Aber im Ernst konnten die Guerrilleros nicht erwarten, daß sich die Militärs darum reißen würden, die Gebiete des Feindes durchzufüttern. Genauso gut hätte man von den Rebellen verlangen können, die von ihnen kontrollierten Gebiete aufzugeben und der Regierung freie Hand bei der Verteilung der Lebensmittel zu lassen. Immerhin drückte die Regierung ein Auge zu, wenn Organisationen wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) Nahrungsmittel auch vom Sudan her über die Kanäle von EPLF und TPLF in das Bürgerkriegsgebiet schickten.

Beide Seiten hatten sich einiges vorzuwerfen. Die äthiopische Luftwaffe griff immer wieder zivile Ziele an, terrorisierte die Bevölkerung und versuchte auf perfide Weise den Exodus nach Sudan zu stören. Mitten in der Dürre gingen die Regierungstruppen in Tigre mit sechs Brigaden in die Offensive über. Aber für einen Krieg braucht es zwei Seiten, und auch die TPLF hatte mit ihren Angriffen gegen Lalibela in Wollo die Hilfe für 30 000 Hungeropfer unterbrochen.

Beide Seiten stellten ihre politischen Ziele über das Wohl der verhungernenden Völker in Eritrea und Tigre. »Marxistisch« und »sozialistisch« nannten sie sich alle, nur der Gegner hieß jeweils »militärische Diktatur« oder eben schlicht »Banditen«. Marxismus von oben stand gegen Marxismus von unten. Doch das Opfer war das Volk.

Die politische Kontroverse um die Dürreopfer aus Tigre und Eritrea rückte ein Problem in den Hintergrund, das mindestens soviel Aufmerksamkeit verlangt hätte: die Hungersnot im Sudan selbst, die durchaus äthiopische Ausmaße hatte. Die Region Kassala allein, die 300 000 neue und 500 000 alte Äthiopien-Flüchtlinge aufgenommen hatte, zählte 1985 selber 560 000 einheimische Dürreopfer. Dabei war Kassala normalerweise der Brotkorb von ganz Sudan, der die meisten Überschüsse des Grundnahrungsmittels *durra* (eine Hirseart) produziert. Aber die Regenfälle sanken von 700 Millimeter (1982) auf 320 Millimeter (1984) und die Ernteerträge von 990 000 auf etwa 200 000 Tonnen.

Als Folge dieser Getreideausfälle wurde sogar die Versorgung der Städte schwierig: In Khartum hatte sich der Preis für *durra* binnen Jahresfrist verzehnfacht. Am schlimmsten stand es jedoch im Westen, in den Provinzen Darfur und Kordofan. »Da sieht es aus wie nach einem Krieg, nach einem schrecklichen Krieg der Natur«, sagte ein Diplomat, der die schwer zugänglichen Gebiete

besuchen konnte. Er sah im Westsudan dieselben Schreckensbilder, wie man sie aus Äthiopien kannte: Verhungernde, die sich mit letzter Kraft in die Städte schleppten, Menschen, die Termitenhaufen aufbrachen, um die von den Insekten gehorteten Grassamen zu essen. »Ich hätte heulen mögen«, sagte der Mann.

Sechs Millionen Sudanesen waren 1985 nach UNO-Schätzungen vom Hunger bedroht, nur unwesentlich weniger als in Äthiopien, aber bedeutend mehr in Relation zur Gesamtbevölkerung. 1,4 Millionen Tonnen Getreide waren mindestens nötig, um einen Holocaust zu vermeiden. Davon hatten allein die US-Amerikaner ihrem Freund Numeiri eine Million Tonnen versprochen, bevor er stürzte.

Aber die Logistik im Sudan ist vielleicht noch schwieriger als in Äthiopien. Sudan ist ein Kontinent, die ganze EG hätte darin Platz. Von El Geneina im äußersten Westen, wo 90 000 Hungerflüchtlinge aus Tschad über die Grenze gekommen waren, ist es gerade etwa gleich weit zum westafrikanischen Hafen Port Harcourt in Nigeria wie zu Sudans einzigem Hafen Port Sudan am Roten Meer: 2 400 Kilometer. Dazu brach die Eisenbahn von Kosti nach Nyala im Westen, alt und verlottert wie sie war, ständig zusammen, und Benzin und Diesel waren Mangelware. Im Herbst 1985 sah man sich auch im Sudan genötigt, eine teure Luftbrücke nach El Geneina einzurichten. Während es 1985 in den meisten Dürregebieten wieder ausreichend regnete, hielt die Dürre im Westsudan an, und auch 1986 waren noch umfangreiche Hilfsprogramme nötig.

Doch die sudanesische Tragödie drang weit weniger ins Bewußtsein der Weltöffentlichkeit als die äthiopische. Damit war politisch kein Staat zu machen, und das später abgesetzte Numeiri-Regime tat alles, um das Ausmaß der Not zu verheimlichen. Zehntausende von Hungerflüchtlingen aus Kordofan und Darfur, die schon Ende 1984 bis vor die Tore von Khartum gezogen waren, ließ Numeiri ganz einfach auf Lastwagen nach Hause verfrachten, wo sie dem sicheren Hungertod überlassen blieben. »Man verbot uns sogar, ihnen zu essen zu geben«, sagte ein Helfer.

Wenn es ein skandalöses und verbrecherisches Verschweigen der heraufziehenden Katastrophe gab, dann weniger in Äthiopien, das schon im März 1984 Alarm geschlagen hatte, sondern im Sudan, wo Numeiri erst im Dezember desselben Jahres den Ernst der Lage zugeben wollte. Ein westlicher Diplomat erklärte: »Numeiri hatte ja den Sudanesen lauthals zugerufen: ›Seht, wie Allah die ungläubigen Kommunisten in Äthiopien mit Dürre

schlägt!« Da konnte er schlecht zugeben, daß auch sein Land ein Opfer der Dürre geworden war.«

Hunger ist eben stets auch politisch. Auf tragische Weise müssen das im südlichen Afrika Angola und Moçambique erfahren, die im Clinch mit Südafrika liegen. Der Bürgerkrieg in den beiden Ländern, der von Südafrika in Gang gehalten wird, bewirkt mehr Leid und Hunger als die verheerende Dürre, die Anfang der achtziger Jahre vor allem Moçambique betraf.

In Angola wurden nach Schätzungen des IKRK 600 000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben. Wegen verminderter Straßen können die IKRK-Delegierten nur einen Teil von ihnen mit Flugzeugen versorgen. Die Landwirtschaft liegt in weiten Gebieten Angolas im argen, weil die Bauern wegen der Kriegsgefahr nicht mehr anpflanzen. Der Bürgerkrieg hat selbst in dem an sich fruchtbaren Angola Hungersnöte ausgelöst.

Ursprünglich waren die UNITA-Rebellen von Jonas Savimbi wie die heute regierende MPLA von Agostinho Neto (später Eduardo dos Santos) und die FNLA von Holden Roberto eine Befreiungsbewegung, die in erster Linie gegen die portugiesische Kolonialherrschaft kämpfte. Die drei Befreiungsbewegungen konnten sich aber aus ideologischen wie aus persönlichen Gründen nicht auf eine Teilung der Macht einigen. Die MPLA gewann 1975, bei der Unabhängigkeit, die Auseinandersetzung unter den drei Bewegungen, weil sie die Städte und insbesondere die Hauptstadt Luanda kontrollierte.

Aber Jonas Savimbi wollte nicht aufgeben. Er wurde bald zur besten Trumpfkarte Südafrikas in der Region. Pretoria rüstete Savimbi mit Waffen aus, trainierte seine Kader und gewährte seinen Truppen Luftunterstützung. Die anhaltende Besetzung weiterer Gebiete im südlichen Angola durch die Südafrikaner hatte nicht nur den Zweck, die Guerrilleros von der SWAPO, die für die Unabhängigkeit Namibias kämpfen, in Schach zu halten, sondern auch, ständige Rückendeckung für die UNITA zu geben. Südafrika hat ein klares Interesse daran, daß Angola nicht zur Ruhe kommt, und als wirksamstes Instrument zur Destabilisierung bietet sich Savimbi an.

Solange Savimbis Rebellen eine Gefahr für die MPLA-Regierung in Luanda bleiben, solange muß sich Luanda auf 20 000 bis 30 000 kubanische Soldaten stützen, die seit 1975 im Lande sind, als die Südafrikaner die MPLA in einem raschen Handstreich um ihren Sieg bringen wollten. Den Abzug der Kubaner haben aber Pretoria und Washington zur Voraussetzung für die Unabhängig-

keit Namibias gemacht. Savimbis Rebellen sorgen nicht nur für einen schwachen und erpreßbaren Nachbarn Südafrikas, sie verhindern indirekt auch die längst überfällige Befreiung Namibias. Wenn also US-Präsident Reagan Jonas Savimbi in Washington empfing, ihn als »Freiheitskämpfer« feierte und die Wiederaufnahme der militärischen Unterstützung für die UNITA ankündigte, zementierte er damit die Präsenz der Kubaner in Angola und damit in klarem Gegensatz zur offiziellen US-Politik auch die Präsenz Südafrikas in Namibia.

Mehrere hunderttausend angolanische Kleinbauern, die durch den Bürgerkrieg um ihre Existenz gebracht wurden, bezahlen die Zeche.

Savimbi hat (oder hatte) wenigstens ein politisches Programm, und er genießt die Unterstützung eines Teils der angolanischen Bevölkerung, vor allem der Ovimbundu in Zentralangola. Reine Verbrecherbanden aus Kriminellen und ehemaligen Kollaborateuren des Kolonialregimes sind dagegen die moçambiquanischen Rebellen von der RNM (*Resistência Nacional Moçambicana*, auch Renamo). Diese Rebellenbewegung wurde ursprünglich von dem damals noch weiß-regierten Rhodesien aus der Taufe gehoben, später von den Südafrikanern adoptiert und ausgerüstet und von ehemaligen portugiesischen Kolonialinteressen finanziert. Aufgabe der RNM war es ausschließlich, mit Taktiken der verbrannten Erde und unsäglichter Brutalität gegenüber der Zivilbevölkerung den Wiederaufbau Moçambiques nach dem Abzug der Portugiesen zu verhindern.

Man muß zugeben, daß die RNM dieser Aufgabe vollständig gerecht wurde. Insbesondere unterbrach die RNM nachhaltig das Transportsystem, das in dem weiten Land ohnehin schlecht entwickelt ist. Als Moçambique Anfang der achtziger Jahre eine dreijährige schwere Dürre erlebte, war es nicht so sehr die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, sondern die Unsicherheit der Transportwege, die zahlreiche Opfer forderte. Man schätzt, daß mindestens 100 000 Menschen verhungern mußten, weil die Nahrungsmittelhilfe nicht zu den Bedürftigen gebracht werden konnte. Auch diese Hungeropfer waren Geiseln der Politik, genauer des Kampfes des Apartheid-Staats um sein Überleben.

Nicht nur in Äthiopien hat also der Hunger mit Politik zu tun. Ein kurzer Exkurs in das südliche Afrika hat uns noch viel schändere Mißachtung des Lebensrechts in Not geratener Menschen gezeigt. Diese Vorgänge mögen Empörung auslösen. Verzweiflung kommt einen dagegen an, wenn man über solche direkt vom Menschen verursachte und deshalb im Prinzip umkehrbare

Tendenzen hinaus die langfristigen ökologischen Perspektiven betrachtet, die in Äthiopien, im Sudan, im Sahel die menschliche Existenz in großen, geschichtsträchtigen Räumen überhaupt in Frage stellen.

Sicher waren sie erschütternd, die Szenen in den Lagern bei Mekelle, der Hauptstadt von Tigre, die Tausende von lebenden Skeletten, die Kleinkinder, die aussahen wie Greise, die Gruben, die die Hungeropfer in die Erde gegraben hatten, um sich vor dem eiskalten Nachtwind so gut wie möglich zu schützen.

Aber ebenso erschütternd waren die Bilder, die wir aus den viereckigen Fenstern der alten DC-3 der *Relief and Rehabilitation Commission (RRC)* auf dem Flug nach Mekelle zu sehen bekamen. Damals, Ende 1984, wäre Erntezeit gewesen. Aber die Erde war nackt, nichts, gar nichts war gewachsen. Kein Baum weit und breit, die Grasnarbe zerstört, die Gehöfte, die Weiler mit der gewohnten runden Kirche sahen verlassen aus. Es gab keine Spur von Leben mehr. Das Vieh war tot, die Menschen geflohen, die Natur öde.

Hier zeigte sich überdeutlich, daß die Hungersnot in Äthiopien mehr war als ein unglücklicher Zufall, der mit ein paar hunderttausend Tonnen Überschußgetreide aus dem Westen aus der Welt geschafft werden konnte. Die Hungersnot war lediglich ein Symptom des ökologischen Zusammenbruchs in weiten Teilen des äthiopischen Hochlands. Insofern hat die Hilfsaktion, die trotz allen Unzulänglichkeiten Hunderttausenden, wenn nicht Millionen das Leben gerettet hat, das Problem nicht gelöst, sondern noch vergrößert. So grausam es tönt: Früher hatten die periodischen Hungersnöte jeweils die Zahl der Menschen, die von diesem Land leben mußten, wieder auf eine ökologisch tragbare Größe reduziert – jetzt nicht mehr.

Wenn man nun in geringer Höhe über das tigrische Hochland hinwegflog, konnte man sich nur schwer vorstellen, daß die Menschen aus den Hungerlagern oder aus dem fernen Sudan einfach wieder hierher kommen könnten nach den nächsten Regen, um weiterzumachen wie bisher. Mehr noch, man konnte sich kaum vorstellen, daß es in dieser baumlosen Wüste je wieder normal regnen würde. »Große Gebiete in Tigre und Eritrea, aber immer mehr auch in Wollo haben das Endstadium bereits erreicht«, sagte ein Experte in Addis Abeba. »Sie entwickeln sich zu Wüsten.«

Die Dürre, das Ausbleiben zweier Regenzeiten nacheinander, war nur der Auslöser der Hungerkatastrophe. Damit wäre man vielleicht mit gutem Willen noch fertig geworden. Aber die Wirk-

lichkeit ist noch viel schlimmer. Die Regenfälle nehmen hier langfristig ab, sie waren nicht einfach einmal, zweimal ausgeblieben. Gleichzeitig geht die Bodenfruchtbarkeit zurück, die Zahl der Menschen wächst, und immer mehr Menschen siedeln in Gebieten, in denen »normale« Jahre die Ausnahme sind.

Der Trend ist ziemlich eindeutig. Soweit Zahlen überhaupt zur Verfügung stehen (über etwa 70 Jahre), zeigen sie, daß die Regenfälle im ganzen Sahel-Gebiet, zu dem klimatisch auch Äthiopien und der Sudan gehören, zurückgehen. Zwar gibt es von Jahr zu Jahr große Schwankungen, aber die Tendenz weist eindeutig nach unten. Ob es einen Zusammenhang gibt zwischen dem totalen Abholzen des Baumbestandes und dieser langfristigen Klimaver-schlechterung, ist wissenschaftlich nicht erwiesen. Manche glauben es, denn ohne Bäume wird das Mikroklima - aber jetzt eben großflächig - heißer und trockener.

Abnehmende Regenfälle sind vielleicht noch eine Naturer-scheinung, sie sind vom einzelnen Menschen jedenfalls kaum beeinflußbar. Aber andere Faktoren, die langfristig die menschliche Existenz in diesem Raum bedrohen, sind eindeutig vom Menschen gemacht: Abholzung, Erosion und abnehmende Bodenfruchtbarkeit, Zunahme der Bevölkerung. Wie kommt es also, daß der Mensch es hier auf seine eigene Zerstörung angelegt zu haben scheint, nachdem wir doch am Anfang dieses Kapitels gerade nachgewiesen haben, wie umsichtig, auf Sicherheit und langfristiges Überleben ausgerichtet die traditionelle Landwirt-schaft und Lebensweise ist?

In dem Dorf Werk Washa zählten wir bei unserem Besuch 28 Häuser. Auf einer alten Luftaufnahme aus dem Jahr 1957 sahen wir erst 15 Häuser. Die Bevölkerung des Dorfes muß sich also in dieser kurzen Zeit annähernd verdoppelt haben. Und dafür sind die traditionellen Landwirtschaftssysteme nicht gemacht. Wir sahen anhand der alten Luftaufnahme, daß das Dorf trotz fast doppelter Bevölkerung seine Ackerflächen nicht mehr hatte aus-dehnen können. Alles Land, das heute unter dem Pflug ist, war schon 1957 bebaut worden. Das bedeutet, daß die Brachzeiten ent-sprechend verkürzt, nämlich annähernd halbiert wurden. Das läßt dem Boden weniger Zeit, sich zu regenerieren, und die Erosion ist auf bebautem Land rund zehnmal höher als während der Brache.

Daß die Bevölkerung auch in Äthiopien so rasch zunahm und zunimmt, erstaunt auf den ersten Blick. Denn Äthiopien, zur kai-serlichen Zeit so sträflich vernachlässigt, hat praktisch auf dem Land immer noch keinen Gesundheitsdienst. Die Leute müßten normalerweise tagelang marschieren, um in eine bescheidene

Dorfklinik zu kommen. Moderne Medizin, würde man also meinen, kann nicht im Spiel sein. Experten, die, wie Hans Hurni, das Land gut kennen, glauben jedoch, daß die Verwendung von Antibiotika die Kindersterblichkeit stark heruntergedrückt hat. Antibiotika aller Art sind selbst in Äthiopien im hintersten Dorf erhältlich. Auch wenn sie völlig unsachgemäß angewendet werden, zeigen sie – vorläufig wenigstens – Wirkung.

Im traditionellen Äthiopien mußte die Geburtenrate ausgesprochen hoch sein. Denn vor der Revolution rechnete man noch, daß die Hälfte aller Kinder starben, bevor sie zwei Jahre alt waren. Und die Menschen mußten sich auch vermehren, um die ständig wiederkehrende Geisel der Hungersnot, die manchmal bis zu zwei Drittel der Bevölkerung dahinraffte, zu überstehen. Wenn nun ein wenig moderne Medizin, die völlig zufällig ihren Weg in die abgelegenen äthiopischen Dörfer findet, und ein wenig gutgemeinte Nahrungsmittelhilfe beide Faktoren scharf reduzieren, muß es einen unkontrollierbaren Bevölkerungsboom geben. Eine Volkszählung ergab 1984 nicht mehr bloß 32 Millionen Einwohner, wie man bisher geschätzt hatte, sondern 42 Millionen.

Abgesehen davon, daß es keinerlei angepaßte Methoden der Geburtenverhütung gibt, die auf afrikanische Bedürfnisse und Verhältnisse abgestimmt wären – man kann von den Menschen kaum erwarten, daß sie ihr Verhalten gegenüber Sexualität und Kinderkriegen in so kurzer Zeit von Grund auf verändern. Ein Verhalten, das noch vor einer Generation vernünftig, ja lebensnotwendig war, ist jetzt plötzlich unvernünftig und lebensbedrohend. So schnell können sich Menschen, für die sich während Jahrhunderten praktisch nichts geändert hat, nicht anpassen. Der Faktor Bevölkerungswachstum ist deshalb kurzfristig nicht beeinflussbar.

Die wachsende Zahl der Menschen, die es bei gleichbleibender Produktionsweise zu ernähren gilt, steht aber in engem Zusammenhang mit der Erosion und der Abnahme der Bodenfruchtbarkeit. Die Leute ziehen an immer steilere Hänge und in immer regenärmere Gegenden, die Brachzeiten werden verkürzt. Dadurch nimmt die Erosion zu, die je nach Hangneigung zwischen drei Millimetern und drei Zentimetern liegt. Das sind immerhin zwischen 20 und 200 Tonnen Humus pro Hektar.

Warum aber lassen es die Bauern des äthiopischen Hochlands zu, daß die Regen, wenn sie denn kommen, ihr fruchtbarstes Land ins Niltal hinunterschwemmen? Hans Hurni gibt eine Erklärung: »Von den Bauern werden die Erosionsprozesse nicht als bedrohlich empfunden«, sagt er. »Die Erosion wird von den Bauern

gewaltig unterschätzt. Denn innerhalb einer Generation war sie bisher kein Problem für die Bauern. Wenn aber ein Problem innerhalb einer Generation nicht erkannt wird, wird auch kein Wissen an die nächste Generation weitergegeben. Erst wenn der Humus auf weniger als zehn Zentimeter abgesunken ist, dümmert es dann.«

Deshalb ist es wohl auch so schwierig, dem Problem mit Terrassierungen zu Leibe zu rücken. Zwar werden in Äthiopien jährlich 150 000 Kilometer Erdwälle gegen die Erosion errichtet – das ist fast viermal der Erdumfang. Aber die Terrassen werden den Bauern gewissermaßen von außen aufgedrängt, durch *Food for work*-Programme oder durch »halbfreiwillige« Gemeinschaftsarbeit. Der Bauer ist in den Terrassenbau nicht richtig integriert und ist deshalb auch nur schlecht zu den begleitenden Maßnahmen zu bewegen, die die Terrassen erst wirksam machen.

Zehn Jahre, schätzt Hurni, dauert es, bis im Terrassenbau der Boden stabilisiert ist. In diesem Zeitraum sind keine Produktionsverbesserungen zu erwarten – während die Bevölkerung unaufhaltsam wächst. Doch selbst im besten Fall, wenn alle Kräfte mobilisiert werden können, wird es innerhalb von zehn Jahren nicht möglich sein, mehr als zehn bis 15 Prozent des gefährdeten Ackerlands zu erhalten. 80 bis 90 Prozent der Böden werden weiter degradieren, die Ernteerträge werden ständig abnehmen. Die Erosion wird schließlich, meint Hurni, die potentielle Ackerfläche des äthiopischen Hochlands auf ein Drittel des Möglichen reduzieren.

Andererseits waren wir erstaunt, selbst in den abgelegenen Gegenden am Gado-Fluß, wo die Frauen manchmal 500 Höhenmeter hinunter und hinauf bewältigen müssen, um Wasser zu holen, und wo außer dem Steuereinzieher wohl noch kaum ein Regierungsbeamter hingekommen war, Erosionsschutzmaßnahmen zu finden. »Wir haben nicht mehr so viel Land wie früher«, erklärte ein Bauer, »wir müssen sorgfältiger damit umgehen.« In den Tälern des Gado konnte man die Erosion freilich von bloßem Auge sehen. Wo an den Hängen die Erde eine rötliche Färbung angenommen hatte, da hatte der Regen den fruchtbaren Humus unwiederbringlich weggewaschen. Der Kampf gegen die Erosion und für die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit ist wohl in großen Teilen des äthiopischen Hochlands bereits verloren. Die ökologische Katastrophe ist schon Wirklichkeit.

»Väter und Mütter! Könnt ihr es denn verantworten, daß eure Kinder im Elend leben«, rief der Vizepräsident der *Woreda*

(Distrikt) Dessie Zuria in der äthiopischen Wollo-Provinz aus. »Im Süden und Westen gibt es besseres Land und ein besseres Leben. Gebt euren Kindern eine Chance.«

Der Vizepräsident der *Woreda* war in den kleinen Flecken Dossa in den Bergen bei Dessie gekommen, um den Leuten die große Umsiedlungsaktion zu erklären, mit der die äthiopische Regierung in Zukunft die Dürren und Hungersnöte in Wollo und Tigre entschärfen will. Allein im Jahr 1985 schickte die Regierung 600 000 Menschen in den fruchtbareren und dünnbesiedelten Süden, nach Wollega, Kaffa, Ilubabor und Gemu Goffa, wo noch Platz ist, wo der Boden nicht erodiert ist und wo die Regenfälle zuverlässiger sind.

Vier Bauernvereinigungen (seit der Revolution die Basisorganisationen auf dem Land) waren aufgerufen, an diesem Tag nach Dossa zu kommen und sich die Argumente der Regierung anzuhören. Etwa 1 000 Bauern – darunter nur wenige Frauen – waren dem Aufgebot gefolgt und hockten, in Baumwolltücher gehüllt und mit derben Stöcken bewehrt, geduldig auf dem Platz vor der Dorfschule.

Früher habe es hier viel Wald gegeben, erklärte der Vizepräsident der *Woreda*. Aber jetzt sei alles abgeholzt, und deshalb herrsche Dürre. Jetzt sei das Vieh billig und das Getreide teuer. Diejenigen, die kein Vieh mehr hätten und keine Ochsen mehr zum Pflügen, sollten auswandern, sagte der Redner. Aber er versicherte auch, daß niemand gezwungen werde. Wer gehen wolle, könne gehen, wer bleiben wolle, könne bleiben.

Aber, warnte der Redner, von heute an sei es verboten, Feuerholz zu schlagen und zu verkaufen. Lebensmittel werde es nur für alte Leute geben und für die Familien der Milizangehörigen. Getreide gebe es aber für die Mitarbeit beim Bau von Terrassen und Erosionsschutzkanälen. Schließlich lockte der Redner, ein asketischer Mann in einer grünen Army-Jacke: Die Leute, die schon bei der letzten Dürre vor zehn Jahren ausgewandert wären, seien jetzt so wohlhabend, daß sie aus ihrer neuen Heimat 2 400 Tonnen Getreide für die Opfer der Dürre geschickt hätten.

Hat jemand eine Frage? Meldet sich jemand freiwillig? Einer stand auf und ging nach vorn. Er war bereit zu gehen, und alle beklatschten seinen Mut. Insgesamt meldeten sich nur vier Bauern für die Umsiedlung. Die Leute verlassen ihren Hof nicht gern, sie hängen an der Scholle. Aber aus dem Tiefland, wo es weniger geregnet hatte, waren schon viele ausgewandert.

Die Bauern trauten auch den Versicherungen nicht unbedingt, wonach in Ilubabor und Wollega Milch und Honig flössen.

Kürzlich kamen zwei Leute für einen Monat zu Besuch, die schon vor zehn Jahren aus unserer Gegend ausgewandert waren«, erzählte einer. »Sie sagten, es ginge ihnen gut. Der eine, der in Lumpen weggegangen war, hat jetzt eine Uhr und ein Radio. Er sagte, er besitze zehn Hektar Land (das Maximum, das ein Privater in Äthiopien besitzen darf). Aber die Leute hier sagten: Der ist von der Regierung bezahlt, um gut über die Umsiedlung zu reden.«

Das große Umsiedlungsprojekt der Regierung, mit dem Addis Abeba eine dauerhafte Lösung für das Problem von Überbevölkerung und abnehmender Bodenfruchtbarkeit auf dem äthiopischen Hochland suchen will, ist äußerst umstritten. Die westlichen Länder begegneten diesem Projekt meist geradezu mit Feindseligkeit. Das ging so weit, daß manchmal die Nahrungsmittelhilfe, die die Regierung den Umsiedlern gewährte, schlicht als Unterschlagung gewertet wurde – obwohl diese Leute in den Lagern von Mekelle oder Korem ja auch hätten ernährt werden müssen. Das erklärt einen guten Teil der Vorwürfe, wonach die äthiopische Regierung Hilfslieferungen in größerem Ausmaß zweckentfremdet habe.

Die Regierung übe Zwang aus, wurde immer wieder gesagt. In den Hungerlagern mag das bis zu einem gewissen Grad zugetroffen haben, zumal die lokalen Behörden Quoten an Umsiedlungswilligen zugeteilt erhalten hatten, die sie erfüllen mußten. Aber diese Leute waren ja gerade in den Lagern, weil sie auf ihrem Land nicht mehr existieren konnten. Sie würden bei der nächsten Dürre in fünf, sieben oder zehn Jahren wieder als Wracks an der Straße stehen.

Es wurde der Regierung auch unterschoben, sie wolle in Tigre lediglich die Bevölkerung ausdünnen, um den Guerrilleros der TPLF die Basis zu entziehen. Doch selbst wenn dies als Nebeneffekt der Regierung zupaßkam, blieben die objektiven Gründe für die Umsiedlung bestehen. Zudem wurden viel mehr Leute aus Wollo als aus Tigre (und keine aus Eritrea) umgesiedelt.

Zu Recht wurde allerdings gesagt, daß Äthiopiens Infrastruktur für eine Großaktion wie die Umsiedlung von 600 000 Menschen zu schwach entwickelt sei und daß die Vorbereitungen ungenügend waren. Doch mußte man die Zustände in Ilubabor oder Wollega mit den Zuständen in den Lagern vergleichen und mit den Chancen, die die Leute auf ihrem ausgelaugten Land hätten.

Allein die Kosten der Umsiedlungsaktion sind enorm. Allermindestens 2 500 Dollar kostet es nach Meinung von Experten,

eine Familie neu anzusiedeln. Das würde für die geplanten 300 000 Familien 750 Millionen Dollar ausmachen – eine Zahl, die sich mit rund 400 Millionen Dollar vergleicht, die Äthiopien im Hungerjahr 1985 insgesamt an ausländischer Hilfe erwarten konnte.

Dazu kam, daß die Umsiedler im Tiefland des Südens und Südwestens ein ganz anderes Klima erwartete. Da gibt es ungewohnte Krankheiten wie die Malaria; die erprobten und bewährten Landwirtschaftsmethoden sind plötzlich nicht mehr sinnvoll; die Ernährungsgewohnheiten müssen umgestellt werden. Und wenn nicht von Anfang an umweltschonende Maßnahmen ergriffen werden, wird man sich im Südwesten schon bald mit denselben Problemen konfrontiert sehen wie in Wollo und Tigre.

»Aber haben wir denn eine andere Wahl?«, ruft Dr. Tamret von der RRC aus. »Für wie lange können wir denn immer wieder Lastwagenkolonnen mit Hilfsgütern schicken?« Die Regierung hatte entschieden: Für eine verzweifelte Lage schlug sie eine verzweifelte Lösung vor.

Sie tat damit freilich nichts anderes, als das äthiopische Reich seit jeher getan hatte. Schon die alten Reiche von Axum, Gondar, Lalibela, so meinen heute Historiker, brachen letztlich zusammen, weil die landwirtschaftliche Überproduktion, auf der diese Hochkulturen beruhten, die Natur auf die Dauer überforderte. Bezeichnenderweise wanderte man schon seinerzeit nach Süden aus, vielleicht, weil die Niederschläge im Norden schon damals abnahmen, bis man schließlich nach Addis Abeba kam. Jetzt sind es schon Ilubabor, Wollega, Kaffa, Gemu Goffa. »Wohin sollen wir bei der nächsten Dürre noch auswandern?« fragt ein Äthiopier und faßt so in einem Satz die Ausweglosigkeit der Situation zusammen.

3. Sahel: »Wenn die Bäume sterben, ist die Erde müde«

Bei Tahoua, Niger, März 1985. Hier kann man buchstäblich zusehen, wie die Wüste hereinbricht. Der Wind hat Sand und Staub zu einem dichten Nebel aufgewirbelt, der die kahle Landschaft verdüstert, der auf die Lunge schlägt und auch aufs Gemüt. Die Sonne steht wie ein bleicher Mond am Himmel, tagelang. 22 von 28 Tagen im Februar und weiter bis in den März hinein.

Solche Sand- und Staubstürme hat es noch nie gegeben um diese Jahreszeit. Nördlich von Tahoua, wo etwa die Grenze des Ackerbaus im Sahel verläuft, kann man fast mitverfolgen, wie die Felder versanden. Wie mit Schnee decken die Sandstürme alles zu. Wo vor ein paar Jahren noch angebaut wurde, liegen jetzt bis 30 Zentimeter Sand. »Von Tahoua bis nach Algerien ist nicht ein einziger Grashalm gewachsen«, sagt ein Entwicklungshelfer. »Vor 15 Jahren wurde hier noch Hirse angebaut. Dann gab es immerhin noch ein Wäldchen mit Sträuchern und Bäumen. Das alles starb 1973. Später gab es noch Gras für das Vieh. Aber seit 1979 wächst überhaupt nichts mehr.«

Auch das ist neu: Nach den ersten Regen im Juni oder Juli kommen seit drei Jahren regelmäßig Sandstürme auf, die die jungen Schößlinge zerfetzen und verbrennen. Am Brunnen von Ouriamija, wo ich 1974 zum ersten Mal gewesen war, verstehe ich die Welt nicht mehr: Die Landschaft ist nicht wiederzuerkennen. »Damals war hier alles noch Wald«, erklärt ein alter Freund. »Jetzt sind alle Bäume tot, und überall ist Sand.«

Djenné, Mali, April 1985. Djenné ist eine berühmte alte Stadt, die es schon vor 2 000 Jahren gab. Berühmt für die altsudanesishe Lehmarchitektur – noch heute ist Zement verpönt – und für die große Moschee mit ihren 100 Pfeilern, ihren fast gotisch anmutenden Streben und Türmen. Djenné war eine ehrwürdige alte

Handelsstadt am Bani, einem einst mächtigen Nebenfluß des Niger. Aber jetzt scheint das Ende über Djenné hereinzubrechen.

»Eigentlich sollte die Stadt nach der Regenzeit rundum vom Wasser des Bani umgeben sein«, erzählt ein junger Einheimischer. »Aber mit meinen 22 Jahren habe ich das erst einmal, 1978, erlebt.«

Seit drei Jahren hat der Bani nicht mehr überschwemmt, der Reis, der im Niger-Binnendelta seit mehr als 2 000 Jahren angebaut wird, hat kein Korn mehr abgeworfen. Der Bani ist nur noch ein Rinnsal. Die Fähre über den Fluß liegt still. Man kann mit einem gewöhnlichen PKW durch die Pfützen fahren, die von dem Fluß noch übriggeblieben sind.

Rund um die Stadt haben die Bewohner dieses Jahr zum erstenmal Gemüsegärten angelegt, die sie aus dem Grundwasser von Hand bewässern. Aber die Hälfte der 14 000 Einwohner von Djenné – vor Jahrhunderten waren es viel mehr – haben die Stadt auf der Suche nach Nahrung bereits verlassen. Jede Woche nach dem jetzt bescheidenen Montagsmarkt, an dem seit Jahrhunderten Menschen und Waren aus der nördlichen Region der Viehzüchter und aus der südlichen Region der Ackerbauern zusammengekommen sind, gehen mehr Leute, nach dem sie das letzte Hab und Gut verkauft haben. »Sie werden schließlich wohl alle gehen müssen«, sagt unser Begleiter.

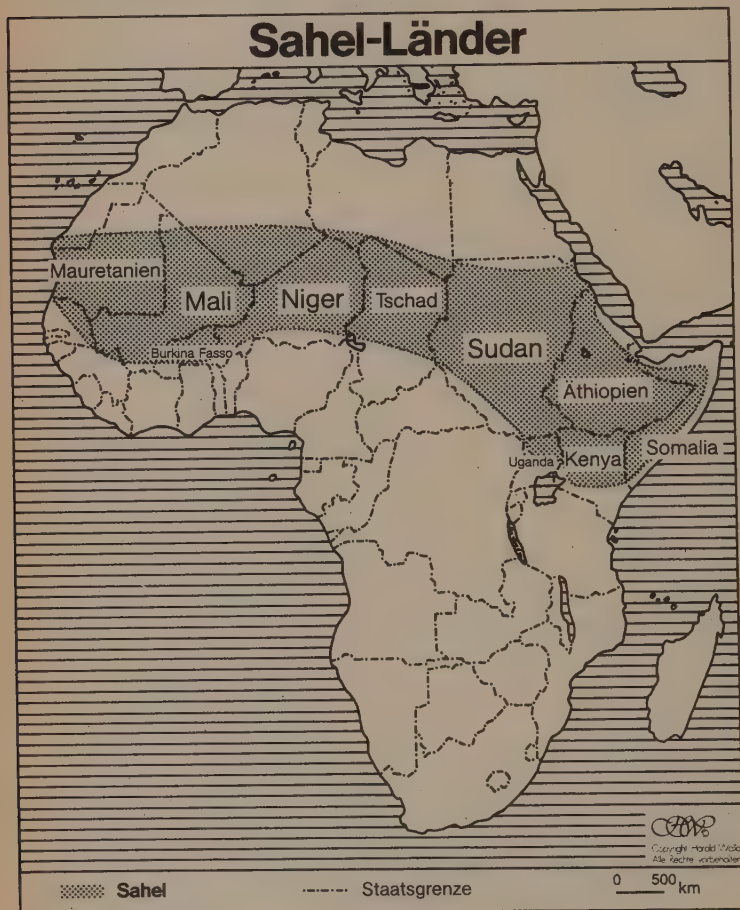
Jedes Jahr muß die berühmte Moschee von Djenné unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung mit einem Gemisch aus Lehm und Stroh neu verputzt werden. Dieses Jahr, erstmals seit Menschengedenken, hat man das nicht mehr gemacht. Man war zu schwach, und zu viele Leute waren schon weggegangen.

Mopti, Mali, April 1985. Mopti, das »malische Venedig«, liegt weiter unten am Bani, unmittelbar vor dem Zusammenfluß mit dem Niger. Seit jeher war Mopti eine farbenfrohe, von Leben überquellende Stadt mit Hunderten von Booten und Pirogen, womit sie das Prädikat eines »afrikanischen Venedig« durchaus verdiente. Aber auch hier haben Bani und Niger seit drei Jahren nicht mehr überschwemmt. Es gibt keinen Reis mehr, und damit ist die eine Quelle des Wohlstands von Mopti versiegt.

Auch die Fischerei, das zweite Bein, auf dem Moptis Wirtschaft stand, gibt nichts mehr her. Der getrocknete oder geräucherte Fisch, der berühmte *Capitaine*, der früher bis in die Elfenbeinküste hinunter exportiert wurde und der im Hafen in Mengen zum Himmel stank, ist fast nicht mehr zu finden. Das Fischervolk

der Bozo, das den Nigerlauf bis nach Gao an der Grenze zum Nachbarland Niger bevölkert, ist arbeitslos, brotlos.

Sicher ist überfischt worden. Doppelt soviele Leute wie 1960 wollten doppelt soviel Fisch herausholen. Aber dann hat der Niederwasserstand des Niger einen Teil der Laichplätze zerstört.



Die Schifffahrt auf dem Niger, über Timbuktu bis nach Gao, die dritte Einnahmequelle der Stadt, ist ebenfalls stark geschädigt. Nur noch bis Dezember statt wie früher bis März können die großen Schiffe die Fahrt nach Gao unternehmen. Der Verkehr weicht auf die Straße aus und läßt Mopti links liegen. Der Niedergang der Stadt, an den entvölkerten Märkten bereits deutlich sichtbar,

scheint unaufhaltsam. »Die Leute sind jetzt arm hier«, kommentiert ein Einheimischer.

Somiaga, Yatenga-Region, im Nordwesten von Burkina Fasso, Mai 1984. In der Nähe des kleinen Mossi-Dorfes mit seinen runden Gehöften, mit den in die Außenmauern eingelassenen Hütten und den viereckigen Hirsespeichern, die jetzt leer sind, zeigen uns die Leute die Gräber ihrer Vorfahren, Tonkrüge mit den Gebeinen ihrer Ahnen. Mindestens anderthalb Meter tief seien diese Urnen einst vergraben gewesen. Jetzt haben Wind und Regen die Erde abgetragen und die Gebeine bloßgelegt. Noch vor zehn Jahren, erinnern sich die Leute, waren hier Hirsefelder. Bis vor 17 Jahren pflanzte man noch Baumwolle. Jetzt sind da nur noch nackter Fels und ein paar abgestorbene Büsche. Die Baumwolle, einst Quelle relativen Wohlstands, ist völlig aus der Region verschwunden.

Gleich am Ortsrand von Somiaga gibt es einen kleinen Wald, der den Mossi von altersher heilig ist. Ob Christ oder Moslem, kein Mossi würde es wagen, sich an diesem Wald zu vergreifen, Brennholz zu schlagen oder auch nur das Vieh hineinzutreiben. Da stehen noch Bäume und dichtes Unterholz, trocken zwar, aber bereit, mit den ersten Regen wieder zu ergrünen.

So muß es hier überall einmal ausgesehen haben, bevor der Mensch die Wüste herbeiwirtschaftete. »Vor 20 Jahren war hier noch alles Wald«, erinnert sich ein alter Mann, »und vor 40 Jahren gab es noch Elefanten.« Jetzt unterstreicht ein später Harmattan-Wind noch das Gespenstische der kahlen, öden Landschaft. Er wirbelt Staub und Sand auf, hüllt alles in einen rötlich-grauen Nebel, die wenigen Bäume in der nackten Erde ohne schützende Pflanzendecke, die Gehöfte zwischen ausgelaugten Äckern.

Vier Eindrücke aus der riesigen Sahel-Region – sie umfaßt rund zwei Millionen Quadratkilometer mit 30 Millionen Einwohnern in den westafrikanischen Staaten Mauretanien, Senegal, Mali, Burkina Fasso, Niger und Tschad –, die 1973 plötzlich zu einem Begriff geworden war, als aufrüttelnde Bilder von verhungernenden Sahel-Bewohnern die Runde um die Welt machten, ganz ähnlich den Bildern, die gut zehn Jahre später aus Äthiopien kamen. Der Sahel – arabisch für »Ufer«: das Ufer des Sandmeers der Sahara – rückte damals zum erstenmal die periodisch wiederkehrende Geisel der afrikanischen Hungersnöte ins Bewußtsein der Europäer. Eine Welle des Mitgefühls entzündete sich an den Schreckensbildern aus Westafrika, und eine chaotische, teure, aber letztlich

wirkungsvolle Hilfsaktion konnte im letzten Moment noch ein allgemeines Massensterben der Sahel-Bewohner verhindern.

Zehn Jahre später schlug die Dürre wieder zu. Wieder wanderten die Nomaden aus dem Norden mit den Resten ihrer Herden in den regenreicheren Süden, wieder waren die Speicher der Ackerbauern im südlichen Sahel leer. Schreckensbilder wie 1973 gab es diesmal freilich kaum zu sehen, die kamen jetzt aus Äthiopien. Zwar war es in den zehn Jahren nach der ersten Sahel-Katastrophe trotz Milliardeninvestitionen nicht gelungen, die Region gegen die Dürre widerstandsfähiger zu machen – im Gegenteil. Doch hatte sich in diesem Zeitraum die Infrastruktur wesentlich verbessert, Teerstraßen ersetzten mühsame Wüstenpisten, über die nun relativ reibungslos die nötige Nahrungsmittelhilfe rollte. Lediglich die zeitliche Verzögerung der Hilfslieferungen aus Europa und Nordamerika, bedingt durch eine wenig effiziente Hilfsbürokratie, verursachte völlig unnötige Probleme.

Trotzdem war im Grunde alles noch viel schlimmer als zehn Jahre zuvor. Ein Bild des Schreckens bot diesmal der Zustand der Umwelt. Schon die Dürre der siebziger Jahre – unterdessen von den Leuten bereits »die kleine Dürre« genannt – war nicht nur ein Betriebsunfall der Natur gewesen, sondern ein deutliches Symptom für die fortschreitende Aushöhlung der ökologischen Basis, für ein zunehmendes Ungleichgewicht zwischen Mensch, Vieh und Natur. Sie hatte gewarnt vor dem Phänomen der »Verwüstung«, ein Begriff, der mehr meint als das bloße Vordringen der Sahara um soundsoviele Kilometer nach Süden pro Jahr. Dazu kommt die Schwächung von innen her, durch Überweidung und Übernutzung durch Mensch und Tier, die das Vordringen der Wüste erleichtert und beschleunigt.

Doch wenn die Dürre von 1973 eine Bedrohung der Ökologie anzeigte, so markierte die Dürre von 1984 – sie hatte sich über mehrere trockene Jahre aufgebaut – den ökologischen Kollaps. In den zehn Jahren nach einer Warnung, die deutlicher nicht hätte ausfallen können, war man unfähig gewesen, die Belastung der Umwelt durch Mensch und Tier zu verringern, man hatte im Gegenteil diese Belastung noch wesentlich ansteigen lassen. Die Aushöhlung der natürlichen Grundlagen war beschleunigt fortgeschritten, als wenn nichts geschehen wäre. Weder die betroffenen Menschen selber, die aus schierer Armut die Grundlagen ihrer Existenz zerstören, noch die Scharen von Entwicklungsexperten, die nach der Katastrophe in die Sahel-Länder strömten, schienen ihre Lektion gelernt zu haben.

Daß sich die Sahara nach Süden ausdehnt, ist nicht neu; dieser Prozeß dauert schon Jahrtausende. Die Sahara war auch schon größer gewesen und hatte sich dann wieder zurückgebildet, aber das geschah in Zeiträumen, die sich menschlicher Erfahrung und Erinnerung entziehen. Nur die erstaunlichen prähistorischen Felszeichnungen mitten in der Sahara zeugen heute noch davon, daß die Wüste einst fruchtbares Land war.

Auch die jetzige Südbewegung der Sahara war bis vor kurzem für die Menschen in einer Generation nicht wahrnehmbar, so langsam ging sie vor sich. Doch jetzt hat die Ausdehnung der Wüste – von Norden her wie von innen her – ein atemberaubendes Tempo angenommen. Jetzt fällt es den Menschen plötzlich auf, und immer wieder hört man: »So etwas hat es noch nie gegeben.«

Die Mossi waren schon im elften Jahrhundert nach Yatenga gekommen. Vorher waren die Dogon dagewesen, die von den Mossi nach Mali abgedrängt wurden. All diese Jahrhunderte hatte das Land die Menschen ernährt. Und jetzt, in wenig mehr als einer Generation, war alles zerstört, die Existenzgrundlage der Menschen dramatisch geschrumpft.

Wie konnte das kommen? Der Dorfchef von Somiaga, ein alter Mann, der auf einem verschlissenen Lehnstuhl im Schatten eines Daches aus Hirsestengeln sitzt, Hirsestengel ohne Kolben, das einzige, was man hatte ernten können, gibt eine bemerkenswerte Antwort auf diese Frage. »Früher hatte jedes Dorf einen König, der seinerseits dem großen König der Mossi unterstand«, sagt der zahnlose Alte. »Damals lebten alle in den überkommenen Traditionen, und es ging allen gut. Aber schon als die Franzosen kamen, begann sich das zu ändern. Die Weißen brachten neue Dinge, und das hat schon damals die geistige Haltung der Jungen beeinflußt. Als der König wieder schwarz wurde (damit meint der Alte die Unabhängigkeit), hat sich das mit der modernen Verwaltung noch verschärft. Auch eine Trennung zwischen Christen, Moslems und Animisten gibt es jetzt, und die alten Sitten werden nicht mehr respektiert. Früher war alles in einem Gleichgewicht, und jetzt ist alles aus dem Gleichgewicht geraten. Zurück zu den alten Traditionen kann man jetzt nicht mehr, aber man weiß auch nicht, wie es weitergehen soll.«

Und weiter meint der Alte: »Früher mußte man dieses und jenes machen, damit die Ernte gut gelang. Zum Beispiel benutzte man normalerweise diese Tür da, um den Hof zu betreten, aber an bestimmten Tagen mußte man durch jene andere Tür dahinten.

Und so war alles geregelt, und jetzt hält sich niemand mehr an die alten Regeln. Früher waren wir auch weniger Leute. Da gab es keine Medikamente, und wenn Seuchen kamen, starben viele Menschen. Aber irgendwie war ein Gleichgewicht da, und die Leute haben auch besser zusammengehalten. Jetzt ist es eine Katastrophe: So viele Leute und nichts zu essen!«

Der heilige Wald, der vor dem Dorf noch erhalten geblieben ist und von einer einst viel üppigeren Vegetation zeugt, scheint den Sinn alter Regeln und Traditionen zu beweisen. Wenn der alte Dorfchef von Somiaga den Verlust dieser Regeln beklagt, sehnt er sich nicht nur nach der guten alten Zeit zurück. Er bedauert nicht nur den Verlust seiner Privilegien als Dorfchef. Der Alte meint im Grunde, das gesellschaftliche Gleichgewicht sei abhanden gekommen, und das sei der eigentliche Grund für die Zerstörung des Gleichgewichts der Natur. Die alten Regeln hatten sichergestellt, daß sich Mensch und Natur reproduzieren konnten. Der Mensch fühlte sich der Natur eingeordnet, nicht übergeordnet.

Der Zusammenbruch der sozialen Organisation («die Leute haben besser zusammengehalten») hat auch bewirkt, daß sich die Menschen nur schwer den veränderten Umweltbedingungen anpassen können. So weiß der Alte keinen Ausweg: »Zurück zu den alten Traditionen kann man jetzt nicht mehr, aber man weiß auch nicht, wie es weitergehen soll.« Es herrscht Orientierungslosigkeit, Ratlosigkeit. Die Menschen wissen nicht, was sie gegen die schleichende Katastrophe tun sollen. »Wenn die Bäume sterben, ist die Erde müde«, sagen resigniert die Bauern in Niger.

Freilich regnet es in den Sahel-Ländern ebenfalls weniger als früher, wenn auch mit großen Schwankungen von Jahr zu Jahr. Seit 15 bis 20 Jahren seien die Niederschläge spürbar geringer, sagen die Leute in Yatenga. Die Abholzung und die Rodung von immer mehr Feldern mögen dazu beigetragen haben, daß das Klima trockener wird. Aber der Niedrigwasserstand der Flüsse und insbesondere des Niger hat mit den abnehmenden Regenfällen im Sahel wenig zu tun. Denn der überwiegende Teil des Flußwassers kommt aus Fouta Djallon in Guinea, also aus dem Gebiet des tropischen Regenwaldes im Süden. Auch dort regnet es weniger, auch wenn das wegen der viel höheren Niederschlagsmengen nicht so auffällt.

Die tropischen Regenwälder jedoch werden gnadenlos abgeholzt. Europäische Firmen legen in den Küstenländern den Wald mit Bulldozern um, um kostengünstig an die letzten Edelhölzer für den Export heranzukommen.

Doppelt soviele Wanderackerbauern wie vor einem Vierteljahrhundert roden den Wald, um für ein, zwei Jahre Reis, Hirse und Kassawa anzubauen. Auf diese Weise gehen in Afrika jährlich 1,3 Millionen Hektar Wald verloren, mehr als die Hälfte davon in Westafrika. In der Elfenbeinküste sind bereits 70 Prozent des Waldes zerstört. Der Regenwald, der trotz seiner Üppigkeit sehr empfindlich ist, stirbt, das Klima wird trockener und heißer.

Regnet es deshalb weniger? Dringen deshalb die Regenwolken nicht mehr so weit nach Norden vor? Wissenschaftler halten es für möglich. Die mutwillige Zerstörung der Pflanzendecke reduziert die verdunstende Wassermenge, die gesamtafrikanisch 20 Prozent der Niederschläge ausmacht, und sie verändert den Anteil der Sonnenenergie, der von der Erde ins All zurückgestrahlt wird.

Wenn aber ein solcher Zusammenhang zwischen Abholzung im Süden und abnehmenden Niederschlägen bestünde, dann wären es gar nicht in erster Linie die bitterarmen Ackerbauern und Viehzüchter des Sahel, die ihre Umwelt zerstören, sondern mehr noch die von der Natur weit besser bedachten Völker weiter südlich und nicht zuletzt die ruchlosen Methoden der europäischen Holzexporteure.

Auf jeden Fall diagnostiziert das UNO-Umweltprogramm (UNEP) in Nairobi drastische Veränderungen. Die Linie mit 200 Millimeter Regen (Isohyet) ist in den letzten Jahren 150 Kilometer nach Süden gewandert. Die Trockenzone der Sahara hat sich enorm ausgebreitet, zumal die Region schon von innen her schwer geschädigt war. »Wir sind Zeugen einer Verschiebung der ökologischen Zonen«, faßt UNEP zusammen. »Der Sahel wird zur Wüste, die Savanne wird zum Sahel, die Waldzone wird zur Savanne.«

Natürlich muß die Sahel-Region auch mehr Menschen ernähren als früher. Das Bevölkerungswachstum ist, wie wir bereits gesehen haben, nahezu unausweichlich. Aber noch schneller als die Zahl der Menschen sind ihre Bedürfnisse gestiegen. Früher brauchte man nur ganz bescheidene Überschüsse aus der Landwirtschaft: für religiöse oder gesellschaftliche Feste, für ein paar Werkzeuge. Kaurimuscheln dienten in bescheidenem Umfang als eine frühe Form des Geldes und auch als Schmuck. Aber dann kamen die Franzosen und begannen damit, Steuern einzuziehen. Sie zwangen die Leute damit in die Geldwirtschaft und zum Geldverdienen, also zu einer größeren Überproduktion. Heute muß man Kleider anschaffen und Schulgelder bezahlen. Importierte Konsumgüter verdrängen handwerkliche Eigenprodukte, der Plastikimer den irdenen Topf. Das Moped, das viele junge Leute von

der Arbeit in der Elfenbeinküste nach Yatenga zurückbringen, ist die Höhe der Konsumgefühle.

Aber noch viel größer als die eigenen Ansprüche sind die Ansprüche der Stadt und der Städter, des modernen Sektors, der viel konsumiert und wenig produziert: In den meisten Sahel-Ländern ist die mit Abstand größte Industrie die Brauerei. Die Bauern des Sahel sollen die rasch wachsenden Städte, ein Mühlstein um ihren Hals, nicht nur ernähren; sie sollen auch die Devisen für die nötigen (und unnötigen) Importe erwirtschaften, von Waffen für die Armee bis Weizen für die Baguettes, das französische Weißbrot, das die feinen Städter dem Hirsebrei nun schon vorziehen. Denn außer Niger (Uran) und Mauretanien (Eisenerz) haben die Sahel-Länder kaum exportierbare Rohstoffe.

Die Antwort auf diesen Druck zur Mehrproduktion hieß in Yatenga Baumwolle. Schon die Franzosen hatten im Sahel den Anbau von Baumwolle und Erdnüssen gefördert (und manchmal erzwungen), um diese marginalen Kolonien einigermaßen rentabel zu machen. Die Baumwolle – in weit geringerem Maße war sie in Yatenga traditionell angebaut worden – hat in Konkurrenz mit dem Grundnahrungsmittel Hirse die Ansprüche an die Umwelt viel rascher in die Höhe getrieben als das Bevölkerungswachstum. Plötzlich war viel mehr Land nötig, viel mehr Bäume wurden abgeholzt, um Platz für neue Felder zu machen, und die Brachzeiten nahmen ab. Nur die Erdnuß ist noch schlimmer, die, vor allem im Senegal (vgl. Seite 151 ff) als Monokultur betrieben, den Boden innerhalb weniger Jahre auslaugt.

Der Anbau von Kulturen, die dem Bauern etwas Bargeld und dem Land etwas Devisen bringen (*cash crops*), konkurrenzieren auf verschiedene Weise den Anbau von Nahrungsmitteln. Einen Engpaß bilden aber nicht nur die Böden, sondern auch die Arbeitskraft. Im Tschad trafen wir einmal einen Bauern, der noch Kassawa anpflanzte, eine eßbare Wurzel, die dank ihrer Dürresistenz und ihrer Lagerfähigkeit sehr geeignet wäre, zur Sicherung der Ernährung beizutragen, die wir aber sonst nirgends angetroffen hatten. Früher hätten alle Kassawa angepflanzt, erklärte der junge Mann, das Problem sei, daß man keine Zeit mehr habe. Denn zu Beginn der knapp bemessenen Regenzeit mußte man neben dem Grundnahrungsmittel Hirse auch Baumwolle anpflanzen, die Regierung hatte damals einen Hektar pro Familie zwingend vorgeschrieben. Für Kassawa, die in schlechten Jahren als Sicherheit diente, war keine Zeit mehr, zumal Baumwolle etwa dreimal soviel Arbeitszeit beansprucht wie Hirse. Die Produktion für den Export verdrängte damit die Produktion fürs Überleben.

In der Yatenga-Region von Burkina Fasso ist die Baumwolle wieder verschwunden. Das Land ist zu knapp, die Bodenfruchtbarkeit zu gering geworden. Nachdem die Baumwolle zur Zerstörung von Yatenga so viel beigetragen hatte, kann die Region nur noch eines exportieren: ihre Jugend. In Massen ziehen die jungen Männer in die Städte und weiter nach Süden, in die Elfenbeinküste. Arbeitskräfte sind fast das einzige Exportprodukt von Burkina Fasso geworden, doch selbst das wurde in den achtziger Jahren mit der Rezession im südlichen Nachbarland schwieriger. »Auf die Jungen in der Elfenbeinküste kann man sich auch nicht mehr verlassen«, sagt ein alter Mann, »die haben da unten ihre eigenen Probleme.«

Der Exodus der jungen Leute bedeutet einen weiteren Aderlaß für die Bewohner von Yatenga. Denn neben dem Regen und dem Ackerland begrenzen auch die verfügbaren Arbeitskräfte die Produktionsmöglichkeiten. Gerade während der arbeitsintensiven Regenzeit sind jetzt fast nur noch alte Männer und Frauen in Yatenga. Die rasche Verstädterung und die Abwanderung in den Süden bedeuten, daß die Sahel-Bauern mit immer weniger und immer schwächeren Arbeitskräften immer mehr Menschen ernähren sollen. Kein Wunder also, daß der Selbstversorgungsgrad im Sahel sinkt – nicht nur in Dürrejahren.

Noch einen Tribut zahlen die Bauern von Yatenga der Stadt: Brennholz. Immer noch kommen Holzhändler nach Yatenga, wohlversehen mit staatlichen Bewilligungen, hacken den Leuten unter ihren Augen die letzten Bäume um und transportieren sie lastwagenweise in die Hauptstadt Ouagadougou. Genauso geht es in den anderen Sahel-Ländern zu. Schon das Brennholz für die dünngestreute Landbevölkerung ist mittlerweile ein Problem. Aber der massierte Energiebedarf der Städte frißt riesige Löcher in die bedrohte Landschaft hinein.

Die Leute in Yatenga stehen mit dem Rücken zur Wand. Verzweifelt faßt ein Bauer zusammen: »Die Erde ist weggetragen, die Bäume sind tot, die Brunnen sind trocken.« Doch gerade in dieser verzweifelten Situation haben die Leute neue Initiativen ergriffen, die das Überleben in der angeschlagenen Region wieder möglich machen sollen. In wenigen Jahren ist der Anbau von Gemüse zu einer wichtigen Einnahme- und Ernährungsquelle geworden.

Vor zehn Jahren, bei der letzten großen Dürre, war Gemüse im Sahel noch völlig unbekannt. Jetzt sieht man an neu angelegten kleinen Dämmen Männer und Frauen emsig von Hand Gemüsekulturen bewässern: Kohl, Karotten, Zwiebeln, Knoblauch, Tomaten, Kartoffeln, Bohnen, auch Tabak – und das mitten in der

Trockenzeit. Auf dem Markt bringt ein schöner Kohlkopf den Gegenwert von einem Kilo Hirse, und essen kann man ihn auch – ein Rezept fürs Überleben.

Die neuen Kulturen zeugen von einer bemerkenswerten Innovationsfähigkeit, die den Bauern zu Unrecht immer wieder abgesprochen wird. Beim Bau der nötigen Dämme hilft den Bauern eine Organisation, die von einem einheimischen Lehrer und späteren Doktor der Entwicklungssoziologie ins Leben gerufen wurde: Bernard Lédéa Ouedraogo. Lédéa hat kein Gehalt einer internationalen Organisation im Rücken, er hat sich einfach mit den Leuten zusammengesetzt als einer der Ihren, hat ihre Probleme und Möglichkeiten studiert und diskutiert. Sein Motto heißt: »Entwickeln, ohne zu zerstören, aufgrund dessen, was der Bauer ist, kann, weiß und will.« Lédéas Ansatz hat Seltenheitswert, denn er ist – auch wenn ein Teil des nötigen Geldes von außen kommt – ein rein afrikanischer Ansatz – und das erklärt vielleicht auch einen Teil des Erfolgs. Jetzt sieht man allenthalben Gruppen von Leuten Dämme durch die ausgetrockneten Flußbetten bauen, Gräben werden angelegt, Drahtgitter mit Steinen gefüllt, Erdwälle aufgeschüttet. Da wird hart gearbeitet.

Die Dämme sollen den Regen, der in wenigen heftigen Gewittern fällt, zurückhalten, damit das Wasser in den Untergrund einsickern und Brunnen speisen kann, die nachher für den bewässerten Gemüsebau genutzt werden. Die Dämme verhindern Wind- und Wassererosion. »Wir werden wieder Wasser haben, und alles wird wieder gut sein«, sagt einer, der da mitarbeitet. »Wenn diese Hoffnung nicht wäre«, meint der Vorarbeiter beim Dammbau, »dann hätten die Leute schon längst nach Süden fliehen müssen, Richtung Elfenbeinküste.«

Die Nützlichkeit dieser Methode ist unübersehbar: Nur wer solche Dämme angelegt hatte, konnte überhaupt etwas ernten, und jetzt wollen alle solche Dämme.

Merkwürdige Dinge sind möglich mit den neuen Methoden. In den Seen, die sich in der Regenzeit hinter den neuen Dämmen bilden, gibt es plötzlich viele Fische – schlicht unvorstellbar, wenn man nach Monaten der Trockenheit durch die völlig ausgetrocknete, flußlose Landschaft fährt. Die Mossi sagen, daß die Fische in irgendwelchen Grotten, wo man sie keinesfalls stören darf, die Trockenzeit verbringen und dann beim ersten Donnerschlag der neuen Regenzeit wieder hervorkommen. Tatsächlich scheint es im Sahel Fische zu geben, die sich bei Beginn der Trockenzeit eingraben und in einer Art Winterschlaf bei stark reduzierter Körpertätigkeit die Dürre überstehen.

Auch in Mali sah man in der Dürre von 1984/85 plötzlich viele von Hand bewässerte Gemüsekulturen. Niger forcierte diese neuen Trockenzeitkulturen geradezu systematisch. Auf diese Weise gelang es, Zehntausende von Nomaden, die ihr gesamtes Vieh verloren hatten, um Brunnen und Teiche herum anzusiedeln. In Tabalak, nordöstlich von Tahoua, hatte die Regierung binnen kürzester Zeit 200 Brunnen gegraben, und so sah man dort die stolzen Peul Bororo, die größten Nomaden des Sahel, die zuvor noch nie eine Hacke in der Hand gehabt hatten, mit großem Erfolg Mais, Weizen, Bohnen, Maniok, Kartoffeln, Erdnüsse und Gemüse anbauen. Die Regierung hatte den Nomaden Land, Saatgut und Lebensmittel bis zur ersten Ernte versprochen. Etwas Zwang und der Hintergedanke, die Nomaden endlich sesshaft zu machen, mögen auch im Spiel gewesen sein. Nach kurzem jedoch war das Problem, daß die Peul Bororo mehr produzierten, als sie konsumieren und vermarkten konnten.

Trotz aller Anstrengungen – und trotz der reichlichen Regen vom Sommer 1985 – muß man sich fragen, ob der Sahel überhaupt noch zu retten ist, ob die riesige Halbwüste nicht bereits endgültig »umgekippt« und als Lebensraum für den Menschen verloren ist. »Wir haben keine andere Wahl, wir müssen etwas tun«, sagt Lédéa Ouedraogo. Aber ein Bauer sagt mit Blick auf die kahle, ausgedörrte Landschaft: »Du siehst ja, alles ist kaputt.«

Die Menschen sind überfordert, sie werden schlicht von der Wüste überrollt. Wohl ist wahr, daß die Menschen die Katastrophe mitverursachten. Doppelt so viele Leute wie 1960 nutzen den Sahel auf genau gleiche Weise wie damals. Sie verbrennen doppelt soviel Brennholz, fangen doppelt soviel Fische, weiden doppelt soviel Vieh, bebauen doppelt soviel Ackerfläche. Das geht auf die Dauer einfach nicht, die Ökologie hält dem nicht stand. Aber paradoxerweise trifft auch zu, daß die Menschen im Sahel zu wenig sind, um die Wüste wirksam zu bekämpfen und zum Beispiel im großen Stil wiederaufzuforsten. »Das übersteigt einfach die menschliche Dimension«, sagt ein Sahel-Kenner. »Wenn wir hundert Millionen Chinesen hier hätten, ja, dann ließe sich vielleicht etwas machen.«

Was also ist zu tun? Die Wahrheit ist, daß es keinerlei Konzept gibt, auch nicht zwölf Jahre nachdem man das Problem eigentlich erkannt haben sollte. Es gibt keinerlei allgemein anerkannte Strategie gegen den ökologischen Kollaps des Sahel, dieses »zentrale Ereignis unserer Zeit«, wie ein UNO-Funktionär sagt. Die Regierungen der Sahel-Länder, ohnehin auf die städtische Minderheit

fixiert, der sie angehören, haben sich durch die Bank als unfähig erwiesen, die dringend nötigen politischen Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen, die erst den Rahmen für den Existenzkampf der Bauern abgeben könnten.

Nirgends in den Hauptstädten des Sahel wurde das heikle Thema Bevölkerungspolitik auch nur ernsthaft diskutiert. Die Frage des Bodenrechts bleibt ungelöst, und das hat weitreichende Konsequenzen. Denn Land ist im Sahel Allgemeinbesitz; traditionell wird jedem Bauern vom *Chef de la terre*, dem Herrn über das Land, nach Bedarf ein Stück Land zugeteilt. Weil aber keine (oder nicht genau definierte) Ansprüche auf ein bestimmtes Stück Land dasind, besteht auch kein Anreiz, in das Land zu investieren, etwa durch den Bau von Erosionsschutzmaßnahmen oder das Pflanzen von Bäumen.

Gänzlich offen ist auch die Frage, wie die Nutzung der spärlicher werdenden Weiden neu zu organisieren ist, nachdem die alte, an sich ökologisch und sozial angepaßte Ordnung, nicht mehr gilt.

Eine konsequente Vermarktungspolitik für das Grundnahrungsmittel Hirse hat einzig Niger – und das mit bemerkenswertem Erfolg. Statt wie die meisten Regierungen die Nahrungsmittelpreise zugunsten der städtischen Minderheit und zum Nachteil der ländlichen Mehrheit tief zu halten, setzte Niger die höchsten Aufkaufpreise für Hirse im Sahel fest. Zwar kann die staatliche Vermarktungsgesellschaft OPVN – die kein Monopol beansprucht und in freier Konkurrenz mit dem Markt funktioniert – diesen Preis nicht wirklich garantieren, weil ihre Intervention am Markt zu gering ist und weil der ungleich größere Markt im südlichen Nachbarland Nigeria mehr Gewicht hat. Trotzdem hat die Intervention des Staates preisanregend und damit produktionsfördernd gewirkt. Gleichzeitig hat sie auch preisregulierenden Effekt auf der Konsumentenseite. Denn traditionell machten die Händler schamlose Gewinne, indem sie nach der Ernte, zur Zeit des Überflusses, die Hirse billig aufkauften, um sie vor der neuen Ernte, zur Zeit des Mangels, wieder zu verkaufen. Jetzt kommt zur selben Zeit das wesentlich billigere Getreide der OPVN auf den Markt und stabilisiert die Preise zugunsten der Konsumenten.

Die Regierung ist auf diese Weise auch in der Lage, Reserven für Ernteauffälle infolge Dürre zu bilden. Diese Reservehaltung wurde von den USA stets lebhaft bekämpft, im Fall von Niger jedoch trotzdem von der Bundesrepublik finanziert. Nach dem katastrophalen Hirsedefizit von 1984 bewirkte die Sicherheitsreserve, daß Niger die Zeit bis zur Ankunft von Nahrungsmittelhilfe

aus den Industrieländern, die erneut empörend lange brauchte, relativ problemlos überbrücken konnte. Nur deshalb blieben Niger 1985 äthiopische und sudanesishe Zustände erspart.

Vor allem aber hat dieses intelligente System Niger nach der letzten Dürre von 1973/74 in kürzester Zeit zu einem Selbstversorger mit dem Grundnahrungsmittel Hirse gemacht, obwohl der größte Teil des Landes aus Wüste und Halbwüste besteht. Zwar läßt sich kaum abschätzen, was unsichtbare Einfuhren aus Nigeria zu diesem Resultat beigetragen haben, aber Nigers Bauern produzieren auf jeden Fall bedeutend mehr Hirse als früher.

Diese erfreuliche Entwicklung hatte allerdings ihren Preis: Die Produktion von Baumwolle und Erdnüssen für den Export brach völlig zusammen. Die Regierung konnte sich das leisten, weil das Land gleichzeitig einen Uran-Boom erlebte. Die reichen Uran-Minen von Arlit im Norden des Landes verdienten dem Land so viel Devisen, daß es auf landwirtschaftliche Exporte verzichten und sich auf die Sicherung der Ernährung konzentrieren konnte. Das Ende des Uran-Booms brachte Niger zwar in Zahlungsbilanzschwierigkeiten, aber die produzentenfreundliche Politik zugunsten der Bauern wurde beibehalten.

Ein umfassendes Konzept fehlt aber nicht nur den Sahel-Staaten, sondern auch der Entwicklungshilfe, die seit 1973 Milliarden über den Sahel ausgegossen hat. Soll man überhaupt die Wüste noch im Sahel aufzuhalten suchen, wo sich die ökologische Basis von Jahr zu Jahr verschlechtert? Oder sollte man den Kampf gegen die Wüste besser weiter südlich aufnehmen, wo die Umwelt noch halbwegs in Ordnung ist, und die Wüste von da wieder nach Norden zu drängen versuchen? Wie gedenkt man die Leute aufzufangen, die nun im Zuge abnehmender Regenfälle im Norden immer mehr nach Süden drängen werden, wo sich dann, wenn nichts geschieht, das ganze Drama wiederholt?

Solche Fragen werden gestellt, aber sozusagen hinter vorgehaltener Hand. Politisch relevante Themen sind das nicht. Offiziell tut man immer noch so, als ob die Dürre eine Ausnahmeerscheinung wäre, als wenn man nicht auf Dauer mit 50 bis 60 Prozent weniger Niederschlägen rechnen müßte. Wie vor zehn Jahren – »Experten haben kein Gedächtnis«, sagt einer von ihnen – schwärmt man wieder von einem großen »grünen Wall« gegen die Wüste. »Dabei«, bemerkt bitter ein Hydrologe, »regnet es gar nicht mehr dort, wo dieser grüne Wall hin soll.«

Die meisten Experten im Sahel gehen wohl noch immer davon aus, daß ihre Projekte »profitabel« sein, daß sie den investierten Aufwand wieder herausholen müssen. Noch immer will man den

Sahel rentabilisieren, wie es einst schon die Franzosen – vergeblich – versucht hatten. Das kann nicht gut gehen. Der Sahel ist eine marginale Gegend, die nur sehr beschränkt belastbar ist. Das bißchen Fortschritt, das die Begegnung mit der westlichen Welt den Menschen des Sahel gebracht hat, das bißchen Erziehung, das bißchen Gesundheitsfürsorge, das bißchen importierter Konsum hat bereits genügt, um das prekäre Gleichgewicht zwischen Mensch, Vieh und Natur durcheinanderzubringen. Das müßte klarmachen, daß ein besseres Leben für immer mehr Menschen der Umwelt im Sahel nicht abzurufen ist.

Der Sahel ist ein Fall für Subventionen, nicht anders als West-Berlin oder die Berggebiete der Schweiz. Die meisten Sahel-Länder haben nichts zu exportieren als landwirtschaftliche Produkte wie Baumwolle, Erdnüsse, sogar Gemüse. Das ist ein offensichtlicher Unfug, wenn die Böden ohnehin schon überlastet sind und die Ernährungssituation der Bevölkerung ohnehin schon prekär ist.

Das Uran in Niger, das eine vernünftige Preis- und Selbstversorgungspolitik ermöglicht hat, wirkt wie eine Subvention, die es der Regierung erlaubte, den Druck auf Mensch und Natur zu verringern. Auch der Gemüseanbau, der die zurückgehende Hirseproduktion ergänzen und in Dürrejahre teilweise ersetzen kann, muß subventioniert werden. Denn die Gemüsekulturen, die es den Menschen ersparen, zu reinen Hilfsempfängern zu werden, sind nicht selbsttragend.

Intelligente, auf Dauer angelegte Subventionen als Ersatz für landwirtschaftliche Exportprodukte und für eine Mehrproduktion von Nahrungsmitteln und Energie (Brennholz) für die Städte, um wieder ein ökologisches Gleichgewicht zu erlangen – das wäre allerdings ein Anschlag auf eine heilige Kuh der Entwicklungszusammenarbeit: daß nur einmalige Investitionen sinnvoll seien, die dann brav Gewinn abwerfen und sich »rentieren« sollen. Im Sahel heißt das allzu oft: Die Folgekosten einer verfehlten, auf Rentabilisierung der kargen Natur angelegten Entwicklungspolitik sind von den Betroffenen zu tragen, zu denen hier neben den Menschen auch die Umwelt gehört.

4. Die Nomaden – Umweltzerstörer oder Opfer?

Mount Kulal in Nordkenya ist, wie Marsabit weiter östlich, ein Naturwunder. Zwischen dem Turkana-See und der Chalbi-Wüste erhebt sich das Gebirge unvermittelt aus den ariden und semi-ariden Ebenen des nördlichen Kenya. Plötzlich steht da dichter Wald, fallen reichliche Niederschläge. Mount Kulal und Marsabit sind Inseln von tropischer Üppigkeit mitten in der Wüste und Halbwüste. Da kann man richtige Novembertage erleben mit dickem Nebel, wenn die Wolken in dem Vulkangebirge hängenbleiben. Diese Feuchtigkeit zaubert mitten aus der Einöde wuchernde Fruchtbarkeit.

Der Norden Kenyas ist trocken und unfruchtbar, und nur 17 Prozent der Gesamtfläche Kenyas sind für den Ackerbau geeignet. Doch auch der trockene Norden wird wirtschaftlich genutzt. Eine ganze Reihe von Nomadenvölkern – die Turkana, Pokot, Samburu, Gabra, Rendille, Somali, Borana – haben ausgeklügelte Systeme entwickelt, wie der Mensch in der trockenen Halbwüste überleben kann. Diese Systeme beruhen auf mobiler Viehwirtschaft: Bei unzuverlässigen, geographisch unregelmäßig verteilten Regenfällen wird das Vieh – Rinder, Ziegen, Schafe, Kamele, die die Nahrung der Menschen darstellen – dahin verschoben, wo am ehesten Gras gewachsen ist.

Mount Kulal und Marsabit spielten in diesem System eine wichtige Rolle. Die beiden Gebirge, obwohl die fruchtbarsten Gegenden weit und breit, wurden normalerweise nicht bestoßen. Erst in Zeiten der Dürre beschlossen die *wazee*, die Ältesten, daß der Wald zur Nutzung für das Vieh freigegeben werden sollte. Der Wald der beiden Gebirge bot damit Sicherheit in Notzeiten. Aber die Nomaden der Region, die Samburu und Gabra, waren klug genug, es dabei zu belassen und den Wald nur als Reserve zu

brauchen. Der Urwald wurde nicht übernutzt und blieb ein Pfeiler der ökologischen Stabilität.

Das blieb so bis 1964. Bis zur Unabhängigkeit war der Norden Kenyas verbotenes Land, *chasse gardée* der britischen Armee. Sogar die Missionare erhielten erst ab 1964 Gelegenheit, die Völker des kenyanischen Nordens eines Besseren zu belehren. Bei einer Quelle namens Gatab errichteten die US-amerikanischen Fundamentalisten von der *African Inland Church* eine Missionsstation. Vielleicht weniger die Kirche als die dazugehörige Schule bewegte ein paar Leute, sich in der Nähe der Mission seßhaft niederzulassen. Gatab wurde ein Dorf. Das Vieh weidete nun ganzjährig in der Nähe von Gatab. Die Regierung richtete gar eine Polizeistation ein, und die Polizisten begannen, ihr mageres Salär durch die Produktion von Holzkohle aufzubessern.

Nach wenigen Jahren sieht es wüst aus um Gatab herum. Da gibt es Erosionsgräben, bei denen man fast zusehen kann, wie sie wachsen. Es kommt zu Erdrutschen. Der Wald wird nicht mehr in seiner Funktion als Reserve respektiert. Er wird zusehends zurückgedrängt, ausgehöhlt, ausgepowert.

Man muß befürchten, daß das Ökosystem des Mount Kulal zusammenbricht. So üppig und fruchtbar der Bergurwald erscheinen mag, er hält der zusätzlichen Belastung nicht stand. Wie so viele Gegenden Afrikas erweist sich der Mount Kulal als ökologisch erstaunlich labil. Die Samburu und Gabra scheinen um die Verletzlichkeit der Umwelt am Mount Kulal gewußt zu haben, sie haben das Gebiet deshalb zurückhaltend und schonend genutzt. Doch schon eine relativ geringfügige Mehrbelastung hat die ökologische Grundlage hier schwer geschädigt.

Es waren aber, und deshalb ist das Beispiel hier angefügt, nicht die Nomaden, die blindlings ihre eigene Umwelt zerstörten, es waren die Seßhaften und »Zivilisierten«, die die Umwelt der Nomaden zerstörten. »Die Nomaden bezahlen den ökologischen Preis für die Expansion der seßhaften Landwirtschaft«, kommentiert ein Experte die Situation am Mount Kulal.

In Marsabit ist das nicht anders: Diese »Wüsteninsel«, die an der Straße von Kenya nach Addis Abeba liegt und deshalb weit besser zugänglich ist als Mount Kulal, wird heute, soweit sie nicht Nationalpark ist, intensiv landwirtschaftlich genutzt. Die Nomaden haben das Nachsehen. Aus dem Nationalpark, wo nur konserviert und nicht gewirtschaftet wird, sind sie ausgeschlossen, und der Rest des Landes ist mit kleinen Bauernhöfen belegt. Die Nomaden haben dieses fruchtbare Reservegebiet verloren, und

jetzt kann es tatsächlich sein, daß sie gezwungen sind, ihr restliches, regenarmes Land zu überweiden.

Es gibt in Afrika etwa 20 Millionen Nomaden, die von Senegal bis Somalia den semiariden Raum südlich der Sahara-Wüste und weiter nach Osten nutzen. Doch werden sie dafür, daß sie diesem menschenfeindlichen Raum eine Existenz abtrotzen, gewöhnlich nicht gelobt, sondern noch gescholten. Die Regierungen wie die weißen Entwicklungsexperten – notorisch seßhaft allemal – begegnen der nomadischen Viehwirtschaft mit Mißtrauen, ja mit Verachtung – sie behandeln die Nomaden wie Zigeuner. Nachdem die Nomadenvölker jahrhundertlang einer wenig gnädigen Umwelt eine bescheidene Existenz abgerungen haben, wirft man ihnen nun vor, eben diese Umwelt durch ökologische und ökonomische Unvernunft zu zerstören. Die Nomaden hätten »keinen volkswirtschaftlichen Nutzen«, bekommt man zu hören, sie müßten deshalb »verschwinden«.

Es wäre vermessen, über nomadische Viehzucht in Afrika laut nachzudenken, ohne sich an ganz ähnliche Prinzipien der Viehzucht im eigenen Kulturbereich zu erinnern, die noch niemand als kulturlos, ökologisch unvernünftig und volkswirtschaftlich nutzlos bezeichnet hat: Jedes Jahr im Frühsommer, wenn der Schnee auf den höher gelegenen Weiden des Alpsteingebirges in der Ostschweiz schmilzt, ist bei den Appenzeller Bauern Alpaufzug. Das Vieh wird zur Sömmerung auf die Alpweiden getrieben, und bei dem festlichen Gepränge, das die Alpfahrt umgibt, bei dem Gebimmel der schweren Treicheln, die den Leitkühen ansorgsam verzierten Lederbändern um den Hals hängen, bei den althergebrachten Trachten mit den roten Westen, die die jungen Leute vor Generationen aus französischen Söldnerdiensten ins Land zurückgebracht hatten, bei der goldenen Schöpfkelle im Ohr, die mit ihrem Schlangensymbol am Aufhänger die Milch gesund erhält, angesichts dieses Aufwands könnte man meinen, es geschehe um der Ästhetik willen (wie auch die Nomadenvölker Afrikas, von den Masai bis zu den Tuareg, großen Wert auf Schmuck und Schönheit legen).

Doch der Grund für die Alpfahrt ist natürlich schiere ökonomische Notwendigkeit. Wenn man Heu machen will für den Winter im Tal unten, müssen die Rinder den Sommer über anderswo fressen. Der Appenzeller Käse wurde erfunden, um die während der Sömmerung anfallende Milch zu konservieren. Mit der Nutzung der Alpweiden haben die Bauern in den Voralpen eine ökologische Nische gefunden, die auf relativ großer Höhe in einem

schwierigen Klima mit langen Wintern ein Überleben gestattet. Man könnte diese Nische genausogut als nomadische Viehzucht bezeichnen, denn sie beruht auf demselben Prinzip der Mobilität und auf der Erkenntnis, daß es leichter ist, das Vieh zum Futter zu bringen als das Futter zum Vieh.

Die Nomaden Afrikas verfahren sehr ähnlich wie die Appenzeller Bauern mit ihrem Braunvieh. Wenn die Regenzeit kommt, ist überall genügend Wasser vorhanden, um das Vieh zu tränken. Es können deshalb auch abgelegene Weiden ohne Brunnen genutzt werden, auf denen das Vieh in der Trockenzeit nicht überleben kann. Im Rahmen der traditionellen Weiderechte kann man die Weiden wählen, wo die Niederschläge am ergiebigsten waren. Auf diese Weise werden die Weiden in erreichbarer Nähe des Brunnens geschont, an dem die Familie die Trockenzeit zu verbringen gewohnt ist. Es werden Reserven geschaffen. Nur nimmt hier die Natur den Hirten die Notwendigkeit ab, Heu zu machen. Das Gras wird in der Trockenzeit gewissermaßen am Halm zu Heu und konserviert sich.

Natürlich gibt es in dem Nomadengürtel, der sich quer durch den Kontinent zieht, und in den Trockengebieten des südlichen Afrika ganz verschiedene Systeme von mobiler Viehzucht. Einige Völker – die Peul Bororo in Niger, arabische Stämme im nördlichen Tschad – legen jedes Jahr erstaunliche Distanzen, 2 000 Kilometer und mehr, zurück. Andere wandern nur über kleine Strecken von vielleicht 30 Kilometern. Manche sind völlig mobil, sie haben die ganze Familie dabei und reisen mit einem Zelt und einem Haushalt, der sich in kürzester Zeit auf ein paar Kamele verladen läßt. Dazu gehören einige Clans der Tuareg, während bei den Tuareg des Aïr-Gebirges nur die Männer nomadisieren. Die Frauen und Kinder bleiben zu Hause und hüten die Ziegen. Andere, wie die Samburu oder die Masai in Kenya, bauen vielleicht alle zwei Jahre eine neue *manyatta* (Gehöft), wirklich nomadisch sind bei ihnen nur das Vieh und die *morán*, die jungen Krieger, die es hüten.

Alle diese Unterschiede zeigen, daß die nomadischen Systeme den jeweiligen Umständen bestens angepaßt sind. Die Nomaden kombinieren auch verschiedene Tiere – Rinder, Schafe, Ziegen, Kamele –, die sich von verschiedenen Pflanzen ernähren, die grasen oder Blätter fressen und die einen unterschiedlichen Wasserbedarf haben. So bleiben die Ziegen meist in der Nähe des Gehöfts und geben Milch für Frauen und Kinder, während die Männer mit dem Großvieh unterwegs sind. Das Kamel, das sich von den dornigsten Akazien ernähren kann, ist besonders

geeignet, in den Trockengebieten des Kontinents zu überleben. In Westafrika benutzt man das Kamel vor allem für den Transport, während es in Ostafrika vor allem wegen seiner Milch geschätzt wird. Das Kamel hat eine längere Laktationsperiode als die Kuh, es ist eine »Nahrungsmittelfabrik in der Wüste«, wie ein Experte sagt.

Doch die Nomaden sind die Prügelknaben der Entwicklungsplaner. Ob Regierungsbeamte oder Entwicklungshelfer – ihnen geht selten in den Kopf, daß das nomadische Leben und Wirtschaften die beste Lösung für regenarme Gebiete sein könnte. Statt gefördert wird die nomadische Viehzucht behindert und eingeengt, wodurch sie dann tatsächlich zu einer Bedrohung für die Ökologie werden kann.

Der Hauptvorwurf an die Nomaden ist, daß sie ihre Herden nicht wirtschaftlich nutzten, sondern aus reiner Prestigesucht viel zu große Herden hielten, die zu Überweidung führten. Daran ist wahr, daß eine große Herde einem Mann sozialen Status verschafft.

Ein Mann mit viel Vieh ist einer, dessen Familie nicht darben muß und dessen Freunde auf Großzügigkeit zählen können. Das ist nur normal und im Prinzip weniger umweltschädlich als das heimatliche Prestigeobjekt Mercedes. Eine rechte Herde bedeutet auch Mobilität, Freiheit, Unabhängigkeit – und genau das will man den Nomaden nicht gönnen.

Eine große Herde bringt aber auch Sicherheit. Ob einem Nomaden in einer Dürreperiode die Hälfte von hundert Tieren stirbt oder die Hälfte von zehn Tieren, ist der Unterschied zwischen Überleben und Verhungern. Natürlich sind die Herden der Nomaden »unwirtschaftlich«, wenn man sie als Spekulationsobjekte sieht, aus denen es möglichst viel Profit herauszuschlagen gilt. Betrachtet man sie aber unter dem Aspekt der Sicherheit, so ist das Verhalten der Nomaden durchaus ökonomisch und rational. Was dem westlichen Denken nicht einleuchtet: Der Nomade lebt direkt mit und von seiner Herde und nicht von dem, was seine Herde einbringt. Die Herde ist in erster Linie seine Nahrung, seine Subsistenz, nicht sein Einkommen.

Selten werden alle Tiere in einer Herde demselben Besitzer gehören. Die verschiedenen Nomadenvölker kennen ausgeklügelte Verleihsysteme, die ebenfalls der Sicherheit dienen. Ein Nomade wird einen Teil seines Viehs an Verwandte und Freunde ausleihen, die genau definierte Nutzungsrechte haben. Kommt aber dieser Nomade in Dürrezeiten zu einem ausgetrockneten Brunnen und verliert seine Herde, kann er die ausgeliehenen

Tiere ohne weiteres zurückfordern, während es ihm niemand übel nimmt, daß er Tiere von anderen verlor, wenn es nicht sein Verschulden war. So kann ein Nomade sogar einen Totalverlust verkraften.

Diese Verleihsysteme knüpfen auch ein ganzes Netz von gesellschaftlichen Beziehungen, das gleichzeitig Wohlbefinden und Sicherheit gewährt. Sie haben den Effekt einer Sozialversicherung, die nicht nur materiellen, sondern auch psychischen Schutz verspricht. Dafür darf – eine weitere Herausforderung für den westlichen Experten – auch Zeit aufgewendet werden, Zeit, die dann nicht »produktiv« eingesetzt ist.

Vieh ist auch eine Form des Sparens, ist soviel wie Geld. Das sollte uns eigentlich weiter nicht erstaunen. Das deutsche Wort *Vieh* hat dieselbe indogermanische Wurzel wie das lateinische *pecus*, ein Wort für Vieh, das mit der Zeit immer mehr *pekuniären* Charakter annahm. Auch in unserer Kultur war Vieh einmal Geld, Zahlungsmittel.

Wenn aber Vieh den Stellenwert von Geld hat, dann macht es wenig Sinn, es zu verkaufen, das heißt, gegen schmutzige Banknoten umzutauschen. Auch das erklärt zum Teil, weshalb die Nomaden weniger Vieh vermarkten, als europäische Berater für angezeigt halten. Sie halten sich, was ihre Existenzbasis betrifft, aus der Geldwirtschaft heraus. Daß sie aber gar nichts vermarkten wollen, ist ein Märchen. In Kenya mußte das Kolonialregime unter dem Vorwand von Hygienevorschriften das Vieh der englischen Siedler vor der Konkurrenz des Viehs der Masai schützen. Als wir in der Dürre von 1984 die abgelegenen Loita Hills an der kenyanisch-tansanischen Grenze besuchten, hätten die dortigen Masai nur zu gern einen Teil ihres Viehs verkauft. Aber das nächste Schlachthaus in Ngong war 300 Kilometer entfernt. Das allein hätte die Masai noch nicht abgeschreckt, aber auf dem größten Teil der Strecke gab es kein Gras mehr, das Vieh wäre unterwegs verhungert.

Auch im Sahel wird mehr Vieh vermarktet, als in den Statistiken der Regierungen erscheint. Das Vieh wird lebend, »auf den Hufen«, nach Süden exportiert und hinterläßt deshalb keinerlei Spuren in den Büchern der Beamten. Dieser Handel mit dem Süden hat eine alte Tradition, denn in den Küstenländern verbreitet die Tsetse-Fliege die Schlafkrankheit (Trypanosomiasis) und verunmöglicht die Viehzucht. Nicht die Furcht, daß die Nomaden zu wenig Vieh exportieren wollen, sollte die Planer im Sahel umtreiben, sondern die Furcht, daß die Sahel-Nomaden wegen

Lieferschwierigkeiten (Dürre) und Billigimporten aus Überschußländern von diesem Markt verdrängt werden.

In Kenya wunderten sich die Experten eines deutschen Projekts in Wamba, daß ihnen die Samburu-Nomaden partout kein Vieh verkaufen wollten. Sie wußten nicht, daß die Beschneidungszeremonien bevorstanden, die bei den Samburu nur alle sieben Jahre vorgenommen werden. Mit der Beschneidung tritt eine neue Altersgruppe in den Stand der *moran*, der Krieger und Viehhüter, ein. Die bisherigen *moran* haben ihre Pflichten gegenüber der Gesellschaft erfüllt, sie haben sieben Jahre lang das Vieh gemehrt und die Sicherheit des Stammes gewährleistet. Erst jetzt dürfen diese Männer heiraten. Da braucht man Vieh für den Brautpreis und kann nicht verkaufen.

Die kenyanische Regierung hat sehr wenig Verständnis für den »Moranismus«, wie sie sich ausdrückt, und etwas voreilig hat sie auch schon dessen Aussterben gemeldet. Ihrer Meinung nach sollten die jungen Männer gescheiter in die Schule gehen, als auf den Marktplätzen festlich herausgeputzt, ungemein eitel, die Brust ocker bemalt, das Haar mit Kuhmist kunstvoll frisiert, mit Glasperlenschmuck behangen den Frauen schöne Augen zu machen. Die Schule konkurrenziert aber die Weitergabe des traditionellen Wissens, das für die nomadische Viehzucht und ihr ökologisches Umfeld so bedeutend ist (vgl. Seite 176ff). Und der Siebenjahresrhythmus der Samburu – bei Kamelnomaden wie den Rendille sind es sogar 14 Jahre – hat durchaus seine Bedeutung. Einmal braucht der Stamm die jungen Männer auch heute noch, um das Vieh zu weiden. Angesichts von häufigen Viehdiebstählen hat auch die Bezeichnung »Krieger« noch ihre Berechtigung: der Staat vermag die Sicherheit der Herden nicht zu gewährleisten. Andererseits sorgt der Zyklus dafür, daß die Bevölkerungszunahme nicht außer Kontrolle gerät. Da die *moran* nicht heiraten dürfen, können die Samburu-Männer fast 30 werden, bevor sie eine Frau nehmen und Kinder haben können – ein Mechanismus zur Geburtenkontrolle, der ähnlich auch bei anderen Völkern Ostafrikas galt, der unter dem Ansturm des Christentums jedoch weitgehend verloren ging.

Solche Zusammenhänge zeigen, wie komplex, aber auch wie verletzlich diese nomadischen Gesellschaften sind. In einer fast feindlichen Umgebung haben sich Verhaltensformen herausgebildet, die das Leben von Mensch und Tier so regeln, daß sich die Art auf Dauer erhalten kann. Viel Unvernunft konnten sich die Nomaden in dieser Umgebung gar nicht leisten, sonst wären sie

schon lange ausgestorben. Doch dieser simplen Feststellung steht in der Regierungs- und Expertenbürokratie eine Mauer von Arroganz und Ignoranz entgegen.

In dem erwähnten deutschen Projekt in Wamba unter den kenyanischen Samburu hatte man die Überlegung angestellt, daß die Viehhirten, die sich fast ausschließlich von der Milch und dem Blut ihrer Tiere ernähren, mehr Proteine zu sich nehmen, als für eine ausgewogene Ernährung nötig ist. Die Nomaden könnten also Proteine – in Form von Vieh – verkaufen und Kalorien – in Form von Mais – dazukaufen. Dadurch, so kalkulierten die Experten, würden sich die Herden verkleinern und würde der Überweidung der Gegend ein Riegel vorgeschoben.

Nun hat die Ernährung der Nomaden tatsächlich ihre Engpässe, wenn die Tiere in der Trockenzeit keine Milch mehr geben. Forscher haben festgestellt, daß kenyanische Nomaden in dieser Periode bis zu 20 Prozent ihres Gewichts verlieren. Zusätzliche Kalorien wären da tatsächlich hilfreich. Aber wenn nun die Entwicklungszusammenarbeit bewußt neue Bedürfnisse einführen will, erreicht sie dadurch eine Reduktion der Herden nur in den Köpfen der Experten. Es gibt wirtschaftliche, aber eben auch soziale und kulturelle Gründe, weshalb einem Samburu eine Herde von, sagen wir einmal, hundert Tieren wünschenswert erscheint. Wenn er nun 20 Tiere im Jahr verkaufen muß, um neuartige Bedürfnisse zu stillen, dann wird er doch logischerweise seine Herde nicht verkleinern, sondern eher vergrößern. 120 Tiere sind dann der neue Idealbestand, von denen jährlich 20 umgesetzt werden.

Die Entwicklungszusammenarbeit hat ihre liebe Mühe mit den Nomaden. Sie weiß zwar ohne weiteres Nachdenken, daß die nomadische Viehwirtschaft »volkswirtschaftlich nutzlos« und deshalb verwerflich ist. Aber sie hat kein Konzept und kaum ein Projekt vorzuweisen, das nicht mehr Schaden als Nutzen angerichtet hätte.

Vor allem wo aus Überheblichkeit oder politischem Kalkül die Seßhaftmachung der Nomaden betrieben wurde, waren die Resultate verheerend. Die prekäre Umwelt, in der sich die Nomadenkulturen entwickelt haben, erträgt ja eben solche Bevölkerungskonzentrationen nicht. Nur schon der Brennholzbedarf solcher Ansiedlungen wirkt verheerend – Beweis dafür, daß die Nomaden zu Recht Nomaden sind.

Nahrungsmittelhilfe kann ebenfalls schwere Umweltschäden anrichten. Im Nordwesten Kenyas ließ man die Turkama-Nomaden gegen *posho* (Maismehl) Bäumchen anpflanzen – *food for*

work –, aber gleichzeitig zerstörte ihr Vieh, das jetzt nicht mehr wanderte, die letzten Galeriewälder am Turkwell-Fluß. Auch die Flüchtlingslager in Somalia fraßen sich wie ein Hautkrebs in die karge Landschaft hinein.

In der Ferlo-Region im Norden von Senegal hatten die Franzosen in den fünfziger Jahren angefangen, ein Netz von Tiefbrunnen zu bohren. Dieselpumpen brachten jetzt das Wasser an die Oberfläche. Das veränderte die Lebensweise der Nomaden von Grund auf. Früher waren die Steppen des Ferlo nur in der Regenzeit benutzbar gewesen, weil es keine Brunnen gab. In der Trockenzeit wanderten die Peul mit ihren Herden in die Nähe des Senegal-Flusses und nutzten andere Weiden. Durch das nun ständig verfügbare Wasser der Brunnen wurde diese jährliche Wanderung überflüssig. Die Peul wurden – und das war wohl auch beabsichtigt – um die Brunnen herum praktisch sesshaft. Die Folgen für die Umwelt hätte man eigentlich voraussehen können: Natürlich ist die Ferlo-Region seither überweidet worden. Um die Brunnen herum zertrampelte das Vieh alles Gras, und weil die Region jetzt das ganze Jahr über bestoßen wurde, hatte die Natur keine Zeit zur Erholung mehr.

Auch der Viehbestand nahm zu. Denn obwohl große Herden den Nomaden wünschbar erscheinen, setzt dem doch die Arbeit des Tränkens gewisse Grenzen, wenn das Wasser von Hand mit Ledersäcken aus der Tiefe des Brunnens gezogen werden muß. Dieselpumpen setzen diesen Mechanismus außer Betrieb.

Mit großem Aufwand gelang es allerdings später der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, den Schaden teilweise wieder zu beheben. Die Deutschen zäunten das Gelände um die Brunnen ringförmig ein, mit Korridoren für das Vieh. In den Einzäunungen ließen sie die Natur sich erholen und pflanzten dazu *Acacia Senegal*. Aus diesem dürreresistenten Bäumchen gewinnt man das *Gummiarabicum*: Wenn man es anritzt, bildet sich eine Art Harz, der in der europäischen Lebensmittelindustrie Verwendung findet. Es ließ sich also an der Umweltschutzmaßnahme auch noch etwas verdienen, und das brachte die Peul dazu, sich lebhaft für das Projekt zu interessieren und die Einzäunungen zu respektieren. Nach ein paar Jahren, wenn die Akazien groß genug sind, kann man die Einzäunungen auch wieder öffnen. Man tut es am Ende der neunmonatigen Trockenzeit, wenn die Umwelt erschöpft ist. Die eingezäunten Weiden stellen also eine Futterreserve dar wie das Heu, das der europäische Bauer für den Winter lagert.

Doch die meisten Brunnenprojekte zwischen Dakar und Djibouti haben nur negative Wirkungen. Zwar können Brunnen neue Weidegebiete ohne Wasser erschließen und damit andere Gebiete entlasten. Aber auch da ist Vorsicht angebracht, und diese Vorsicht läßt die Entwicklungshilfe allzu oft vermissen. Brunnen bohren ist schließlich das Einfachste, was man in den Dürregebieten tun kann und, so scheint man zu denken, Wasser ist immer gut. Auch darin liegt Verachtung für die Wirtschaftsweise der Nomaden: zu meinen, man könne ein Element in ihrer ausbalancierten Wirtschaft verändern, ohne daß das Ganze aus dem Gleichgewicht kommt.

Auch die Ranch-Systeme, die im ganzen Sahel ausprobiert wurden, haben sich nirgends bewährt. Am Schreibtisch hat man sich die Zielsetzungen ausgedacht: »Herstellung eines Gleichgewichts zwischen Weiden, Wasser, Tier und Mensch. Verbesserte Selektion des Viehs. Weidemanagement.« Genau das haben doch die Nomaden schon immer gemacht – und mit besserer Kenntnis der natürlichen Voraussetzungen als die Experten aus Europa und die Beamten aus der Stadt. Bis jetzt hat noch niemand eine bessere Nutzungsmöglichkeit für die marginalen Regionen Afrikas anbieten können, als sie die Nomaden bereits haben.

»Früher war das hier das Paradies«, erklärte mir mitten in der Dürre von 1973 ein Regierungsvertreter in In-Gall im nördlichen Niger, als Targui (Singular von Tuareg) eine Ausnahme in dieser Position. »Das Gras stand hoch, gelb wie reifes Korn. Man saß im Zelt im Schatten und trank Tee. Das Vieh weidete friedlich, es gab genug für Mensch und Tier. Wenn man als Targui leben könnte wie früher, würde ich meinen Beamtenposten aufgeben und wieder mit den Herden herumziehen. Aber das gibt es nicht mehr.«

Der Beamte hatte recht. Auch bessere Regenjahre brachten das Paradies, das Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur, nicht mehr zurück, und die neue Dürre zehn Jahre später signalisierte gar den ökologischen Bankrott. Nur war daran nicht das Ungeschick der Nomaden schuld. Im Gegenteil, ohne das Zutun der Nomaden änderten sich die Rahmenbedingungen der nomadischen Viehwirtschaft. Den Nomaden wurden von außen Veränderungen aufgezwungen, die ihre ausgewogenen Systeme aus den Angeln zu heben drohen, nicht weil die Nomaden nicht anpassungsfähig und -willig wären, sondern weil ihre Systeme äußerst empfindlich auf Veränderungen reagieren. Wer sich nicht mit diesen Zusammenhängen befassen mag und die Nomaden einfach von vornherein für dumm und umweltschädlich hält, wird nichts

zur Lösung der Probleme beitragen können, er wird sie, wie die unverbesserlichen Brunnenbauer, eher noch verschlimmern.

Was also ist schiefgegangen? Das Grundprinzip der nomadischen Viehwirtschaft heißt Mobilität und Flexibilität. Dazu braucht es Platz, und gerade Platz wird den Nomaden immer weniger zugestanden. In Kenya zum Beispiel hat sich die seßhafte Bevölkerung, die viel schneller wächst als die nomadische, bereits nahezu alles Land angeeignet, das sich auch nur halbwegs für den Ackerbau eignet. Da wird schon in Gegenden gebauert, wo der Mais nur in drei von zehn Jahren gedeiht. All das war einmal Weideland, dazu riesige Waldgebiete, die alle für den Ackerbau abgeholzt wurden. Die kenyanischen Masai haben heute wohl deutlich weniger als die Hälfte des Gebiets, das sie besaßen, als die Briten ins Land kamen. Sie verloren insbesondere auch die höher gelegenen Reservegebiete mit besseren Niederschlägen, wie die Ngong Hills bei Nairobi.

Im Sahel ist es nicht anders: Die Ackerbauern stoßen immer weiter nach Norden vor, in Gebiete, die bisher der Viehzucht vorbehalten waren. Die Regenfälle wandern nach Süden, der Ackerbau nach Norden. Jetzt sieht man Haussa-Bauern schon den sandigen Boden aufkratzen, wo noch nie Ackerbau betrieben worden war, obwohl die Regen abnehmen. Das ist Verzweiflung, nicht mehr Landwirtschaft. Aber es ist auch Konkurrenz für die Nomaden. Nicht nur große Herden, sondern auch die Ausdehnung des Ackerbaus führt zur Überweidung.

Natürlich ist die nomadische Viehwirtschaft grenzüberschreitend. Sie folgt den Weidegründen und den Regenfällen und nicht den zufälligen Grenzen der Kolonialzeit. Die jungen Staaten Afrikas, sorgsam auf ihre Ansprüche bedacht, sehen das nicht gern und versuchen die Mobilität der Nomaden einzuengen. Schließlich sind das wilde, unkontrollierte Gesellen, die noch dazu keine Steuern bezahlen. Jetzt verlangen die Behörden Identitätskarten. Stammesgebiete, wie das der Masai in Kenya und Tansania, werden entzweigeschnitten. Der Flexibilität und Mobilität der Nomaden werden bürokratische Fesseln angelegt.

Noch anderes hat sich verändert. Früher waren die Kamelherden der Tuareg des Aïr-Gebirges bei den Haussa-Bauern willkommenen Gäste, wenn die Tiere nach der Salzkarawane durch den Ténéré nach Süden wanderten. Man ließ die Kamele gern die brachliegenden Felder nutzen und bekam dafür Dünger in Form von Kamelmist. Zwischen den Tuareg mit ihren Kamelen und den Bauern bestand eine Art Symbiose. Aber inzwischen hat die Brache stark abgenommen, und die Haussa-Bauern in Nigeria

verwenden Kunstdünger, sie brauchen die Kamele nicht mehr. Jetzt sind die Tuareg zu einer Belastung geworden, es kommt zu ständigen Streitigkeiten.

Zu den Überlebensmechanismen der Nomaden gehörten freilich auch Krieg und Viehdiebstahl. Noch heute ist in Kenya der Viehdiebstahl eine Art Sport und Mutprobe für die jungen *morán*. In dem Dreieck zwischen Kenya, Uganda und Äthiopien kommt es ständig zu Kleinkriegen um das Vieh. Früher war das nicht so tragisch, es war mehr eine Möglichkeit, in Notzeiten ohne große Verluste an Menschenleben die Viehbestände wieder aufzufüllen, im Wissen, daß sich die Nachbarn irgendwann einmal rächen würden. Noch 1984 sagten die westkenyanischen Pokot nach massiven Viehdiebstählen durch die Karamojong in Uganda: »Sollen sie das Vieh nur nehmen, wir holen es uns dann schon wieder.« Im Gebiet der Pokot herrschte damals Dürre, und so war man über den vorübergehend verringerten Viehbestand gar nicht so unglücklich.

Der Krieg Tansanias gegen das Regime von Idi Amin in Uganda hat allerdings diese traditionellen, fast spielerischen Stammesfehden qualitativ verändert. Seither gibt es in der Gegend jede Menge Schußwaffen, auch moderne Sturmgewehre. *Ngoroko*, eigentliche Räuberbanden, betreiben den Viehdiebstahl im großen Stil und treiben die Beute über die Grenzen. Verständlich, daß die Regierung versucht, den Räubern das Handwerk zu legen. Aber statt der *ngoroko* bekommen oft die gewöhnlichen Nomaden den rächenden Arm des Staates zu spüren, und die kenyanische Regierung hat die *manyatta* der Pokot auch schon von Helikoptern aus beschießen lassen.

In Westafrika verloren die Nomaden wichtige Einnahmen aus dem Transport. Früher gingen die Handelswege von den Küstenländern nach Norden, durch die Sahara an die Mittelmeerküste. Zeitweise blühte der Karawanenhandel und mit ihm auch der Sklavenhandel. Mit der Ankunft der Europäer drehte die Richtung des Handels. Die Waren gingen jetzt nach Süden, zu den Häfen an der Küste. Zwar gibt es noch Salzkarawanen, wie diejenige durch den Ténéré (vgl. Seite 15ff). Aber das sind nicht viel mehr als Relikte aus der Vergangenheit. Das große Geschäft mit dem Transport ist für immer vorbei. Der Verlust dieser Zusatzeinkommen aus dem Handel mag zur Vergrößerung der Herden beigetragen haben. Die Viehhaltung muß heute mehr Bedürfnisse abdecken als früher.

Zu einer gefährlichen Erscheinung kam es nach der Dürre von 1968 bis 1973 in den westafrikanischen Sahel-Ländern. Die

Viehherden gehören jetzt oft nicht mehr den Nomaden, die sie betreuen, sondern Händlern, Beamten und Politikern aus der Stadt, die den mittellosen Hirten nach der Katastrophe Vieh zum Hüten gaben. Ein Nomade ohne Vieh ist jedoch wie ein Ackerbauer ohne Land. Solche »Modernisierung« der Viehwirtschaft mindert nicht die Belastung der Herden für die Natur, sondern vergrößert sie im Gegenteil. Die Nomaden wollten nur *leben* von ihren Herden, die neuen Besitzer wollen auch noch daran *verdienen*.

Nun argumentiert niemand, die alte Tradition des Viehdiebstahls sei wieder zuzulassen und zu fördern. Auch den Sklavenhandel, an dem westafrikanische Nomadenvölker gut verdient hatten, will niemand wieder aufblühen lassen. Ich will auch die nomadische Viehwirtschaft nicht unter Denkmalschutz stellen. Es soll hier nur gezeigt werden, daß der nomadischen Viehzucht Stück für Stück wesentliche Elemente entzogen wurden, die sie wirtschaftlich und ökologisch gangbar gemacht hatten. Am schlimmsten war natürlich der Verlust an Mobilität, an Raum, an Land. Erst dadurch wurden die Herden der Nomaden in vielen Fällen zu einem ökologischen Problem. (Allerdings erholen sich auch stark überweidete Gebiete, die schon fast wie Wüste aussehen, erstaunlich schnell, wenn man sie in Ruhe läßt. Die durch die nomadischen Viehherden verursachten Schäden sehen manchmal schlimmer aus, als sie sind.)

Wenn man nun aber die nomadischen Systeme verändern und »verbessern« will, weil sie die Umwelt zu sehr belasten, dann muß man von der grundsätzlichen *Intelligenz* dieser Systeme ausgehen, die nur mit neuen Entwicklungen, auf die sie keinen Einfluß haben, nicht zurechtkommen. Die Regierungen und die meisten Entwicklungsorganisationen tun bewußt oder unbewußt das Gegenteil. Für die einen sind die Nomaden ein politischer Störfaktor, für die anderen »volkswirtschaftlich nutzlos«.

Dabei haben es die Nomaden als einzige fertiggebracht, die Trockengebiete Afrikas wirtschaftlich zu nutzen. Nur ihre traditionelle, auf nomadischer Viehzucht beruhende Lebensweise hat sich als ökologisch gangbar erwiesen, und wo ihr wesentliche Elemente entzogen wurden, ist diese Lebensweise zusammengebrochen, ohne daß gangbare Alternativen sichtbar wurden. Solange keine realistischen Alternativen vorliegen, sollte man jedenfalls eher darüber nachdenken, wie man dieser Wirtschaftsweise die ökologische Gangbarkeit zurückgeben kann, als wie man ihr ein Ende setzt.

Aber die Entwicklungszusammenarbeit hat wohl nirgends so kraß versagt wie in ihren – Gott sei Dank keineswegs schwerpunktmäßigen – Bemühungen um die nomadische Viehzucht. Natürlich gibt es Experten und Projekte, die die Nomaden ernstnehmen und von dieser Grundeinstellung her positive Ansätze entwickeln. Aber die vorherrschende Lehrmeinung scheint eine andere zu sein. Was der Entwicklungszusammenarbeit vor allem einfällt, ist der Versuch, die Nomaden in die Geldwirtschaft zu locken, zu tricksen oder zu zwingen, mit dem erwünschten Nebeneffekt, daß sie ihre ökonomische und damit auch politische Unabhängigkeit verlieren. Die Grundannahme solcher Projekte ist offensichtlich falsch, aber trotzdem weit verbreitet. Man geht stillschweigend davon aus, daß die Geldwirtschaft die Umwelt weniger belastet als die Subsistenzwirtschaft der Nomaden. Ich halte diese Annahme für absurd: Geldwirtschaft bedeutet doch Mehrproduktion, und Mehrproduktion muß zwangsläufig mehr Umweltbelastung mit sich bringen. Unsere eigene Wirtschaft ist nun ja auch kein Beispiel für die Umweltverträglichkeit der Geldwirtschaft.

Aber die Entwicklungshilfe hat nicht nur auf dem Gebiet der nomadischen Viehzucht versagt, sie hat so viele Mißerfolge aufzuweisen, so viele böse Schnitzer, daß sie sich langsam grundsätzlich hinterfragen lassen muß.

5. Weniger Geld, mehr Geduld für die Entwicklungshilfe

Der Alte, der bis zu den Knien im Schlamm eines Bewässerungskanals steht, ist überhaupt nicht beeindruckt von den fremden Besuchern, die im gottverlassenen Nordosten Kenyas, unter den Borana- und Somali-Nomaden, eher Seltenheitswert haben. Gelassen schiebt er mit dem rechten Fuß den Dreck aus dem Kanalgrund auf seine Schaufel und wirft ihn an die Uferböschung. Ein Dutzend verdreckte Männer arbeiten an dem etwa einen Meter breiten Kanal. Die Sonne steht schon hoch, und es ist heiß. Am Ufer stecken Speere in der Erde: ein Zeichen, daß die Männer nicht traditionelle Bauern sind, sondern eigentlich nomadische Viehhüter vom Stamm der Borana.

»Ja, das haben wir alles selber gemacht«, bestätigt Guyo Jattani, wie der Alte heißt. »Niemand hat uns geholfen, wir haben halt zugeschaut, wie das gemacht wird.« In Godda, mitten in der trostlosen Halbwüste des kenyanischen Nordostens, haben der Alte und seine Leute am Fluß Ewaso Ngiro, der sich etwa 150 Kilometer weiter östlich spurlos im Sand verliert, 20 Hektar Land bewässert. Zwei Drittel davon sind bebaut – für mehr hat das Saatgut nicht gereicht. Der Mais steht schön, es wird eine gute Ernte geben, obwohl es wieder einmal nicht geregnet hat.

»Nein, hier war nie ein *tinga tinga* (ein Traktor)«, sagt Guyo Jattani. Sogar die Planierungsarbeiten haben die Leute selber gemacht, von Hand. Für die Bewässerung braucht es auch weder Pumpe noch Diesel. Die Leute wählten das Gelände so, daß das Wasser auf natürliche Weise, durch Schwerkraft, vom Fluß durch den etwa einen Kilometer langen Hauptkanal zu den Feldern fließt.

»Das ist das beste Bewässerungsprojekt, das ich in Kenya je gesehen habe«, sagt begeistert ein Landwirtschaftsexperte. Alles stimmt, alles ist technisch richtig gemacht – und doch hat hier nie

ein in- oder ausländischer Entwicklungsbürokrat seinen Rat gespendet. Die Leute werden auch nicht von fremden Experten herumkommandiert. Sie organisieren sich selbst, wie sie es immer getan haben. »Wenn sich einer vor der Arbeit drückt«, erzählt Guyo Jattani, der Chef der Gruppe, »dann brummen wir ihm eine Buße auf. Wenn auch das nichts nützt, müssen wir so einen fortschicken.«

Ganz in der Nähe, in Bulesa, gibt es ein ähnliches Projekt, das von den Leuten ebenfalls ohne fremde Hilfe angefangen worden war. Als es Probleme mit der Wasserfassung gab, wandten sie sich an den nationalen kenyanischen Kirchenrat (NCKK). Eine Expertise wurde gemacht: Für 16 000 Mark hätte die Wasserfassung dauerhaft saniert werden können. Aber damit gaben sich die Helfer nicht zufrieden. Sie stellten gleich ein Entwicklungsprojekt auf die Beine, das nun im Jahr 190 000 Mark kostet. Fromme Seelen in den USA bezahlen das. An ihre Adresse gerichtet steht im Projektbericht der Methodistenkirche: »Das Ziel (des Projekts) ist schlußendlich Selbstversorgung und Unabhängigkeit (self-reliance).«

Vor Ort sieht es anders aus. Die Leute haben Bulesa verlassen, nur noch der Manager, der den Leuten aus dem fernen Zentralkenya geschickt wurde, ist da und bewässert ein paar Baumsetzlinge. Auf den mit dem Traktor schnurgerade gezogenen Feldern wächst kein Halm. Man hat den Einheimischen ihr Projekt weggenommen, hat es überfinanziert und übermechanisiert. Das Resultat ist der Zusammenbruch.

Noch schöner kann man solche Vorgänge im nahen Malkadaka oder in Merti, weiter nördlich, beobachten. Malkadaka bedeutet in der Sprache der Borana »steinige Tränke«; früher war Malkadaka nur eine Wasserstelle für die Borana und ihr Vieh. Nach der Dürre Anfang der siebziger Jahre kamen dann (1976) das UNO-Entwicklungsprogramm UNDP und die UNO-Landwirtschaftsorganisation FAO nach Malkadaka. Sie wollten hier beweisen, daß die Probleme des Trockengürtels, der Afrika von West bis Ost durchzieht, ein für allemal lösbar sind: durch Bewässerung. Schwere Bulldozer planierten 90 Hektar Land, und am Fluß Ewaso Ngiro wurde eine mächtige Dieselpumpe installiert. An 160 Familien wurde je ein Acre (0,4 Hektar) Land verteilt. 240 Familien teilten sich die restlichen 26 Hektar. Die ehemaligen Nomaden siedelten in Malkadaka, es entstand ein Dorf. Die Maschinen der weißen Experten machten praktisch alles für die frischgebackenen Ackerbauern. Sogar die Ernte wurde ihnen vor die Haustür gefahren. Nur gerade jäten mußten die Borana selber.

So stand denn alles zum besten. 1980 war das Projektziel erreicht, und die hochbezahlten Helfer zogen wieder ab.

Doch schon drei Jahre später weideten Ziegen auf den planierten Feldern und fraßen das spärlich wachsende Gras. Die Dieselpumpe rostete gemächlich vor sich hin. Auf dem Werkhof des ehemaligen Projekts zählten wir acht Traktoren, einen schweren Lastwagen, einen Bulldozer und eine noch mächtigere Maschine für Erdbewegungen – alle in verschiedenen Stadien des Zerfalls. Nichts funktionierte mehr.

Der Fehler der Einheimischen war das nicht, das beweist der Erfolg der Leute von Guyo Jattani in Godda, die eigene Wege gefunden haben, um ihre Felder zu bewässern. Aber es war auch nicht der Fehler der kenyanischen Regierung, an die das Projekt 1980 übergeben wurde. Kein Landwirtschaftsbetrieb der Welt kann auf 90 Hektar Land acht Traktoren und all die anderen schweren Maschinen betreiben. Schon gar nicht in einer so abgelegenen Gegend wie dem Nordosten von Kenya, wo die nächste Dieselpumpe 160 Kilometer entfernt ist – vier, fünf Stunden Fahrt auf holpriger Piste.

Es war von Anfang an gänzlich unvorstellbar, daß die zu Bauern umfunktionierten Borana-Nomaden genug erwirtschaften könnten, um für die übermäßig hohen Betriebskosten des Projekts aufzukommen – zumal die zugeteilte Landfläche höchstens knapp reichte, um die für die Selbstversorgung notwendigen Lebensmittel zu erzeugen. Auch dem kenyanischen Staat war auf die Dauer nicht zuzumuten, das Betriebsdefizit zu decken. Die UNO-Experten hatten in geradezu krimineller Gedankenlosigkeit ein Millionenprojekt in die Wüste gestellt, das, für jedermann erkennbar, von vornherein zum Scheitern verurteilt war.

Opfer sind die Borana-Nomaden, denen das Projekt eine schöne Zukunft als seßhafte Bauern vorgaukelte. »Die Leute sind entmutigt«, sagt auch der kenyanische Projektmanager, der jahrelang ohne alle Betriebsmittel, ohne Diesel und ohne Ersatzteile über den Verfall des Maschinenparks wachte. Der Mann kann einem leid tun: Er übernahm das Projekt von internationalen Experten mit unbegrenzten Mitteln, und selber erhielt er nicht einmal ein Budget, um für den Diesel zu bezahlen. Dabei hätte er die richtigen Ideen: »Man sollte einen Schwerkraftkanal bauen, der keine Dieselpumpe braucht. Man sollte das Wasser fließen lassen, und die Leute sollen damit machen, was sie wollen.«

Der Chef, der den 400 Borana-Familien von Malkadaka vorsteht, erklärt uns, weshalb die Leute nicht wie ihre Brüder in Godda den Kanal von Hand ausheben: Sie wollen nicht. Sie haben

gesehen, wie die Maschinen der Weißen so etwas im Handumdrehen machen; begreiflicherweise wollen sie sich jetzt nicht monatelang abschnitten.

Nun sitzen also die ehemaligen Nomaden, die jahrhundertlang für sich selbst gesorgt hatten, brav und seßhaft vor ihren Lehmhütten. Da die Regenfälle hier für den Ackerbau nicht ausreichen und die Bewässerung nicht mehr funktioniert, muß man sie mit Hilfsgütern durchfüttern. Immerhin waren die Leute klug genug, sich nicht vollständig auf die Versprechungen der Entwicklungsexperten zu verlassen. »Ja, ja, wir haben noch Vieh und Ziegen, aber die sind weit weg«, sagt der Chef mit verschmitztem Lächeln.

In Godda, 20 oder 30 Kilometer entfernt, klagt man nicht über den Mangel an Planiertrauben und Traktoren, man klagt über den Mangel an Schaufeln. »Ein paar Leute stehen immer herum und müssen bei der Arbeit zusehen, weil wir zu wenig Schaufeln haben«, sagt Guyo Jattani. Auch an Saatgut fehlt es, und ein paar Säcke Mais könnten die Mägen füllen helfen, bis der Mais geerntet werden kann. Aber solche Bedürfnisse sind den Entwicklungsexperten wohl zu klein.

Die Bewässerungsprojekte in der Region von Garbatulla und Merti haben auch eine hochpolitische Komponente. Die Region wurde und wird von *shifra* verunsichert, kriegerischen Nomaden vom Volk der Somali, die ursprünglich für den Anschluß des kenyanischen Nordostens und seiner Somali-Bevölkerung an Somalia gekämpft hatten und die später zu »unpolitischen« Räuberbanden degenerierten. Die kenyanische Regierung fürchtet die *shifra* wie der Teufel das Weihwasser. Indem man nun die weiten Flächen des Nordostens entvölkerte, konnte man der *shifra* den Boden entziehen. Die millionenschweren Projekte hatten damit eine klare politische Zielsetzung: Seßhaftmachung der Nomaden zur Isolierung und Eindämmung der *shifra*. Doch die *shifra* lassen sich von den gewöhnlichen Somali nicht unterscheiden, und so läuft denn das alles auf eine brutale Unterdrückung des Somali-Volks hinaus, bis hin zum Massenmord.

Dieses vernichtende Beispiel mißglückter und fehlgeleiteter Entwicklungshilfe steht leider nicht allein da, es ist nicht die an den Haaren herbeigezogene, krasse Ausnahme. Afrika ist geradezu übersät mit Entwicklungsruinen, und unser Beispiel ist insofern typisch, als es eine Konstante des Entwicklungsversagens aufzeigt: die immer wieder grob unterschätzte *Intelligenz* der »zu

Entwickelnden« (der Leute von Guyo Jattani) und die *Arroganz* der »Entwickler«.

Jahrelange Beschäftigung mit den Problemen und Projekten der Entwicklungszusammenarbeit zwingt zur Einsicht, daß sich die Entwicklungshilfe in Afrika landauf, landab Mißerfolge und Fehlschläge leistet – und zwar weitgehend immer wieder dieselben –, die nicht mehr als Einzelfälle und Ausnahmen entschuldigt werden können. Die Entwicklungszusammenarbeit leistet sich so viele Mißerfolge, daß man sich der Erkenntnis nicht entziehen kann, der Schaden überwiege insgesamt den Nutzen. Viel mehr Geld wird in unnütze oder gar kontraproduktive und schädliche Projekte gesteckt als in verantwortbare und nützliche, und vielleicht ginge es dem Kontinent ohne diese »real existierende« Entwicklungshilfe nicht schlechter.

Aus dieser Einsicht kann man mit Brigitte Erler (Tödliche Hilfe, Freiburg im Breisgau 1985) den Schluß ziehen, Entwicklungshilfe sei insgesamt eher ein Entwicklungshindernis und deshalb in Bausch und Bogen zu verwerfen. Vielleicht geht es hier aber doch nicht um ein Alles oder Nichts. Schaufeln für die Leute von Guyo Jattani wären durchaus sinnvoll, während man sich die Millionen für Bewässerungsprojekte am Ewaso Ngiro nicht nur hätte sparen können, sondern auch hätte sparen müssen. Daß es genau andersherum läuft, ist ein Fehler der konkreten Entwicklungshilfe, der allerdings System hat. Gegen das System, das solche Fehlgriffe und Mißgeburten immer wieder hervorbringt, gilt es anzukämpfen. Denn wenn wir an der Entwicklungshilfe, wie sie mehrheitlich ist, nichts ändern könnten, dann allerdings müßten wir für ihre Abschaffung eintreten.

Am Grundsatz von Entwicklungshilfe kann man trotz aller negativen Erfahrungen im Ernst nicht rütteln: Wenn wir die Möglichkeit haben (*wenn* wir die Möglichkeit haben), den Armen der Dritten Welt zu helfen, ihre Lebensbedingungen nachhaltig zu verbessern, dann müssen wir das tun. Das ist ein moralisches Gebot, und es ist zudem nur eine unzureichende Kompensation für vergangene und gegenwärtige Ausbeutung durch ein grundsätzliches wirtschaftliches Ungleichgewicht zwischen Nord und Süd.

Unbestreitbar gibt es positive Ansätze und nützliche Projekte (vgl. zum Beispiel Seite 122 ff). Allerdings etwas dünn gesät, beweisen sie, daß sinnvolle Entwicklungshilfe möglich ist. Nur muß man wohl endgültig von der entschuldigenden Haltung abkommen, die eklatantes Versagen immer wieder als verzeihlich, weil ja im Grunde gut gemeint, akzeptiert. Man ist mit der Entwicklungshilfe immer viel zu gnädig umgegangen, man hat ihr

viel zuviel durchgehen lassen. Gerade weil Entwicklungszusammenarbeit »gut gemeint« sein sollte, müßte sie viel rigoroseren Maßstäben gerecht werden! Man hat die Entwicklungshilfe geschont, weil man das Prinzip nicht in Frage stellen, weil man die Steuerzahler oder die Spender nicht verunsichern wollte. Wenn sich aber abzeichnet, daß die konkrete Entwicklungshilfe insgesamt mehr schadet als nützt, muß man diese Zurückhaltung im Interesse der Betroffenen in der Dritten Welt aufgeben. Die Fehler sind eben oft unverzeihlich und manchmal auch gar nicht so gut gemeint.

Nun wird allerdings unter »Entwicklung« verschiedenes verstanden. Die Reagans und die Thatchers dieser Zeit hängen, obwohl sie durch die Tatsachen längst gründlich widerlegt sind, immer noch der *Take-off*-Theorie nach, wonach die Entwicklungsländer nach Injektion von etwas Kapital und Know-how von der Startbahn abheben wie die Düsenjäger. Ganz offensichtlich ist solcher Optimismus, wonach ein bißchen *free enterprise*, ein bißchen freier, marktwirtschaftlich orientierter Unternehmmergeist auch schon genüge, nicht gerechtfertigt. Trotzdem sind die Grundüberzeugungen, die hinter diesem Entwicklungs-Aberglauben stehen, immer noch weit verbreitet. Danach wäre Entwicklung nichts anderes als ein Nachholen und Nach-Vollziehen der Entwicklung der westlichen Zivilisation, nur zeitlich gerafft. Das Entwicklungsziel wäre fraglos der Zustand, in dem sich heute Europa und Nordamerika befinden.

Das liegt irgendwie in der Natur der Sache: Wer sich anheischig macht, jemand anderem sich entwickeln zu helfen beziehungsweise zu diesem Zweck mit ihm zusammenzuarbeiten, der müßte ja schon ziemlich davon überzeugt sein, daß er selber gut, weit und richtig entwickelt ist. Er wird glauben, daß er dank seines technologischen Vorsprungs alle Antworten schon kennt. Er wird zur Annahme neigen, unsere westliche Zivilisation sei zwangsläufig stets auf dem rechten Wege und habe die technischen Möglichkeiten, alle Probleme von der Massenarbeitslosigkeit über das Energieproblem bis zur Umweltverschmutzung zu lösen.

Wer so denkt, müßte eigentlich von der Entwicklungshilfe bitter enttäuscht sein. Ginge es tatsächlich darum, unsere westliche Zivilisation in Afrika noch einmal zu reproduzieren, so könnte endgültiges Versagen schon jetzt festgestellt werden. Manche der mit Entwicklungsfragen Befassten und an Dritte-Welt-Problemen Interessierten mögen aber mit diesem Buch zur Ansicht neigen, es sei möglicherweise etwas vermessen, den Menschen der Dritten Welt unsere Zivilisation ganz einfach wie eine Kappe über den

Kopf zu stülpen, nicht nur, weil diese Kappe den so Beglückten vielleicht gar nicht paßt, sondern auch, weil die westliche Zivilisation in sich selber grundlegende Widersprüche enthält, deren Lösbarkeit nicht von vornherein garantiert ist. Wer so denkt, muß natürlich dem ganzen Zivilisationsexport, aus dem die konkrete Entwicklungshilfe zum großen Teil besteht, kritischer begegnen.

Wenn nun aber diese leichte Distanz zur eigenen Zivilisation, dieser etwas angekratzte Glaube an die technische Machbarkeit aller Dinge vorausgesetzt werden darf, dann ist zu einem sinnvollen Konzept von Entwicklungshilfe gar nicht viel Neues zu sagen. Die Aufarbeitung der ersten Irrtümer, die im wesentlichen immer noch dieselben Irrtümer sind, ist längst geleistet. Schon 1970 konnte man nicht gerade begeistert sein über die Resultate der ersten Entwicklungsdekade. Ernüchtert von den ersten Fehlschlägen, entwickelte man damals neue Zielvorstellungen und Projektkriterien, die auch heute noch Gültigkeit haben. Hilfe für die ärmsten Bevölkerungsschichten – Hilfe bei der Erfüllung der Grundbedürfnisse Nahrung, Wohnung, Kleidung, Bildung, Gesundheit – Kritik am inhärenten Ethnozentrismus der Entwicklungshilfe – der Empfänger als Subjekt, nicht als Objekt von Entwicklung – Suche nach lokalen Entwicklungsträgern wie Genossenschaften oder Frauengruppen: all das sind Grundsätze und Kernsätze, die schon vor 15 Jahren von entwicklungspolitischen Gruppen in die Diskussion geworfen wurden und die man auch heute nur wiederholen und bekräftigen kann. Am Schluß bekannten sich zu solchen Grundsätzen sogar Regierungen, Gesetzestexte, UNO-Vertreter und Weltbank-Repräsentanten.

Nur blieben diese schönen und richtigen Erkenntnisse über die Entwicklungshilfe zumeist Lippenbekenntnisse, in die Tat wurden sie selten umgesetzt. Es war in mancher Hinsicht bequemer, die alten Fehler zu wiederholen. Wo man die neuen Stoßrichtungen ernst nahm, blieben Erfolge nicht aus. Aber der Großteil der Entwicklungshilfe ging und geht wie eine Dampfwalze in die falsche Richtung – wider besseres Wissen noch dazu.

Warum das so ist, dazu möchte ich – unter Weglassung von Selbstverständlichem und allgemein Bekanntem – ein paar Thesen aufstellen.

Die Entwicklungshilfe hat zu viel Geld.

Das scheint, so paradox es tönt, in mehrerer Hinsicht das Grundproblem zu sein. All die Jahre haben wir in fahrlässiger Weise quantitative Kriterien in den Vordergrund gestellt. Wir haben die Entwicklungshilfe als Promille des Bruttosozialprodukts gemes-

sen, und nicht an ihren Resultaten. Wir haben Listen aufgestellt, wer am meisten, wer am wenigsten gibt, wir haben die Norweger gelobt und die Schweizer gescholten – immer in Promillen. Auch gegenüber den freiwilligen Spendern wurde viel zu sehr so argumentiert, als käme es in erster Linie darauf an, *wieviel* wir für Entwicklungshilfe ausgeben. Wir haben so getan, als wäre Entwicklungshilfe käuflich wie ein Konfektionsanzug von der Stange. Mit dem Erfolg, daß bald am Anfang nicht mehr ein hieb- und stichfestes Projekt stand, geprüft auf seinen sozialen Nutzen, seine wirtschaftliche Gangbarkeit, seine kulturelle Akzeptanz, seine Umweltverträglichkeit, das seine Finanzierung suchte.

Am Anfang steht allzu oft das Geld, das Projekte sucht. Die Entwicklungsmanager, beamtete wie private, müssen für einen raschen Fluß des Geldes sorgen und sind deshalb versucht, immer wieder Projekte in ihr Programm aufzunehmen, die den allgemein anerkannten Projektkriterien nicht genügen. Das Problem Nr. 1 der Entwicklungshilfe ist es heute, das zur Verfügung stehende Geld sinnvoll auszugeben.

Dieser Druck bekommt der Entwicklungshilfe gar nicht, denn hier gilt (natürlich mit Ausnahmen) die Grundregel: Je kleiner, desto besser; je teurer und größer das Projekt, desto geringer die Erfolgchancen. Kleine, überschaubare Projekte, die von den Leuten selber entworfen und verwaltet werden können, sind ganz offensichtlich erfolgsträchtiger als Großprojekte, in denen die Menschen nur noch Nummern sind und die von den Leuten weder verstanden noch gewollt werden. »*Small is beautiful*« – klein ist gut.

Aber die paar Schaufeln für die Leute von Guyo Jattani sind eben in gewisser Hinsicht doch teurer als die Traktoren und Bulldozer für die mißglückten UNO-Projekte. Denn die Entwicklungsgelder müssen ja auch verwaltet, die Projekte müssen überwacht, abgerechnet und evaluiert werden – kommen die Schaufeln tatsächlich an, sind sie auch nicht zu teuer, werden sie richtig eingesetzt? Und so ist es eben unvergleichbar kostspieliger, tausendmal die Verwendung von 1 000 Mark zu prüfen als einmal die Verwendung von einer Million.

Das ist ein nahezu unumgänglicher bürokratischer Zwang, dem insbesondere Regierungen und große Organisationen unterliegen: Wer mit kleiner Kelle anrichtet, wird die Millionen nicht los. Private Organisationen mit kleineren Budgets haben es da leichter und leisten nicht zuletzt deswegen meist bessere Arbeit. Aber auch sie müssen aufpassen, daß die Fixkosten in der Zentrale nicht zu hoch werden.

Ferner besteht in vielen Organisationen strikter Budgetzwang. Was in einem Haushaltjahr nicht ausgegeben wird, ist für das Projekt oder für das Ministerium verloren. Wenn ein Entwicklungsministerium für soundsoviel Prozent des Gesamtbudgets gekämpft hat, und damit beweist es ja seine Existenzberechtigung, dann muß es doch zeigen, daß es die Beträge auch ausgeben kann. Da kann man dann nicht lange fackeln.

Manche Geberländer und -organisationen kennen eine Art Quotensystem, wonach die einzelnen Länder, entsprechend ihrer Bevölkerung und ihren Bedürfnissen, fast eine Art Anrecht haben auf einen bestimmten Anteil aus dem allgemeinen Hilfskuchen. Was aber ist zu tun, wenn ein Land keine sinnvollen Projekte anzubieten hat? Die Antwort liegt auf der Hand: Man finanziert ganz einfach Unsinniges.

Dazu gibt es ganz krasse Beispiele. In Somalia finanzieren die EG, westliche und arabische Länder bei Bardera einen Damm, der den Juba-Fluß stauen und 800 Millionen Dollar kosten soll. Im Endausbau sollen 220 000 Hektar Land bewässert werden. Selbst die verantwortlichen Fachleute halten das für »Größenwahnsinn«. Sie wissen genau – und sagen es auch ungeniert –, daß das Projekt nicht gelingen kann. Solche Riesendämme haben sich ohnehin durchs Band als Fehlschläge erwiesen. In diesem Fall müßte fast jeder fünfte Einwohner Somalias in das Juba-Tal umgesiedelt werden. Das vorwiegend von Nomaden bewohnte Land hat schon die Bauern gar nicht, die für das Bewässerungsprojekt nötig wären. Trotzdem wird gebaut, und zwar ausdrücklich mit der Begründung, daß es eben sonst kaum Projekte gebe, die man finanzieren könne. Mit der nomadischen Viehzucht – Somalia hat fünf Millionen Menschen und fünfeinhalb Millionen Kamele, die 70 Prozent der Exporte erbringen – kann man auch hier nichts anfangen.

Noch 1984, als man es nun wirklich längst besser wußte, begann man in Mali mit dem Bau des Riesenstaudamms von Manantali am Bafing, dem wichtigsten Zufluß des Senegal. 70 Kilometer lang soll der Stausee von Manantali werden, und zusammen mit dem Diama-Staudamm am unteren Senegal-Lauf sollen 375 000 Hektar bewässert werden. Aber während sich der Staudamm füllt, was mindestens zwei Jahre dauert, werden die traditionellen Überschwemmungskulturen am ganzen Senegal-Lauf ausgetrocknet und zerstört. Man kann sich an den Fingern abzählen, daß viele Bauern gezwungen sein werden, ihre Felder zu verlassen und anderswo eine Existenz zu suchen. Am Ende werden die

Bauern gar nicht mehr verfügbar sein, um die Segnungen der Bewässerung zu nutzen.

Mali würde den Staudamm von Manantali allerdings nicht brauchen, um die Probleme mit der Bewässerung kennenzulernen. Das Land hat im *Office du Niger* bei Ségou bereits ein auf 200 000 Hektar angelegtes, noch von den Franzosen ererbtes Bewässerungsprojekt, von dem gerade noch 40 000 Hektar in Betrieb sind, und jedes Jahr werden es weniger.

Allerdings ist in Manantali Geld bis jetzt nur für den Dammbau vorhanden. Der Bewässerungsteil ist nicht finanziert und vielleicht auch nicht finanzierbar. Die offizielle Rechtfertigung für das Projekt ist jetzt vor allem noch die Gewinnung von Elektrizität. Zwar wird der Strom viel zu weit weg von den Konsumenten erzeugt, aber es gibt in der Nähe von Manantali Mangan- und Eisenerzvorkommen. Nur sind Eisen und Stahl nicht mehr Wachstums-, sondern Schrumpfindustrien, und es wäre höchst überraschend, wenn jemand zur Lebenszeit dieses Kraftwerks diese Rohstoffe vom Ende der Welt brauchen würde.

Das viele Geld verführt nun mal zum Klotzen, zu Großprojekten, die technisch wie menschlich nicht mehr zu bewältigen sind und vor denen man selbst in Europa zurückschrecken würde. Mit dem vielen Geld steht sich die Entwicklungszusammenarbeit selber im Weg.

Entwicklungshilfe ist Big Business.

Wenn ein Riesenbauwerk wie der Manantali-Damm schon nichts nützt, so läßt sich doch daran verdienen. In diesem Fall profitiert vor allem die deutsche Bauindustrie unter Führung der Firma Züblin. Die Bundesregierung finanziert (teilweise) die deutschen Bauunternehmen, und die Bauern, die der Damm vertreibt und zerstört, bezahlen die Zeche.

Muß man annehmen, daß die Aufträge für deutsche und andere Unternehmen bei der Entscheidung mitbeteiligt waren, dieses sinnlose Großprojekt in die Wüste zu stellen? Die Entwicklungshilfe ist unterdessen aus den Auftragsbüchern der europäischen und nordamerikanischen Firmen nicht mehr wegzudenken. Sie ist eine Industrie geworden mit einem Umsatz von sieben bis acht Milliarden Dollar jährlich allein in Afrika. 80 000 Experten sind in Afrika mit der offiziellen Hilfe und ihren Projekten beschäftigt – und kosten auch schon mehr als die Hälfte der erwähnten Milliarden. Manchmal hat man fast den Eindruck, die Industrieländer seien unterdessen mehr auf die Gelder der Entwicklungshilfe angewiesen als die Entwicklungsländer.

Entwicklungshilfe diene ja nicht nur den Menschen in den Entwicklungsländern, sondern auf wundersame Weise auch unseren eigenen Wirtschaftsinteressen – dieses Argument haben vor allem die Regierungen endlos strapaziert, um bei Parlamenten und Steuerzahlern mehr Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit lockerzumachen. So legt zum Beispiel der deutsche Entwicklungsminister Jürgen Warnke Wert auf »das Ziel eines verstärkten partnerschaftlichen Interessenausgleichs«. Nach Warnke heißt Partnerschaft, »die Interessen des anderen mit den legitimen eigenen deutschen Interessen auf einen Nenner zu bringen«.

Doch diese Behauptung von der Interessenkonvergenz, wonach sich die Interessen der Geber und der Dritten Welt so sicher treffen wie zwei Parallelen in der Unendlichkeit, ist ganz einfach eine Erfindung, bestenfalls eine Selbsttäuschung. Wenn man den Gedanken der Hilfe für die Ärmsten ernst nimmt, besteht im Gegenteil ein offensichtlicher Interessengegensatz zwischen Hilfe für die Dritte Welt und Selbsthilfe zugunsten der eigenen Wirtschaft. Es ist der Gegensatz zwischen den Schaufeln und Traktoren in dem Beispiel aus dem Nordosten Kenyas: Die Schaufeln würden nur den Bauern nützen, die Traktoren nützen nur der Industrie der Geberländer, und das ist mit ein Grund, warum den Traktoren immer wieder der Vorzug vor den Menschen gegeben wird.

Entwicklung ist nicht einfach etwas, das die Afrikaner aus irgendwelchen Gründen verschlafen haben und das sie jetzt mit unserer Hilfe möglichst schnell aufholen sollen. Unterentwicklung beruht auch auf dem Ungleichgewicht zwischen Nord und Süd, auf den Zwängen der Weltwirtschaft, die die Ausbeutung der Rohstoffproduzenten in der Dritten Welt zementieren. Unterentwicklung bedeutet deshalb auch Ungerechtigkeit, sie hat eine moralische Qualität – und an einer gerechteren Welt hätten wir tatsächlich ein gemeinsames Interesse. Aber eine gerechtere Welt würde von uns verlangen, einiges von unserem Reichtum abzugeben. Wir können nicht so tun, als sei daran auch noch zu verdienen. Unterdessen sieht es denn ja auch tatsächlich danach aus, als ob die Entwicklungszusammenarbeit *vorwiegend* den eigenen Interessen diene. Das Wort von der »Hilfe zur Selbsthilfe« trifft mittlerweile vor allem dann zu, wenn mit »selbst« die Geberländer gemeint sind.

Indem man den Grundsatz aufstellt, Entwicklungshilfe habe auch den eigenen wirtschaftlichen Interessen zu dienen, also nicht selbstlos zu sein, erlaubt man es diesen Eigeninteressen, auf die Ziele und Methoden der Entwicklungshilfe Einfluß zu nehmen.

Das wirkt sich insbesondere auf die Wahl der Technik aus. An einer einfachen, angepaßten Technik läßt sich wenig verdienen, von einer überzogenen Mechanisierung profitiert man mehr. Wenn Bundesminister Warnke »auf beschäftigungswirksame Maßnahmen der Entwicklungspolitik besonderes Gewicht legt«, so hat er erstaunlicherweise nicht die Arbeitsplätze in der Dritten Welt im Auge, sondern die eigenen, deutschen. Die Vermutung ist auch hier, daß das Arbeitslosigkeitsproblem der Entwicklungsländer um so weniger gelöst, als die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern in den Vordergrund gerückt wird. Die Arbeitslosigkeit in Westeuropa ist gewiß ein Problem, aber keines, das auf Kosten der Entwicklungsländer bewältigt werden kann.

Interessenharmonie besteht hier aber zwischen den Gebern und den einheimischen Eliten. Die Manantalis und Barderas, die zahllosen weißen Elefanten der Entwicklungszusammenarbeit, verschaffen Prestige, Jobs für Bürokraten, eine Ausweitung des Machtbereichs der Regierenden, Pfründen für die Mächtigen und die Illusion, daß sich etwas tut. Solche Großprojekte entsprechen auch den Entwicklungsvorstellungen und der Fortschrittsgläubigkeit der verwestlichten Eliten. Nur selten werden die Regierenden ein Projekt ablehnen, weil es zu groß, zu luxuriös, zu ehrgeizig ist, zumal man ja einem geschenkten Gaul nicht ins Maul schaut.

Daß allzu oft die Interessen der Geberländer den Ausschlag geben und nicht die Interessen der breiten Bevölkerung, zeigen mit empörender Deutlichkeit die Zahlen über die Verwendung der langfristigen Hilfe für den Sahel-Raum. Nach der Dürre von 1968 bis 1973 und der Hungersnot, die damals die Welt aufschreckte, war klar, wo die Prioritäten liegen mußten. Vorrang hätte der Schutz der Umwelt haben müssen, deren prekären Zustand die Dürre offengelegt hatte, dann auch die Sektoren, in denen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung tätig ist, nämlich der traditionelle Ackerbau in der Regenzeit und die nomadische Viehzucht. Aber diese drei Bereiche erhielten zusammen weniger als zehn Prozent der Milliarden, die sich nach 1973 in den Sahel ergossen. Für Projekte gegen die Aushöhlung der Umwelt und das Vorrücken der Sahara wurden lediglich 1,5 Prozent der Hilfe aufgewendet, was mitverantwortlich dafür ist, daß sich die Katastrophe 1984 wiederholte und vertiefte. Natürlich war auch Hilflosigkeit angesichts der eigentlichen Probleme im Sahel mit im Spiel. Aber der Vorrang, der den Bereichen Bewässerung, Ausbau der Infrastruktur oder schlicht Nahrungsmittelhilfe einge-

räumt wurde, erklärt sich eben auch aus den berühmten »wohlverstandenen« Eigeninteressen der Geber.

Die Entwicklungshilfe »im eigenen Interesse« geriet immer mehr zur versteckten staatlichen Exportförderung zugunsten der eigenen Industrie und Wirtschaft. Das ist natürlich besonders deutlich, wo Lieferbedingungen gelten, wie sie in der Bundesrepublik die Wende-Regierung eingeführt hat: Güter und Waren, die für ein Projekt benötigt werden, werden nicht dort bezogen, wo sie am günstigsten sind, sondern beim Geberland. Das verführt natürlich erst recht zu unsinnigen Ausgaben. Wenn der viel zu teure Mercedes-Geländewagen dem Hersteller Gewinn bringt, dann gewiß nur, weil er tausendfach von deutschen Experten in Afrika gefahren wird.

Entwicklungshilfe als Exportförderung auf Kosten der Steuerzahler dient aber niemandem so richtig optimal. Exportförderung könnte durch direkte und gezielte Maßnahmen weit wirksamer und billiger erreicht werden. Und die Ziele der Entwicklungshilfe erst recht.

Die »fette Präsenz« der weißen Experten.

Der Entwicklungshelfer von heute ist nicht mehr ein bärtiger junger Mann im etwas schmutzigen Hemd und mit Sandalen, der mit dem *piki piki* (Motorrad) durch die Lande fährt. Den gibt es noch als Relikt einer idealistischeren Vergangenheit. Heute gehört die Entwicklungsbühne den Experten mit Salären von weit über 100 000 Mark, die im Geländewagen daherkommen. Wenn in Tansania wieder einmal Diesel und Benzin knapp werden, dann sieht man fast nur noch die Wagen der Experten, deutlich erkennbar an den roten Nummernschildern mit den Buchstaben TX (für zollfrei). Sie haben natürlich immer Benzin, sie leiden nicht die Nöte der Bevölkerung. Das kann richtig ärgerlich machen. »Seid ihr ›Tix‹?« wurden wir einmal gefragt. Das konnte sich auf die TX-Schilder beziehen. Es konnte aber auch heißen: Seid ihr »ticks«, nämlich »Zecken«, blutsaugende Insekten.

Dasselbe Bild in Niger, wo auch ein deutscher Entwicklungshelfer das böse Wort von der »fetten Präsenz« der weißen Experten prägte. Er ging, obwohl selber betroffen, noch einen Schritt weiter mit der Feststellung, daß viele Experten von der fachlichen Kompetenz her leicht durch ebenso qualifizierte lokale Leute ersetzt werden könnten und nur noch auf ihren Stühlen säßen, um aufzupassen, daß auch ja keine Hilfgelder zweckentfremdet würden. Aber soviel wie diese Experten kosteten – so sein Gedanken-gang –, soviel könnten die Einheimischen beim besten Willen

nicht in die eigene Tasche abzweigen (damit mag er in Niger recht haben, aber nicht unbedingt in Zaire ...).

Natürlich gibt es Experten und Experten, Entwicklungshelfer und Entwicklungshelfer. Ohne zahllose angeregte Gespräche und Diskussionen mit motivierten und fähigen Experten wäre dieses Buch gar nicht zustande gekommen. Es gibt aber stichhaltige Gründe, Experten möglichst zurückhaltend einzusetzen, weil sie schlecht in das »zu entwickelnde« Milieu passen, und eher auf lokale Initiativen abzustellen. Statt dessen haben sich die Experten in den letzten Jahren krebsartig vermehrt. In dieser großen Zahl, mit dieser »fetten Präsenz« eben, sind sie insgesamt, ganz abgesehen von der Motivation und Qualifikation des einzelnen, nicht nur zu einem Ärgernis, sondern oft auch zu einem Hindernis für Entwicklung geworden.

Die Arroganz nämlich, die mit dieser übertriebenen Präsenz zwingend einhergeht, ist unerträglich. Selbst wenn man guten Willen bei den meisten Experten voraussetzt: Bei so vielen Weißen ist einfach unausweichlich, daß westliche Problemsicht und westliche Problemlösungen dominieren, zumal auch die gebildeten, verbildeten einheimischen Partner solche westlichen Werte weitgehend verinnerlicht haben. Es wird geradezu sichtbar demonstriert, daß die Weißen, und nur die Weißen, die Lösung für alles kennen, daß sie alles wissen und alles besser wissen.

Die Empfänger der Hilfe werden zu Untertanen einer eigentlichen *Expertokratie*. Wie denn könnten kleine Bauern, Analphabeten noch dazu, die nicht die Sprache der Experten sprechen, einem solchen Apparat gegenüber auftreten, sich artikulieren? Sie sind eben in Wirklichkeit nicht Subjekte von Entwicklung, die sich selber entfalten und ihre Ziele selber bestimmen; sie sind Objekte der Entwicklung, denen man sagt, was sie zu tun und zu wollen haben – und die schon deshalb meist nicht mitziehen. Zwischen den reichen, weißen Experten in ihren Autos und den Bauern auf dem Feld gibt es kaum Kommunikation.

Und noch etwas zum Thema Experten. Kenyas Landwirtschaftsminister Omamo hat es Tansanias Präsident Nyerere bei dessen Abschiedsbesuch in Nairobi als Witz erzählt. Aus Europa, so Omamos Geschichte, hatte man einen großen, starken Stier geschickt, um die lokale Viehrasse zu verbessern. Aber der Stier tat einfach nicht, was von ihm erwartet wurde, die afrikanischen Kühe ließen ihn kalt. Man holte einen alten, erfahrenen Masai und fragte ihn um Rat. Der schaute sich das ein paar Tage an und kam dann zum Verdikt: »Der Stier glaubt, er sei als Experte hergeschickt worden.«

Die Folgekosten der Entwicklungshilfe sind zu hoch.

Entwicklungshilfe kann sich für die Empfängerländer zu einer schweren Belastung auswirken. Die Bewässerungsprojekte am Ewaso Ngiro in Kenya zum Beispiel brauchen Geld – Devisen auch noch – für Diesel und Ersatzteile, die sie nicht selber erwirtschaften können. Ein beamteter Projektchef mit einem ganzen Mitarbeiterstab erhält ein Salär, obwohl seit Jahren nichts mehr läuft. Jede Schule, die Afrika geschenkt wird, braucht Lehrer und Schulmaterial, das von dem Land selber Jahr um Jahr aufzubringen ist.

In der Entwicklungszusammenarbeit gilt es als fein, lediglich für die Investitionskosten und für die Anlaufphase eines Projektes aufzukommen. Denn man geht ja per Definition davon aus, daß diese Projekte funktionsfähig und rentabel sind, daß sie einen *Take-off*-Effekt haben. Deshalb werden sie möglichst schnell – die Entwicklungshilfe hat keine Zeit – an den Partner, also meistens an den Staat und damit an die Allgemeinheit übergeben. Das trägt bei zu der überall zu beobachtenden fatalen Aufblähung der Staatsapparate, der die Staatshaushalte immer mehr belastet und neue Entwicklungsinvestitionen verunmöglicht. Die *Betriebskosten* der Entwicklungshilfe muß die Allgemeinheit berappen, auch wenn die auf dem Papier errechnete Rentabilität nicht eintritt, und das ist oft genug der Fall.

Vielleicht muß die Entwicklungshilfe doch einmal neue Wege beschreiten in Richtung auf die bereits angedeuteten *intelligenten Subventionen*. Der immer noch allgemeingültige Projektansatz, und sei es ein »integrierter«, ist im Grunde noch nicht über die *Take-off*-Ideologie hinausgekommen. Immer noch wird so getan, wie wenn man unter beliebigen Bedingungen mit der Investition von Kapital und Know-how einen »Start« herbeizaubern könnte.

In den ökologisch und geographisch marginalen Regionen Afrikas ist das erst recht nicht möglich. Hier konnten sich die Menschen, die Ackerbauern und Viehhirten, zwar ernähren, sie konnten aber nicht auch noch »rentieren«, »volkswirtschaftlich nützlich« sein.

Früher waren diese Völker keine Sozialfälle. Sie mußten aber auch nur sich selber unterhalten und nicht auch noch einen modernen Staat, eine Armee, Polizei, Fernsehen, eine Universität, Botschaften im Ausland, Fernmeldeverbindungen nach Europa, diesen ganzen Rattenschwanz von modernen Notwendigkeiten. Das preßt ganz einfach zuviel aus den Leuten heraus, und die müssen es dann aus dem Boden, aus der Umwelt herauspressen.

Wenigstens die sozialen Dienstleistungen dieser modernen Staaten, vor allem das Erziehungs- und Gesundheitswesen, könnte man vielleicht von außen finanzieren oder mitfinanzieren und den Bauern und die Umwelt davon entlasten. Das allerdings würde voraussetzen, daß sich die reichen Länder dieser Welt den ärmsten Ländern gegenüber auf Dauer verpflichten würden. Das würde einiges Umdenken erfordern, denn eigentlich tut man ja so, wie wenn diese Armut nur auf einem technologischen Rückstand beruhen würde.

Entwicklungshilfe entmündigt.

Eine ganze Reihe von Ländern hängt heute buchstäblich am Tropf der Entwicklungshilfe. Sie können ohne Hilfe – auch wenn die Regen gut sind – nicht mehr überleben, können für ihren Haushalt und ihr Handelsdefizit nicht mehr aufkommen, ihre Beamten nicht mehr bezahlen, ihren Schuldendienst nicht leisten. Es fallen in erster Linie ein: Senegal, Mali, Burkina Fasso, Zentralafrikanische Republik, Liberia, Sudan und nicht zuletzt Tansania, das *self-reliance* (etwa: Entwicklung aus eigener Kraft) üben wollte und statt dessen zum erfolgreichsten Bettler des Kontinents wurde.

Noch schlimmer ist aber, daß die Entwicklungshilfe, die so »fett« daherkommt, jeden Versuch im Keim erstickt, Probleme selber mit lokalen Mitteln und eigenen Ideen zu lösen. Die Leute wissen ja nicht mehr, wie ihnen geschieht. Noch bevor sie ein Problem überhaupt als solches erkannt haben, wird ihnen schon die (vermeintliche) Lösung um die Ohren geschlagen. Eigeninitiative kann so keine aufkommen, die Leute warten nur noch auf die dargebotene Hand, die schon rechtzeitig kommen und die schon das Richtige tun wird. Afrikas Innovationsfähigkeit wird abgetötet. Es entsteht eine gefährliche Sozialhilfe-Mentalität, sowohl bei einigen Staaten wie bei ihren Bewohnern. Die Entwicklungshilfe, die so viel Geld und so wenig Geduld hat, kann nicht warten, bis die Leute selber sich zusammenfinden und Lösungen für ihre Probleme ausarbeiten, die man dann vielleicht mitfinanzieren könnte. (Nichtstaatliche Organisationen haben auch da oft mehr Zeit und Einfühlungsvermögen als die staatlichen und internationalen Bürokratien.)

Solches gilt auf gefährliche Weise auch in technischer Hinsicht. So viel westliches Know-how erschlägt ganz einfach alles, was eventuell lokal vorhanden ist oder sich lokal entwickeln könnte. Auch wenn man von angepaßter Technologie spricht, meint man ja in der Praxis nicht etwa eine lokal für lokale Bedürfnisse auf der

Basis von lokalem Know-how *neu entwickelte* Technik. Man meint, auch wenn man es nicht sagt, eine auf den Bewußtseinsstand der halt etwas zurückgebliebenen Empfänger *zurück entwickelte*, *westliche* Technik.

Die Entwicklungshilfe neigt dazu, die Lösungen für alles und jedes zu importieren. Sie verdrängt lokal vorhandenes Know-how und ersetzt es durch Importe. Solche Entwicklungshilfe macht geistig und wirtschaftlich importabhängig und importsüchtig. Sie bedeutet letztlich Modernisierung der Armut statt Entwicklung.

Da wir es mit unserer Technik so herrlich weit gebracht haben, gehen wir ohne weiteres Nachdenken davon aus, daß wir auch die Technik zur Lösung aller afrikanischen Probleme bereits in der Tasche haben. Langsam kommen daran Zweifel auf, nicht nur wegen Problemen mit den afrikanischen Menschen, sondern noch mehr wegen Problemen mit der afrikanischen Umwelt. Wir haben möglicherweise die richtige Technik gar nicht, um in Afrika zum Beispiel die Landwirtschaft zu intensivieren – das ist eine Erkenntnis, die so langsam dämmert (vgl. Seite 122 ff).

Der Glaube an unsere eigene technische Überlegenheit hat uns geradezu Verachtung gelehrt für alles Afrikanische, nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Natur, die – mit Ausnahme natürlich von Elefanten, Nashörnern, Giraffen – einfach nicht gut genug ist. Wenn wir Aufforstung betreiben, dann automatisch mit importierten Sorten wie Föhren, Zypressen und Eukalyptus, und auch die Afrikaner scheinen unterdessen zu glauben, daß die Bäume der Weißen besser sind als die eigenen.

Wohin solche Besserwisserei führen kann, zeigt sich jetzt auf dramatische Weise am Viktoriasee, dem größten Gewässer Afrikas. Hier waren es die Fische, die nicht gut genug waren. Im Viktoriasee gab es jede Menge kleiner, kaum fingergroßer Fischchen (*Haplochromis*), die zwar von den Leuten getrocknet und gegessen wurden, die den Engländern aber überflüssig erschienen. Deshalb führten sie um 1960 herum in der Gegend von Kampala den Nilbarsch ein, der sich von diesen kleinen Fischen ernähren sollte.

Dem Nilbarsch behagte es im Viktoriasee, und er breitete sich über den ganzen riesigen See aus. Nur fraß er nicht nur die »nutzlosen« kleinen Fischchen, sondern immer mehr auch den Tilapia, einen sehr anständigen Fisch, der sich von pflanzlichen Stoffen ernährt. Dazu kam noch Überfischung, und nun gibt es schon Gegenden in dem See, wo 80 Prozent der Fische Nilbarsche sind. Da der Nilbarsch in seinem Leben etwa fünfmal sein Eigengewicht an anderen Fischen frißt, kann das nicht gutgehen: Der Nil-

barsch wird kannibalisch und frißt seine eigenen Artgenossen auf. Das muß auch die Nilbarsch-Bestände reduzieren.

In Mwanza am tansanischen Südende des Sees gab es 1980 noch so wenig Nilbarsche, daß sie nicht einmal in der Statistik auftauchten. Vier Jahre später waren schon ein Drittel der Fänge Nilbarsch, schon mehr als Tilapia, der entsprechend zurückging.

Die Leute mögen aber den Nilbarsch nicht und ziehen den Tilapia vor, und dafür gibt es objektive Gründe: Der Nilbarsch ist zu groß, als daß ihn eine Familie frisch essen könnte. Zum Trocknen eignet er sich nicht, weil er zu fettig ist. Man müßte ihn räuchern, womit wiederum das Brennholz-Problem akut verschärft würde ...

Die Entwicklungshilfe ist nicht lernfähig.

Als sich schon abzeichnete, daß im Viktoriasee der neu eingeführte Nilbarsch nicht nur den Tilapia, sondern am Ende gar sich selber auffressen würde, sprach man doch tatsächlich davon, den Nilbarsch auch im Nyasasee (Malawisee) einzuführen. Vielleicht läßt sich das Unheil noch abwenden, vielleicht auch nicht.

»... daß man sich wundert, weshalb die Schrift überhaupt erfunden wurde«, kommentiert ein Fachmann den Umstand, daß im Sahel immer wieder bedenkenlos Brunnen mit Pumpen gebaut werden, obwohl man nun einfach die damit verbundenen Gefahren nicht mehr besser kennen kann. Gerade auch auf dem Sektor Bewässerung werden munter die alten Fehler wiederholt. Für jeden bewässerten Hektar Land im Sahel, der, oft für Tausende von Dollars, neu erschlossen wird, geht wieder ein Hektar verloren. Die bekannten Probleme – Vernässung, Versalzung – werden ganz einfach nicht wahrgenommen.

In den Zentralen der Entwicklungsorganisationen aller Art stapeln sich die Analysen und die Evaluationsberichte über mißglückte Projekte, die detailliert darstellen, wie man es *nicht* machen kann. Viele Fragen der Entwicklungsproblematik sind geradezu über-erforscht. Aber irgendwie scheint all dieses Wissen nicht weitergegeben zu werden. Immer wieder wird dasselbe neu erforscht, immer wieder werden dieselben Fehler gemacht.

Man kann sich fragen, warum. Man kann die westliche Borniertheit zitieren, die sich nicht auf andere Gegebenheiten einlassen kann. Man muß auch daran denken, daß die kurzlebigen Experten nie verantworten müssen, was sie angestellt haben. Sie müssen nicht lernen; sie können getrost an einem anderen Ort, auf einem anderen Kontinent denselben Fehler noch einmal

machen. Das Kernproblem ist jedoch, daß man sich Entwicklung viel zu einfach vorstellt.

Die Entwicklungshilfe befindet sich grundsätzlich in einem Engpaß. Auf der einen Seite steht dieses viele Geld, das man zum Teil aus moralischen, zum Teil aber auch aus politischen und wirtschaftlichen Motiven glauben zu müssen. Auf der anderen Seite dämmert die Erkenntnis, daß es möglicherweise gar nicht so viel gibt, was wir entwickeln können. Es gäbe allerdings ein ganz simples Rezept, mit dem die meisten der erwähnten und nicht erwähnten Übel behoben werden könnten: *Weniger Geld, mehr Geduld.*

Wenn es eine Branche gibt, die es verdient, gesundgeschrumpft zu werden, dann ist es die Entwicklungs-Industrie. Man müßte nur die Kriterien wirklich anwenden, die man längst erarbeitet hat, man müßte kompromißlos die Interessen der breiten Bevölkerung verfolgen, wie man es angeblich ja schon tut, man müßte mindestens darauf verzichten, Schaden anzurichten. Und schon hätte sich das Blatt gewendet, wäre positiv, was immer dann an Entwicklungshilfe noch übrigbliebe. Vielleicht wäre der Schrumpfungsprozeß sogar nur vorübergehend. Vielleicht sähen sich die Entwicklungsbükratien und die Regierungsbükratien veranlaßt, bessere Arbeit zu leisten, bessere Projekte vorzulegen.

Warum ist ein so simples Rezept wie das Zurückfahren der Entwicklungshilfe auf das Nützliche nicht möglich? Warum kann man, zweifellos zur Freude der Finanzminister aller Geberländer, nicht durchsetzen, daß nur noch Sinnvolles geleistet, daß der Schaden gemindert wird?

Die Entwicklungsländer würden lauthals protestieren, insofern zu Recht, als ihnen Reparationszahlungen für die seit der Kolonialisierung erlittenen Schäden tatsächlich zustehen. Die Entwicklungsbükratien der internationalen Organisationen und der großen Geberländer würden einen guten Teil ihrer Existenzberechtigung verlieren, und Tausende von hochqualifizierten Arbeitslosen kämen plötzlich aus der Dritten Welt in die Industriestaaten zurück. Aber am meisten würden Kreise aufbegehren, die sich für die Entwicklungshilfe eigentlich gar nie so besonders eingesetzt haben: vor allem die Exportindustrie. Man kann mit den überschuldeten Ländern Afrikas über normale Kanäle kaum mehr Geschäfte machen, viele Länder sind zahlungsunfähig, haben keine Devisen mehr. Nur noch Entwicklungshilfe kann da helfen. Entwicklungshilfe ist schon so stark zum Geschäft, zum

Big Business geworden, daß man sich mit einem Zurückfahren ins eigene Fleisch schneiden würde.

»Deshalb ist wohl das einfache Rezept »*Weniger Geld, mehr Geduld*« zu einfach.

6. Ein Kontinent, der sich nicht ernähren kann

Daß ein Land, daß ein Kontinent genügend Nahrungsmittel zur Versorgung seiner Bevölkerung produziert, ist wohl eine Grundvoraussetzung für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung – vor allem, wenn dieser Kontinent und seine Länder zu arm sind, um sich die benötigten Lebensmittel anderswo kaufen zu können. In Afrika jedoch ist die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln problematisch, und zwar nicht nur in Dürrejahren. Der Kontinent weist ein strukturelles Nahrungsmitteldefizit auf, und dieses Defizit hat steigende Tendenz. Während Lateinamerika und Asien zum Teil spektakuläre Zuwächse an landwirtschaftlicher Produktion aufweisen und die durchschnittliche Ernährung ihrer Bevölkerung spürbar verbessern konnten, nimmt die Nahrungsmittelproduktion in Afrika trotz aller Entwicklungshilfe-Milliarden nicht zu, sondern ab.

Afrikas Bevölkerung wächst mit rund drei Prozent im Jahr. Die Nahrungsmittelproduktion jedoch steigt, wie die UNO vorrechnet, nur um 1,5 Prozent. In den dürrgefährdeten Ländern des Kontinents sank die Getreideproduktion pro Kopf zwischen 1978 und 1984 von gerade ausreichenden 160 Kilo auf nur noch 100 Kilo. Entsprechend nahmen in Afrika die Importe von Grundnahrungsmitteln zu: 3,8 Millionen Tonnen waren es 1965, mehr als 20 Millionen Tonnen 1980, und im Jahr 2007 – die UNO-Organisationen haben immer so schöne Zahlen – werden es bei gleichbleibendem Trend exakt 203 Millionen Tonnen sein.

Diese Entwicklung ist mehr als beängstigend. Das wachsende Nahrungsmitteldefizit macht den Kontinent politisch erpreßbar. Über »Nahrungsmittelhilfe als Waffe« ist bereits laut nachgedacht worden, und die USA haben es sich offiziell zur Regel gemacht, Entwicklungshilfe nach politischen Kriterien zu verteilen – weshalb also nicht auch humanitäre Hilfe? Selbst wo der Westen – der

allein über die nötigen Nahrungsmittelüberschüsse verfügt – scheinbar so spontan geholfen hat wie im Fall des prosowjetischen Äthiopien, liegen die politischen Vorteile auf der Hand. Äthiopien mußte sich wieder dem Westen öffnen, mußte Hunderte von Experten und Journalisten ins Land lassen, mußte gar westlichen Militärflugzeugen Einlaß (und Einsicht) gewähren. Auch in Zukunft wird Äthiopien dem Westen gegenüber Wohlverhalten üben müssen, wenn es die Ernährung seiner Bevölkerung nicht gefährden will.

Zudem ist keineswegs sicher, daß die Westeuropäer und die US-Amerikaner auf Dauer eine Landwirtschaftspolitik zu finanzieren gewillt sind, die darauf angelegt ist, große Mengen von Überschüssen zu produzieren. Die USA haben die Produzentenpreise bereits sinken lassen, und in Europa geht der Trend in dieselbe Richtung. Wenn aber die heutigen Getreideberge einmal nicht mehr sind, stehen die gewaltigen Mengen an Nahrungsmitteln, die Afrika in Zukunft braucht, vielleicht nicht mehr zur Verfügung.

Dabei ist Afrika ein ländlicher und ein landwirtschaftlicher Kontinent. Die große Mehrheit der Afrikaner – in manchen Ländern bis zu 90 Prozent – lebt auf dem Land und von der Landwirtschaft. Die meisten afrikanischen Länder exportieren auch vor allem, wenn nicht ausschließlich, landwirtschaftliche Produkte. Das aber macht wenig Sinn: Immer mehr Kakao oder Kaffee zu exportieren, bloß um immer mehr Reis und Weizen zu importieren.

Zu Recht hat sich Tansanias früherer Präsident Nyerere einmal öffentlich gewundert, weshalb in seinem Land 90 Prozent Bauern nicht in der Lage sind, zehn Prozent Städter zu ernähren. Die Antwort liegt zum Teil darin, daß die Städter nicht mehr essen wollen, was die Bauern produzieren; zum anderen, wichtigeren Teil liegt es daran, daß die Bauern wenig Interesse haben, Nahrungsmittel für die Städter zu produzieren.

Wenn man nämlich genauer hinsieht, erkennt man, daß sich die afrikanischen Bauern durchaus selber ernähren, solange die Regen mitspielen. Sie ernähren nur die Städter nicht. Der Satz, daß Afrikas Nahrungsmitteldefizit ständig zunimmt, bedarf der Relativierung: Es handelt sich, von Dürren und anderen klimatischen Katastrophen einmal abgesehen, um ein rein städtisches Defizit, und dieses Defizit wächst ziemlich genau in dem Maße, wie die Städte wachsen.

Nicht nur die produzierten Mengen sind zunehmend ungenügend, sondern die Afrikaner wollen auch zunehmend andere Nahrungsmittel konsumieren, als sie produzieren. Reis und Weizen verdrängen die traditionellen Grundnahrungsmittel. Vor 20 Jahren wurden in Nigeria, mit rund 100 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas, erst 93 000 Tonnen Reis konsumiert. Heute sind es 1 200 000 Tonnen – gut zwölfmal mehr. Davon produziert Nigeria aber bloß die Hälfte; 600 000 Tonnen jährlich muß das Land importieren. Dabei kostet allein der Import von Nahrungsmitteln das an sich fruchtbare Nigeria drei Milliarden Dollar im Jahr – mehr als drei Monate seiner stark geschrumpften jährlichen Ölförderung. Insgesamt hat sich in Westafrika der Reiskonsum pro Kopf von 12,4 auf 22,6 Kilo fast verdoppelt, und parallel dazu sank der Selbstversorgungsgrad in 20 Jahren von 72 auf nur noch 50 Prozent.

Zum Teil reicht diese Entwicklung in die Kolonialzeit zurück. Damals war es leicht, die Bauern in Senegal zu bewegen, Erdnüsse für den Export statt Hirse für den Eigengebrauch anzupflanzen. Denn für ein Kilo Erdnüsse konnte man zwei Kilo billigen Reis aus dem damaligen Französisch-Indochina kaufen. Heute hat sich das Verhältnis längst umgekehrt – aber der Reis ist geblieben und zum Grundnahrungsmittel der Städter geworden. Nur noch für die Landbevölkerung ist die traditionelle Hirse das Grundnahrungsmittel – und in Senegal wohnt schon fast jeder dritte Einwohner in der Stadt, was in keinem Verhältnis steht zur Produktion, die die Städte erbringen. Wenn nun das Sahel-Land Senegal eine gute Regenzeit erlebt und die Bauern mehr Hirse ernten, als sie selber konsumieren, ist für diese Überschüsse kein Markt mehr da. Senegal muß dann Hirse exportieren, während gleichzeitig Reis importiert wird.

In Liberia wurde der importierte Billigreis den Leuten buchstäblich aufgedrängt. Auf den Kautschukplantagen von Firestone, dem mit Abstand größten Arbeitgeber im Land, von dem 100 000 Liberianer direkt abhängen, war importierter Billigreis aus Amerika schon immer fester Bestandteil des Lohns. Noch heute ist der Reis für Firestone-Arbeiter subventioniert und kostet lediglich 7,50 Dollar statt wie normal 22 Dollar pro Sack.

Im Vormarsch begriffen ist auch der Weizen. In den Städten wird immer mehr Brot konsumiert. Das ist bequemer: Man spart die Zeit, die es brauchen würde, um Mais- oder Hirsebrei zu kochen. Brot ist aber auch einfach in Mode, weil es dem verwestlichten Lebensstil der Städter entspricht. Weizen hat aber noch den Nachteil, daß er in Afrika aus klimatischen Gründen nicht

gedeiht. Nur in einigen Gegenden mit gemäßigtem Klima, vor allem in Kenya, Tansania und Zimbabwe, kann Weizen überhaupt wachsen, und die dort produzierten Mengen reichen nicht einmal zur Selbstversorgung dieser Länder. Mit dem zunehmenden Weizenkonsum begibt sich Afrika in eine Abhängigkeit von den Industrieländern, die nicht mehr korrigiert werden kann.

Die großen Getreideproduzenten in Europa, Nordamerika und, was den Reis betrifft, auch in Fernost laden in Afrika nur zu gerne ihre Überschüsse ab, sei es als Geschenk, sei es zu kommerziellen Bedingungen. Sie können Billigware anbieten: Moderne Produktionsmethoden, aber auch die Subventionsmechanismen für die industrialisierte Landwirtschaft in den Industrieländern bewirken, daß große Überschüsse entstehen, die einen Markt suchen. Während die Preise in den Industrieländern künstlich hochgehalten werden, sinken sie auf dem Weltmarkt, der mit Getreide überschwemmt wird. Bei den hohen Lagerkosten in den Industrieländern ist es dann fast genauso teuer, das Getreide, vor allem das minderwertige, zu verschleudern oder zu verschenken.

Die Subventions- und Überschußpolitik der Industrieländer führt zu einem Billigangebot, mit dem die lokalen Bauern nicht konkurrieren können. Ihre Produktionskosten sind oftmals höher als die Kosten für importiertes Getreide. Und die Überschußproduzenten in Übersee haben, so paradox es tönt, oft auch noch einen Standortvorteil. Afrikas rasch wachsende Hauptstädte liegen – Folge des kolonialen Handels – fast alle an der Küste. Der Schiffstransport kommt deshalb billiger zu stehen als der teure Transport mit Lastwagen auf den schlechten Straßen des Hinterlandes. So ist importierter Reis in Westafrika zur »billigsten Nahrungsmittelquelle« geworden, wie ein Experte vorrechnet.

Auch die Nahrungsmittelhilfe kann die Produktion entmutigen und die Preise senken. Rupert Neudeck (Afrika, Kontinent ohne Hoffnung?, Bergisch Gladbach 1985) gibt dafür ein empörendes Beispiel. Im Tschad herrschte 1983 eine Hungersnot, aber nur im trockenen Norden des Landes, der regenreichere Süden hatte eine gute Ernte eingebracht. Die Regierung in Ndjamena bat die Geberorganisationen der UNO offiziell, doch lieber diese Überschüsse im eigenen Land aufzukaufen und in den Norden transportieren zu helfen. Doch die Geber lehnten ab, sie zogen es vor, Überschußgetreide aus Europa und Nordamerika in das abgelegene Binnenland zu schaffen. Die Bauern im Süden blieben auf ihrer Hirse sitzen, und natürlich pflanzten sie schon im folgenden Jahr weniger Hirse an.

Bei diesen Billig- und Gratisimporten von Getreide ist eine unheilige Allianz zwischen den Exportländern, angeführt von den USA und der EG, und den herrschenden Eliten Afrikas am Werk. Den einen ist Afrika willkommen als Abladeplatz für Überschüsse, was einerseits die Preise im Produktionsland vor dem Einbrechen bewahrt (beziehungsweise Subventionen und Lagerkosten spart), andererseits auch politischen Einfluß verschafft; die anderen können mit der billigen Ware die – politisch wichtige – städtische Bevölkerung bei Laune halten. Trotzdem muß man anerkennen, daß es in extremen Fällen wie 1985 in Äthiopien und im Sudan keine Alternativen zur Nahrungsmittelhilfe gibt.

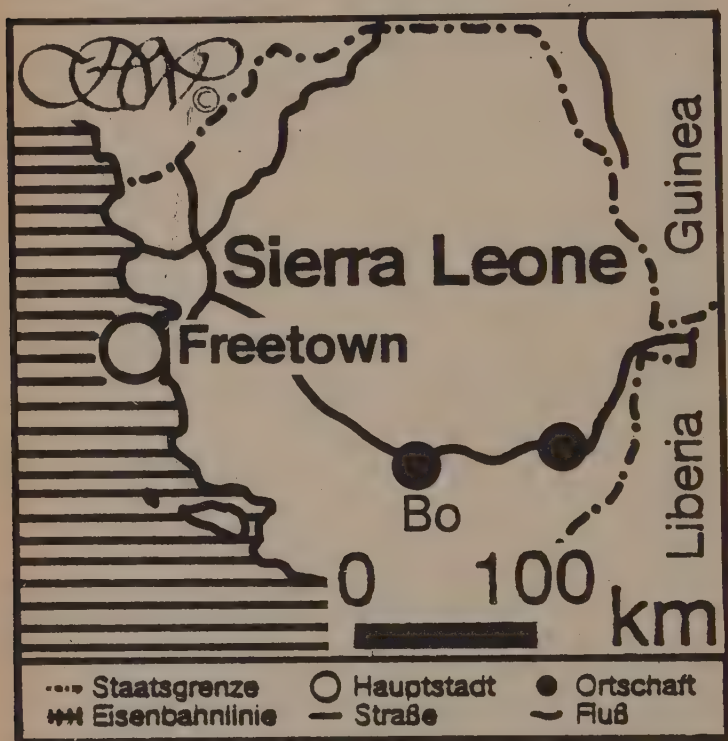
Die andere Seite der Medaille ist freilich, daß die Bauern Afrikas auch gar nicht so sehr daran interessiert sind, das wachsende städtische Nahrungsmitteldefizit zu decken. Um das nachvollziehen zu können, muß man die Logik der bäuerlichen Produktionsweise in Afrika zu verstehen suchen, die sich nicht unbedingt mit der Logik unserer Wirtschaft und unserer Landwirtschaft decken muß.

Schauen wir uns zum Beispiel die Felder der Mende-Bauern im Hinterland von Sierra Leone an. Kaum sind diese Felder als bebaute Äcker zu erkennen. Da wachsen »Kraut und Rüben« durcheinander: Reis, Hirse, Kassawa (eine stärkehaltige Wurzel), Straucherbsen, Süßkartoffeln, was es da halt so gibt. Mindestens vier verschiedene Reissorten findet man auf einem kleinen Familienacker von vielleicht anderthalb Hektar, frühe und späte Sorten, Sorten, die mehr oder weniger Regen brauchen. Allein im Distrikt von Bo haben Experten 40 verschiedene lokale Reissorten ausgemacht.

Seit der Kolonialzeit rechnet man den Bauern nun schon vor, daß ihre Produktionsweise anachronistisch und unergiebig sei, daß sie ihre Erträge leicht verdoppeln könnten, wenn sie bloß die reichlich vorhandenen Sümpfe nutzen und mit Reis bepflanzen würden, statt sich mit dem traditionellen Regenreis zu begnügen. Das kleine westafrikanische Land würde die zusätzliche Produktion dringend brauchen, denn der jährliche Importbedarf von über 60 000 Tonnen Reis drückt mit Kosten von 20 Millionen Dollar schwer auf die ohnehin schon katastrophale Handelsbilanz. Aber Sierra Leones Bauern wollen ganz einfach nicht.

Einen raschen Aufschwung hat hingegen in der Gegend von Bo der Anbau von Kassawa genommen. Die Urwaldböden von Sierra Leone sind unergiebig. Schon nach einem Jahr muß jeweils ein neues Stück Land gerodet werden. Das wird immer schwieriger.

Bei zunehmender Bevölkerung werden die Brachzeiten immer kürzer. Die etwa 15jährige Brache, die es dem Urwald erlauben würde, sich zu erholen, wird längst nicht mehr eingehalten, die Böden werden noch schlechter. Die anspruchslose Kassawa eignet sich aber gut als Kultur im zweiten Jahr. Da muß man buchstäblich bloß Stecklinge in den Boden stecken, und schon wächst die Kassawa. Die Wurzeln kann man im Boden lassen, bis man sie braucht, man kann also den Zeitpunkt für die ziemlich aufwendige Verarbeitung frei wählen. Die Kassawawurzeln müssen erst geschält, geraffelt und gepreßt werden, damit der leicht giftige Saft herauskommt. Dann wird die Kassawa noch geröstet, bevor sie in Säcke abgefüllt wird.



Die Mühe lohnt sich: Ein Sack *gari* – so heißt das Endprodukt – bringt dem Bauern 110 Leones (die Landeswährung). *Gari* kann man über die Grenze nach Liberia schmuggeln, wo es harte US-amerikanische Dollars dafür gibt. Importierter Reis dagegen wird auf dem Markt zu 50 Leones per 50-Kilo-Sack angeboten. FAO-

Experten rechnen demgegenüber vor, daß es 70 Leones kostet, im Land selbst einen Sack Reis zu produzieren. Da müßten die Bauern schon ganz schön dumm sein, wenn sie Reis statt *gari* produzieren würden.

Aber es liegt nicht nur an den Preisen, die fast überall von den Regierungen zugunsten der städtischen Minderheit künstlich tiefgehalten werden. Für den Mende-Bauern in der Region Bo sind Mischkulturen - »Kraut und Rüben durcheinander« - in jeder Hinsicht optimal. Sie garantieren zwar keine Maximalerträge, aber sie garantieren *Sicherheit*. Wächst der Reis nicht, weil es zu wenig regnet, gedeiht die dürreresistente Hirse dafür um so besser. Die Mischkulturen auf dem Feld regulieren sich gewissermaßen selber: Die Kulturen, denen die klimatischen Bedingungen in einem bestimmten Jahr besonders behagen, breiten sich aus und verdrängen die anderen, weniger begünstigten. Eine Ernte gibt es immer, und das ist das Leitmotiv der »Ökonomie der Armut«: bestmögliche Sicherheit, nicht maximaler Profit.

Der Bauer wird deshalb bei der Einführung moderner landwirtschaftlicher Methoden, die auf Profitmaximierung aus sind, zurückhaltend sein. Das moderne Dünger-Saatgut-Chemie-Paket der Grünen Revolution birgt für ihn hohe Risiken. Die verbesserten Hohertragssorten reagieren viel empfindlicher auf die Unwägbarkeiten des Klimas. Regnet es einmal zu viel oder einmal zu wenig, dann mißrät die Ernte viel gründlicher als im traditionellen, auf Sicherheit angelegten Anbau mit Mischkulturen.

Ein schlechtes Jahr kann natürlich auch einen traditionellen Bauern in Schwierigkeiten bringen. In der modernen Landwirtschaft bedeutet jedoch schon eine einzige mißglückte Regenzeit den Ruin: Verlust der Ernte und Hunger, Verlust des Kapitaleinsatzes und Verschuldung, vielleicht sogar Verlust des Landes. Auf dem Spiel steht die ganze Existenz. Und schlechte Jahre, das kann sich jeder an den Fingern abzählen, gibt es immer wieder.

Zudem kann sich der Bauer nicht darauf verlassen, daß die staatlichen Vermarktungsmechanismen, die sich fast überall breitmachen, auch zuverlässig funktionieren. Mit Pannen in der verstaatlichten Vermarktungsbürokratie ist stets zu rechnen. Kommt aber einmal der Dünger zu spät, mißglückt die ganze Ernte. Fehlt einmal das Geld, um den Bauern bei Ablieferung seiner Produktion bar zu bezahlen, zieht der Hunger ein.

Die Bauern haben ja auch keinen Einfluß auf den freien Markt, wo es ihn gibt. Sie sind vielmehr die Opfer des Marktes: Ist die Ernte gut, sinken die Preise und umgekehrt. Unmittelbar vor der Ernte, wenn der Bauer nichts hat, sind die Preise hoch, fährt er

seine Ernte ein, bekommt er nichts mehr dafür. Verständlich also, daß sich die Bauern den Unwägbarkeiten des Marktes nicht allzu sehr ausliefern wollen.

Der Bauer wird also gut daran tun, zunächst seine Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln aus seinen eigenen Mitteln sicherzustellen, also zumindest für diesen Bereich an den traditionellen Produktionsmethoden festhalten. Diese Haltung macht auch gesamtwirtschaftlich Sinn. Der Bauer weiß, daß er mit den Produkten, die er verkauft, immer weniger Waren einkaufen kann. Auch für ihn gilt das berühmte Beispiel von der wachsenden Zahl Kaffeesäcke, die es braucht, um einen Traktor zu kaufen. Die Preise für die landwirtschaftlichen Inputs wie Dünger, Saatgut und Chemie haben steigende Tendenz, die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte stagnieren. Da drängt sich Zurückhaltung auf.

»Was verbessert man denn schon mit modernen Produktionsmethoden?« fragt rhetorisch der Landwirtschaftsexperte John Karimu aus Bo in Sierra Leone. »Die Hektarerträge doch nur! Alle anderen Faktoren wie Arbeitskraft, Kapital, Risiko, Abhängigkeit bleiben unberücksichtigt.«

Es gibt eine ganze Reihe von Umständen, die der Bauer berücksichtigen muß, denen aber die moderne Landwirtschaft in die Quere käme. Einer davon ist die verfügbare Arbeitskraft, die in manchen Agrarsystemen durchaus ein limitierender Faktor ist. Im traditionellen Wanderackerbau ist der Arbeitsaufwand schön gleichmäßig auf das Jahr verteilt. Der Sumpfreis mit zwei Ernten im Jahr würde diesen ausgewogenen Rhythmus durcheinanderbringen. Da gibt es scharfe Spitzen im Arbeitsaufwand, die zudem in die Zeiten fallen, wo am wenigsten Nahrungsmittel zur Verfügung stehen. Zusätzliche Arbeitskräfte kann man also nicht ernähren.

Ziemlich ausgewogen ist bei den Mende auch die Verteilung des Arbeitsaufwands in der Familie. Der Mann rodet den Urwald, ihm obliegt die Bodenbearbeitung. Die Frau sät, jätet und erntet. Die Aufgabe der Kinder ist es, die Vögel von den Feldern zu verscheuchen, die sonst vor allem Reis und Hirse schwer zusetzen würden.

In manchen afrikanischen Agrarsystemen ist die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern weniger ausgeglichen. Die Frau hat weitgehend die Verantwortung für die Nahrungsmittelproduktion. Daneben muß sie Wasser und Feuerholz herbeischaffen, die Kinder erziehen und das Essen zubereiten. Wirtschaftlich ist

sie damit für den traditionellen, bargeldlosen Sektor zuständig. Die *cash crops* hingegen, die Kulturen für den Markt und für den Export, die das Bargeld bringen, unterstehen dem Mann, auch wenn er die Arbeitskraft von Frau und Kindern einsetzt. Der Mann ist damit weit stärker in der modernen Welt und in der Geldwirtschaft verankert als die Frau.

Die Modernisierungsvorschläge der Grünen Revolution spielen sich aber innerhalb der Geldwirtschaft ab. Sie appellieren an den Mann, während doch die Frau für die Nahrungsmittelproduktion zuständig ist. Die Modernisierung der Landwirtschaft würde scharf in die überkommene Arbeitsteilung der Geschlechter eingreifen, und die Benachteiligung der Frau würde noch verstärkt. Denn mechanisiert werden vorwiegend Männerarbeiten wie die Bodenbearbeitung. Der Traktor kann in kürzerer Zeit größere Flächen pflügen, was mehr Pflege- und Erntearbeiten verursacht, Arbeiten, die traditionell den Frauen vorbehalten sind. Die Intensivierung der Nahrungsmittelproduktion mit modernen Mitteln liegt also kaum im Interesse derer, die dafür zuständig sind, nämlich der Bäuerinnen.

Zum Rhythmus der Mende-Bauern gehört auch, daß die Monate Dezember und Januar ruhige Monate sind, Ferienmonate sozusagen. Das ist die Zeit für soziale Aktivitäten, vor allem in den traditionellen »Geheimgesellschaften« der Männer und Frauen, *bundo* und *poro*. Auch diese sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bauern würden durch den Sumpfreis und »verbesserte« Produktionsmethoden empfindlich gestört. Diese Aktivitäten haben durchaus auch wirtschaftliche Bedeutung. Sie knüpfen ein dichtes Netz von Beziehungen, das im Notfall als Sozialversicherung funktioniert.

Die Bedeutung dieses Beziehungsnetzes, das – in Abwesenheit staatlicher Vorsorge – Sicherheit verschafft, wird oft unterschätzt. Es begründet eine eigentliche Parallelwirtschaft, die geprägt ist von gegenseitiger Unterstützung und Absicherung aufgrund der Großfamilie und von Verwandtschaftsbeziehungen, dem Clan und dem Stamm, auch der Altersgruppen und der Religion. In diesem Beziehungssystem, das außerhalb der modernen Geld- und Marktwirtschaft existiert, gilt weniger der Grundsatz »Wer hat, dem wird gegeben«, als: *Wer hat, der gibt*.

Natürlich gehören zu diesem System von sozialen Netzwerken verschiedener Ordnung in erster Linie Kinder, die ein gesichertes Alter versprechen – einer der Gründe, weshalb es gut ist, möglichst viele Kinder zu haben. Auch der vielgeschmähte Brautpreis

gehört hierhin. Im traditionellen Afrika bedeutet der Brautpreis nicht etwa Frauenkauf, er besiegelt und garantiert vielmehr materiell einen Pakt zwischen zwei Familien, der ebenso wichtig ist wie der Pakt zwischen den beiden Eheleuten.

In vielen afrikanischen Gesellschaften gibt es traditionelle Selbsthilfegruppen. In Ostafrika sind die Altersgruppen besonders wichtig. Die Jungen, die zusammen beschnitten werden, was nur alle paar Jahre, meistens sieben Jahre, geschieht, sind gemeinsam als Altersgruppe unter einem Namen bekannt. Gemeinsam absolvieren sie die Jahre als *moran*, Krieger im Dienste der Stammesgemeinschaft. Doch auch später stehen sie sich besonders nahe, wie Brüder, bis zum Punkt, wo ein Masai mit einem Mitglied derselben Altersgruppe sogar seine Frau teilen kann.

Natürlich muß man diese Netzwerke, auf die man sich notfalls berufen kann, auch pflegen: durch Geschenke und Darlehen, durch gegenseitige Besuche, durch oft aufwendige Hochzeiten und Begräbnisse. Diese Pflege braucht Zeit, die in den Augen der kleinbäuerlichen Gesellschaft durchaus produktiv investiert ist, wenn es darum geht, an dem sozialen Netz zu knüpfen, das einen notfalls auffängt. Die Pflege solcher Netzwerke hat zudem eine psychologische Qualität: Sie verspricht Aufgehobensein in der Gemeinschaft.

Soziale Hilfeleistungen solcher Art gibt es bis in den Bereich der Geldwirtschaft hinein. Vielfach schließen sich Frauen zwecks gemeinsamen Sparens zu Gruppen zusammen. Sie zahlen monatlich einen bestimmten Betrag in eine gemeinsame Kasse, die dann, der Reihe nach oder durch das Los bestimmt, an eine der Frauen geht. Auf diese Weise ist dann immer eine Frau aus der Gruppe in der Lage, eine größere Investition zu tätigen. In Kenya nennt man diese Gruppen *mabati*-Gruppen: *mabati*, das begehrte Wellblech für das Hausdach, wurde auf diese Weise gespart.

Solche Mechanismen der Solidarität sind in der Subsistenzwirtschaft überlebenswichtig. Denn die bescheidenen Überschüsse der Selbstversorgungswirtschaft können ja über eine gewisse Reservehaltung hinaus schlecht für Notzeiten gespart werden. Also werden sie in soziale Aktivitäten investiert, die zurückgegeben werden, wenn man sie braucht. Bei der geringen Kontrolle, die die Bauern über die Natur ausüben, ist es immer wieder möglich, daß einer seine Ernte oder seine Herde verliert. Das allein muß aber noch nicht seinen Untergang bedeuten. Das soziale Netz bricht erst zusammen, wenn eine mehrjährige und

geographisch weitverbreitete Katastrophe eintritt wie in den letzten Jahren vor allem in Äthiopien und im Sudan.

Wo allerdings die traditionellen sozialen Netzwerke Einzugs halten in den modernen Sektor und in die Geldwirtschaft, geraten sie leicht zu einer Pervertierung ihrer selbst. Sie vertragen sich so wenig mit der Modernisierung wie die Maxime der Sicherheit in der landwirtschaftlichen Produktion.

Die kleinbäuerliche Produktions- und Lebensweise verschafft aber auch Unabhängigkeit. Die afrikanischen Bauern sind, wenn man so will, die freiesten Menschen dieser Welt. Ihre Fähigkeit, notfalls alle ihre für das Überleben und die Reproduktion nötigen Bedürfnisse aus sich selber und unabhängig von außen zu decken, bedeutet nicht nur wirtschaftliche Selbständigkeit und Sicherheit, sondern sie hat auch eine politische, ja fast kulturelle Qualität. Dieser Bauer ist sein eigener Herr und Meister. Wenn es drauf und dran kommt, braucht er nichts und niemanden – außer den lieben Gott, der es regnen läßt –, und niemand kann ihm dreinreden.

Dieser Bauer ist weitgehend unabhängig vom modernen Staat, von den staatlichen Vermarktungsmechanismen, auch vom privaten Handel. Wenn die Bedingungen nicht stimmen, kann niemand den Bauern zwingen, mehr zu produzieren, als er für angebracht hält.

Der Bauer ist der Besitzer seiner Produktionsmittel. Sein Boden gehört ihm (allenfalls in Form von Gemeinbesitz), und die paar Werkzeuge, die er braucht, gehören ihm. Der kleinbäuerliche Haushalt verfügt frei über seine Produktion, und sogar das Saatgut kann er selber produzieren. Auch das würde sich natürlich bei einer Modernisierung der Produktionsmethoden ändern. Der Bauer würde tiefer in die Geldwirtschaft hineingezogen, er müßte Kredite aufnehmen, sich den Zufälligkeiten des Marktes aussetzen, kurz: er verlöre seine Unabhängigkeit.

Der Wert, den der Kleinbauer seiner Unabhängigkeit beimißt, erklärt, weshalb Bewässerungsprojekte in ganz Afrika fast ausnahmslos versagt haben. In einem modernen Bewässerungsprojekt verliert der Bauer jegliche Kontrolle über die Inputs und auch über die Produktion selbst. Ihm wird vorgeschrieben, wann er was ansäen muß, wie er zu düngen und was er zu spritzen hat. Der Bauer muß mit einem Teil seiner Produktion für diese Inputs bezahlen, und wenn etwas schiefgeht, ist er es, der dafür gerade stehen muß. Der unabhängige Bauer wird zum abhängigen Landarbeiter, und alles, was ihm bleibt, ist das Risiko. Entwicklungs-

ruinen auf dem ganzen Kontinent beweisen, daß sich die Bauern dieser Zusammenhänge durchaus bewußt sind.

Auch auf alle Versuche, die landwirtschaftliche Produktion zu kollektivieren, reagieren Afrikas Kleinbauern ablehnend. Sowohl Moçambique mit seinen *aldeias comunais* (Gemeinschaftsdörfern) als auch Tansania mit seinen *ujamaa*-Dörfern und Äthiopien mit seinen Produktionskooperativen hatten auf freiwilliger Basis nur sehr wenig Erfolg mit ihren Kollektivierungsbemühungen, obwohl die jeweiligen Muster-Genossenschaften erhebliche materielle Vorteile genossen. Die afrikanischen Bauern lehnen »sozialistische« Versuche, ihre Unabhängigkeit zu durchbrechen, ebenso ab wie »kapitalistische«.

Man muß sich davor hüten, diesen Zustand der Unabhängigkeit zu romantisieren. Die Kehrseite dieser Freiheit heißt Armut, schlechte Gesundheitsfürsorge, ungenügende Bildungsmöglichkeiten. Auch ist das Dürre-Risiko in der Selbstversorgungswirtschaft ungenügend abgedeckt, wie die Fehlernten und Subsistenzkrisen der letzten Jahre gezeigt haben. Trotzdem gehören diese Freiheit und diese Unabhängigkeit der kleinbäuerlichen Existenz zu einer Lebensqualität, die uns abhanden gekommen ist. Man kann nachfühlen, daß der Bauer auf diese Freiheit nicht leichtfertig verzichten will, daß er sie sich vielleicht auch wirtschaftlich etwas kosten läßt. Der afrikanische Bauer ist weniger elend, als man in Europa zu glauben scheint. Erst das Bevölkerungswachstum wird sein System aus den Angeln heben.

Die Bauern und Bäuerinnen haben also schon ihre Gründe, weshalb sie sich nicht in die Abhängigkeiten einer ungewissen Modernisierung begeben, weshalb sie an den überkommenen landwirtschaftlichen Produktionsweisen festhalten. Daß die Städter billigen Reis brauchen, ist nicht ihr Problem. Schließlich tun die Städter auch denkbar wenig für das Hinterland und wollen noch nicht einmal kostendeckende Preise bezahlen. Und da sollen die Mende-Bauern in Sierra Leone Tag für Tag in den Reissümpfen herumwaten und sich Erkältungen und Bilharziose holen? Die Bauern zeigen der Stadt und ihren Bedürfnissen die kalte Schulter, sie verweigern sich. Die Bauern werden immer überleben, sie werden stets etwas zu beißen haben – das ist das Geheimnis der vielgeschmähten Subsistenzwirtschaft.

7. Selbstversorgung schließt mehr Produktion nicht aus

Kann sich Afrika auch in Zukunft für die Versorgung mit Nahrungsmitteln nicht auf seine eigenen Bauern verlassen? Tatsache ist, daß sich die wenigsten Länder allzusehr auf ihre Kleinbauern abstützen, wenn es um die Versorgung der Städte geht. Länder, die sich überhaupt in normalen Jahren noch selber ernähren können, zählen dabei lieber auf Großfarmen wie in Kenya, Großfarmen, die in Zimbabwe und Sambia noch fast ausschließlich von europäischen Farmern betrieben werden. Sozialistische Länder wie Äthiopien, Tansania und Moçambique haben dasselbe Problem, rücken ihm aber mit Staatsfarmen zu Leibe. Diese Staatsfarmen mögen sozialer sein als privater Großgrundbesitz, sie erbringen aber nicht die erhoffte Produktion. Wieder andere Länder, vor allem in Westafrika, machen sich schon gar keine Gedanken, wenn sie immer mehr Nahrungsmittel importieren müssen.

Mit der Produktion von *cash crops*, Exportkulturen wie Kaffee, Tee, Kakao oder Baumwolle, mit denen man Bargeld verdienen kann, beweisen Afrikas Kleinbauern jedoch eindeutig, daß sie zur Mehrproduktion über die Subsistenzwirtschaft hinaus durchaus fähig sind. In Kenya zum Beispiel sind es mehrheitlich Kleinbauern, die den besten Tee und den besten Kaffee der Welt produzieren. In der Kolonialzeit mußten die Briten den kenyanischen Bauern den Anbau von Kaffee sogar verbieten, um die Interessen der europäischen Siedler zu schützen. Um so beliebter wurde der Anbau von Kaffee nach Abschaffung des entsprechenden Erlasses.

Die Reaktionen der Bauern lassen aber auch bei den Exportkulturen immer wieder erkennen, was sie für faire Bedingungen halten und was nicht. Dafür gibt es gerade in Kenya ein paar erfreuliche Beispiele.

● Nach 1983 war die Gegend von Kisii in Westkenya ein Hauptanbaugebiet für Pyrethrum, eine Margeriten-ähnliche Pflanze, aus der ein im biologischen Landbau zugelassenes Pflanzenschutzmittel mit guten Exportchancen hergestellt wird. Damals war das ganze Gebiet von Kisii in der entsprechenden Saison weiß von den Blumen, die nur auf großer Höhe gedeihen. Aber in jenem Jahr hatte das staatliche *Pyrethrum Board*, das die Produktion der Bauern aufkaufen sollte, aus irgendwelchen Gründen kein Geld, um die Bauern bei Ablieferung bar zu bezahlen. Die Bauern erhielten Schuldscheine, die erst ein Jahr später eingelöst werden konnten. Die Reaktion der Bauern fiel sehr eindeutig aus. »Wir haben halt alles Pyrethrum ausgerissen«, erzählt ein Bauer. Im Jahr darauf fiel die kenyanische Pyrethrum-Produktion um 85 Prozent. Heute sieht man in Kisii kaum noch Pyrethrum, sondern fast nur noch Mais. Denn Mais kann man wenigstens essen, das unbezahlte Pyrethrum dagegen hatte Hunger in das dichtbesiedelte Gebiet von Kisii gebracht. Die staatliche Bürokratie hatte es in einem einzigen Jahr geschafft, eine vielversprechende Exportkultur zu ruinieren.

● Vor einem ähnlichen Schicksal rettete den kenyanischen Kaffee vor allem der Umstand, daß es sich dabei um eine mehrjährige Pflanze mit viel höheren Investitionskosten handelt. Nach den Boomjahren von 1977/78 – ein großer Teil der brasilianischen Ernte war damals einem Frost zum Opfer gefallen – fehlten plötzlich in den Kassen der kenyanischen Kaffee-Genossenschaften Millionen. Offensichtlich hatten die Genossenschaftsgrößen in den fetten Jahren kräftig zugelangt und in großem Stil Kaffeegelder zweckentfremdet. Auch beim Kaffee fehlte nun plötzlich das Geld, um die Bauern zu bezahlen. Die Regierung mußte das Ausreißen von Kaffeesträuchern verbieten. Dafür begannen die Bauern, Mais und Bohnen zwischen die Kaffeesträucher zu pflanzen, und weil sie sehr wohl wußten, wie giftig die beim Kaffee verwendeten Chemikalien sind, hörten sie auf, den Kaffee zu spritzen. Es drohten qualitative und quantitative Verluste – bis die Regierung die Notbremse zog und das Kaffeegeschäft wieder in Ordnung brachte.

● Auch in Migori im südwestlichen Kenya, nahe an der Grenze zu Tansania, erlebten die Bauern in wenigen Jahren, wie gefährlich es ist, sich allzusehr auf die Segnungen der Geldwirtschaft und auf den Markt zu verlassen. Mit dem Anbau von Zuckerrohr für ihr Einkommen an Bargeld waren die Bauern unzufrieden, weil die Zuckerfabriken Westkenyas den Bauern einen zu großen Anteil an den Transportkosten aufbürdeten. Als

1979 der Tabakmulti *British American Tobacco (BAT)* in die Gegend kam und den Tabak propagierte, stürzten sich die Bauern geradezu auf die neue Kultur.

Der Konzern lieferte Setzlinge, Dünger und Pestizide. (»Ein bestimmtes Mittel war so stark«, berichtete ein Bauer, »daß es die Leute bald brauchten, um ihre Feinde zu vergiften – aber eine sehr wirksame *dawa* – Medizin – für den Tabak war es schon.«) Die Bauern ihrerseits mußten eine Art Scheune bauen, um den Tabak zu trocknen, und natürlich mußten sie das Brennholz herbeischaffen, um mindestens eine Woche lang ununterbrochen einzuheizen. Obwohl BAT Baumsetzlinge zum Wiederaufforsten zur Verfügung stellte, konnte das auf Dauer nicht gutgehen. Denn um die Produktion von einem Hektar Tabak zu trocknen, braucht es mindestens einen Hektar Wald. Da die Bäume ja nicht so schnell wachsen wie der Tabak und nicht schon nach einem Jahr als Brennholz zu gebrauchen sind, wären auf Dauer mehrere Hektar Wald anzupflanzen, um jedes Jahr einen Hektar Tabak zu trocknen. Dafür aber haben die Bauern nicht genug Land.

Aber in Migori mußte es gar nicht erst zum großen Waldsterben kommen, bevor die Bauern merkten, daß der Tabak auch seine Tücken hat. 1983 und vor allem 1984 waren auch in Kenya Jahre mit ungewöhnlich wenig Niederschlägen. Die Maisernte mißbrät. »Da kam es hier zu einer großen Hungersnot«, erinnern sich die Bauern. »Wir hatten zwar Geld aus der Tabakproduktion, aber es gab einfach keinen Mais zu kaufen.«

Heute sieht man wieder viel Mais in Migori. Die Leute haben die Risiken des Tabakbaus kennengelernt. Beim Trocknen kann auch einmal die Scheune in Brand geraten und die ganze Ernte vernichten – dann steht man vor dem Nichts. Zwar ist Tabak immer noch *cash crop* in der Gegend von Migori, die Kultur, die Bargeld bringt. Aber die Bauern haben realisiert, daß Tabak als Monokultur zu unsicher ist. Nur Tabak ist zu riskant, weil nicht garantiert ist, daß man in einem profitablen Verhältnis Tabak gegen das Grundnahrungsmittel Mais eintauschen kann. Deshalb sind die Leute darauf zurückgekommen, den Mais wieder selber anzupflanzen und so ihre unabhängige Ernährungsbasis wiederherzustellen.

Die Bauern sind also wieder zu *Subsistenzbauern* geworden, die sich selbst versorgen. Mit den Einkünften aus dem Tabak decken sie zusätzliche Bedürfnisse ab, wie Schulgebühren und Konsumgüter, Kleider, Seife, Salz, Tee, Zucker. Nur für diesen Teil ihrer Wirtschaft sind sie in die Geldwirtschaft integriert und haben Teil am Markt. Und dieser Teil ist notfalls verzichtbar. Das Existenz-

minimum der Bauernfamilien ist gesichert, auch wenn mit den *cash crops*, dem Tabak, Kaffee oder Pyrethrum, über deren Vermarktung die Bauern keine Kontrolle haben, etwas schiefgeht. Solches Wirtschaften könnten wir *Subsistenz plus* nennen: Sicherstellung der Selbstversorgung mit dem Lebensnotwendigen, darüber hinaus Produktion für den Markt, um zusätzliche Bedürfnisse abzudecken.

Eine Ausnahme von dieser Regel bilden die Teebauern, vor allem in den hochgelegenen Anbaugebieten von Meru am Fuß des Mount Kenya. Sie bauen heute fast ausschließlich Tee in Monokultur an. Sie haben der Subsistenzwirtschaft den Rücken gekehrt und haben sich in die Fänge der Geldwirtschaft begeben. Es ist interessant, zu sehen, warum.

Zum Zeitpunkt unseres Besuches – Ende 1983 – hatten die Teebauern allen Grund, ihre einseitige Abhängigkeit vom Tee zu verwünschen. Die Weltmarktpreise waren in den Keller gefallen, und plötzlich prosperierten die Maisbauern weiter unten am Berg, die in normalen Zeiten ein eher ärmliches Leben führen. »Wir müssen alle unsere Nahrungsmittel auf dem Markt von Mikunduri kaufen«, klagte ein Bauer. »Aber das Geld, das wir für den Tee bekommen, reicht nicht mehr aus. Wir können nicht genug Mais kaufen, um satt zu werden. Und die Erziehung der Kinder verschlingt auch ein Heidengeld.«

Diese Notlage bei sehr schlechten Weltmarktpreisen war allerdings eher eine Ausnahme. Normalerweise geht es den Teebauern recht gut, vor allem seit Indien seine Tee-Exporte zugunsten des Inlandverbrauchs reduziert hat. Die kenyanische Teebehörde KTDA (*Kenya Tea Development Authority*) ist eine der wenigen halbstaatlichen Aufkauf- und Vermarktungsgesellschaften, die reibungslos funktionieren. Jeden Monat erhält der Teebauer einen Grundbetrag für den Tee, den er der KTDA abgeliefert hat. Einmal im Jahr wird dann die Differenz ausgezahlt zwischen diesem Grundbetrag und dem Preis, den die KTDA auf dem Weltmarkt tatsächlich erzielt hat. Rund 80 Prozent des Weltmarktpreises für Tee fließen direkt in die Taschen der Bauern. Mit dem Rest von nur 20 Prozent besorgt KTDA das umständliche Einsammeln an dezentralen Sammelstellen, die Weiterverarbeitung in der Teefabrik, den Unterhalt der Straßen und den Transport an die Küste.

Diese faire Behandlung und Entlohnung der Bauern, deren Produkt mit dem besten Tee von Sri Lanka Schritt halten kann, mag dazu beigetragen haben, daß die Bauern Vertrauen in das System gewannen. Dazu kommt aber, daß der Mais, heute das

Grundnahrungsmittel in Kenya, sehr schlecht gedeiht in dem kühlen Klima auf rund 2000 Metern Höhe, am Rande des Urwalds mit seinen gewaltigen Bäumen, die ständig zugunsten neuer Äcker und Äckerchen zurückgedrängt werden. Wovon hatten denn aber die Leute hier früher gelebt? »Früher hatten wir hier jede Menge Yams-Wurzeln und Bananen«, erklärte uns ein Bauer. »Und unsere Eltern hatten weiter unten noch Felder, auf denen sie Hirse anpflanzten und dann hier herauftrugen, und so gab es stets genug zu essen.« Die Leute nutzten also verschiedene Klimazonen, um ihre Selbstversorgung abzusichern.

Soviel Platz gibt es heute in Meru nicht mehr, daß die Leute zusätzliche Felder weiter unten am Fuß des Berges haben könnten. Warum aber ist die Yams-Wurzel verschwunden? Yams ist eine angepaßte, sehr anspruchslose Kultur, eine dornige Schlingpflanze, die große, stärkehaltige Wurzeln bildet. Mit Yams gibt es keine Lagerprobleme und -verluste. Man läßt die Knollen im Boden, bis man sie braucht, auch jahrelang, wenn man will. Bei Bedarf gräbt man einzelne Wurzeläste aus, ohne daß die Pflanze zerstört wird: Die Knollen wachsen von selbst wieder nach.

Aber die Yams-Wurzel braucht Bäume, an denen sich die Schlingpflanze hochranken kann. »*Mendanite ta gikwa na mukungugu*«, sagen deshalb die Kikuyu von zwei Menschen, die sich besonders nahestehen: »Sie sind unzertrennlich wie der Yams und der Mukungugu-Baum.« Doch Bäume hat es heute kaum mehr. »Als der Tee kam (in den fünfziger Jahren), haben wir die Bäume umgehauen«, erinnert sich unser Bauer. »Tee und Kaffee brachten Bargeld, und Bargeld war, was wir am meisten brauchten.« Aber mit den Bäumen starb auch der Yams, und mit dem Yams starb die Fähigkeit der Leute, sich selber zu ernähren.

Wenigstens ein Mittel fanden die Teebauern von Meru nach den bitteren Erfahrungen von 1983, um ihre Selbstversorgung zu verbessern: *zero grazing* (Viehzucht ohne Weideland). Viele Bauern halten jetzt eine oder zwei Milchkühe, um wenigstens die Milch für die eigene Familie zu produzieren. Da kein Land mehr vorhanden ist, werden die Tiere angepflockt vor dem Haus gehalten. Das Futter wird ihnen gebracht. Entweder schneidet man es an Wegböschungen und Straßenrändern oder man pflanzt Grasarten mit hohen Erträgen an (Napier-Gras). Auf diese Weise erhalten die Teebauern wenigstens einen Teil ihrer Unabhängigkeit wieder zurück. Sie zeigen damit sowohl ihre Innovationsfähigkeit als auch ihr Bedürfnis, wieder unabhängiger zu werden vom Markt und von der Geldwirtschaft.

Diesen Trend zum Rückzug auf die *Subsistenz plus* konnte man in den letzten Jahren gerade in Kenya mitverfolgen. Die kenyanischen Kleinbauern sind wohl die »modernsten« des Kontinents. Sie sind am meisten in den Markt und in die Geldwirtschaft integriert, nicht nur, indem sie *cash crops* für den Export und den modernen Sektor produzieren, sondern auch, indem sie im Maisanbau Hybridsorten und Dünger verwenden. Damit haben sie sich zunehmend in Abhängigkeit vom Markt, vom Handel und von staatlichen Aufkauforganisationen begeben und die Erfahrung machen müssen, daß diese Institutionen nicht immer verlässlich sind und nicht immer die Interessen der Bauern im Auge haben. Sie versuchen deshalb jetzt, diese Abhängigkeit wieder zu reduzieren und ihre Selbstversorgung wieder eigenständig abzusichern. In den meisten Ländern Afrikas haben sich die Bauern gar nicht so weit in den Markt und in die Geldwirtschaft integriert, sie sind über die *Subsistenz plus* nie hinausgegangen.

Da Sicherheit und nicht Profitmaximierung das Leitmotiv der Bauern ist, ist dieses Verhalten völlig rational. Die meisten Entwicklungsansätze wollen jedoch den Bauern weitgehend in die moderne Wirtschaft integrieren, sie sind darauf angelegt, dem Bauern seine ökonomische Unabhängigkeit zu nehmen, ihn der Geldwirtschaft auszusetzen und seine Produktionsweise auf den Kopf zu stellen.

Die afrikanischen Bauern sind nicht konservativ und unbelehrbar, wie so oft angenommen wird. Sie waren im Gegenteil gelehrig genug, aus Mißerfolgen zu lernen und neuen Vorschlägen von Regierungsbeamten und Entwicklungshelfern mit Zurückhaltung zu begegnen. Sie sind intelligent genug, ihre eigene Existenz nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Ich meine daher, daß die *Subsistenz plus* auf absehbare Zeit die vorherrschende kleinbäuerliche Produktionsweise bleiben wird.

Wenn diese These stimmt, dann sind die meisten Entwicklungsansätze, die auf eine rasche Modernisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft auf der Grundlage des bekannten Pakets aus verbessertem Saatgut, Dünger und Pestiziden aus sind, von vornherein zum Scheitern verurteilt; dann stimmt die ganze Richtung der landwirtschaftlichen Entwicklungspolitik nicht, sowohl die der afrikanischen Regierungen wie die der Geber.

Unbestreitbare Tatsache ist denn ja auch, daß diese Entwicklungspolitik nirgends Erfolg hatte. Eine Unzahl von mißglückten Landwirtschaftsprojekten – und dazu gehören auch die großen Staatsfarmen – beweisen es im einzelnen. Und aufs Ganze gesehen beweist es der Umstand, daß trotz Millioneninvestitionen die

eigene Ernährungsgrundlage abnimmt. Das wird nur ausnahmsweise wettgemacht durch zunehmende Exporte auf anderen Sektoren, so daß Afrika teuer bezahlen muß: durch mehr Importe und mehr Mangelernährung.

Aber es gibt ja noch das *Plus* in der ländlichen Selbstversorgung. Dieses Plus, diese Möglichkeit zur Mehrproduktion auf der Basis der Selbstversorgung, gilt es zu pflegen, zu stimulieren und anzuzapfen. Wo das versucht wird, bleiben Erfolge nicht aus. Das Plus ist ja in der Subsistenzwirtschaft schon angelegt. Das Grundgesetz der Sicherheit gebietet, daß die Bauern mehr anbauen, als sie im Normalfall brauchen, nämlich soviel, daß sie auch bei ungünstigen klimatischen Bedingungen oder beim Auftreten von Krankheiten und Schädlingen genug zu essen haben. Sind dann die Bedingungen günstig, entsteht eine Überproduktion, die beträchtlich sein kann und die, soweit sie nicht für Notzeiten gelagert wird, auf den Markt gelangt.

Ich bin überzeugt, daß man von den Bauern noch weit mehr haben könnte, wenn man ihre Produktionsweise – die *Subsistenz plus* – ernst nähme und vermehrt stimulieren würde. Die Kaffee- und Teebauern Kenyas, die Tabakpflanzer in Malawi, die Kakao-producingen der Elfenbeinküste, sogar die armen Hirsebauern im Sahel-Land Niger sind Beispiele für ein beträchtliches kleinbäuerliches Potential, das es nur zu nutzen gilt. Aber die Bedingungen müssen stimmen, und in den meisten Ländern stimmen die Bedingungen eben nicht.

Zunächst fällt auf, daß sich die kleinbäuerlich vorkapitalistische Produktionsweise mehr der Exportkulturen als der Nahrungsmittelproduktion für den Inlandbedarf annahm. Das hängt damit zusammen, daß die Nahrungsmittelproduktion für den Eigenbedarf schon immer das Stiefkind der Landwirtschaftspolitik in Afrika war. Schon zur Kolonialzeit wurden – natürlich – die Exportkulturen bevorzugt. Die unabhängigen Regierungen hielten es nicht anders, und die Entwicklungszusammenarbeit folgte lange ebenfalls diesem Trend – ob mit oder ohne den Hintergedanken, daß mehr Produktion auch die Preise senkt, die die Industrieländer zu bezahlen haben, bleibe dahingestellt.

Aber das kleinbäuerliche Potential ließe sich natürlich genauso gut für die Versorgung des Inlandmarktes anzapfen, wenn die Vermarktung und die Bezahlung stimmten. Zwar gibt es eine gewisse Konkurrenzsituation zwischen der Produktion von Nahrungsmitteln für den Inlandbedarf und von *cash crops* für den Export. Die Exportkulturen beanspruchen oft die fruchtbarsten Böden, die auch für die Nahrungsmittelproduktion geeignet wären. Aus der

Sicht der Bauern ist das aber nicht so schlimm, da sie ohnehin dazu neigen, die Nahrungsmittel für den eigenen Bedarf selber anzupflanzen. Die Bauern sind sogar gern bereit, Nahrungsmittel für den Inlandbedarf als *cash crops* anzubauen, weil das im Fall von schlechten Ernten ihr Risiko verringert: Sie haben dann wenig zum Verkaufen, aber genug zum Essen.

Der gefräßige moderne Sektor allerdings ist auf Exportkulturen fast noch mehr aus als auf Nahrungsmittel. Denn die von der Landwirtschaft verdienten Devisen ermöglichen den import-süchtigen Lebensstil der städtischen Elite. Deshalb sind die Preise im Exportsektor oft höher und die Vermarktungsmechanismen funktionieren besser. Der Nahrungsmittelsektor hingegen wird vernachlässigt, allenfalls kaputtreglementiert. So versuchte der Staat in Kenya wie in Tansania, unrealistisch tiefe Produzentenpreise für Grundnahrungsmittel durchzusetzen, indem der Transport von einer Provinz in die andere für Private verboten wurde. Damit wurde nur der Zusammenbruch des natürlichen Ausgleichs zwischen Überschuß- und Defizitgebieten erreicht.

Wären die Preise für Grundnahrungsmittel attraktiv, könnten die Bauern in manchen Ländern sowohl für den Markt als auch für den Eigenbedarf produzieren. Aber natürlich sind die Preise für Grundnahrungsmittel politische Preise. Es gilt, die städtischen Massen bei Laune zu halten, eine krasse Minderheit der Bevölkerung zwar, aber eine Minderheit, die dank ihrer Nähe zu den Regierenden politisches Gewicht hat. Als letzte stürzte 1985 im Sudan die Regierung von Präsident Numeiri über Preiserhöhungen. Zuvor hatten sie schon Präsident Tolbert in Nigeria Kopf und Kragen gekostet.

Die Preise für Grundnahrungsmittel sind brisant, und die Regierungen stehen unter starkem Druck, eine Preispolitik zum Nachteil der Bauern fern der Machtzentren zu betreiben. Aber wenn der Bauer nicht anständig bezahlt wird, sei es für Exportkulturen oder Grundnahrungsmittel, produziert er nicht und verkauft er nicht. Das ist eine Binsenwahrheit, und es gibt dramatische Beispiele, die sie belegen. Sowohl im marxistischen Äthiopien als auch im kapitalistischen Kenya sind Fälle bekannt, wo den Bauern ihre Produkte von den Sicherheitskräften mit Waffengewalt »abgekauft« wurden, weil sie zu den schlechten offiziellen Preisen nicht verkaufen wollten. Auf diese Weise kann man allerdings das potentielle Plus der Subsistenzwirtschaft nicht anzapfen.

Selbstverständlich brauchen die Bauern Anreize, auch Preisanreize. Diese These der Weltbank und des Internationalen

Währungsfonds (IWF) muß hier gar nicht diskutiert werden. Man könnte sich höchstens fragen, weshalb man in den internationalen Geldinstituten so spät auf diesen Gedanken gekommen ist. Auch das unterstreicht die Verachtung, mit der man den Bauern begegnet: Man glaubte doch tatsächlich, daß die Bauern dumm genug seien, umsonst zu produzieren.

Auch die Vermarktungsmechanismen müssen natürlich stimmen. In den meisten Fällen – aber nicht immer – hat sich erwiesen, daß staatliche Organisationen ungeeignet sind, diese Aufgabe wahrzunehmen. Der freie Markt, das muß man einfach feststellen, wird der Aufgabe besser gerecht, Preise zu regulieren und Transport zu organisieren, als die staatliche Bürokratie. Der Markt läßt sich im Grunde gar nicht ausschalten, sonst wird er ganz einfach zum Schwarzmarkt.

Aber man darf aus dem freien Markt auch keine heilige Kuh machen. Das Transportmonopol der privaten Händler kann die Produzentenpreise ebenfalls nach unten drücken und dem Bauern seinen gerechten Anteil vorenthalten (obwohl der private Handel im Unterschied zu staatlichen Monopolgesellschaften bei der Preisgestaltung nicht unter ein bestimmtes Minimum gehen kann). Vor allem in den Sahel-Ländern betreibt der private Handel wahren Wucher. In den Monaten vor der Ernte, wenn Nahrungsmittel knapp sind, steigen die Hirsepreise auf ein Mehrfaches dessen, was das Getreide unmittelbar nach der Ernte wert ist. Wenn einem Bauern in den Monaten der Knappheit die Vorräte ausgehen, muß er sich beim Händler verschulden. Ein Kilo Hirse auf Kredit bezahlt er nach der Ernte gut und gern mit fünf Kilo Hirse wieder zurück. Das bewirkt, daß der Bauer im nächsten Jahr noch weniger Vorräte hat und noch mehr auf Kredit kaufen muß – ein Teufelskreis, der im Ruin enden muß.

Auch der freie Markt hat also seine Tücken. Funktionieren können hingegen gemischte Systeme, in denen der Staat interveniert, aber kein Monopol beansprucht. In der Elfenbeinküste zum Beispiel garantiert die staatliche Stabilisationskasse (*caisse de stabilisation*) den Preis für Kakao und Kaffee. In guten Jahren schöpft die Kasse einen Teil des Weltmarktpreises ab – zum Teil auch für Entwicklungsvorhaben im weniger begünstigten Norden des Landes –, in schlechten Jahren kann der staatliche Garantiepreis auch über dem Weltmarktpreis liegen. Der Kauf der Ernte geschieht aber nicht durch den Staat, sondern durch lizenzierte Händler. Ihnen gibt die Kasse Kredit, damit sie die Bauern bar bezahlen können. Dafür müssen sie überall im Land die staat-

lich garantierten Preise ausrichten. Dieses System erklärt den Erfolg der Landwirtschaft in der Elfenbeinküste.

Die Vermarktungspolitik der Regierung für Hirse in Niger ist ein anderes Beispiel, das wir bereits angesprochen haben. In Niger besteht eine freie Konkurrenz zwischen der staatlichen Aufkaufgesellschaft OPVN, die einen hohen Garantiepreis festsetzt, und dem privaten Handel. Der Garantiepreis bewirkt, daß auch der Handel anständige Preise bieten muß. Und wenn die Regierung in den Monaten der Knappheit das von ihr aufgekaufte Getreide auf den Markt wirft, verringert das die überzogenen Gewinnmargen des Handels. So schützt Niger mit Erfolg sowohl die Produzenten als auch die Konsumenten, ohne eine Monopolstellung zu beanspruchen, die der schwache Staat ohnehin nicht ausfüllen könnte.

Zu den Anreizen und den funktionierenden Vermarktungsmechanismen hinzu kommt aber noch die Angebotsseite. Wenn es ein Land – wie Tansania – so weit kommen läßt, daß der moderne, staatliche Sektor fast nichts mehr produziert, daß die staatliche Vermarktungsgesellschaft fast nichts mehr in die verstaatlichten Dorfläden bringt, muß er sich nicht wundern, daß er die Bauern auch mit besseren Preisen nicht mehr locken kann. Die Bauern können sich dieses Geld gleich an den Hut stecken, sie können keinerlei Bedürfnisse damit decken. (Tansania hat sich dieses Problems angenommen, indem es 1984 eine Art Kopfsteuer einführte, die stark an die alte koloniale Steuer erinnert: ein Versuch, mehr Produktion für den Markt durch Zwang herauszupressen.)

Überhaupt ging die *Bedürfnisseite* in dieser von der Weltbank und dem IWF angeführten *Angebotsdebatte* weitgehend unter. Die Mehrproduktion auf der Basis der gesicherten Selbstversorgung findet dort eine Grenze, wo auch die Bedürfnisse der Bauern ihre Grenze haben. Wenn der Bauer die Erziehung seiner Kinder sichergestellt hat, wenn er seine bescheidenen Konsumgüter gekauft, ein Transistorradio und vielleicht ein Fahrrad angeschafft hat, dann kann er eigentlich nicht mehr viel wollen. Den Sprung zur nächsthöheren Konsumstufe – etwa zum Auto – ist viel zu groß und nie zu schaffen. So wird der Bauer sich irgendwann bescheiden und vielleicht einen Teil seiner Energie lieber in soziale Aktivitäten investieren.

Trotzdem würde natürlich eine bessere Nutzung des Potentials der *Subsistenz plus* die Lebensbedingungen auf dem Land entscheidend verbessern und damit wohl auch die Anziehungskraft der Städte abbauen. Höhere Produzentenpreise vermindern ja

auch die Lebensqualität in der Stadt, während sie gleichzeitig das Landleben attraktiver machen – wenigstens in wirtschaftlicher Hinsicht.

Fast ungewollt und wie von selbst hat sich das Potential, das in diesem Plus an kleinbäuerlicher Produktion steckt, in Tansania und in Zimbabwe gezeigt. Tansanias Wirtschaft hat stets daran gelitten, daß die allgegenwärtigen staatlichen Organisationen mit ihren bürokratischen Auswüchsen nicht in der Lage waren, die landwirtschaftliche Produktion zu vermarkten. Auch in Tansania kamen immer mehr Bauern von der Produktion für den Export ab und bauten vermehrt Nahrungsmittel an. Trotzdem mußte Tansania stets Nahrungsmittel importieren, weil die staatliche Vermarktungsorganisation für Getreide, die *National Milling Corporation*, abschreckend tiefe Preise bot. Die Bauern verkauften folglich einen Teil ihrer Überproduktion auf dem Schwarzmarkt, was aber mit Risiken verbunden war. Einen Teil gaben sie auch an den Staat ab, mehr als Naturalsteuer denn als Geschäft. Den großen Rest aber brauten sie zu Bier, was sie denn doch fast wieder autark machte.

1985 war die Situation bei der Vermarktung des Grundnahrungsmittels Mais derart zerfahren, daß die Regierung das Steuer schließlich herumwarf, die Preiskontrollen aufhob, die Monopolstellung der *National Milling Corporation* abschaffte und überhaupt jedermann mit seinem Mais machen ließ, was er wollte. Und siehe da: Begünstigt auch vom guten Wetter war plötzlich genug Mais da, der wie von selbst seinen Weg von Überschußgebieten in Defizitregionen und in die Städte fand. Das Land hatte zwar fast nichts mehr zu exportieren (was dem traditionellen ländlichen Sektor am wenigsten schadet), aber es konnte sich zum erstenmal selber ernähren. Die oft propagierte *self-reliance* (auf die eigenen Kräfte abstellen), ein Leitmotiv der tansanischen Polit-Rhetorik, war zum erstenmal auf einem wichtigen Sektor erreicht, und zwar bloß, weil man die Bauern einfach hatte machen lassen, weil man ihnen einmal nicht dreingeredet, sie zu nichts gezwungen hatte.

Eine positive Überraschung erlebte auch Zimbabwe, das in den frühen achtziger Jahren eine ungewohnt harte und lange Dürre durchmachte. Für das Jahr 1984/85 hatte die Regierung mit einem Importbedarf an Mais von 600 000 Tonnen gerechnet. Sie hatte korrekt geschätzt, daß die rund 3 000 zumeist noch europäischen Großfarmer, die die Maisproduktion für den Markt beherrschten, schwere Einbußen erleiden würden. Aber dann

kamen da plötzlich die kleinen Bauern aus den ehemaligen Reservaten, deren Beitrag zur vermarkteten Produktion bisher gering gewesen war. Jetzt konnten diese Subsistenzbauern plötzlich ein Drittel des Inlandbedarfs liefern. Der Importbedarf war schließlich viel geringer als ursprünglich geschätzt, und die Ersparnisse an Devisen waren beträchtlich.

Der Grund für diesen völlig unerwarteten Beitrag zur Volkswirtschaft lag nicht nur in attraktiven Preisen, einem funktionierenden, Kleinbauern-freundlichen Vermarktungssystem und einem vermehrt auch Kleinbauern zugänglichen Kreditwesen. Dazu kam wohl, daß die auf Sicherheit bedachte Produktionsweise der traditionellen Bauern besser gegen die Dürre gefeit war als die modernen Anbaumethoden der weißen Farmer. Denn eigentlich bebauen die einheimischen Bauern in Zimbabwe eher die schlechteren Böden in den trockeneren Gegenden.

Solche Beispiele sind ermutigend, vor allem wenn man hofft, daß die Mehreinnahmen aus der Produktionsweise der *Subsistenz plus* auch zu vermehrten Investitionen in Hof und Boden führen. Investitionen in Erosionsschutzmaßnahmen, in Techniken zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und schließlich auch in die Intensivierung der Produktion sind überall dort notwendig, wo zu viele Leute mit ihren traditionellen Methoden die natürliche Basis schon jetzt übernutzen.

Positive Resultate wie in Tansania und Zimbabwe beruhen dagegen fast ausschließlich auf einer *Extensivierung* der Landwirtschaft, also auf einer reinen Ausdehnung der Ackerfläche. Daselbe gilt für das »Wunder« im Sahel-Land Niger. Die Selbstversorgung mit Hirse – in normalen Jahren – wurde dadurch erreicht, daß die früheren Exportkulturen Baumwolle und Erdnüsse durch Hirse abgelöst wurden: auch das nur eine Extensivierung der Produktion.

Der Ausdehnung der Ackerflächen sind jedoch Grenzen gesetzt. Zwar könnte der Kleinbauer seine Lebens- und Produktionsweise unverändert weiterführen, wie er schon jahrhundertlang praktisch unverändert so existiert hat – wenn nur das Bevölkerungswachstum nicht wäre. Die Errungenschaften der modernen Landwirtschaft hat der Bauer zum größten Teil zurückgewiesen. Aber die Errungenschaften der modernen Medizin, das bißchen wenigstens, das bis zu ihm durchsickerte, hat er sich zu Nutzen gemacht, er hat dadurch die Kindersterblichkeit drastisch gesenkt und sieht sich nun mit einer rasch wachsenden Bevölkerung konfrontiert.

Dabei ist unerheblich, daß Afrika eigentlich aufs Ganze gesehen eher ein unterbevölkerter Kontinent ist, wenigstens wenn man ihn mit Europa vergleicht. Diese Unterbevölkerung hat sogar schwerwiegende Nachteile, indem zum Beispiel wirksame Maßnahmen gegen die ökologische Aushöhlung des Sahel schon daran scheitern, daß es zu wenig Menschen gibt, um sie ins Werk zu setzen.

Tatsache ist aber: Bezogen auf die traditionellen landwirtschaftlichen Methoden wird es schon heute eng in vielen Gebieten Afrikas. Die nomadische Viehzucht in den Trockengebieten mag ökologisch bestens angepaßt sein, aber sie braucht sehr viel Raum. Der Wanderackerbau im westafrikanischen Regenwald ist sicher eine vernünftige Nutzungsmethode dieses Ökosystems, aber es braucht lange Brachzeiten, damit sich der Urwald regenerieren kann. Die äthiopischen Bauern haben gewiß gelernt, jede ökologische Nische zu nutzen, aber verkürzte Brachzeiten und verstärkte Erosion entziehen auch ihnen den ökologischen Boden. Erst recht steht den Bauern in Rwanda das Wasser bis zum Hals, wo die mittlere Größe eines Hofes nur noch rund einen Hektar ausmacht.

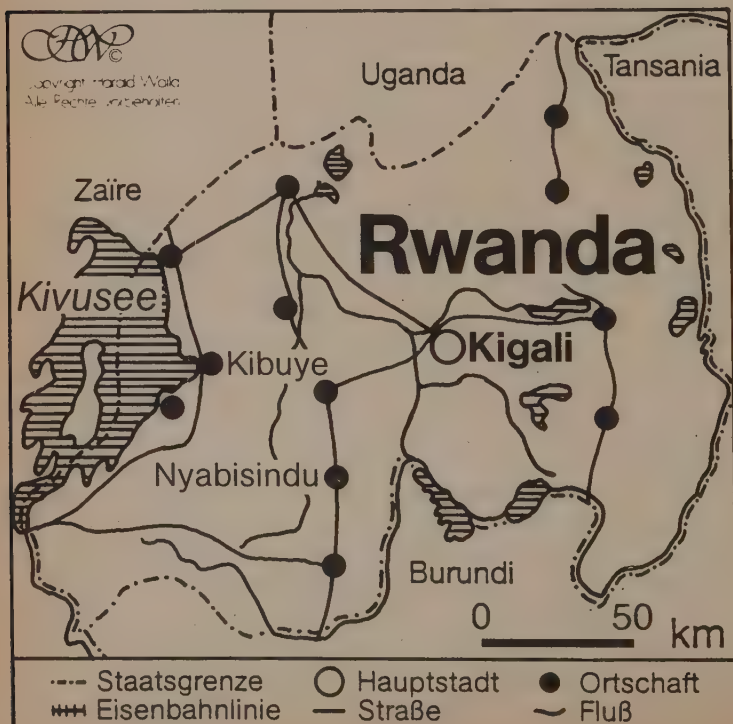
Die traditionellen landwirtschaftlichen Methoden, so ausgewogen sie sind, vertragen nicht alle 20 Jahre eine Verdoppelung der Bevölkerung. Die teilweise bereits angeschlagene Ökologie trägt noch nicht einmal die Verdoppelung der Bevölkerung, von der man bereits jetzt weiß, daß sie mit Sicherheit eintreten wird.

Die Landwirtschaft *muß* also intensiviert werden. Anders kann Afrika nicht eine wachsende Bevölkerung ernähren und gleichzeitig seine ökologische Substanz bewahren. Die *Subsistenz plus*, die bessere Nutzung der möglichen Mehrproduktion in der Selbstversorgungswirtschaft, kann zwar die Probleme der unmittelbaren Zukunft lösen, sie kann eine Atempause verschaffen. Auf Dauer braucht es aber qualitative Veränderungen, die über einen rein quantitativen Zuwachs in der traditionellen Produktionsweise hinausgehen.

Der Bauer gerät hier in eine Zwickmühle. Einerseits wird der Druck auf seinen Boden immer größer, qualitative Veränderungen werden immer dringlicher. Gleichzeitig lehnt der Bauer jedoch das angebotene Maßnahmenpaket der Grünen Revolution ab, weil es seiner ganzen Lebensweise, allem, was ihm hoch und heilig ist, diametral widerspricht. Gibt es Alternativen?

8. Die sanfte Intensivierung der Landwirtschaft

Der kleine Hof von Antoine Karikezi – er dürfte kaum einen Hektar umfassen – liegt ziemlich genau auf der Wasserscheide zwischen dem Nil und dem Zaire (Kongo), auf 2 200 Meter Höhe, mitten in den »tausend Hügeln« von Rwanda. Eine wunderschöne Landschaft, in der sich ein grüner Hügel scheinbar endlos an den nächsten fügt; von der Kuppe aus kann man an klaren Tagen den



Kivusee sehen und sogar die Vulkanberge im Gebiet an der Grenze zu Zaire und Uganda.

Aber für die Landwirtschaft ist es hier oben eher schwierig. Erst das immer knapper werdende Land hat die Bauern aus tiefer gelegenen Gebieten hier heraufgetrieben. Rwanda hat eine Bevölkerungsdichte von gut 200 Einwohnern pro Quadratkilometer, das ist nur noch ein halber Hektar pro Kopf, und fast alle Rwander leben von der Landwirtschaft. Da reichen die flacheren Äcker in den Tälern längst nicht mehr.

Es sind nicht nur die Höhe und das kühle Klima, die das Bauern hier oben schwierig machen, sondern vor allem die Erosion. Wenn an den steilen Hügelflanken die Grasnarbe einmal aufgehackt ist und einem Acker Platz gemacht hat, kann der Regen den Humus in wenigen Jahren zu Tal waschen. Viele Bauern machen die Erfahrung, daß die Bodenfruchtbarkeit von Jahr zu Jahr abnimmt, daß die Humusschicht immer dünner wird. Ein junger Bauer weist auf seine kümmerlichen Bohnen: »Ich werde den Laden hier hinschmeißen«, sagt er. »Ich werde an die Straße hinunterziehen, wo es ist wie in der Stadt.« – »Was willst du denn da tun«, wirft ein Nachbar ein, »willst du etwa stehlen gehen?« Es gibt in Rwanda kaum Alternativen zur Landwirtschaft.

Ganz anders sieht es bei Antoine Karikezi aus: Seine Felder sind eine wahre Pracht. Da sieht man auf einem einzigen Ar mehrere verschiedene Bohnensorten, Kartoffeln, Mais, Kolokasien (Pfeilwurz), Süßkartoffeln, Maniok, Kürbisse, Auberginen, alles schön durcheinander, dazwischen Papayas und Bananenstauden, darüber noch Silbereichen (*grevillea*), die Feuerholz geben. Karikezi hat seinen Hang durch Terrassen entschärft und damit die Erosion gestoppt. Auf den abgeschrägten Terrassenstufen hat er Futtergras angepflanzt. Damit füttert er seine einzige Kuh, die vorläufig in einem der beiden Häuschen seines *ruko* (Gehöft) untergebracht ist, bis der einfache neue Stall fertig ist. In dem Stall fällt der Mist an, mit dem Karikezi seine Bodenfruchtbarkeit erhalten kann.

Karikezi arbeitet zum Teil mit traditionellen Methoden (Mischkulturen, lokales, angepaßtes und variiertes Saatgut), die sich jahrhundertlang bewährt haben. Zum Teil hat er neue Elemente übernommen, die ihm eingeleuchtet haben (Terrassierung, Stallhaltung, Pflanzen von Futtergras und Bäumen). Nun ist er sichtlich stolz und zufrieden mit dem Resultat. Er hat seine Bodenfruchtbarkeit stabilisiert, seine Erträge haben steigende Tendenz, und seinen Brennholzbedarf wird er auch bald selber decken können. Das ist besonders wichtig, denn Rwandas Hügel

sind schon weitgehend baumlos. Brennholz kann man nicht mehr einfach in Gottes freier Natur finden.

Karikezis Erfolg ist auch ein Beweis, daß die Konzepte zweier Projekte der schweizerischen Entwicklungshilfe in Kibuye am Kivusee und der deutschen Entwicklungshilfe in Nyabisindu im Süden des Landes praktikabel und zukunftsfruchtig sind. Von diesen Konzepten hat Karikezi insbesondere die Terrassierung seines steilen Ackers, die Stallhaltung und das Pflanzen von Bäumen zur Stabilisierung der Terrassen übernommen.

Diese neuen Ansätze haben eine Geschichte. Als die deutsche Entwicklungszusammenarbeit vor mehr als zehn Jahren ein großes Projekt zur Intensivierung der Landwirtschaft in der Gegend von Nyabisindu plante, hatten die Experten der GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) nicht viel anderes im Sinn als das gewohnte Saatgut-Dünger-Chemie-Paket, das unter dem Namen Grüne Revolution bekannt ist. Doch gerade als es mit dem Projekt losgehen sollte, kam der Ölpreisschock.

Rwandas Importe müssen alle mit Lastwagen vom Hafen Mombasa durch ganz Kenya und Uganda rund 1800 Kilometer weit herangekarrt werden. Da stiegen die Preise für Dünger auf einen Schlag um 800 Prozent. Der Transport von Mombasa nach Rwandas Hauptstadt Kigali war jetzt zweimal so teuer wie die Schiffsfracht von Hamburg nach Mombasa. Damit war klar, daß in dem kleinen Binnenland (26 338 Quadratkilometer) fernab der Küste eine Intensivierung der Landwirtschaft mit den importierten Inputs wie vor allem Dünger nicht mehr gangbar sein konnte. Man mußte sich etwas Neues einfallen lassen.

Das neue Konzept erhielt den Namen *standortgerechter Landbau* (die Schweizer sagen einfacher *angepaßte Landwirtschaft*). Man mußte davon ausgehen, daß wegen der geographischen Lage Rwandas und der entsprechenden Transportkosten importierte Modernisierungsmaßnahmen von vornherein nicht in Frage kamen. Die Intensivierung der Produktionsmethoden mußte ganz mit dem erreicht werden, was auf dem Hof selber anfiel oder allenfalls im Lande aufgetrieben werden konnte. Weil die Landwirtschaftsbetriebe in Rwanda im Durchschnitt nur noch einen Hektar groß sind, kamen auch Mechanisierungsmaßnahmen nicht in Frage, zumal in dem dichtbevölkerten Land die verfügbare Arbeitskraft kaum ein limitierender Faktor ist.

Was unter diesen Voraussetzungen herauskam, könnte man statt standortgerecht auch *biologisch* nennen. Da man keinen Kunstdünger einsetzen kann, bringt auch verbessertes Saatgut wenig, und wenn man dann noch Mischkulturen anbaut, erübrigt

gen sich auch Herbizide, Insektizide und Fungizide – die Gifte, die die chemische Industrie gern als Pflanzenschutzmittel anpreist. In Nyabisindu und Kibuye vermeidet man aber den Ausdruck biologisch, man spricht lieber von standortgerecht oder angepaßt. Man will ja nicht als sektiererisch gelten, und man ist ja auch erst auf Druck der Umstände hin darauf gekommen, einmal etwas anderes zu versuchen.

Ein Rundgang mit Projektleiter Gerhard Anger durch die *fermettes*, die Versuchshöfe der Deutschen von 0,7 Hektar oder einem Hektar, zeigt eindrucklich, wie verschiedene Elemente ganz beträchtliche Ertragssteigerungen erbringen können, wenn sie richtig kombiniert werden. Das wichtigste Element ist natürlich die Terrassierung als unerläßlicher Erosionsschutz. Die Terrassen sind auch relativ einfach zu bauen, solange das Gelände nicht zu steil ist. Man muß nur zwei, drei Jahre lang den Niveaulinien entlang von oben nach unten hacken, wenn man die Felder bestellt (danach quer), um so die gewünschte Abflachung des Hanges zu erhalten.

Die Terrassenlinien werden mit Bäumen bepflanzt und gefestigt. Die Bäume liefern Mulch zur Erhaltung der Bodenqualität, auch Viehfutter, vor allem aber Brennholz. Denn Brennholz ist die einzige Form von Energie, die auf dem Land (und zum großen Teil auch in der Stadt) zur Verfügung steht zum Kochen und, auf großer Höhe, gleichzeitig auch zum Heizen.

Weil die Abholzung in Rwanda schon derart fortgeschritten ist, daß kaum mehr Brennholz zur Verfügung steht, ist das Pflanzen von Bäumen denn auch der Bereich, der bei den Bauern am besten ankommt. »Fünf Millionen Baumsetzlinge verteilt das Projekt im Jahr«, sagt Gerhard Anger, »aber das reicht noch nicht einmal.« Auf den Versuchshöfen des Projekts hat man errechnet, daß man auf einem Hof von einem Hektar anderthalbmal den Holzbedarf einer Familie produzieren kann, ohne die Ernteerträge spürbar negativ zu beeinflussen. Die Bäume können damit sogar zu einer Einnahmequelle werden. Kompost und Mist dienen der Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit. Für die Produktion von Mist muß das Vieh – meist nur noch eine Kuh oder ein paar Ziegen – in einem Stall gehalten werden. Das bedeutet für die Bauern eine ganz beträchtliche Umstellung. Früher schickte man das Vieh einfach mit einem der Kinder spazieren. Es ging am Morgen weg und kam abends gefüttert wieder nach Hause und konnte gemolken werden. Doch die Stallhaltung bedingt Futterbau: Futtergräser, die auch auf den Terrassenstufen angebaut werden können, geeignete Bäume und Hecken (*Leucaena*), deren Blätter von

den Tieren geschätzt werden und die gleichzeitig als Erosionsschutz dienen. Diese Art der Viehhaltung bedeutet deutlich mehr Arbeit. Da das Weideland aber ohnehin rasch knapper wird, ist dieser Schritt nicht allzu schwer zu vollziehen.

Wichtige Elemente sind – aber das weiß der Bauer auch – die richtige Fruchtfolge und die Mischkulturen. Im Projekt sät man sich ergänzende Kulturen – etwa Mais und Bohnen – in Reihen nebeneinander und erhält allen dadurch bis zu 50 Prozent höhere Erträge. Der Bauer hält wenig von der Saat in Reihen (die ja auch hauptsächlich in der mechanisierten Landwirtschaft notwendig ist), er kennt die Mischkultur in Freisaat. Er hat schon immer ganz verschiedene Kulturen durcheinandergesät, und er hat schon immer drei verschiedene Sorten Bohnen angesät – für trockene, nasse und mittlere Jahre. Da gibt es auch so kleine Tricks. Ein Bauer erklärt, warum man Sojabohnen nur zwischen gewöhnlichen Bohnen pflanzen soll: »Die jungen Sojabohnen werden von den Tauben gefressen. Zwischen den gewöhnlichen Bohnen finden die Vögel die Sojabohnen nicht, denn die Bohnen keimen schneller.«

Mehr Mühe haben die Bauern mit der Gründüngung (bodenfreundliche, zum Beispiel stickstoffbindende Pflanzen, die die Brache ersetzen und es dem Boden in kurzer Zeit erlauben, sich zu erholen). Die Bauern sehen natürlich zunächst, daß sie an Fläche verlieren. Sie müssen erst noch erleben, daß der »Fruchtbarkeitsschub« einer solchen Gründüngung den Ausfall mehr als wettmacht.

Die verschiedenen Elemente zusammengenommen ergeben einen mehrstufigen Anbau: bodenbedeckende Pflanzen, dazwischen Sträucher wie Bananen oder Kaffee und darüber die Bäume. Das ermöglicht eine optimale Nutzung auch des Luftraums und eine Verbesserung des Mikroklimas. In der Kombination verschiedener Maßnahmen ergeben sich sogenannte synergetische Effekte: Die Gesamtwirkung ist höher als die Summe der Einzelmaßnahmen.

Projektleiter Anger schätzt, daß sich durch das Zusammenwirken aller Komponenten leicht eine hundertprozentige Ertragssteigerung erreichen läßt, bei Erhaltung und sogar Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit. Dabei wird nichts von außen zugeführt. Das System bildet ein geschlossenes Gleichgewicht, das sich selbst erneuert – wie der natürliche Regenwald auch.

Schädlinge gibt es in dem ausgewogenen System sehr wenig. Rwandas geographische Lage ist so prekär, daß sich das Land sogar den Import von Chemikalien für den Kaffee, sein wichtig-

stes Exportprodukt, nicht mehr leisten kann. Lieber nimmt man Produktionsverluste hin. Aber in Nyabisindu kommt der Kaffee bestens ohne Chemikalien zurecht, in dem ökologisch ausbalancierten System braucht es schon gar keine Chemie.

Zu schön, um wahr zu sein? Die Schwierigkeit ist natürlich, diese Experimente für den Bauern nutzbar zu machen. Denn was sich unter Versuchsbedingungen – und noch dazu bei gesicherten Finanzen – als praktikabel erweist, braucht in Wirklichkeit noch lange nicht den Bedürfnissen und Möglichkeiten der Bauern zu entsprechen.

Ursprünglich behandelten die deutschen Experten ihr System als »Uhrwerk«, indem sich alle Teile gegenseitig bedingen. Der volle Effekt kann nur eintreten, wenn alle Elemente gleichzeitig aufeinander einwirken. In diesem Sinn stellte man 200 Musterhöfe auf einen Schlag auf das neue System um. Aber für die Masse der Bauern, die ein Bareinkommen von jährlich kaum 500 Mark haben, war eine solche Totalumstellung viel zu teuer und viel zu arbeitsaufwendig. Man mußte bescheidener werden und sich mit einem schrittweisen Vorgehen begnügen.

Dabei konnte das deutsche Projekt von den Schweizern lernen, die sich von Kibuye aus schon lange auf Beratung und Verbreitung der neuen Ideen spezialisiert hatten. Angelpunkt der Beratung ist im Schweizer Projekt der jährliche Landwirtschaftswettbewerb: Die besten Bauern werden von speziell gewählten Komitees ermittelt und mit kleinen Preisen belohnt. Um am Wettbewerb teilnehmen zu können, muß man Kurse besuchen, in denen einheimische, vom schweizerischen Projekt ausgebildete Landwirtschaftsberater bestimmte Themen wie Erosionsschutz, Stallhaltung oder Kompostierung behandeln.

Drei Viertel der rund 35 000 Bauern des Projektgebiets nehmen jetzt schon an den Kursen teil. 80 bis 90 Prozent der Teilnehmer wenden das Gelernte auf ihrem Hof auch an. In der Umgebung der fünf Außenstationen des Projekts praktizieren 89 Prozent der Bauern die Stallhaltung. 57 Prozent sind es insgesamt in den fünf Gemeinden des Projekts. Mit bloßem Auge sieht man den Einfluß des Projekts an den vielen Terrassen: 4 000 Kilometer davon werden im Jahr gebaut.

Solche Erfolgszahlen sind durchaus ungewöhnlich. Überall auf dem Kontinent klagen die Experten, daß die Bauern nicht wollen, was die Experten wollen. Hier scheinen die Bauern geradezu auf neue Anregungen zu warten. Es lohnt sich, den Gründen dafür ein wenig nachzugehen.

Wichtig ist sicher, daß die Projekte – trotz der vielen Experten – bescheiden daherkommen. »Es ist gar nicht so einfach, den Bauern wirklich etwas zu bringen«, hat ein Schweizer gelernt. »Ich weiß manchmal gar nicht, was man da viel besser machen könnte.« Jacques Meier, der Leiter des Schweizer Projekts in Kibuye, geht noch einen Schritt weiter: »Wir müssen unser importiertes technisches Wissen immer wieder durch die Bauern in Frage stellen lassen«, sagt er. »Bisher ist Entwicklungshilfe allzu oft als Wasserfall dahergekommen. Man hatte weder die Zeit noch die Geduld, auf die Bauern zu hören. Es ist aber immer der Bauer, der die Lösungen für seine Probleme finden muß. Die Bauern müssen Vorschläge machen – wir können lediglich bei der Realisierung helfen.«

In Rwanda hat man sich Zeit genommen, man hat nicht alles über Nacht auf den Kopf stellen wollen. Zwar sind die Projekte von Nyabisindu und Kibuye wegen der langen und zahlreichen Expertenpräsenz teure Projekte und insofern Ausnahmen von unserer Regel, daß *weniger Geld* mehr Erfolg bringen würde. Dafür belegen sie die These, daß *mehr Geduld* vonnöten wäre. Fast 20 Jahre sind die Schweizer schon in Kibuye, 16 Jahre die Deutschen in Nyabisindu. In dieser Zeit hat man sich kennengelernt. In dieser Zeit hat sich Vertrauen aufgebaut, nicht nur von den Bauern in die Experten, sondern auch von den Experten in die Bauern. Und in dieser Zeit hat man Erfahrung sammeln, Irrtümer korrigieren können.

Die Lösungen, die die Experten vorschlagen, bedeuten für die Bauern beträchtliche Neuerungen, Umdenken, auch Mehraufwand. Sie sind insofern *auch eine Revolution*, und die Aufgeschlossenheit der Bauern gegenüber dem Neuen zeugt denn auch von ihrer Innovationsfähigkeit. Aber die neuen und zusätzlichen Maßnahmen liegen alle in der Reichweite der Bauern. Sie durchbrechen die Unabhängigkeit der bäuerlichen, vorkapitalistischen Produktions- und Existenzweise nicht. Wenn der Bauer sein System langsam, über Jahre verteilt, umstellt, entstehen ihm keine Kosten (außer Arbeit). Er muß nichts dazukaufen, muß keine Kredite aufnehmen, muß sich nicht mehr auf den ungewissen Markt einlassen, als er es – meist mit dem Kaffee – ohnehin schon tut.

Mit anderen Worten: Die Intensivierung der Produktionsweise kommt sanft daher. Das *Risiko*, das der Bauer auf sich nimmt, wenn er auf Neuerungen wie Kompost, Stallhaltung und Terrassierung eingeht, ist minimal. Verlieren kann der Bauer nichts;

wenn ihm die neuen Elemente doch nicht behagen sollten, kann er sie ohne weiteres rückgängig machen.

Der Bauer behält auch in dem neuen System die Kontrolle über seine Produktionsmittel. Alle Werte des kleinbäuerlichen Daseins, die wir in den vorangehenden Kapiteln identifiziert haben, bleiben gewahrt. Innerhalb des Rahmens, den diese Werte setzen, ist der Bauer also durchaus initiativ, lernfähig und experimentierfreudig.

Natürlich braucht es für so tiefgreifende Änderungen, wie es die Stallhaltung für das Vieh ist, einen gewissen Leidensdruck. Es gibt einfach nicht mehr genug Weideland, also muß man neue Methoden ausprobieren, auch wenn sie den ganzen gewohnten Tagesablauf umwerfen. Der Bauer erfährt die Erosion als bittere Tatsache am eigenen Leib, er ist deshalb bereit, etwas dagegen zu tun. Man kann einfach in der freien Natur kein Brennholz mehr finden, also muß man es anpflanzen.

Vor allem zwingt die Landknappheit zu intensiveren Produktionsmethoden. Wenn man feststellt, daß der durchschnittliche Hof in Rwanda noch rund einen Hektar groß ist, dann ist das im Grunde eine Beschönigung. Denn die Hofbesitzer werden ja in der Mehrheit gestandene Männer sein, die ihrerseits wieder Kinder haben, so daß die meisten dieser Höfe potentiell bereits wieder aufgeteilt sind. Da finden denn auch die Auswege, die die Ansätze von Nyabisindu und Kibuye anbieten, ihre Grenze. Eine Ertragssteigerung von fünf Prozent im Jahr halten die Schweizer mit den neuen Methoden für möglich; insgesamt wird eine Verdoppelung der Produktion erreichbar sein, meinen die Deutschen. Aber dann ist irgendeinmal Schluß, dann ist das Maximum erreicht. Was soll dann geschehen?

Ein rwandischer Polizist, gefragt, was denn aus seinen acht Kindern einmal werden solle, sagte: »Wir sind ein Volk von fünf Millionen guten Katholiken. Ihr Europäer werdet uns schon nicht fallenlassen.«

Biologischer Landbau, Autarkie, Selbstversorgung – das tönt geradezu alternativ und grün, naiv und idealistisch, als sei das etwas für Stadtflüchtlinge in den Industrieländern. Das ist nicht gemeint. Hier wird nur die Realität beschrieben, wie sie sich den afrikanischen Bauern schon immer darstellte, und es wird zu erklären versucht, aus welchen rationalen und einsehbaren Gründen heraus der Bauer daran festhält.

Hinter dem Festhalten an der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und an der Kontrolle über die Produktionsmittel steckt eine

eiskalte Rechnung. Wenn der Bauer Inputs wie Dünger, verbessertes Saatgut und Spritzmittel dazukaufen will, dann muß er dafür bezahlen. Damit er dafür bezahlen kann, muß er mehr für den Markt produzieren. Er kann nicht seinen Boden mit Kunstdünger aufmöbeln, bloß um sich selbst zu ernähren. Die Frage ist, ob bei den Unwägbarkeiten des Marktes und bei den Risiken der Witterung dieses Geschäft rentabel ist, ob die durch zugekaufte Inputs erzielte Mehrproduktion für diese Inputs auch bezahlen kann. Die Bauern scheinen diese Frage zu verneinen, vor allem, wo es um die Nahrungsproduktion geht.

Was für den Bauern gilt (mikroökonomische Ebene), gilt aber auch für die Volkswirtschaften ganzer Länder (makroökonomische Ebene). Afrikas wachsendes Defizit in der Nahrungsmittelproduktion läßt sich nicht beseitigen, indem man ein Saatgut-Dünger-Chemie-Paket importiert. Sowenig wie die einzelnen Bauern können die Länder Afrikas Inputs – auf dieser Ebene handelt es sich auch um Traktoren, Maschinen, Energie – importieren, also dazukaufen, bloß um sich selber zu ernähren. Sie müssen entsprechend mehr exportieren, um für diese Inputs zu bezahlen.

Und hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Die meisten Länder Afrikas exportieren in erster Linie landwirtschaftliche Produkte. Wenn sie nun mehr Inputs importieren, um mehr Nahrungsmittel für die Selbstversorgung zu produzieren, und wenn sie dafür mit mehr landwirtschaftlichen Exporten bezahlen sollen, geraten sie in einen Teufelskreis. In Rwanda kam man angesichts der extremen Binnenlage des Landes zum Schluß, daß die Rechnung, mehr landwirtschaftliche Inputs durch mehr landwirtschaftliche Exporte verdienen zu wollen, nicht aufgeht. Dasselbe dürfte aber auch für weniger benachteiligte Länder gelten.

Was sollen diese Länder überhaupt exportieren? Abgesehen davon, daß die Austauschverhältnisse (*terms of trade*) zwischen den nötigen Importen wie Dünger, Maschinen und Erdöl und den Exporten wie Kaffee, Kakao oder Baumwolle tendenziell immer schlechter werden, gibt es kaum noch Bereiche, wo größere landwirtschaftliche Exporte von den Industrieländern überhaupt absorbiert werden könnten. Auf dem Sektor Getreide herrscht eine weltweite Überproduktion. Die Weltmarktpreise sind so tief, daß die Industrieländer ihre Produktion subventionieren müssen, was sich die Entwicklungsländer ja gerade nicht leisten können. Speiseöle aus Afrika (Erdnußöl, Palmöl) werden durch US-amerikanisches Sojaöl, ein billiges Abfallprodukt der modernen Viehmast, aus dem Markt geworfen (vgl. Seite 151 ff). Industrie-

pflanzen (Kautschuk, Sisal, Baumwolle) werden durch synthetische Produkte konkurrenziert.

Was bleibt, sind Spezialitäten wie Kaffee, Kakao oder Tee, die nur in tropischen Gebieten gedeihen. Aber auch da ist die Aufnahmefähigkeit der Märkte beschränkt. Je mehr Kakao oder Tee die Entwicklungsländer produzieren, desto tiefer fallen die Preise. Auch Länder, die Mineralien anzubieten haben wie Zaire (Kupfer, Kobalt, Diamanten) oder Sambia (Kupfer), und selbst Öligiganten wie Nigeria können kaum Devisen erübrigen, um sie in die Modernisierung der Landwirtschaft zu stecken. Im Prinzip muß sich die Landwirtschaft ihre Devisen selber verdienen.

In den Industrieländern subventioniert die Industrie und der moderne Sektor die Landwirtschaft. In den Entwicklungsländern ist es umgekehrt die Landwirtschaft, die die Industrie und den modernen Sektor subventioniert. Man kann auch noch weitergehen und feststellen, daß es im Grunde der moderne, industrialisierte Sektor der Landwirtschaft ist, der in den Industrieländern subventioniert wird. Das erklärt, weshalb bäuerliche Familienbetriebe trotz der Subventionswirtschaft solche Schwierigkeiten haben. In den Ländern Afrikas aber Subventionen für die modernisierte Landwirtschaft zu verlangen, wäre unrealistisch.

In der *Ökonomie der Armut* muß aus dem Boden eben mehr herauskommen, als man hineinsteckt. In der traditionellen Landwirtschaft ist das ganz selbstverständlich der Fall, sonst könnten die Bauern sich nicht selber versorgen. In unserer modernisierten Landwirtschaft hingegen ist das Input-Output-Verhältnis negativ: Wir stecken mehr Energie – in Form von Maschinen, Erdöl, Dünger – hinein, als an Energie – in Form von Kalorien – herauskommt. Das jedoch funktioniert nur in einer *Ökonomie des Überflusses*.

Schon allein aus dieser Feststellung ergibt sich, daß es unsinnig ist, die Techniken unserer modernisierten Landwirtschaft einfach auf afrikanische Verhältnisse übertragen zu wollen. Sie sind nur rentabel, wenn die dazu nötigen Importe durch vermehrte (landwirtschaftliche) Exporte kompensiert werden können. Das dürfte nur ausnahmsweise der Fall sein, und deshalb ist unsere Technik für Afrika die falsche Technik. Der afrikanische Bauer kann nicht wirtschaften, wie wir wirtschaften zu können glauben.

Möglicherweise haben wir aber auch in ökologischer Hinsicht nicht die richtige Technik. Unsere landwirtschaftlichen Methoden wurden in dem gemäßigten Klima der nördlichen Hemisphäre entwickelt und wurden an den dortigen Erfahrungen gemessen. Es ist keineswegs gesagt, daß man diese Techniken einfach unge-

straft in das tropische Klima verpflanzen kann, wo man keine entsprechenden Erfahrungen hat. Was im Norden funktioniert – und langsam melden sich Zweifel, ob das moderne Bauern längerfristig umweltverträglich ist –, muß nicht unbedingt auch im Süden funktionieren.

Lloyd Timberlake (*Africa in Crisis*, London 1985) spricht gradezu von einem »Temperatur-Vorurteil« und meint, daß man im kommenden Jahrhundert vielleicht werde feststellen müssen, daß dieses »Temperatur-Vorurteil ... mehr dazu beigetragen hat, Afrikas Entwicklung zurückzuhalten als der Kolonialismus, der Krieg und die Trends des Welthandels zusammengenommen«.

Unser Klima ist geprägt durch eine Winterbrache, in der der Boden ruht, und durch ziemlich regelmäßig verteilte Niederschläge, ferner durch extrem lange Lichtdauer in den Sommermonaten. In Afrika ist das ganz anders: In der Nähe des Äquators sind die Tage das ganze Jahr über fast gleich lang mit nur etwa zwölf Stunden Lichtdauer. Außerhalb des Regenwaldes, der viele Niederschläge, aber sehr empfindliche Böden hat, konzentrieren sich die Regenfälle meist auf wenige Monate im Jahr. Für den Rest des Jahres liegt das landwirtschaftlich genutzte Land ungeschützt da. Es wird von der Sonne ausgetrocknet, der Wind weht die leichteren Humuspartikel weg und läßt den schwereren Sand zurück. Wenn dann die Regen kommen, fallen sie in heftigen Gewittern, die die Böden erst recht auswaschen. Wo die Regen besser verteilt sind, ist manchmal, wie in Rwanda, Ackerbau das ganze Jahr über möglich, oder zumindest gibt es zwei Ernten. Auch das beansprucht natürlich die Böden weit mehr als in Europa.

Die meisten afrikanischen Böden sind eher schwierig zu nutzen. Die Bauern gehen deshalb sehr sorgfältig mit ihnen um. In Senegal zum Beispiel kratzen die Bauern mit einem hufeisenförmigen Werkzeug die Erde nur da etwas auf, wo sie gerade eine Erdnuß pflanzen wollen. Nur die äthiopischen Bauern benutzen einen Pflug, und auch sie pflügen nicht sonderlich tief, sie ritzen den Boden nur. Der Rest Afrikas begnügt sich mit der Hacke.

Wir europäischen Besserwisser finden es schrecklich, daß die afrikanischen Bauern den Pflug nicht kennen. Aber wenn sie ihn nicht erfunden haben, dann vielleicht deshalb, weil das Pflügen in weiten Teilen Afrikas gar keine angepaßte Technik ist. Auch dem Laien ist klar, daß der aufgepflügte Boden der Wind- und Wassererosion nur noch mehr ausgesetzt ist. Ein großangelegtes schweizerisches Entwicklungsprojekt im südlichen Tschad, das unter den einheimischen Bauern mit gutem Erfolg den Ochsenpflug propagierte, mußte schon nach wenigen Jahren eine bedenkliche

Abnahme der Bodenfruchtbarkeit feststellen, der man dann wieder mit Gründüngungen zu begegnen versuchte. Das Pflügen verbesserte kurzfristig die Erträge, indem es den Pflanzen die tieferliegenden Nährstoffe zugänglich machte. Doch schon mittelfristig verarmte der Boden.

Die traditionellen Waffen der Bauern gegen Erosion und Abnahme der Bodenfruchtbarkeit heißen Brache und Wanderackerbau. Der Natur wird es überlassen, sich zu regenerieren. Wir hingegen – und mit uns auch die verwestlichten einheimischen Agrarexperten – neigen dazu, einfach Dünger reinzuschmeißen, obwohl das bei vielen Böden nicht einmal viel nützt. Sogar im gemäßigten Klima weiter Gebiete von Tansania ist der Boden trotz Einsatz von Dünger nach fünf Jahren Maisanbau bereits ausgelaugt, während es bei uns 15 Jahre dauert, bis die Bodenfruchtbarkeit durch Kunstdünger nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

In verschiedenen Regionen Afrikas führen jetzt der Bevölkerungsdruck und neue Bedürfnisse dazu, daß Brache und Wanderackerbau zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit nicht mehr ausreichen, weil zu viele Leute dem Boden nicht mehr genug Zeit zum Regenerieren lassen. Da muß man sich, entsprechend den lokalen Voraussetzungen, etwas einfallen lassen; der Import europäischer Landwirtschaftstechniken genügt nicht.

Was in Nyabisindu und Kibuye vorgeschlagen wird, baut auf den lokalen Methoden und auf den tradierten Erkenntnissen und Erfahrungen auf. Zwar können wir durchaus aus unserem technischen und naturwissenschaftlichen Wissen heraus einen Beitrag leisten zur Lösung von Problemen, die ja – verursacht durch das neue Phänomen des Bevölkerungsdrucks – für die Leute ebenfalls neu sind. Wir sollten aber den traditionellen Systemen gegenüber genügend Achtung und unseren eigenen Errungenschaften gegenüber genügend kritische Distanz bewahren, bevor wir neue Lösungen für Afrika vorschlagen.

Man wird vielleicht gut daran tun, sich zu erinnern, wie Europa im 18. und 19. Jahrhundert seine Ernährung zu sichern vermochte. Zuvor war auch Europa periodisch von schweren Hungersnöten, eigentlichen Subsistenzkrisen, heimgesucht worden, die sich durchaus mit der äthiopischen Tragödie vergleichen lassen. Noch im schlimmen Jahr 1817 starb in einzelnen Gemeinden Appenzells und des Toggenburg in der Ostschweiz jeder sechste Einwohner. Im Kanton Appenzell standen 4 473 Todesfällen nur 1 377

Geburten gegenüber – ein Aderlaß, wie er 1985 ohne Hilfe von außen auf breiter Basis in Äthiopien zu erwarten gewesen wäre.

Drei zusammenhängende, sich gegenseitig ergänzende Elemente brachten damals in Europa die Wende: die Kartoffel, der Klee und die ganzjährige Stallhaltung (vgl. Christian Pfister, *Bevölkerung, Klima und Agrarmodernisierung 1525–1860*, Bern 1984). Mit der Kartoffel erhielt Europa ein ausgewogenes Nahrungsmittel, das wegen seiner kurzen Wachstumsdauer weniger anfällig für schlechte Witterung war als Getreide. (Der Siegeszug des Mais, der weitherum die traditionelle Hirse verdrängte, in höheren Lagen auch die Einführung der Kartoffel zeigen, daß Afrika zu solchen Innovationen ebenfalls fähig ist.) Der Klee zur Verbesserung der Weide und zur Aktivierung der Brache erhöhte die Futterqualität und damit die Milchproduktion für die Proteinversorgung. Indem der Klee Stickstoff aus der Luft gewinnen und im Boden binden konnte, trug er gleichzeitig zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit bei. (In Rwanda entsprächen dem in etwa der empfohlene Anbau von Futtergras und die Gründüngung.) Die ganzjährige Stallhaltung des Viehs (in den tieferen Lagen) verbesserte noch einmal die Futtermittelverwertung und damit den Milchertrag. Vor allem wurde mehr Dünger produziert, und damit gelang die Schließung der Düngelücke, die der eigentliche limitierende Faktor für die Produktion gewesen war. (Die Stallhaltung zwecks Produktion von Mist wird den Bauern in Rwanda ebenfalls vorgeschlagen.)

In Jeremias Gotthelfs »Käserei in der Vohfreude« (1850) kann man nachlesen, was sich damals in der Landwirtschaft alles veränderte: »Zu Ende des verflossenen Jahrhunderts und im Anfang des gegenwärtigen fand eine große Revolution in der Landwirtschaft statt. Bis dorthin weidete man viel im Feld auf der Brache, in Wald und Weide, zog Rinder und Pferde auf, handelte stark, besonders mit den letzteren, nach allen Weltgegenden. Da ward das sogenannte Kunstgras erfunden, das heißt Klee, Esparsette, Luzerne kamen ins Land, die Stallfütterung ward möglich, die Brachwirtschaft hörte auf, die Wälder wurden geschlossen, die Weiden urbar gemacht und Kartoffeln massenhaft gepflanzt, nicht bloß so gleichsam zum Dessert. Sobald das Vieh im Stalle war, gab es Dünger, dicken und dünnen, fleißig und verständig ward er angewandt, die Felder trugen alle Jahre mehr ab. Das urbare Land erweiterte sich auch in dem Maße, als man mehr Dünger hatte, ebenso mehrte sich der Viehstand und namentlich die Kühe, welche Nutzung gewährten, während mit den verminderten Weiden die Zucht und namentlich die Pferdezucht

abnahm. Mit den Kühen mehrte sich die Milch, denn es greift alles ineinander, und eines entsteht aus dem andern auf gar seltsame Weise, und oft so fein, daß das menschliche Auge die Fäden nicht einmal sieht, viel feiner als Kühe und Milch.«

Wichtig an dem Vergleich mit unserer eigenen Vergangenheit ist, daß die Innovationen in Europa wie die beschriebenen Innovationen in Rwanda von den einzelnen Bauern, sogar von den ärmsten (Kartoffeln) nachvollzogen werden konnten. Es brauchte kein Kapital, wenig zusätzliches Know-how und praktisch keine zugekauften Inputs. Das bisherige System wurde nachhaltig und fast sprunghaft verbessert, ohne daß es auf den Kopf gestellt wurde. Die erste Agrarrevolution in Europa bestand ebenfalls in einer *sanften Intensivierung*. Sie bewegte sich im Rahmen der *Subsistenz plus* und verbesserte bisherige »Nullwachstumssysteme« (Pfister) doch so nachhaltig, daß sie als Grundlage für ein rasches Bevölkerungswachstum und damit für die Industrialisierung dienen konnten.

Die zweite Agrarrevolution dagegen, die man im Kontext der Dritten Welt als Grüne Revolution bezeichnet, ist ein Kind – oder ein Abfallprodukt – der Industrialisierung. Sie beruht auf industriellen Techniken. Sie wurde nicht gebraucht zur Deckung von neuen Produktionslücken in der Nahrungsmittelversorgung, sondern sie wurde nötig wegen des Arbeitskräftemangels, der durch die Abwanderung der bäuerlichen Bevölkerung in die Industrie entstand.

Man muß nicht unbedingt der Meinung sein, Afrika sei »noch nicht reif« für die Grüne Revolution, es müsse deshalb zuerst die erste Agrarrevolution nachholen. Vielleicht ist die Grüne Revolution, die zweite Agrarrevolution also, auch einfach ein Irrweg, eine Sackgasse. Sie führt in die Überproduktion bei hoher Umweltbelastung, bei Verwendung nicht erneuerbarer Ressourcen und bei einem negativen Input-Output-Verhältnis. Auf jeden Fall scheinen die Bedingungen für die Grüne Revolution in Afrika nicht gegeben zu sein. Dies gilt nicht zuletzt auch vom Standpunkt der Arbeitskräfte aus: In Afrika gibt es keine Industrie, die die von der Grünen Revolution mit ihrem hohen Mechanisierungsgrad freigesetzten Arbeitskräfte auffangen könnte.

In Afrika ist die Entwicklung auf den Kopf gestellt: Ein rasches Bevölkerungswachstum folgt nicht auf die Sicherung und Ausweitung der Ernährungsbasis. Das Bevölkerungswachstum geht – dank moderner Medizin, Nahrungsmittelimporten und Nahrungsmittelhilfe – der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung voraus. Die Landwirtschaft muß jetzt nachziehen. Da aber

in Afrika eine industrielle Basis weitgehend fehlt, wird sie das mit Mitteln tun müssen, die mit der ersten Agrarrevolution in Europa vergleichbar sind – angepaßt natürlich an die jeweiligen Öko- und Sozialsysteme. Eine industrielle Landwirtschaft in einer vorindustriellen Gesellschaft ist wohl ein Unding.

Indem man die Segnungen der hochtechnisierten, import- und kapitalabhängigen und erst noch arbeitssparenden Grünen Revolution in Afrika propagiert, verschüttet man möglicherweise Verbesserungsansätze im Sinne der ersten Agrarrevolution, die sich wie in Europa aus den Subsistenzkrisen in der traditionellen Landwirtschaft ergeben könnten. Das Bevölkerungswachstum zwingt dazu, aus einem System auszubrechen, das zum »Nullwachstumssystem« wird, wenn es sich nicht mehr flächenmäßig ausdehnen kann. Aber die Grüne Revolution gaukelt leichte Erfolge vor, ohne eine Lösung für Afrikas kleine Bauern zu bringen. Die Grüne Revolution ist möglicherweise für die Saat-, Chemie-, Dünger- und Maschinenmultis der Industrieländer interessanter als für Afrikas notleidende Landwirtschaft.

9. Stadt gegen Land, Bürokraten gegen Bauern

Nirgends waren es die Kleinbauern, die dem Modernisierungspaket der Grünen Revolution zum Durchbruch verhalfen. Die Grüne Revolution untergräbt die Sicherheit der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, die ein Grundprinzip der Ökonomie der Armut ist. Sie ist deshalb für die Bauern unakzeptabel und ungeeignet.

Wo die Grüne Revolution Erfolg hatte und zu beträchtlichen Produktionssteigerungen führte, lagen entsprechende gesellschaftliche Voraussetzungen vor. In Indien, das durch die Grüne Revolution von einer chronischen Defizitregion zu einem Überschußproduzenten wurde, waren es die Großbauern, die als Träger der Grünen Revolution auftraten. Die Großbauern hatten Zugang zum nötigen Know-how, sie konnten Sicherheiten für Kredite bieten, und vor allem hatten sie die nötige Rückendeckung, um die finanziellen Risiken der Modernisierung abzudecken. Der indische Großbauer konnte seinen abhängigen Landarbeitern die Durchführung der Grünen Revolution *befehlen*. In Indien war man bei der Einführung moderner landwirtschaftlicher Produktionsmethoden nicht auf die freie Entscheidung einer Vielzahl von unabhängigen Bauern angewiesen. Die Abhängigkeitsmechanismen der indischen Gesellschaft machten die Grüne Revolution möglich, und entsprechend problematisch fällt auch die Verteilung der Mehrproduktion aus. Es war leichter, mehr zu produzieren, als die Mehrproduktion denen zukommen zu lassen, die sie am meisten brauchten.

In China war es dagegen ein starker Staat, der die Grüne Revolution *befehlen* konnte. Die Modernisierung der Landwirtschaft, die den endemischen Hungersnöten in China ein Ende setzte, wurde in einer kollektivierten Landwirtschaft erzwungen. Der sozialistische Staat hatte – aufgrund alter zentralistischer Traditionen – die Macht, die Modernisierung der Landwirtschaft durch-

zusetzen, und es stand auch in seiner Macht, die Risiken dieses Prozesses abzudecken. Das Risiko ging nicht zu Lasten der einzelnen Genossenschaftsmitglieder.

Die Grüne Revolution war überall, wo sie die in sie gesteckten Erwartungen erfüllte, eine Revolution von oben (und damit keine echte Revolution). In Afrika jedoch gibt es strenggenommen dieses »Oben« gar nicht. Es fehlen die gesellschaftlichen Voraussetzungen, unter denen eine vorgesetzte Instanz den afrikanischen Bauern Modernisierungsmaßnahmen aufzwingen könnte. Die kleinbäuerliche afrikanische Gesellschaft ist in wirtschaftlicher (aber oft auch in politischer) Hinsicht extrem egalitär und demokratisch. In dieser Gesellschaft besitzen im Prinzip alle gleich viel, nämlich die Kontrolle über ihre Produktionsmittel. Jeder ist damit sein eigener Herr, jeder hat sein eigenes, wenn auch oft bescheidenes Auskommen (vgl. Goran Hyden, *No Shortcuts to Progress*, London 1983).

Schon gar nicht kann der Staat den afrikanischen Bauern etwas befehlen. Der Staat ist schwach, er ist fremd und aufgesetzt, er hat keine Kontrolle über die Bauern, die über die Produktionsmittel verfügen und deshalb unabhängig sind. Täglich appellieren die Politiker in allen Ecken des Kontinents und in allen Gesellschaftssystemen an die Bauern, »moderne landwirtschaftliche Methoden« anzuwenden. Doch die Bauern ziehen nicht mit. Weder die Politiker noch die Milliarden der Entwicklungszusammenarbeit konnten die Bauern auf den Pfad der Modernisierung locken. Das angebotene Modernisierungspaket aus verbessertem Saatgut, Dünger und Chemie liegt nicht im Interesse der unabhängigen Bauern, sondern nur im Interesse der Städter.

Der Staat kann den Bauern nicht packen. In der Selbstversorgungswirtschaft entzieht sich der Bauer weitgehend dem staatlichen Zugriff. Der Bauer braucht den Staat nicht. Es ist der Staat, der die Bauern braucht, die die Mehrheit der Bevölkerung und damit die Basis des Staates stellen, sowohl ökonomisch als auch politisch. Aus dieser Konstellation ergibt sich ein scharfer Gegensatz zwischen Stadt und Land, zwischen der kleinbäuerlichen Produktionsweise und dem modernen Sektor mit den drei Angelpunkten Staat, Stadt und Industrie. Im modernen Sektor hat sich eine parasitäre Staatsklasse gebildet, deren Interessen den Interessen der Bauern diametral entgegengesetzt sind.

Der Begriff *Staatsklasse* soll bewußt etwas vage definiert bleiben, zumal sich in Afrika ein Klassenbewußtsein im europäischen Sinn selbst dort nicht herausgebildet hat, wo objektiv eine entsprechende gesellschaftliche Konstellation vorhanden wäre. Nicht

nur die staatlichen Bürokratien, die in den sozialistischen Ländern besonders ausgeprägt sind, gehören zur Staatsklasse, sondern auch die Teilhaber an der Klientelwirtschaft, die manche kapitalistischen Länder kennzeichnet: Sie alle melken den Staat, der sich seinerseits von den Bauern ernährt.

Die vorderste Front des »Klassenkampfes« zwischen der Stadt und dem Land bilden die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte. Je tiefer die Preise für Nahrungsmittel, desto billiger kann die Staatsklasse sich selbst und ihre Klientel ernähren, desto tiefer können auch die Löhne im modernen Sektor sein. Je geringer der Anteil, der den Bauern aus ihrer Produktion für den Export zukommt, desto mehr kann die Staatsklasse in den modernen Sektor stecken oder direkt konsumieren.

Natürlich ist das letztlich auch eine Machtfrage: Ob sich der Erlös aus der landwirtschaftlichen Produktion dezentral bei den Bauern ansammelt oder zentral in den Wasserköpfen der Hauptstädte, ist ein beträchtlicher Unterschied. Käme der Erlös den Bauern zugute, würde das ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Staat noch vergrößern. Die Staatsklasse hat alles Interesse daran, das zu verhindern und die Ressourcen dorthin zu lenken, wo sie sie kontrollieren und von ihnen profitieren kann: in die Stadt, in die Industrie, in den modernen Sektor.

Man schätzt, daß insgesamt nur etwa 30 Prozent der von der Landwirtschaft verdienten Devisen wieder dem Land und der Landbevölkerung zukommen – der Rest bleibt in der Stadt. In Tansania, das stets das Heil der Landwirtschaft und der Landbevölkerung auf der Zunge führte, gingen – bevor 1984 eine Wende erfolgte – gerade noch 12,5 Prozent des Staatshaushalts in den Agrarsektor. Das meiste davon kam Staatsfarmen und modernen Projekten zugute, bloß zwei Prozent des Staatsbudgets gingen an den traditionellen Sektor, von dem 85 Prozent der Bevölkerung leben müssen.

Manchmal nimmt die Preispolitik der herrschenden Eliten, die natürlich allesamt städtisch orientiert sind, geradezu beschlagnehmenden Charakter an. Aus Kamerun ist das Beispiel bekannt, daß die Kakaobauern zeitweise nur noch 18,9 Prozent des Weltmarktpreises erhielten. Alle Länder neigen dazu, durch eine solche Preispolitik die Kleinbauern mehr zu besteuern als jede andere Bevölkerungsschicht und damit den Anteil der Staatsklasse am Kuchen der nationalen Wirtschaft zu vergrößern.

Auch wenn Länder wie Ghana, Guinea, Uganda oder Tansania ihre Währungen völlig zerfallen lassen, ist das vor allem für die Bauern von Nachteil. Ihre Exportprodukte werden zu völlig

unrealistischen Kursen getauscht, so daß für die Produzenten nur ein Bruchteil des realen Exporterlöses bleibt. Ein im Export verdienender Dollar ergab Anfang 1986 in Tansania zum offiziellen Kurs nur 17 Tansania-Shilling. Auf dem Schwarzmarkt, der den realen Wert der Währung besser wiedergibt, hätte der Bauer 120 Shilling erhalten. Nicht nur die Mechanismen des Weltmarkts wirken sich gegen die Bauern aus, sondern vielfach auch die Währungspolitik der eigenen Regierung. Die Staatsklasse hingegen kommt durch solche Wechselkurse billiger an die Importe heran.

Um solche Preise durchzusetzen, haben kapitalistische wie sozialistische Länder staatliche Vermarktungsmechanismen aufgebaut. Das sind die eigentlichen Tentakel der Staatsklasse und der Bürokratie, sowohl die Pfründen, die den Mächtigen zur persönlichen Bereicherung freigegeben sind, als auch die Mechanismen, mit denen der moderne Sektor die landwirtschaftliche Produktion an sich reißt.

Ghana liefert das klassische Beispiel, wie die Staatsklasse den Reichtum des Landes – Kakao – enteignete und verschleuderte, damit freilich auch den Ast absägte, auf dem sie selber saß. Das ghanaische *Cocoa Marketing Board*, das das Monopol zur Vermarktung von 200 000 bis 220 000 Tonnen Kakao hat, beschäftigte für diese Aufgabe zur Zeit von Präsident Limann sage und schreibe 105 800 Leute. Mit anderen Worten: Auf zwei Tonnen Kakao kam ein Bürokrat. Die Kosten dieses grotesk aufgeblasenen Apparats gingen natürlich ganz zu Lasten der Produzenten, und allein schon diese bürokratische Wucherung brachte die Bauern um einen guten Teil ihres Erlöses, der zeitweise weniger als ein Drittel des Weltmarktpreises betrug. Beahlt wurden die Bauern – bevor Fliegerleutnant Jerry Rawlings mit dem eisernen Besen kehrte – mit nahezu wertlosem Papiergeld, dem Cedi, der auf dem Schwarzmarkt bis zu 20mal weniger wert war als nach offiziellem Kurs.

Als der Staat endlich die Kakaopreise erhöhte, trat die paradoxe Situation ein, daß der Staat wegen des völlig unrealistischen Dollarkurses die Kakaoproduktion subventionieren mußte. Zu jenem Kurs (1983) erbrachte ein Kilo Kakao auf dem Weltmarkt nur sechs Cedi, die Regierung bezahlte jedoch zwölf Cedi. Denn irgendwann hatte es auch den Bürokraten gedämmert, daß sie die Bauern zu sehr ausgesogen hatten. Aber inzwischen war Ghanas Kakaoproduktion schon um die Hälfte gesunken, statt 40 Prozent hatte das Land nur noch 20 Prozent Anteil am Weltmarkt. Die Bauern hatten sich daran gewöhnt, den Kakao in die Nachbarländer Togo und Elfenbeinküste zu schmuggeln, wo neben besseren

Preisen auch in einer konvertiblen Währung – dem an den französischen Franc gebundenen CFA – bezahlt wurde. Nachdem die Staatsklasse die Bauern ausgeblutet hatte, bluteten jetzt die Bauern die Staatsklasse aus.

Die Staatsklasse hat das inhärente Bedürfnis, sich selbst zu vergrößern wie ein Krebsgeschwür. Sie reißt gierig immer neue Bereiche an sich, um ihre Macht auszudehnen. Überall mischt sie sich ein, nicht nur in die Vermarktung der landwirtschaftlichen Produktion, sondern auch im modernen Sektor. Insbesondere vergrößerte die forcierte Industrialisierung, der sich manche afrikanischen Staaten verschrieben, die Machtbasis der parasitären Staatsklasse, sie gab ihr endlich einen Bereich, den sie – im Unterschied zum kleinbäuerlichen Sektor – kontrollieren kann.

Ein sozialistisches Gesellschaftsideal ist natürlich ein prächtiger Vorwand für die Bürokratie, alles und jedes unter ihre Fittiche zu nehmen. In Tansania wurde im Namen des Sozialismus nahezu alles verstaatlicht, von den großen Kaffee- und Sisalplantagen über sämtliche Vermarktungsmechanismen bis hin zum hintersten Dorfladen. Sogar die kleinbäuerlichen Genossenschaften, auf denen Julius Nyerere in den fünfziger Jahren seine Unabhängigkeitsbewegung aufgebaut hatte, mußten staatlichen Monopogesellschaften Platz machen. Die Bürokraten, die Ideale des Sozialismus auf den Lippen, machten sogar den Genossenschaften, die ihnen zu unabhängig waren, den Garaus.

Vor allem lenkte Tansania wie kaum ein anderes Land die Ressourcen vom Land in die Stadt um, von der Landwirtschaft in den modernen Sektor. Während Präsident Nyerere das Ideal von der ländlichen Entwicklung auf der Basis von Land und Menschen – den beiden Produktionsfaktoren, die in dem armen Tansania reichlich zur Verfügung stehen – predigte, geschah in Wirklichkeit das genaue Gegenteil. Der Staatsapparat machte auf Industrialisierung (vgl. Seite 157 ff), denn nur so konnte er seinen Einflußbereich ausbauen.

Doch die Verbürokratisierung der Wirtschaft im Interesse der Staatsklasse ist nicht auf sozialistische Versuche beschränkt. Auch in den kapitalistischen »Musterländern« Kenya und Elfenbeinküste ist der Staatsanteil an der Wirtschaft auffallend hoch. Hier investiert der Staat ebenfalls von der Landwirtschaft verdientes Kapital und von der Landwirtschaft verdiente Devisen in den modernen Sektor. Auch in den kapitalistischen Ländern, in denen das *laissez-faire* als Leitmotiv der Wirtschaft gilt, entstanden staatliche Vermarktungsorganisationen und *parastatals*, staatliche oder halbstaatliche Gesellschaften, in allen Bereichen.

Auch die Trennung von Privatwirtschaft und Staatswirtschaft ist fließend. In der Staatsklasse gehen beide Bereiche ineinander über: Politiker und Staatsangestellte benutzen ihre Stellung zur Förderung privater Geschäfte, sie benutzen den Staat als Vehikel zur Mehrung ihres eigenen Reichtums.

»In Kenya ißt der Mensch den Menschen«, sagen die Tansanier. Doch aus Kenya tönt es zurück: »In Tansania ißt der Mensch gar nichts.« In diesen beiden ostafrikanischen Ländern mit zum Teil ähnlichen Voraussetzungen scheinen sich zwei grundsätzlich andere Systeme gegenüberzustehen. Aber bei näherem Zusehen sind die beiden Länder – außer in der Rhetorik – gar nicht so verschieden. Zwar setzt sich die Staatsklasse etwas anders zusammen – Bürokratie mit Patronage in Tansania, Patronage mit Bürokratie in Kenya –, aber das Resultat ist nicht ganz unähnlich: hoher Staatsanteil an der Wirtschaft, Benachteiligung und Dirigismus in der Landwirtschaft, Bevorzugung des modernen Sektors.

Freilich drängt sich die auf den ersten Blick überraschende Feststellung auf, daß die Ausbeutung der Bauern im kapitalistischen Kenya weniger weit getrieben worden ist als im sozialistischen Tansania. Das liegt wohl nicht nur daran, daß die herrschende Elite in Kenya gleichzeitig Grund- und Großgrundbesitzer ist. Die Bürokraten, die in Tansania das Feld beherrschen, sind weniger abhängig von der Basis als die Teilhaber an der kenyanischen Klientelwirtschaft. Der Bürokrat ist wirtschaftlich und politisch losgelöst von der bäuerlichen Realität. In der Klientelwirtschaft hingegen brauchen die Mächtigen und Reichen letztlich die Unterstützung der Basis. Es gibt ein vielfältiges Netz von wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen, in denen auch der Bauer eine Rolle spielt. Man muß bis zu einem gewissen Grad auf ihn Rücksicht nehmen. Deshalb werden in Kenya die schlimmsten Mißstände – manchmal durch ein präsidiales Machtwort – immer wieder korrigiert. In Tansania dagegen schien es lange kein solches Korrektiv zu geben, bis die Bauern anfangen, die Staatsklasse regelrecht auszuhungern.

Tansania hat ja auch recht eigentlich den Versuch unternommen, der kleinbäuerlichen Produktionsweise das Rückgrat zu brechen. Auf nichts anderes lief die *ujamaa*-Politik, so wie sie tatsächlich durchgeführt wurde, hinaus.

Ujamaa ist das von Nyerere verkündete Ideal der dörflichen Gemeinschaft, die gemeinsam produziert und sich entwickelt. Dieses Ideal hatte in den sechziger Jahren weit über Tansania hinaus einen guten Klang. Es tönte so schön sozial, und so war es ursprünglich ja auch gemeint. Irgendwie schwebte der Gedanke

im Raum, die Zusammenlegung der Produktivkräfte, nämlich die Umsiedlung der verstreut lebenden Bauern in »Entwicklungsdörfer«, würde sozusagen automatisch auch die Produktion erhöhen. Unter den an Entwicklungs- und Dritte-Welt-Fragen interessierten Kreisen in den Industrieländern machte das *ujamaa*-Modell großen Eindruck.

Nur die Bauern waren schwer dafür zu begeistern. Trotz beträchtlicher materieller Anreize wie Traktoren, Schulen, Gesundheitszentren für freiwillige *ujamaa*-Dörfer ging die Bildung solcher Gemeinschaftsdörfer nur schleppend voran. Entwicklungsprojekte auf *ujamaa*-Basis funktionierten trotz, manchmal vielleicht auch wegen hoher Investitionen und großzügiger finanzieller Unterstützung mehr schlecht als recht. *Ujamaa* war offensichtlich ein Konzept, das den Bauern nicht lag und das nur ausnahmsweise freiwillig übernommen wurde.

Statt sich zu fragen, warum das so war, beschlossen die tansanischen Behörden, daß die Bauern in diesem Fall zwangsweise in *ujamaa*-Dörfer umzusiedeln seien. Mitte der siebziger Jahre wurden unter massiven Protesten der Bauern Millionen Tansanier in hastig errichtete, oft schlecht geplante Dörfer gebracht. Wo sich die Bauern zur Wehr setzten, wurden ihre Häuser niedergebrannt. Notfalls half die Armee der Zwangsumsiedlung nach.

Natürlich argumentierte die Regierung zu Recht, daß die zwangsweise verordnete Verdörflichung eine Verbesserung der sozialen Dienstleistungen wie Erziehung, Gesundheit und gutes Wasser ermögliche, und diese Dinge sind ja auch in Tansania keine leeren Worte geblieben. Daß der Bauer sich mit diesen sozialen Gratisleistungen nicht locken ließ, hätte aber aufhören lassen müssen. Die Bauern hatten eben, kann man im nachhinein rekonstruieren, mehr die Produktionsseite im Auge. Sie sahen in den *ujamaa*-Dörfern eine Gefahr für ihre Produktionsweise und damit für ihre gesicherte Selbstversorgung. Tatsächlich sollten die *ujamaa*-Dörfer nach dem Willen der Staatsklasse in der Praxis die traditionelle vorkapitalistische Produktionsweise aufbrechen und modernisieren, im Glauben, dadurch eine Erhöhung der Produktion zu erreichen.

Das Gegenteil kam dabei heraus – wie die Bauern zu Recht befürchtet zu haben scheinen. Die Bevölkerungskonzentration in den Dörfern – als ideal galten 250 Familien, also etwa 1 250 Personen – mußte zu einer raschen Abnahme der Bodenfruchtbarkeit führen. Die Annahme, daß durch den Einsatz von Traktoren und Dünger negative Effekte problemlos vermieden werden könnten, erwies sich in mehrerer Hinsicht als falsch. Einmal war der Staat

gar nicht in der Lage, ein angepaßtes Modernisierungspaket großräumig und rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Andererseits konnte die angestrebte Modernisierung nicht die erwarteten Resultate bringen. Viele Bauern gingen bald wieder auf ihre alten Felder zurück. Aber das bedeutete längere Wege, mithin Zeit- und Produktionsverluste.

Natürlich wollte sich der Bauer auch nicht auf die genossenschaftliche Produktion einlassen. Zwar gibt es in Afrika viele traditionelle Hilfsmechanismen und manche Formen von Gemeinschaftsarbeit wie zum Beispiel für den Hausbau. Aber bei der Produktion der Grundnahrungsmittel, bei der Sicherstellung der Lebensgrundlage also, will man im allgemeinen selber verantwortlich bleiben; das ist einfach zu wichtig, als daß man sich in diesem Bereich in die Abhängigkeit von anderen begeben könnte.

Diese Erklärungsversuche mögen Abstraktionen aus unserem Modell der kleinbäuerlichen Produktionsweise sein. Tatsache ist, daß Tansania wegen der Zwangsumsiedlungen auf Jahre hinaus schwere Produktionseinbußen hinnehmen mußte. Tatsache ist auch, daß praktisch alles wieder zurückgenommen werden mußte, was die Bürokraten-Sozialisten unter dem Etikett *ujamaa* hatten erreichen wollen. Die genossenschaftliche Produktion wich wieder der individuellen Produktion auf eigene Rechnung; allenfalls wurde erreicht, daß die Bauern ohne viel Begeisterung über ihre eigene Selbstversorgung hinaus auf einem Gemeinschaftsfeld arbeiteten, um zusätzliche Mittel für die Gemeinschaft zu erwirtschaften.

Wenn man die Auseinandersetzung um *ujamaa* als Machtkampf oder wenigstens *auch* als Machtkampf zwischen den Bauern und der Bürokratie sieht, dann haben die Bauern diesen Kampf klar gewonnen. Nicht nur wurde die kleinbäuerliche Produktionsweise wieder in ihre Rechte eingesetzt. Auch alle anderen Mechanismen, die den Bauern die Mehrproduktion verleiden, wurden von Mitte 1984 an abgeschafft oder stillschweigend nicht mehr angewandt. Die *parastatals* wurden zurückgestutzt, das Staatsmonopol für die Vermarktung von Grundnahrungsmitteln (die *National Milling Corporation*) wurde aufgehoben, die Preise wurden freigegeben. Man hat diesen Vorgang als Liberalisierung bezeichnet, es handelt sich aber um nichts anderes als um einen Sieg der kleinbäuerlichen Produktions- und Existenzweise. Die Bauern feierten ihren Sieg, wie wir gesehen haben, mit einer Rekordernte, wofür denn wieder die »besiegten« Bürokraten dankbar waren.

Es ist nicht unbedingt böser Wille, der die Bürokraten gegen die Bauern aufbringt, es ist eher tiefes Unverständnis, gepaart mit dem arroganten Anspruch, dank westlicher Bildung alles besser zu wissen. Auch das wird einem am ehesten in Tansania bewußt, wo man viele motivierte und offene Beamte findet. Ausgerechnet in Tansania, einem der verbürokratisiertesten Länder des Kontinents, kann man abendfüllende Diskussionen mit lokalen Regierungsvertretern führen, die sich ernsthaft für die idealistischen Ziele der offiziellen Rhetorik einsetzen wollen.

Trotzdem – oder gerade deshalb – ist das Unverständnis, mit dem auch diese Bürokraten ihren eigenen Bauern gegenüberstehen, erschlagend, und den fremden Besucher beschleicht das etwas anmaßende Gefühl, letzten Endes die Produktionsweise der tansanischen Bauern besser zu verstehen als die Beamten, die auf einem anderen Planeten zu leben scheinen. Das fängt damit an, daß die Vertreter des Staates – überall in Afrika – nie *wir* sagen, wenn sie von den ihnen anvertrauten Bauern sprechen. Sie brauchen stets die dritte Person, ein *Sie*, das fast wie ein verächtliches *Die da* klingt. Fast scheint es, daß die Bürokraten den Bauern mißtrauen, daß sie an ihrer Loyalität zum Staat zweifeln, der sie so viel kostet und der ihnen so wenig bringt.

In einem dieser Gespräche diskutierten wir wieder einmal die Preispolitik der Regierung und ihre Auswirkungen auf die Produktion. »Natürlich würden die Bauern leicht die dreifache Menge Mais abliefern, wenn sie den doppelten Preis erhielten«, gab ein Diskussionspartner zu, um mit entwaffnender Naivität hinzuzufügen: »Aber ist es denn nicht richtig, auch für den armen Bruder in Dodoma zu produzieren?«

So kann ein Bürokrat von den Bauern tatsächlich erwarten, daß sie aus purem Idealismus für die Leute einer notorischen Trockenregion produzieren, die sie nicht kennen und deren Probleme ihnen fremd sind. Unausgesprochen meinte der Beamte wohl gar, die Bauern sollten aus Idealismus nahezu unentgeltlich für die Städte und die Bürokraten produzieren. Tatsächlich verhielt sich der Staat in Tansania dem Bauern gegenüber so, als dürfte er als Dank für gratis geleistete Dienste wie Schule und Gesundheit Billignahrungsmittel erwarten. Doch auch das liegt nicht in der bäuerlichen Logik.

Das Unverständnis der Bürokratie gegenüber den Bauern hat auch damit zu tun, daß die Regierungsbeamten selten in ihrer eigenen Heimat eingesetzt werden. In Tansania sprechen Bürokrat und Bauer wenigstens dieselbe Sprache: Swahili. In den meisten Ländern jedoch können die Vertreter der Obrigkeit oft nur

per Übersetzer mit der ihnen anvertrauten Bevölkerung verkehren. Ihr Medium ist womöglich die Sprache des ehemaligen Kolonialherrn. Die Bauern spüren diese Distanz und sagen zu ihren Beamten auch schon mal: »Ihr seid doch alles Weiße!«

Die Arroganz der Staatsklasse steht in einem umgekehrten Verhältnis zu ihrer Effizienz. Die sprichwörtliche Unfähigkeit afrikanischer Bürokraten beruht nicht nur auf Desinteresse und Korruption, die mit solchen Apparaten einherzugehen pflegen. Die Länder Afrikas haben auch zu wenig Mittel und zu wenig qualifizierte Leute, um ihre Funktion wahrzunehmen. Die Qualität dieser Bürokraten reicht nicht einmal, um die Aufgaben zu erfüllen, die man normalerweise einem Staat zuschreibt.

Um so mehr ist es pure Anmaßung, wenn sich der Staat anheischig macht, die Märkte und die Preise zu regulieren, die bäuerliche Produktion aufzukaufen und zu transportieren, staatliche Monopolstellungen in der Wirtschaft aufzubauen. Diese Ausdehnung staatlicher Einflußnahme in Bereiche hinein, die die ohnehin begrenzte Leistungsfähigkeit der Bürokratie bei weitem übersteigen, dient nicht der Produktion oder der gerechteren sozialen Verteilung, sondern allein den Interessen der parasitären Staatsklasse. Sie bedeutet nicht Sozialismus, sondern Bürokratismus.

Die verbürokratisierte Wirtschaft zeigt entsprechende Resultate. Tansania, ein Spitzenreiter in dieser Hinsicht, produzierte am Schluß nahezu nichts mehr für den Export. Kaum einer der vielen *parastatals* war noch in der Gewinnzone. Die Bauern rückten ihre Überproduktion an Nahrungsmitteln nur noch ungern heraus. Und die Industrie, das Hätschelkind der Staatsklasse, in die der größte Teil der Erlöse aus der Landwirtschaft investiert worden war, lief noch zu etwa 25 Prozent ihrer Kapazität. Nicht das Ideal eines afrikanischen Sozialismus hatte in Wirklichkeit dieser Entwicklung Pate gestanden, sondern der schiere Macht Hunger einer bürokratischen Staatsklasse.

Aber Tansania ist bei weitem nicht das einzige Land, das von seiner eigenen Elite ruiniert wurde. In Ghana, das (nach Nkrumah) keinerlei sozialistische Ziele verfolgte, tat das eine eher bourgeoise Staatsklasse noch viel gründlicher. Zaire, Sierra Leone, Sudan oder Uganda sind weitere krasse Beispiele für einen Trend, der überall mehr oder weniger stark am Werke ist.

Die Kluft zwischen Stadt und Land ist wirtschaftlich eine objektive Tatsache. Die Interessenlage ist zu gegensätzlich: Der Bauer will in erster Linie seine Selbstversorgung sicherstellen, die Stadt

will Devisen und billige Nahrungsmittel. Aber sozial und kulturell liegen die Dinge komplizierter. Bisher gab es strenggenommen gar keine Städter. Erst jetzt wächst eine neue Generation heran, die bereits in der Stadt geboren wurde. Nahezu alle erwachsenen Städter, auch nahezu alle Angehörigen der Staatsklasse haben ihre Wurzeln dagegen noch auf dem Land. Sie sind geboren und aufgewachsen unter genau denselben Bedingungen, in denen die heutige Landbevölkerung lebt. Sie sind groß geworden in genau dem Milieu, das sie zu verachten scheinen oder dem sie zumindest mit abgrundtiefem Unverständnis begegnen. In dem Bad der westlichen Erziehung, durch das diese Neu-Zivilisierten gegangen sind, muß ihnen ein Teil ihrer Wurzeln abhanden gekommen sein. Ein Verdrängen der ländlichen Armut, aus der man stammt, mag ebenfalls im Spiel sein.

Andererseits sind noch vielfältige Beziehungen vorhanden, die Stadt und Land verbinden. Weit verbreitet ist immer noch, daß der Mann – wie zur Kolonialzeit – allein in die Stadt zieht, um das nötige Bargeld zu verdienen, während Frau und Kinder zu Hause für die Selbstversorgung aufkommen. Zwischen Stadt und Dorf herrscht dann ein reger Austausch, der erklärt, wie das städtische Proletariat bei den herrschenden Hungerlöhnen überhaupt überleben kann: Es wird vom Land mit Nahrungsmitteln versorgt.

Spätestens mit dem Tod kehren alle Afrikaner wieder aufs Land zurück, in den Städten gibt es kaum Beerdigungen. In Afrika wird man auf dem eigenen Stück Land begraben, auf dem Land der Ahnen. In dieser Hinsicht gibt es einen fast religiösen Bezug der Städter zum Land und zu ihrer Herkunft.

Aber auch die traditionelle Parallelwirtschaft der sozialen Netzwerke überwindet die Kluft zwischen Stadt und Land. Wenn einer in die Stadt zieht, entkommt er damit den Verpflichtungen der sozialen Netzwerke nicht. Im Gegenteil, er gerät unter scharfen Druck, von seiner privilegierten Position in der Nähe der Macht zu profitieren und seine ländliche Basis daran teilhaben zu lassen. Aus der Sicht der traditionellen Gesellschaft ist ganz klar: Wenn schon die Großfamilie und die Gemeinschaft einen der Ihren unter großen Opfern durch die Schulen und vielleicht sogar durch die Universität gebracht hat, dann haben sie ein Recht, an den Früchten dieses Privilegs teilzuhaben. Die Leute auf dem Dorf wissen nicht, wie wenig die 1000 Mark, die ein Hochschulprofessor vielleicht im Monat verdient, in der Hauptstadt wert sind. Für sie ist das eine Summe, die sie das ganze Jahr nicht sehen.

Auf diese Weise führen solche Mechanismen fast automatisch zu Vetternwirtschaft, Tribalismus und Korruption. Durch die traditionellen Netzwerke findet eine Umverteilung statt, eine Rückverteilung von der Stadt aufs Land. Volkswirtschaftlich ist diese Umverteilung sicher nicht effizient. Der Landbevölkerung kann dieses Arrangement aber durchaus befriedigend erscheinen. Es mildert auf jeden Fall die Gegensätze zwischen Stadt und Land.

Deshalb wird der schroffe Interessengegensatz zwischen Stadt und Land von den Verlierern – der Landbevölkerung – auch nicht als Klassenkampf gesehen. Im Funktionieren der sozialen Netzwerke ist der Gegensatz teilweise wieder aufgehoben. Die Privilegien der Städter sind für die ländliche Gemeinschaft nicht so störend, solange einer der Ihren an ihnen teilhat und seinerseits das Land daran teilhaben läßt.

Man hat oft gefragt, warum die afrikanischen Bauern so selten rebellieren, warum sie sich vom Staat übers Ohr hauen, von den Bürokraten an der Nase herumführen, von den Sicherheitskräften auf den Füßen herumtrampeln lassen, ohne zum Speer oder zur *panga* (Buschmesser) zu greifen. Man hat Antworten sogar in der Kindererziehung gesucht und gesagt, da das afrikanische Kind immer alles bekomme, was es wolle, sei auch der afrikanische Erwachsene nicht gewohnt, für das zu kämpfen, was er braucht und was ihm zusteht. Aber die Antwort ist einfacher. Einerseits empfindet der Bauer wegen der sozialen Netze, die ihn mit der Staatsklasse verbinden, die Situation gar nicht als so dramatisch. Und zweitens kann sich der Bauer stets auf seine Selbstversorgungsbasis zurückziehen. Da er notfalls immer noch aus sich selber existieren kann, gibt es wenig, was ihn in seiner Existenz bedroht, er überlebt nahezu alle Anschläge auf seine Befindlichkeit.

Zu Gewalttätigkeiten kann es schon kommen, wo der Bauer seine Selbstversorgungsbasis bedroht sieht. Während der zwangsweisen Umsiedlung der tansanischen Bauern in *ujamaa*-Dörfer erschloß zum Beispiel ein Bauer, der offenbar um seine Existenz fürchtete, einen hohen Regierungsvertreter. Das machte Eindruck bei den Beamten und mahnte zur Vorsicht bei der Anwendung von Zwang. Zu Gewaltakten kam es auch in Kenya gegen die skrupellosen Vorsitzenden von Genossenschaften, die seinerzeit zum gemeinsamen Kauf von (ehemals europäischen) Großfarmen gegründet worden waren. Statt mit dem Geld der Genossenschaftler Farmen tatsächlich zu kaufen und unter den Genossenschaftlern zu verteilen, aßen die Genossenschaftsbosse jahrelang,

manchmal 20 Jahre lang, von den Zinsen, wenn nicht vom Kapital. Das geht dann irgendwann ans Lebendige, und dann rebellieren auch afrikanische Kleinbauern. Aber gewöhnlich genügt es, wenn der Bauer der Unbill dieser Welt den Rücken kehrt und sich auf seinen bescheidenen, aber sicheren Hof zurückzieht.

Die Möglichkeit des *Rückzugs* ist eine viel schrecklichere Waffe als die Rebellion. Wenn der Staat und die Staatsklasse den Bauern zu sehr auf den Pelz rücken, wenn sie zuviel aus ihnen herauszupressen versuchen, dann machen die Bauern ganz einfach nicht mehr mit, sie verweigern die Produktion und beschränken sich auf die Selbstversorgung. Das ist Widerstand und Selbstschutz zugleich. Die Bauern entziehen damit dem parasitären Staat und seiner Klientel die Existenzgrundlage. So geschehen in Tansania, in Ghana, in Uganda und ansatzweise in vielen andern Ländern des Kontinents.

In Afrika haben ganze Länder noch die Möglichkeit zum Rückzug. Uganda hat das – unfreiwillig – demonstriert. Unter der Terrorherrschaft von Idi Amin und nach dem Hinauswurf der wirtschaftlich wichtigen Asiaten brach der moderne Sektor fast völlig zusammen. Importe wie Exporte schrumpften radikal, die Verbindung zur Außenwelt und zur Weltwirtschaft brach weitgehend ab. Aber niemand ist deswegen Hungers gestorben. Das Land zog sich in die Subsistenzwirtschaft zurück, an Leib und Leben kam niemand zu Schaden.

Dank seiner kleinen Bauern hat im Grunde Afrika als Ganzes noch die Möglichkeit zum Rückzug. Der Kontinent hat sich mit der westlichen Zivilisation und Produktionsweise noch nicht soweit eingelassen, daß er nicht auch ohne sie auskommen könnte. Europa und Nordamerika, die westliche Zivilisation überhaupt, sind zur Flucht nach vorn verdammt, sie müssen stets neuen Errungenschaften nacheilen, und sei es nur, um die durch die bisherigen Errungenschaften verursachten Schäden in Grenzen zu halten: Katalysatortechnik gegen Waldsterben, medizinische Forschung gegen die Zivilisationskrankheit Krebs, »Krieg der Sterne« gegen die nukleare Bedrohung.

Afrika untersteht diesem Zwang nicht, noch nicht. Wenn er will, kann dieser Kontinent in sich selbst ruhen, er kann zurück, zurück aufs Land, zurück zur Selbstversorgung, zurück zum Leben im Einklang mit der Natur. Angesichts der Wirtschaftsentwicklung, die fast überall in Afrika scharf nach unten zeigt, ist diese Überlegung gar nicht so weit hergeholt: Der Rückzug – und sei es ein teilweiser – ist tatsächlich ein mögliches Szenario, das,

angeführt von den Bauern, auch da und dort schon in die Wege geleitet wird.

Daß Afrika diese Möglichkeit zum Rückzug noch hat, gibt dem Kontinent auch Stärke und Vitalität. So erbärmlich manches in Afrika aussieht, so unzulänglich manche Einrichtungen, so unfähig manche Regierungsstellen sein mögen – Afrika braucht das alles im Grunde gar nicht. Vielleicht verschwendet es deshalb auch nicht soviel Energie auf den modernen Sektor, wie nötig wäre, um ihn zum Funktionieren zu bringen. Afrikas Städte mögen explodieren, aus allen Nähten platzen, sie mögen eine schwere Belastung für Volks- und Landwirtschaft darstellen – wenn die Städter aufs Land zurückgingen, könnte Afrika sich wieder selbst versorgen.

Aber die herrschende Elite hat ein unausrottbares *Vorurteil* zugunsten der Stadt (*urban bias*). Die ganze westliche Erziehung ist von diesem Vorurteil geprägt. Die Beziehungen zum Ausland, kulturelle wie wirtschaftliche, verstärken dieses Vorurteil noch. Und letztlich unterliegt auch die Entwicklungszusammenarbeit und unterliegen die Entwicklungsplaner dem städtischen Vorurteil. Obwohl offensichtlich ist, daß die Landwirtschaft, und zwar vorwiegend die traditionelle Landwirtschaft, auch in Zukunft die wirtschaftliche Basis nahezu aller afrikanischen Länder abgeben wird und daß sie insbesondere weiterhin der Mehrheit der Bevölkerung Arbeit verschaffen muß, neigen die dominierenden gesellschaftlichen Kräfte dazu, dem modernen Sektor – der Stadt, dem Staat und der Industrie – den Vorzug zu geben, wirtschaftlich, politisch und kulturell.

Das bedeutet Ausbeutung und Auspowerung der Landwirtschaft und der Landbevölkerung. Weil aber die Selbstversorgungswirtschaft dem Bauern Unabhängigkeit verschafft, kann er sich dieser Ausbeutung verweigern, indem er sich vom Markt zurückzieht. Wir haben dann einen modernen Sektor, der in der Luft hängt, dafür eine im wahrsten Sinne bodenständige Landwirtschaft.

10. Die Zwangsjacke, in der Afrikas Wirtschaft steckt

Daß Afrika immer noch fast vollständig vom Export unverarbeiteter Rohstoffe – seien es landwirtschaftliche Produkte oder Mineralien – abhängt, ist bekannt. Ebenso, daß die Preisgestaltung bei diesen Produkten für die Länder Afrikas äußerst ungünstig ausfällt, weil der größte Teil des Mehrwerts durch die Weiterverarbeitung in den Industrieländern anfällt. So bekannt sind diese Zusammenhänge und so erfolglos waren alle Versuche, sie zu korrigieren (UNCTAD, Rohstoffabkommen), daß es fast altmodisch geworden ist, sich über die ungünstige Entwicklung der *terms of trade* (Austauschbedingungen zwischen Importen und Exporten) aufzuhalten.

Diese »alte« Abhängigkeit wird aber heute noch überlagert und verstärkt durch die neue Abhängigkeit, die in der Verschuldungskrise gipfelt. Vor allem in den siebziger Jahren hat Afrika mit einem ehrgeizigen Industrialisierungsprogramm versucht, seinen Rückstand aufzuholen und seine Abhängigkeit vom Export von Rohstoffen zu vermindern. Heute muß man feststellen, daß diese Industrialisierung weitgehend mißlungen ist. Ihre Importabhängigkeit (Investitionsgüter, Energie, Ersatzteile, auch Rohstoffe) setzte Afrikas beschränkte Fähigkeit zum Erwerb von Devisen nur noch mehr unter Druck. Ihre Abhängigkeit von importiertem Kapital hat zu einer Verschuldung geführt, die in extremen Fällen mehr als die jährlichen Devisenerlöse kostet und die Afrika jeden wirtschaftlichen Spielraum nimmt. Drei Beispiele sollen die anhaltende Abhängigkeit vom Export von Rohstoffen und die neue Abhängigkeit von einer importabhängigen Industrialisierung und der daraus resultierenden Verschuldung aufzeigen.

Fallbeispiel: Senegal und die Erdnuß

Die Erdnuß ist ein besonders krasses Beispiel fortgesetzter kolonialer Abhängigkeit. Die Franzosen hatten in ihren Kolonien im Trockengürtel Afrikas die Erdnußproduktion gefördert, um Hand auf den damals wichtigen Markt für Speiseöl legen zu können. Die Produktionsstruktur ganzer Länder wurde auf die Erdnuß

umgestellt. Aber heute wird Erdnußöl zusehends durch US-amerikanisches Sojaöl vom Markt verdrängt. Sojaöl hat seinen Anteil von fünf Prozent in den fünfziger Jahren auf 30 Prozent 1980 erhöht. Senegal, das westafrikanische Sahel-Land, das Frankreich der »Diktatur der Erdnuß« (*dictature de l'arachide*) unterworfen hatte, gerät dadurch in äußerste Bedrängnis. Das Hauptexportprodukt des Landes, von dem das Wohl und Wehe fast der gesamten Landwirtschaft und damit der Mehrheit der Bevölkerung abhängt, droht buchstäblich überflüssig zu werden.



»In einer Flasche Erdnußöl aus Senegal steckt 70mal mehr menschliche Arbeit als in einer Flasche Sojaöl aus den USA«, sagt ein Wirtschaftsexperte in der senegalischen Hauptstadt Dakar. Wenn man die Arbeit mit einbezieht, die in den Inputs der hochmechanisierten US-amerikanischen Sojaindustrie enthalten ist, sind es immer noch 30mal mehr Arbeitsstunden. Dieses Mißverhältnis mag die Konkurrenzsituation mit erklären, in der sich die Erdnuß gegenüber dem US-amerikanischen Sojaöl befindet.

Der Grund für diese Entwicklung ist einfach: In den USA werden Sojabohnen nicht wegen ihres Öls angepflanzt, sondern wegen ihres Werts als proteinreiches Viehfutter. Das Öl ist ein reines Nebenprodukt – um nicht zu sagen: Abfallprodukt – bei der Herstellung von Sojakuchen für die intensive Viehhaltung. Deshalb können die USA Sojaöl zu Wegwerfpreisen abgeben. Das Sortiment in den Detailgeschäften zeugt davon. Senegal dagegen ist immer noch weitgehend von der Erdnuß abhängig. Trotz Bemühungen zur Diversifikation macht die Erdnuß immer noch zwischen 30 und 40 Prozent der senegalesischen Exporte aus. 40 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche werden von der Erdnuß belegt. Angesichts des trockenen Sahel-Klimas, das den größten Teil des Landes prägt, hat Senegal kaum eine Alternative zur genügsamen Erdnuß.

Die unselige Abhängigkeit Senegals von der Erdnuß demonstrierte mit aller Deutlichkeit das Erntejahr 1980/81. Infolge ungenügender Regenfälle sank die Produktion ins Bodenlose. Statt einer Idealernte von einer Million Tonnen lieferten Senegals Bauern nur 194 000 Tonnen ab. Die Einnahmen aus dem Export von Erdnüssen sanken von 74 Milliarden CFA (1979) auf nur noch sechs Milliarden CFA (480 Millionen Mark beziehungsweise 39 Millionen Mark).

Eine schwere Wirtschaftskrise war die Folge. Senegal konnte nur noch die Hälfte seiner Importe mit Exporten abdecken. Das Handelsbilanzdefizit erreichte 130 Milliarden CFA (843 Millionen Mark), und nur dank kräftiger Zuschüsse durch Frankreich und einige arabische Länder konnte das Zahlungsbilanzdefizit bei 50 Milliarden CFA (324 Millionen Mark) gehalten werden. Damit das Erdnußöl nicht völlig vom europäischen Markt verschwand, mußte Senegal nun selber für den Eigenbedarf Sojaöl einführen – eine wahrhaft absurde Konsequenz der »Diktatur der Erdnuß«.

In einem normalen Jahr erwartet man nun wieder eine Produktion von 600 000 bis 700 000 Tonnen. Doch sind unterdessen die Weltmarktpreise stark gesunken. Galt ein Liter Erdnußöl 1981 im Hafen von Marseille noch 5,50 französische Franc (2,29 Mark), so waren es ein Jahr später nur noch 3,50 Franc (1,29 Mark). Zu diesem Preis wurde aber die Produktion von Erdnüssen für den Bauern uninteressant bis unrentabel. Der senegalesische Staat mußte deshalb dem Bauern einen Preis bieten, der (unter Berücksichtigung der Kosten für Verarbeitung und Transport) über dem Weltmarktpreis lag. Der Bauer erhielt nun für das Kilo ungeschälte Erdnüsse 70 CFA, wovon zehn CFA für Saatgut und Dünger abgezogen wurden. Der Staat garantierte also einen Preis von

60 CFA (39 Pfennig). Man schätzte, daß dieser Preis eine Subvention von 20 CFA (13 Pfennig) enthielt. (Ab 1986 wurde auch der Erdnuß-Markt liberalisiert, der Staat setzt nicht mehr Fixpreise, sondern nur noch Mindestpreise fest.)

Ein Liter Erdnußöl kostete zur selben Zeit in der Schweiz im Durchschnitt fünf Franken (sechs Mark), verglichen mit 1,05 Franken im Hafen von Marseille. Nach Abzug von Transport- und Verarbeitungskosten verblieben dem senegalesischen Bauern für einen Liter Öl, zu dessen Herstellung er etwa 2,5 Kilo Erdnüsse braucht, 60 Rappen (72 Pfennig). Wo aber blieb die fast 400prozentige Differenz zwischen dem Ladenpreis in der Schweiz und dem Preis franko Marseille? Nicht nur im Zwischen- und Detailhandel. Der schweizerische Staat schöpfte zum Schutz der einheimischen Rapsbauern auch noch eine Abgabe ab. Letztlich dürfte also die Schweizer Staatskasse an der Erdnuß mehr verdient haben als die senegalesischen Bauern.

Senegal erließ seinen Bauern auch 27 Milliarden CFA (175 Millionen Mark), die sie den Genossenschaften für Saatgut und Dünger schuldeten. Dieses »Geschenk« war eine absolute Notwendigkeit, denn die Bauern hätten ihre Schulden ohnehin nicht zurückzahlen können. Hätte man die Schulden – wie auch schon geschehen – mit Gewalt einzutreiben versucht, hätten sich die Bauern wohl vermehrt von der Erdnußproduktion abgewandt und sich auf die Produktion für den Eigenbedarf konzentriert.

Nun hatte der Staat jahrzehntelang (und schon während der Kolonialzeit) auf dem Rücken der Erdnußbauern gelebt. Er hatte mit den Einnahmen aus der Erdnußproduktion den städtischen Sektor und den Wasserkopf Dakar aufgebaut, einen überdimensionierten, kostspieligen Beamtenapparat mit zahllosen Privilegien finanziert. Plötzlich sah sich derselbe Staat gezwungen, seine Erdnußbauern zu subventionieren, um zu vermeiden, daß die Produktion zusammenbrach und die Handelsbilanz völlig aus den Fugen geriet.

Auf die Dauer ist dieser Zustand freilich unhaltbar. Bei einer Produktion von 800 000 Tonnen Erdnüssen wäre eine Subvention von 16 Milliarden CFA (104 Millionen Mark) fällig. Senegal exportierte mit Verlusten, um sich die Devisen für die nötigen Importe zu beschaffen – darunter 300 000 Tonnen Reis. Billiger wäre es gewesen, die Bauern hätten Hirse für den Bedarf der Städte als subventionierte Erdnüsse für den Export produziert. Aber die Städter wollen nun einmal Reis und Weizen haben. Hirse liegt ihnen nicht mehr.

Dabei sind die ökologischen Folgen der Monokultur Erdnuß besorgniserregend. Die Erdnuß ist eine Frucht, die gejätet werden muß. Es ist also kein Unkraut da, das (wie bei der Hirse) den Boden zusammenhält und vor Erosion durch den Regen schützt. Bei der Ernte muß die Pflanze ganz ausgerissen werden. Danach bleibt die bloße Erde neun Monate lang, bis zur nächsten Regenzeit, schutzlos der Winderosion preisgegeben.

Früher haben die Bauern diese Probleme durch ausgedehnte Brachzeiten gelöst. Drei von neun Jahren ließen sie die Erde in einem ausgeklügelten Rotationssystem ruhen. Heute ist das nicht mehr möglich. Nicht nur das rasche Bevölkerungswachstum, sondern mehr noch der Zwang zu vermehrter Produktion haben die Brache verdrängt. Oft werden jetzt in den früheren Brachejahren Erdnüsse angepflanzt. Statt daß der Boden ruht und ihm neues organisches Material zugeführt erhält, wird er weiter ausgelaugt.

Die Folgen sind verheerend. Schon nach drei Jahren ist der Boden weitgehend erschöpft. Im vierten Jahr gibt er nur noch 40 Prozent, im fünften Jahr nur noch 27 Prozent der ursprünglichen Erträge her. In weiten Teilen Senegals hat die Erdnuß zu einer deutlichen und bleibenden Abnahme der Bodenfruchtbarkeit geführt. In der Region Thyss-Kaymore zum Beispiel sanken die Erträge von 2,5 Tonnen pro Hektar (1940) auf nur noch eine Tonne pro Hektar.

Die Erdnuß ist ein Paradebeispiel für die Zwänge der nachkolonialen Wirtschaft, für das Ungleichgewicht zwischen Nord und Süd. Senegal exportiert buchstäblich die Fruchtbarkeit seiner Böden – und bezahlt dabei noch drauf. Das Land wurde – mit der Erhebung von Steuern durch die Kolonialverwaltung – in die Abhängigkeit von der Monokultur Erdnuß gezwungen. Doch jetzt ist die Erdnuß überflüssig geworden, das US-amerikanische Sojaöl hat den Sieg davongetragen. Einzige Hoffnung bleibt die ehemalige Kolonialmacht Frankreich. »Frankreich muß Erdnußöl kaufen«, sagt ein Experte in Dakar. Aus politischen Gründen, weil sonst die Wirtschaft dieser strategischen prowestlichen Bastion vollends zusammenbricht. Aus wirtschaftlichen Gründen, weil Frankreich den Franc CFA garantiert und damit letztlich für Senegals Zahlungsbilanz aufkommt. Doch die Preisentwicklung zeigt, daß Frankreich zwar die eigenen Rapsbauern, nicht aber die von ihm ebenfalls abhängigen Erdnußbauern im fernen Senegal zu subventionieren bereit ist.

Wir brauchen hier die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge, die hinter diesem Beispiel stehen, nicht mehr im Detail zu disku-

tieren. Dazu ist alles schon gesagt und während mindestens zwei Jahrzehnten erfolglos wiederholt worden. Nur ausnahmsweise ist es zu halbwegs befriedigenden Lösungen (zum Beispiel Kaffeeabkommen) gekommen. Insgesamt gesehen ist das lästige Problem lediglich verdrängt worden. Man spricht nicht mehr von Preisen, sondern von Schulden (obwohl natürlich das eine mit dem anderen direkt zusammenhängt). Man hält sich lieber an die hausgemachten Probleme Afrikas als an die von außen aufgezwungenen. Da spricht das Beispiel aus Senegal, dem eine fast endlose Reihe weiterer Beispiele angefügt werden könnte, für sich selbst. Nur zwei Aspekte seien hier – noch einmal – hervorgehoben:

● Der Druck auf die Ökologie: Der Erdnußanbau in Senegal hat nicht wiedergutzumachende ökologische Konsequenzen. Ähnliches gilt auch für andere Exportkulturen wie Baumwolle, die in marginalen Gegenden angebaut werden, und es gilt insbesondere vom fortgesetzten Raubbau am westafrikanischen Regenwald, der Klimaveränderungen mit unabsehbaren Folgen verursachen kann. Das ist wie im Bergbau: Was einmal herausgeholt worden ist, kommt nicht mehr nach. Vor allem im Sahel konkurrenziert die Produktion für den Export nicht nur direkt die Nahrungsmittelproduktion, sondern sie entzieht ihr auch langfristig die Grundlage. Nach einem halben Jahrhundert Erdnuß- oder Baumwollproduktion stehen diese Länder nicht etwa besser da, sie haben durch den Export ihrer Produkte – und ihrer Bodenfruchtbarkeit – nicht eine Wirtschaft aufbauen können, die sie von den spärlichen und unzuverlässigen Regenfällen unabhängiger gemacht hätte. Sie haben heute im Gegenteil auf schlechteren Böden mehr Menschen zu erhalten.

● Die Verfälschung des Marktes: Es wird immer wieder betont, daß die Weltmarktpreise, die den Rohstoffproduzenten so übel mitspielen, eben von dem eisernen Gesetz von Angebot und Nachfrage bestimmt und damit gewissermaßen gottgegeben seien. Bei einer Reihe von Rohstoffen mag dieses Gesetz tatsächlich eine Rolle spielen, auch wenn sich das Spiel von Angebot und Nachfrage in den Industrieländern anders auswirkt als in den Dritte-Welt-Ländern. Eine Kupfermine in den USA wird ihre Produktion reduzieren oder ganz einstellen, wenn die Gestehungskosten höher liegen als die Weltmarktpreise. Sambia hingegen wird auch noch mit Verlusten Kupfer exportieren müssen, weil sich das Land nur so die benötigten Devisen beschaffen kann.

Gerade für landwirtschaftliche Produkte gibt es hingegen nur ausnahmsweise so etwas wie einen »freien Markt«. 85 Prozent des Weltzuckerkonsums zum Beispiel werden auf regulierten und

subventionierten Quota-Märkten umgeschlagen. Nur 15 Prozent unterliegen dem Spiel von Angebot und Nachfrage. Auf diesen eingeengten »Weltmarkt« drängen alle Überschüsse aus den Subventionsländern. Der Preis, der so entsteht, hat folglich nichts mehr mit der Wirklichkeit und insbesondere mit den Produktionskosten zu tun. Die Länder Afrikas, die die Selbstversorgung mit Zucker anstreben, haben deshalb Gestehungskosten, die zwei- bis dreimal über dem Weltmarktpreis liegen können. Es sind die Subventionsmechanismen der Industrieländer in Europa und Nordamerika, die den senegalesischen Erdnußbauern oder den tschadischen Baumwollbauern aus dem Markt werfen.

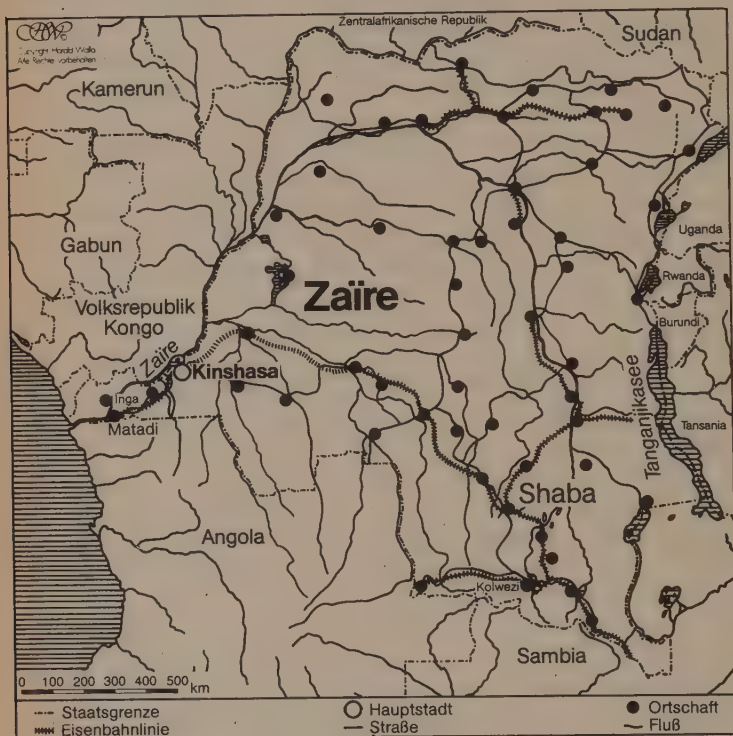
Afrika als Rohstoffexporteur wird immer am schwächeren Hebelarm sitzen. Es kann diese Exporte mengenmäßig kaum noch ausweiten, und auf die Preisgestaltung hat es keinerlei Einfluß. Deshalb hat Afrika versucht, sich aus diesen Verstrickungen zu lösen und, südostasiatischen Beispielen folgend, eine eigene industrielle Basis aufzubauen. Aber damit, so muß man Mitte der achtziger Jahre feststellen, hat sich der Kontinent nur in eine neue Abhängigkeit begeben: in die vermehrte Abhängigkeit von Importen für die Industrie und in die tödliche Abhängigkeit der Verschuldung. Neue Exportmöglichkeiten dagegen haben sich kaum eröffnet.

Das Bedürfnis, den Import von Konsumgütern durch eigene Produkte zu ersetzen (Importsubstitution) und dadurch Arbeitsplätze für die rasch wachsende Bevölkerung zu schaffen, ist an sich verständlich. Die Erfahrung mußte erst gemacht werden, daß selbst das mit vielen Problemen und hohen Kosten behaftet sein kann. Darüber hinaus ist der Kontinent aber voll von Industrialisierungsversuchen, die so ambitiös angelegt waren, daß sie von vornherein nie zum Funktionieren kommen konnten. Die Folgekosten solcher gigantischen Fehlinvestitionen gehen in die Milliarden und belasten heute die Wirtschaft mancher Länder schwer. Zwei Beispiele für die größtenwahnsinnige Verschleuderung von Geldern, die wesentlich zur Schuldenlast der betreffenden Länder beitrugen, mögen das belegen.

Fallbeispiel: Inga, Zaire

40 000 Megawatt elektrische Energie, so dachte man noch Anfang der siebziger Jahre in grenzenloser Euphorie, könnten am Unterlauf des Zaire-Flusses in Zaire produziert werden. Das wären damals 59 Prozent der Elektrizitätsproduktion der gesamten Europäischen Gemeinschaft gewesen und hätte der Kapazität von

40 modernen Kernkraftwerken entsprochen. Der Zaire, nach dem Amazonas der größte Fluß der Welt, führt an seinem Unterlauf 42 Millionen Liter Wasser pro Sekunde: zweifellos ein gewaltiges Potential an Wasserkraft, zumal diese Wassermenge das ganze Jahr über ziemlich konstant bleibt. Das Problem, so stellte sich nach Investitionen in Milliardenhöhe heraus, war nicht, die Elektrizität zu produzieren, sondern sie zu gebrauchen.



Der Zaire oder Kongo, wie man auf der anderen Seite des Flusses immer noch sagt, strebt unterhalb von Kinshasa in mächtigen, 300 Kilometer langen Stromschnellen dem Atlantik zu. Diese Stromschnellen waren schon für die kolonialen Eroberer ein gewaltiges Hindernis: Alle Güter mußten mit Trägern nach Kinshasa (damals Léopoldville) auf der belgischen und Brazzaville auf der französischen Seite transportiert werden. Erst oberhalb der beiden Städte, die diesem Umstand ihre Existenz verdanken, wurde der Strom schiffbar und erlaubte Stanley, de Brazza, Marchand und anderen das Vordringen in die Urwälder Zentralafrikas.

Schon die Belgier fanden heraus, daß sich der Fluß unterhalb dieser Stromschnellen, an einem gottverlassenen Ort namens Inga, für die Produktion billiger Elektrizität eignen würde. Nach der Unabhängigkeit nahm der Plan von Groß-Inga Gestalt an, der Plan für ein riesiges Wasserkraftwerk, das die gesamte Wassermenge des Zaire nutzen würde. Die Realisierung geriet dann wesentlich kleiner – und doch noch viel zu groß.

Im Sommer 1982 wurde die zweite Stufe des Kraftwerks, Inga II, betriebsfertig. Aber Inga II wird wohl den Betrieb nie voll aufnehmen. Inga I und Inga II könnten zusammen eine Leistung von 1760 Megawatt produzieren (genug, um 17 Millionen 100-Watt-Birnen gleichzeitig zum Brennen zu bringen). Das angeschlossene Netz absorbierte aber zur Spitzenzeit nur 190 Megawatt, ganze zwölf Prozent also. Dazu hätte auch bei zunehmendem Bedarf das alte Werk (Inga I, sechs Generatoren, 360 Megawatt) noch lange gereicht. Um wenigstens einen Teil des Stroms brauchen zu können, mußte man eine sündhaft teure Überlandleitung zu den Kupferminen von Shaba bauen, die jedoch eigentlich ebenfalls überflüssig war.

Zahlen über die effektiven Kosten des Inga-Komplexes werden unter Verschluß gehalten. Sie machen aber mehr als die Hälfte des Schuldenbergs von 4,5 Milliarden Dollar aus, dessen Verzinsung und Rückzahlung das Land buchstäblich ausbluten. Die Überlandleitung nach Shaba allein kostete 1,3 Milliarden Dollar. Die zum größten Teil überflüssigen Investitionen für das größtensinnige Inga II waren es, die Zaire in den Ruin stürzten. Inga wurde von einem Zukunftstraum zu einem Alptraum. Schon bei seiner Fertigstellung war das Werk eine Entwicklungsruine, eine Fehlinvestition, an der sich freilich Deutsche (Siemens), Schweizer (Escher Wyss), Italiener, Belgier, Franzosen und US-Amerikaner eine goldene Nase verdient hatten – im vollen Bewußtsein, daß gar kein Bedarf bestand und für die ganze Kapazität auch nie bestehen wird.

Schon die Fahrt nach Inga (440 Kilometer westlich von Kinshasa) zeigt den eklatanten Widerspruch zwischen ärmlicher Wirklichkeit und euphorischem Fortschrittsglauben. Bei der verammelten Stadt Matadi, Zaires einzigem Hafen, überquerten wir bei unserem Besuch (1983) den Zaire-Fluß noch mit einer Fähre. Eine Brücke, die die Bundesrepublik Deutschland gespendet hat – man muß sich ja für die profitablen Industrieaufträge erkenntlich zeigen –, war im Bau. Hinter dem Fluß liegt eine einsame Landschaft aus hohem Gras mit tropisch üppigen Bäumen, vielleicht immer schon eine Art Steppe, vielleicht abgeholzter

Urwald. Vor dem Bau der Straße und des Kraftwerks gab es hier noch Büffel, und die ersten Ingenieure gingen noch zur Jagd. Nur selten stößt man auf ein paar bescheidene Lehmhütten, um die herum sich Kinder, Hühner, Ziegen und Schweine tummeln. Es herrscht das übliche Waschküchenklima der afrikanischen Küstengebiete.

Hinter einer scharf bewachten Schranke – nur auf gewundenen Wegen erhält man Zugang zu Inga – kommt man zunächst zum Dorf der *expatriés*, der ausländischen Fachleute. Hier wohnten während der Bauzeit Scharen von Bau-, Elektro- und anderen Ingenieuren. Champagner floß billig; alle Luxusgüter Europas waren zu haben. Die weißen Techniker und ihre frustrierten Ehefrauen mußten ja auf dieser künstlichen Insel mitten in der Wildnis bei Laune gehalten werden. Später wurde es ruhiger in dem Dorf, die meisten weißen Fachleute zogen ab. Nur im bescheideneren Dorf der Einheimischen – es steht in gebührender Distanz – herrscht noch Leben.

»Bellevue« heißt eine Art Aussichtsterrasse, von der aus man die gigantische Kraftwerkanlage überblicken kann. In der Ferne sieht man die Stromschnellen, wo sich die Wassermengen des Zaire schäumend zwischen riesigen Felsbrocken hindurchzwängen. Darunter wird ein Teil des Flußwassers abgeleitet und zu den beiden Kraftwerken geführt. Nicht das Gefälle, sondern die gewaltigen Wassermassen liefern den Druck, um die insgesamt 14 Turbinen von Inga I und Inga II zu betreiben. Ein wahres Chaos von Kabeln, Masten, Transformatoren.

Den Höhepunkt des technischen Aufwands bilden die zwei gewaltigen, von US-Amerikanern gebauten Stationen, in denen der im Kraftwerk erzeugte Wechselstrom in Gleichstrom umgewandelt wird. »Wie in einem amerikanischen Raumzentrum fühlt man sich hier«, schwärmte ein Techniker bei unserem Besuch einige Monate vor der Eröffnung der Überlandleitung. »So einen Raum werden Sie in Ihrem Leben nie wieder betreten. Wenn das Ding einmal in Betrieb ist, steht hier alles unter Spannung. Deshalb gibt es hier drin auch keine Ecken.« In den riesigen Hallen herrschte Eiseskälte, die in krassem Gegensatz zur Treibhauswärme draußen stand.

Wechselstrom wird hier in Gleichstrom umgewandelt, damit er auf die 1700 Kilometer lange Reise zu den Kupferminen von Shaba geschickt werden kann. »Würde eine gewöhnliche Hochspannungsleitung verwendet, käme vom Strom am Bestimmungsort nicht mehr viel an«, erklärt ein Experte. Solche Gleichstromleitungen (technisch HGÜ, Hochspannungs-Gleichstrom-Über-

tragung) gibt es nur ein halbes Dutzend auf der Welt, in Afrika noch die von Caborra Bassa in Moçambique nach Südafrika.

Die Leitung von Inga nach Kolwezi in Shaba ist mit Abstand die längste. Wegen der Länge muß auch noch der Negativpol über Draht geführt werden statt, wie noch im Fall von Cabora Bassa, über Erde. Experten befürchteten schon vor der Fertigstellung der Leitung mit 8 500 Masten, daß die Länge und das Klima in den unwegsamen Regenwäldern mit heftigen Tropengewittern technische Probleme schaffen werden. Tatsächlich schaltete dann die Leitung häufig ab.

Die HGÜ-Leitung nach Shaba ist der Punkt, wo Inga II zum Skandal II wurde. Denn die Leitung ist schlicht überflüssig. Shaba hat genug eigenen Strom, und ein eventuelles künftiges Energie-defizit hätte man um ein Vielfaches billiger durch ein lokales Kraftwerk decken können. Der Bau der kostspieligen Leitung hat rein politische Gründe: Shaba ist ein politisch ungewisses Terrain für Staatspräsident Mobutu. Die beiden Shaba-Kriege von 1977 und 1978 waren zwar von Mobutu-Gegnern in Angola ausgegangen (den sogenannten Katanga-Gendarmen), aber sie hatten gezeigt, daß sich auch die Bevölkerung mit den Anliegen der Aufständischen identifizierte. Die Überlandleitung sollte deshalb Shaba an die Leine legen. Indem Mobutu, ein notorischer Wirtschaftskrimineller und Milliardendieb, Shaba vom Strom aus Inga abhängig machte, stellte er sicher, daß die sezeptionsfreudige Provinz, die einen großen Teil von Zaires potentielltem Reichtum in ihren Grenzen liegen hat, Wohlverhalten an den Tag legt. Für über eine Milliarde Dollar hatte Mobutu erreicht, daß er buchstäblich am Drücker sitzt, mit dem er der Kupferprovinz den Strom abstellen kann.

HGÜ-Leitungen haben übrigens die Besonderheit, daß unterwegs kein Strom abgezapft werden kann. Dazu wäre jedesmal eine viel zu kostspielige Umwandlungsstation zurück zu Wechselstrom nötig. Auf den ganzen 1 700 Kilometern wird die Shaba-Leitung also keine einzige Glühbirne zum Leuchten bringen.

Die Shaba-Leitung war für die Anfangszeit für 200 Megawatt ausgelegt, später vielleicht auch mehr. Auch das steht jedoch in einem krassen Mißverhältnis zu den 1 760 Megawatt Kapazität von Inga I und II. Man kann elektrische Energie eben nur begrenzt transportieren und exportieren - außer in Form von Aluminium. 70 Prozent der Produktionskosten von Aluminium sind Energiekosten.

Ein vom Schweizer Multi Alusuisse angeführtes Konsortium machte sich deshalb anheischig, dem Unsinn von Inga doch noch

einen Sinn abzugewinnen. Das Rezept hieß: Bauxit aus Guinea plus Strom aus Inga gleich Aluminium für die Industrieländer. Investitionskosten: eine runde Milliarde Dollar.

Selbst ein großes Aluminiumwerk – geplant waren 150 000 Tonnen jährlich – könnte aber lediglich 16 Prozent, nämlich 280 Megawatt, der Kapazität von Inga abnehmen. Sonst hätte Zaïre von diesen Plänen kaum viel profitiert. Ein Insider, der die bereits vorbereiteten Verträge gesehen hatte, meinte: »Für Zaïre fällt dabei gar nichts ab.« Mit einer Milliarde Dollar hätte man etwa 2 000 Arbeitsplätze geschaffen. Das hätte eine Investition von 500 000 Dollar pro Arbeitsplatz ergeben – ein Irrwitz in einem Land, in dem es mehr Arbeitslose als Arbeiter gibt. Das Aluminiumwerk der Alusuisse wäre im wesentlichen Stromabnehmer geblieben, der Binnenwirtschaft von Zaïre wären keine nennenswerten Impulse vermittelt worden. Hingegen hätte das Werk eine beträchtliche Umweltbelastung mit sich gebracht.

Der Plan eines gewaltigen Aluminiumwerks bei Inga starb schließlich nicht nur an der plötzlichen Aluminium-Baisse, die den Glauben an ein problemloses, stetiges Wachsen der Absatzmärkte erschütterte. Das Werk wäre nicht möglich gewesen ohne einen modernen Tiefseehafen. Das riesige Zaïre mit 2,3 Millionen Quadratkilometern Fläche und bald 35 Millionen Einwohnern verfügt nur über den Flußhafen von Matadi, 220 Kilometer vom Meer entfernt und nur neun Meter tief. Der Hafen hat nur zehn Anlegeplätze, und das für vergleichsweise kleine Schiffe. Der Bedarf an öffentlichen Mitteln für die erste Ausbaustufe eines neuen Hafens bei Banana an der Zaïre-Mündung würde rund 300 Millionen Dollar betragen.

Aber Ende 1983, als Mobutu die Überlandleitung Inga-Kolwezi einweihte, war Zaïre bereits bankrott. Niemand sprach im Ernst mehr von einem neuen Hafen oder von sonstigen Investitionen. Man sprach nur noch von Schulden.

Drei Faktoren hatten Zaires Wirtschaft kaputtgemacht: Die beschriebene Verschuldung infolge größenwahnsinniger Fehlinvestitionen war einer davon. Schwer wiegt aber auch die Korruption, die in Zaïre zum wirtschaftlichen und politischen System gehört. Unten in der Gesellschaft kann bei lächerlich geringen Löhnen ohne *matabiche* (das allgegenwärtige Wort für Bestechungsgelder) niemand überleben. Und oben ist es geradezu eine Funktion der Korruption – aber hier in großem Ausmaß –, die Stabilität des politischen Systems zu garantieren. Jede Persönlichkeit von Gewicht hat Anrecht, für ihre Loyalität zum Mobutu-Regime entschädigt zu werden.

Mobutu selber hat sich aus den Erlösen des Landes, aus Kupfer, Kobalt und Diamanten schätzungsweise vier Milliarden Dollar in die eigene Tasche gesteckt. Er ist damit Afrikas Meisterdieb: ein wahrer Kleptokrat. Viele Milliarden mehr wird es gekostet haben, andere wichtige Stützen des Regimes bei Laune zu halten, Milliarden, die noch dazu in großem Ausmaß ins Ausland geschmuggelt wurden.

Der dritte Faktor war in den siebziger Jahren die »Zairianisierung« der Wirtschaft gewesen. Im Klartext bedeutete »Zairianisierung«, daß Mobutu ausländische Unternehmen kurzerhand enteignete und an die politisch einflußreichen Leute vergab. Auf gröbere Weise hat sich kaum je eine Staatsklasse die nationale Wirtschaft angeeignet. Die Folge war ein Zusammenbruch von Handel und Wandel, den Zaire nie wiedergutmachen konnte.

1983 kam die Wende. Das wegen seines unseriösen Finanzgebarens in Verruf geratene Zaire wurde zum Musterknaben des Internationalen Währungsfonds (IWF). Zaire wertete seine grotesk verfälschte Währung um 77,5 Prozent ab; Importe und der Zugang zu Devisen wurden liberalisiert, Profite und Dividenden ausländischer Firmen durften wieder repatriiert werden; die Preise für landwirtschaftliche Produkte wurden freigegeben, mit dem Effekt, daß auch die Produktion anstieg; die parastaatlichen Gesellschaften, vor allem die Minengesellschaft Gecamines und die unerhört korrupte Vermarktungsgesellschaft für Mineralien, Sozacom, wurden reorganisiert und zurückgestutzt. Vor allem zahlte Zaire nun brav seine umgeschuldeten Schulden zurück.

28 Prozent seiner Exporterlöse gab Zaire 1984 für die Rückzahlung von Schuldkapital und für Zinsen aus. In jenem Jahr zahlte Zaire 190 Millionen Dollar mehr, als neu ins Land kamen – ein gewaltiger Aderlaß. Das Kapital floß jetzt aus dem Entwicklungsland Zaire in die Industrieländer. 1985 wäre der Schuldendienst ohne Umschuldung auf eine Milliarde Dollar oder 60 Prozent der Exporte zu stehen gekommen. Aber eine Umschuldung ist auch nicht gerade billig, weil die erlassenen Zinsen zum Schuldkapital hinzugeschlagen werden. Nach Schätzungen werden Zaire durch diese Mechanismen in sechs Jahren 1,2 Milliarden Dollar neue Verpflichtungen entstehen, ohne daß das Land irgendeinen neuen finanziellen Impuls erhält. Obwohl Zaire mehr zurück bezahlt, als es neu erhält, wächst der Schuldenberg noch an.

Bezahlen muß natürlich der kleine Mann, vor allem die Lohnabhängigen der unteren Schichten. Für sie ist das Leben so teuer geworden, daß auf dem Markt in Kinshasa die Zwiebeln nun

schon in Viertel geschnitten angeboten werden, damit das Publikum sie sich leisten kann.

Zaire war durch die übliche Behinderung der landwirtschaftlichen Produktion für seine Versorgung mit Grundnahrungsmitteln stark importabhängig geworden, und da schlug die Abwertung des Zaire (so heißt auch die Landeswährung) voll auf die Familienbudgets der Bevölkerung durch. Der Mann auf der Straße zahlt auf diese Weise für die Fehlinvestitionen von Inga, an denen Firmen aus Europa und den USA fettgeworden sind, und für die Korruption der Mobutu-Clique.

Nicht reagiert haben auf die Liberalisierung und das finanzpolitische Wohilverhalten die ausländischen Investoren. Nur bescheidene neue Kapitalbeträge kamen ins Land; man traut offenbar dem Frieden mit dem IWF noch nicht. Irgendwann wird das Mobutu-Regime an seiner eigenen Fäulnis kaputtgehen, scheinen die Kapitalgeber zu überlegen, und die Infrastruktur ist außerordentlich schlecht. Strom wäre allerdings vorhanden.

Fallbeispiel: Ajaokuta, Nigeria.

Noch vor wenigen Jahren war Ajaokuta ein kleines, unbekanntes Fischerdorf in einer fast unberührten Gegend am Lauf des Niger-Flusses im nigerianischen Gliedstaat Kwara. Doch Anfang der achtziger Jahre wurde Ajaokuta plötzlich zu einem der größten Bauplätze der Welt. Auf einer Fläche von rund zehn Quadratkilometern wurde in größter Eile ein Riesenstahlwerk hochgezogen, das im Endausbau die gewaltige Menge von 5,2 Millionen Tonnen Stahl jährlich produzieren sollte. Wo es früher nicht einmal eine Straße gab, schafften bald 30 000 Arbeiter und Ingenieure, darunter an die 4 000 Russen, Seite an Seite mit mehreren hundert Deutschen, Franzosen und anderen Westeuropäern.

Dem Besucher präsentierte sich der riesige Bauplatz 1983 als ein einziges, heillooses Chaos. Schwere Baumaschinen deutscher, französischer und sowjetischer Provenienz fuhren kreuz und quer durch die aufgeworfenen Erdhügel. Da baute einer an einem Kanal, dort einer an einem Straßenstück, hier einer an einem Eisenbahngleis, so daß sich selbst Insider immer wieder einen neuen Weg durch das Labyrinth suchen mußten. Wo die deutsche Baufirma Julius Berger gerade die Fundamente einigermaßen fertiggestellt hatte, installierten die Russen die letzten Maschinen für die erste Walzstraße, die Präsident Shehu Shagari noch rechtzeitig vor den Wahlen einweihen wollte.

Franzosen und Deutsche bauten in Ajaokuta nach sowjetischen Plänen die äußerst komplizierten Fundamente und kilo-



meterlangen unterirdischen Versorgungssysteme. Die Sowjets lieferten und installierten den technischen Teil des integrierten Stahlwerks vom Hochofen bis zum Walzwerk. Während die Westeuropäer eigene Leute möglichst sparsam einsetzten, bauten die Sowjets auf die eigenen Kräfte: Ihre Zahl sollte auf 7 000 ansteigen, und sogar die Kranführerinnen waren Russinnen.

Aus dem Durcheinander, das aussah wie die Welt am ersten Schöpfungstag, ging 1983 als erstes eines von drei geplanten Walzwerken hervor. Man nannte das »rückwärtige Integration«: Zuerst wurde das Walzwerk in Betrieb gesetzt, erst dann war die Produktion von Rohstahl geplant, erst danach sollte der Hochofen zur Eisenherstellung in Betrieb gesetzt werden, erst dann – ja, erst dann sollte sich erweisen, ob sich der Abbau der Eisenerzlager bei Itakpe angesichts ihres geringen Erzgehalts überhaupt lohnt und ob die stark schwefelhaltige Kohle aus der Umgebung überhaupt brauchbar ist.

Von Anfang an gab es absurd anmutende Probleme mit der rückwärtigen Integration. Es war vorgesehen, daß das bestehende Stahlwerk von Aladja beim Hafen von Warri die Knüppel (Rohstahl zum Walzen) liefern sollte, bis der Stahl in Ajaokuta selber

hergestellt werden konnte. Aber es stellte sich heraus, daß die Knüppel aus dem hochmodernen, von den Deutschen gebauten Stahlwerk von Aladja Maße haben, die in dem russischen Walzwerk von Ajaokuta nicht verwendet werden können. Als der damalige Präsident Shehu Shagari am 16. Juli 1983 mit Knopfdruck das erste Walzwerk von Ajaokuta in Betrieb setzte, wußte er vielleicht nicht, daß der Rohstahl für den feierlichen Anlaß eigens aus der Bundesrepublik hatte importiert werden müssen. Die Produktion wurde nach der Einweihung vorerst wieder eingestellt.

Stahl hatte damals für Nigeria absolute Priorität. Mit einer eigenen Stahlindustrie wollte das wirtschaftlich (Erdöl) und bevölkerungsmäßig (rund 100 Millionen Einwohner) wichtigste Land Afrikas den technologischen Durchbruch erzielen, wollte es die Abhängigkeit von den Industriestaaten abschütteln. Milliarden aus seinen Erdöleinnahmen steckte Nigeria deshalb in die Entwicklung der Stahlindustrie. »Der wirtschaftliche Fortschritt einer Nation wird heute gemessen an der Stahlmenge, die ein Land produziert und konsumiert«, formulierte Stahlminister Mallam Mannam Ali Makele die offizielle Lehre. »Der verfügbare Informationsstand besagt, daß die wirtschaftlich, politisch und militärisch mächtigsten Länder der heutigen Welt die größten Stahlproduzenten und -konsumenten sind ... Ohne Stahl kann es keine Basisindustrie geben.«

Ob allerdings der kostspielige Aufbau einer eigenen Stahlindustrie tatsächlich der strategische Punkt ist, an dem sich der Teufelskreis der Unterentwicklung sprengen läßt, ist mehr als zweifelhaft. Nigerias Stahlprogramm war auf jeden Fall viel zu groß angelegt und von Anfang an mit vielen Ungereimtheiten und Unwägbarkeiten belastet. Dazu gehörte natürlich, daß Nigeria die Stahlzeit in einem Moment zu betreten sich anschickte, wo selbst die europäischen und nordamerikanischen Stahlkocher um ihre Existenz zu kämpfen begannen, wo staatliche Subventionen die Preise verfälschten und wo Überproduktion den Markt überschwemmte. Nie hätte Nigeria Stahl auf dem Weltmarkt billiger haben können als gerade jetzt, als es im großen Stil selber Stahl produzieren wollte. Experten meinen, daß die Gestehungskosten des nigerianischen Stahls zwischen dem Doppelten bis Dreifachen des Weltmarktpreises liegen.

Als die erste Walzstraße von Ajaokuta eingeweiht wurde, waren bereits dezentralisierte Walzwerke in Katsina im Norden, Jos im Zentrum und Oshogbo im Westen in Betrieb, die von dem Stahlwerk von Aladja bei Warri mit Rohstahl versorgt wurden. Nur: Warri liegt an einer Wasserstraße, nicht aber die drei Inland-

walzwerke. Die drei Inlandwalzwerke haben Eisenbahnanschluß (oder doch bis auf 180 Kilometer im Fall von Katsina), nicht aber Warri. Also müssen gewaltige Mengen von Rohmaterialien und Stahlprodukten – jedes der drei Walzwerke braucht allein 80 Tonnen Stahl pro Stunde – über Hunderte von Kilometern auf der Straße kreuz und quer durch das Land gekarrt werden.

Die Transportprobleme sind ungeheuerlich. Nur schon für die erste Phase des Ajaokuta-Stahlkomplexes mit einer Produktion von 1,3 Millionen Tonnen Stahl müssen jährlich 6,6 Millionen Tonnen Rohstoffe und Fertigprodukte im Land herumkutschiert werden. 2,9 Millionen Tonnen sind es im Fall von Aladja. Der Niger-Fluß, an dem Ajaokuta liegt, ist nur das halbe Jahr schiffbar. Der Bau eines Flußhafens wurde zwar in Angriff genommen, und man begann, den Fluß auszubaggern, um ihn das ganze Jahr schiffbar zu machen. Aber der Einbruch der Öleinnahmen verzögerte dieses Vorhaben. Den schrumpfenden Öleinnahmen fiel auch eine geplante Eisenbahn – sie wäre die erste Normalspurbahn südlich der Sahara geworden – vom Hafen Port Harcourt nach Ajaokuta zum Opfer. Die deutsche Baufirma Julius Berger baute trotzdem noch eine teure Eisenbahnbrücke über den Niger, als man längst wußte, daß die dazugehörige Eisenbahn gestrichen war – man hatte halt vergessen, den Auftrag für die Brücke zu stornieren.

Der Transport der gewaltigen Materialmengen – ein einziger Stahlknüppel wiegt 1,3 Tonnen – muß also zu enormen Kosten über Nigerias ohnehin überlastetes Straßennetz gehen. Schon das allein macht es unmöglich, die angestrebten Kapazitäten zu erreichen. Ajaokuta ist offensichtlich nicht der ideale Standort. Selbst wenn sich die Erz- und Kohlevorkommen in der Nähe einmal als brauchbar erweisen, wird es Jahre dauern, bis sie abgebaut werden können. Bis dahin muß alles Erz und alle Kohle importiert und über 400 Kilometer auf der Straße herangeschafft werden.

Die Kosten für den Aufbau einer eigenen Stahlindustrie sind enorm. 850 Millionen Dollar kostete allein das Stahlwerk von Aladja, 340 Millionen Dollar waren für die drei Walzwerke von Oshogbo, Jos und Katsina aufzubringen. Auf 3,3 Milliarden Dollar schätzte die »Financial Times« 1983 die Kosten für die erste Phase des Stahlkomplexes von Ajaokuta, einschließlich Infrastruktur. Alles in allem also die stolze Summe von rund 4,5 Milliarden Dollar. Doch schon, als die erste Stufe von Ajaokuta – das Walzwerk – eingeweiht wurde, geriet das Projekt in Zahlungsschwierigkeiten.

Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung in Nigeria, seit das Land in den siebziger Jahren von einer Welle von Petrodollars buchstäblich überschwemmt wurde, kommt man zu dem Schluß, das Land wäre heute besser dran, wenn auf seinem Territorium nie Erdöl gefunden worden wäre. Nigeria verhielt sich wie ein Bettler, der das große Los gewinnt. Der Staat und die Minderheit seiner Bürger, die Zugang zu dem Ölsegen hatten, warfen das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinaus; man glaubte, die Welt kaufen zu können. Das war die Zeit, als Hunderte von Schiffen vor Lagos lagen und wochenlang warteten, bis sie ihre Ladung löschen konnten; in aller Eile baute man damals den Hafen von Tincan Island, den Nigeria heute bereits nicht mehr brauchen würde. Das war die Zeit, als man im überkochenden Lagos das Autofahren nach Wochentagen auf Autos mit geraden oder mit ungeraden Nummern beschränken mußte.

Nigeria wurde regelrecht importsüchtig. Im Überschwang des Ölbooms wurde vor allem die Landwirtschaft schwer vernachlässigt, als hätte man die Bauern und ihre Produktion nicht mehr nötig. Bevor das Öl über Nigeria hereinbrach, ernährte sich das Land nicht nur selber, es war auch ein wichtiger Exporteur von Palmöl, Kakao und Erdnüssen. Doch wenige Jahre des Ölsegens genügten, um Nigeria von ausländischen Nahrungsmitteln abhängig zu machen (vgl. Seite 99). Ein schöner Teil der Devisen, die Nigeria noch verblieben, gingen jetzt für den Import von Grundnahrungsmitteln drauf, die Nigeria auch selber produzieren könnte. Alle Anstrengungen, diesen verheerenden Trend wieder umzukehren, blieben fruchtlos: Es war leichter, in der Öleuphorie die landwirtschaftliche Grundlage leichtsinnig zu zerstören, als sie nachher wieder aufzubauen.

Der Traum vom Ölreichtum hielt nicht lange an. Das Ölkartell der OPEC hatte die Preise zu hoch getrieben. Es schuf sich damit selber Konkurrenz, indem die Erschließung neuer Vorkommen rentabel wurde. Ein Überangebot ließ die Preise sinken, der Markt besiegte das Monopol. Leidtragender dieser Entwicklung war vor allem Nigeria. Denn keiner der Ölgiganten hat auch nur annähernd eine so hohe Bevölkerung wie Nigeria. Der Durchschnittsnigerianer war eigentlich gar nie reich gewesen. 1980, auf dem Höhepunkt des Ölsegens, hatten die Einnahmen aus dem Erdöl zwar stattliche 25 Milliarden Dollar betragen, pro Kopf der Bevölkerung waren das aber doch bloß 250 Dollar gewesen. Als 1985 die Öleinnahmen auf schätzungsweise nur noch zehn Milliarden sanken, waren das gar nur noch 100 Dollar pro Kopf.

Nigerias vermeintlicher Reichtum reichte gerade so lange, um das Land von importierten Konsumgütern total abhängig zu machen. Der Aufbau einer eigenen Stahlindustrie sollte zwar diese Importabhängigkeit sprengen. Aber die Entstehung eines Sekundärsektors auf der Grundlage der Basisindustrie Stahl wird wohl eher behindert als gefördert, wenn in einem ohnehin schon gesättigten Weltmarkt die übersetzten Gestehungskosten an die Abnehmer weitergegeben werden. Statt zu einem Durchbruch wurde die eigene Stahlindustrie zum wohl größten Reinfall des Kontinents.

Ende 1985 saß Nigeria auf einem Schuldenberg von 17 Milliarden Dollar, woran die überdimensionierte Stahlindustrie nicht unwesentlich beteiligt war. Angesichts von Nigerias Ölreserven wäre diese Verschuldung eigentlich gar nicht so hoch. Beängstigend ist aber die Entwicklung des Schuldendienstes. 1985 mußte Nigeria bei stark gesunkenen Öleinnahmen von nur noch zehn Milliarden Dollar allein vier Milliarden für Zinsen und Rückzahlungen ausgeben. Der Rest genügte nicht mehr, um einerseits die nötig gewordenen Nahrungsmittel- und Konsumgüter zu importieren und andererseits die Industrie in Gang zu halten, die bei den benötigten Rohstoffen und Ersatzteilen zu 70 Prozent von Importen abhängig ist.

Typisch für diese importabhängige Entwicklung im Gefolge der leichtverdienten Öldollar sind in Nigeria die Autofabriken, in denen bloß aus Europa importierte Einzelteile zu Peugeot-Limousinen (in Kaduna) oder Mercedes-Lastwagen (in Enugu) zusammengesetzt werden. Solche Industrien mußten ihre Produktion einschränken, eine große Zahl von Arbeitsplätzen ging verloren.

Natürlich gilt auch für Nigeria, daß die eigene Elite den vorübergehenden Reichtum verschwendet und entwendet hat. Vor allem unter dem zivilen Regime von Präsident Shehu Shagari gingen dem Land Milliarden Dollar durch Korruption verloren. Auch die Räder der Demokratie mußten geschmiert werden. Das ging so weit, daß in Lagos mehrere Hochhäuser mit Regierungsbüros in Flammen aufgingen, um belastende Dokumente zu vernichten. Aber daran haben sich die Firmenvertreter aus den Industrieländern, von denen sich zur Boomzeit in Lagos Tausende drängelten, nicht gestoßen. Sie liefen sich die Sohlen ab, um den reichen und korrupten Nigerianern alles nur Mögliche und Unmögliche anzudrehen. 30 Prozent Schmiergelder waren kein Problem. Man hat die Nigerianer, die man jetzt im Regen stehen läßt, gründlich ausgenutzt.

Die wirtschaftliche Fehlentwicklung brachte schließlich Silvester 1983 wieder die Militärs an die Macht. Aber sowohl die Regierung von General Buhari als auch die Regierung von General Babangida, der im August 1985 seinen Vorgesetzten stürzte, vermochten kaum Ordnung in die verfahrenene Situation zu bringen. Die Militärs schränkten zwar Verschwendung und Korruption ein, sie kürzten die leichtsinnigen Haushaltsdefizite von Bundesstaat wie Gliedstaaten und muteten der Bevölkerung große Opfer zu. Aber sie vermochten letztlich nur den Niedergang zu konsolidieren, nicht den Aufschwung in die Wege zu leiten.

In aussichtsloser Situation geriet auch Nigeria in die Fänge des Internationalen Währungsfonds. Zwar hatte der IWF vielleicht nicht unrecht, wenn er eine massive Abwertung der Naira verlangte: Der Dollar galt auf dem schwarzen Markt fünfmal mehr als auf der Bank. Aber die Abwertung hätte den in wenigen Jahren um etwa 25 Prozent gesunkenen Lebensstandard der Nigerianer noch einmal schroff sinken lassen.

Präsident Babangida ließ nach seiner Amtsübernahme 1985 eine breite öffentliche Debatte anlaufen, die darüber entscheiden sollte, ob sein Land sich dem IWF-Diktat unterwerfen oder ob es auf die Stützungsmaßnahmen des Fonds verzichten sollte. In der letzten Dezemberwoche schließlich beschloß Nigeria, von dem 2,5 Milliarden-Dollar-Stützungskredit des IWF nicht Gebrauch zu machen. Das hieß im Klartext: Keine Abwertung, aber auch keine Hilfe vom IWF und von der Weltbank und keine Umschuldung der bestehenden Fälligkeiten.

Mit dem Budget für 1986 erfüllte Nigeria allerdings die Auflagen des IWF fast vollständig. Insbesondere schafften die Militärs die unsinnigen Subventionen für Treibstoff ab, was die Preise für Benzin und Diesel annähernd verdoppelte. Sogar einem gespaltenen Devisenmarkt stimmten die Militärs zu, was einer Abwertung schon nahekam. Nur vor dem eigentlichen Kniefall vor dem IWF, nämlich der direkten Abwertung, schreckte Lagos – aus Nationalstolz? – noch zurück. Nigeria beschränkte dafür den Schuldendienst einseitig auf 30 Prozent der Exporterlöse – eine deutliche Aufforderung an die Gläubiger, Nigeria bei der Lösung des Schuldenproblems auch ohne IWF entgegenzukommen.

Die beiden Beispiele aus Zaire und Nigeria zeugen zunächst von der Komplizenschaft zwischen der afrikanischen Staatsklasse oder Staatsbourgeoisie und den Wirtschaftskreisen der Industrieländer. Mit den herrschenden Eliten besteht Interessenharmonie, nicht mit den Bedürfnissen der breiten Bevölkerung. Die schlecht

geplanten, übereilten und überdimensionierten Industrialisierungsbemühungen der siebziger Jahre lagen in beider Interesse: Die Firmen, die in Afrika neue Industrien installierten, verdienten hervorragend, und die afrikanische Staatsklasse verdiente mit – durch Korruption – oder sah doch zumindest ihren Machtbereich ausgedehnt und ihr Selbstbewußtsein gestärkt. Deshalb konnte man in Afrika, solange der Kontinent liquide war, auch weiße Elefanten hinstellen, von denen man von vornherein wußte, daß sie nicht funktionieren konnten. Alle Beteiligten müssen sich bewußt gewesen sein, daß der größte Teil der in Inga produzierten Elektrizität nie gebraucht werden würde. Trotzdem hat niemand versucht, Mobutu von seinen großenhirnigen Plänen abzuhalten oder das Projekt wenigstens auf eine vernünftige Größe herunterzuschrauben. Die Mitverantwortung der Wirtschaft der Industrieländer bei vielen Fehlinvestitionen in Afrika ist offensichtlich. Insofern solche Fehlinvestitionen von den Industrieländern selber auch noch gefördert und versichert wurden (Hermes, Export- und Investitionsrisikogarantie), sind auch die Regierungen mitschuldig geworden.

Nicht alles war freilich naiv oder bössartig an diesen Industrialisierungsversuchen. Das rasche Bevölkerungswachstum, die Stagnation der Landwirtschaft und der zunehmende Bedarf an importierten Konsumgütern ließen den Aufbau einer eigenen Industrie durchaus wünschbar erscheinen. Nur mußte Afrika auch hier die Erfahrung machen, daß man industriellen Fortschritt nicht einfach importieren, nicht einfach kaufen kann. Man versuchte, Afrika ganz einfach eine Industrie nach europäischem Muster überzustülpen. Man hatte die Geduld nicht, eine Industrie wachsen und sich entwickeln zu lassen.

Der Versuch, den ländlichen Kontinent Afrika fast über Nacht zu industrialisieren, ging von einer falschen, lediglich kopierten Technik aus. Diese Technik war insbesondere kapitalintensiv und arbeitssparend, während doch in Afrika Überfluß an Arbeitskräften und Mangel an Kapital herrscht. Man importierte deshalb nicht nur die Technik, sondern auch das Kapital, was in die Sackgasse der Verschuldung führen mußte.

Die Industrialisierung machte die Länder Afrikas von Importen nicht unabhängiger, sondern noch abhängiger. Denn an diesem Industrialisierungsmodell ist alles importiert: die Investitionsgüter (Maschinen etc.), Technik und Know-how, Kapital, aber auch Ersatzteile und zu einem erstaunlich hohen Grad auch Rohstoffe (zum Beispiel Kunstfasern für die Textilindustrie in Ländern, die reichlich Baumwolle produzieren). Diese Industria-

lisierung verschiebt die Importabhängigkeit bloß auf eine andere Ebene: Statt Konsumgüter direkt einzuführen, importierte man jetzt die Inputs, um diese Konsumgüter selber herzustellen. Das mag Arbeitsplätze geschaffen haben, doch wurde die Devisenbilanz eher noch schlechter.

Genau dasselbe geschieht, wenn jetzt nach der Hungerkatastrophe von 1984/85 Afrika geraten wird, durch eine Modernisierung der Landwirtschaft für eine Erhöhung der Produktion an Nahrungsmitteln zu sorgen. Auch das Modernisierungspaket aus Dünger, Saatgut und Chemikalien ist importiert. Die Importabhängigkeit wird auf diese Weise erneut nur um eine Stufe verlagert: Statt direkt Nahrungsmittel einzuführen, führt man die Produktionsmittel ein, um mehr Nahrungsmittel zu produzieren. Die Abhängigkeit wird dadurch komplizierter und möglicherweise teurer, zumal die schwache Infrastruktur und die unzureichenden Vermarktungsmechanismen der Länder Afrikas große Reibungsverluste erwarten lassen.

Eine solche Industrialisierung und Modernisierung vergrößert noch die Devisenlücke, in der sich Afrika ohnehin schon befindet. Dieselben traditionellen Exporte müssen nun auch noch für die importabhängige Industrie aufkommen. Denn diese Industrie kann selber kaum exportieren. Mit den Produkten der Industrieländer können die Länder Afrikas schon qualitativ nicht mithalten, und in Afrika beschränken die kleinen, protektionistischen Wirtschaftsräume den Austausch von Produkten: Man importiert denn doch lieber aus dem ehemaligen »Mutterland«. Diese Industrie verdient keine Devisen, sie kostet bloß Devisen.

Insofern die Exporte der meisten Länder Afrikas landwirtschaftlicher Herkunft sind, geht diese importierte Industrialisierung wiederum auf Kosten der Landwirtschaft und der kleinen Bauern, die die nötigen Devisen erwirtschaften sollen. Viele Länder versuchten, noch mehr aus ihren Bauern herauszupressen, um ihre viel zu ehrgeizigen Industrialisierungsziele zu finanzieren. Die Industrie geriet zu einem zusätzlichen Mühlstein um den Hals der Bauern, mit dem Resultat, daß sich die Bauern erst recht auf die Selbstversorgung zurückzogen. Tansania ist dafür ein Paradebeispiel: Das Land ist jetzt wieder Selbstversorger mit Nahrungsmitteln, aber für den Export produzieren die Bauern nur noch wenig. Tansanias Industrie läuft nur noch zu einem Viertel ihrer Kapazität, weil die Bauern die Devisen für Ersatzteile und Rohstoffe nicht mehr verdienen wollen.

Als sich aber die Industrialisierungsbemühungen der siebziger Jahre mit wenigen Ausnahmen als Fehlschlag erwiesen hatten, reagierten die Industrieländer, deren Wirtschaft an Afrika glänzend verdient hatte, indem sie zunächst einmal ihr Geld zurückverlangten. Denn Afrika hatte den vermeintlichen Sprung ins Industriezeitalter zum großen Teil mit Schulden finanziert. Das war auch gar nicht so unsinnig, solange man glauben konnte, der Kontinent erhalte auf diese Weise den angestrebten Produktions- und Entwicklungsschub. Als aber nacheinander die Erdölkrise, ein hoher Dollarkurs und übersetzte Zinsen diesen Industrialisierungsprozeß stark verteuerten und als sich andererseits erwies, daß die erhofften Resultate weitgehend ausblieben, stahlen sich die Industrieländer aus der Verantwortung.

Heute kommt kaum noch neues Kapital nach Afrika. Wie die Beispiele Zaire und Nigeria zeigen, geht der Kapitalfluß jetzt in die umgekehrte Richtung. Man hat die Lektion gelernt: An Afrika ist auf die Dauer nicht gut Geld verdienen. Afrika ist wieder ein Fall für Hungerhilfe geworden, allenfalls Waffenhilfe. Die Industrie der Industrieländer hat das Interesse an Afrika verloren, sie zieht sich zurück. Man blickt nicht mehr nach Lagos oder Kinshasa für raschen Gewinn, sondern nach Seoul und Singapur.

Die kapitalintensive Industrialisierung hat versagt – jetzt muß noch das Kapital zurückgezahlt werden. Afrika südlich der Sahara (ohne Südafrika) sitzt auf einem Schuldenberg von schätzungsweise 90 Milliarden Dollar (Ende 1985). Das sind zwar weniger als die Schulden von Brasilien, nur zehn Prozent der Schulden der Dritten Welt insgesamt und nur fünf Prozent des Engagements der westlichen Banken in den Entwicklungsländern. Für die Gläubiger sind Afrikas Schulden damit (vielleicht mit Ausnahme Nigerias) keine Bedrohung, sondern fast schon *quantité négligeable*.

Für die Länder Afrikas jedoch, die gerade dadurch in einer sehr schwachen Verhandlungsposition sind, ist der Schuldenberg kaum mehr zu bezahlen. Ein Land nach dem anderen wird zahlungsunfähig, muß umschulden (was, wie das Beispiel Zaire zeigt, ein teures Unterfangen ist), muß sich dem Diktat des Internationalen Währungsfonds unterwerfen. Immer mehr Länder Afrikas verlieren auf diese Weise ihre Souveränität in Finanz- und Wirtschaftsfragen – tatsächlich eine Art *zweite Kolonisierung*.

Man würde der bitteren Medizin, die der IWF dem Kontinent verschrieben hat, mit mehr Verständnis begegnen, wenn IWF und Weltbank in den siebziger Jahren, als die Saat der heutigen Not-

lage gesät wurde, vor der teuren Fehlentwicklung gewarnt hätten, in die sich Afrika stürzte. Doch die beiden Washingtoner Geldinstitute förderten im Gegenteil nach Kräften den Glauben, daß Entwicklung lediglich eine Frage des Imports von Kapital und Know-how sei. Sie sind deshalb mitschuldig an der fatalen Verschuldung des Kontinents, die sie jetzt kurieren wollen. Heute, nachdem sich der Entwicklungsweg der raschen Industrialisierung als Sackgasse erwiesen hat, betätigt sich der IWF scheinheilig als Schuldeneintreiber für westliche Banken und Regierungen.

Man muß den Rezepten des großen Zuchtmeisters IWF insofern zustimmen, als sie der grundsätzlichen Einsicht Nachdruck verschaffen, daß auf die Dauer kein Land über seine Mittel leben kann. Genau das tun jedoch die meisten afrikanischen Länder. Sie haben sich nicht nur das Geld für eine vermeintlich leichte industrielle Entwicklung geborgt, ihre Staatsklasse hat gleich auch den Lebensstandard vorweggenommen, der aus dieser Entwicklung, hätte sie stattgefunden, hervorgegangen wäre.

Davon wieder herunterzukommen ist nicht einfach. Allerdings ist es nicht die kleine, reiche Elite, die nach IWF-Rezept Federn lassen muß. Es sind vor allem die unteren Schichten der Städte, deren Löhne eingefroren werden und die jetzt gleichzeitig realistische Preise für Nahrungsmittel bezahlen sollen. Die IWF-Kur kann deshalb schwere soziale Erschütterungen hervorrufen.

Hingegen anerkennen die IWF-Experten, daß die landwirtschaftliche Produktion durch faire Preise angeregt werden muß. Dadurch würden die Lebensbedingungen auf dem Land verbessert, die fatale Verstädterung vielleicht etwas gebremst. In der Praxis wird es aber in vielen Ländern wiederum die Landwirtschaft sein, die für die Schulden des modernen Sektors gerade stehen muß. Die landwirtschaftliche Produktion ist in vielen Ländern das einzige Zahlungsmittel, das zur Verfügung steht. So wirkt auch der Schuldendienst als Mühlstein um den Hals der Bauern, der Landwirtschaft und damit letztlich auch der Ökologie.

Das IWF-Konzept ist kein Konzept für Entwicklung und für Produktion. Es saniert allenfalls die Krise, nicht die Zukunft. Der erdrückende Schuldendienst, der Afrika zugemutet wird, wirkt sich aus wie eine Zwangsjacke, ein zu fest geschnürtes Korsett, das nicht mehr genug Luft zum Atmen läßt. Auf Jahre hinaus verhindert die Verschuldung jede neue Initiative. Nachdem sich Afrika für eine importierte Industrialisierung, die nicht funktioniert, tief verschuldet hat, fehlen nun die Mittel, um Neues zu versuchen, das vielleicht funktionieren könnte. Stagnation ist das Beste, was

viele afrikanische Länder bis in die neunziger Jahre hinein erwarten können.

Afrikas Schuldenkrise ist auch eine Entwicklungskrise. Der Schuldenberg ist nichts anderes als der Scherbenhaufen, den das Konzept der importierten Entwicklung hinterlassen hat. Jetzt ist nicht nur Ernüchterung, sondern Ratlosigkeit eingetreten. Es stellt sich heraus, daß auch die Industrialisierung nicht einfach importiert werden kann, daß Entwicklung von innen her wachsen und sich entfalten muß. Es stellt sich weiter heraus, daß Afrikas kreative Kräfte durch Hilfe und importierte Wertvorstellungen und Produktionsmethoden derart verschüttet sind, daß jetzt die nötige Eigendynamik fehlt. Das ist Afrikas eigentliche Entwicklungskrise: Das importierte Fremde hat versagt, aber es kommt nichts eigenes mehr nach. Der Rückgriff auf die Landwirtschaft, noch dazu auf die kleinbäuerliche Produktionsweise, fällt den verwestlichten Städtern mit ihren importierten Wertvorstellungen und Erwartungshaltungen schwer.

Das ist nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem. Unter den drei Stichworten Erziehung, Religion und Politik wollen wir uns im folgenden mit diesen Faktoren auseinandersetzen.

11. Die Schule: Opium für das Volk

Ein befreundeter Targui aus dem Aïr-Gebirge im nördlichen Niger erzählte einmal lachend, wie er seinerzeit als Junge mit seinem Vater in die Oase Timia geflohen war, damit ihn die Franzosen nicht für die Schule rekrutieren konnten. Die Tuareg hielten damals – in den fünfziger Jahren – nicht viel von der Schule. Die Franzosen wurden des Jungen erst habhaft, als sie ihre Taktik änderten und die Kinder überraschend einfingen, wenn der Schulbeginn gerade nicht vor der Tür stand. Mittlerweile, so berichtet dieser Mann, der später an der Sorbonne studiert hatte, habe sich bei den Tuareg eine neue Abneigung gegen die Schule entwickelt. Die Leute, die sich nach der Unabhängigkeit für die Schule durchaus hatten einnehmen lassen, stellten fest, daß ihre Kinder in der Schule nicht lernten, was es zum Leben braucht. Eine Stellung im modernen Sektor finden auch nach einem Schulabschluß nur wenige. Die anderen kommen dann nach Hause, wissen nicht mehr, wie man mit dem Vieh umgeht, und werden zu einer Belastung. Manche Tuareg überlegen es sich heute zweimal, ob sie ihre Kinder noch in die Schule schicken sollen.

»Wir haben in den letzten zehn Jahren eine Abnahme der Expertise festgestellt«, berichtet auch Jürgen Schwartz, ein Experte für die Nomadenvölker des nördlichen Kenya. Auch bei den Samburu, den Masai oder den Turkana ist die Schule der Grund dafür, daß es nicht mehr genug junge Männer gibt, die das schwierige Handwerk des Weidens und Pflegens der Herden von Grund auf gelernt haben. »Man kann diese Herden eben nicht einfach kleinen Mädchen anvertrauen«, sagt Schwartz. Die Jungen aber, die bevorzugt zur Schule geschickt werden, sind später nicht mehr in die nomadische Wirtschaft integrierbar. Eher verdingen sie sich in der Stadt als Nachtwächter, eine traditionelle

Domäne der Nomadenvölker. Nairobi dürfte deshalb das bestqualifizierte Nachtwächter-Corps der Welt haben.

Das Erziehungswesen, die Schule, könnte sich bald einmal zu einem der größten Probleme des Kontinents entwickeln. Nicht nur hat Afrika ein falsches Bildungssystem, das mehr *drop-outs*, Versager und Arbeitslose, produziert als sinnvoll ausgebildete junge Menschen; dieses falsche System erweist sich auch immer mehr als enorme finanzielle Belastung, ja, es ist als Schule für alle mit allgemeiner Schulpflicht einfach nicht finanzierbar.

Offiziell wird Kritik am Schulwesen freilich nicht geübt. Die Schule ist eine heilige Kuh. Denn Afrika ist bildungsgläubig, bildungshungrig, bildungssüchtig. Mit Bildung glaubt man, gewissermaßen über Nacht den »Rückstand« gegenüber den Industrieländern, den ehemaligen Kolonialmächten, die in Afrika leicht erworbenen Reichtum vorlebten, aufholen zu können. Bildung, so lautet die selten hinterfragte Annahme, wird wie von selbst das Schicksal der Menschen verbessern, wird Wohlstand und Reichtum schaffen.

Natürlich wird man auch in und für Afrika das Recht auf Bildung als menschliches Grundrecht betrachten. Nur ist es die falsche Bildung, um die sich Afrika so eifrig bemüht. Afrika hängt einem rein westlichen Bildungsideal nach, das niemals für afrikanische Verhältnisse gedacht war und das nicht auf afrikanischem Mist gewachsen ist. Die Bildung, die in Afrika vermittelt wird, ist eine Bildung für westliche Städter, während in Afrika die ländliche Produktionsweise immer noch vorherrschend ist und auf absehbare Zeit auch bleiben wird.

Die beiden haben einander kaum etwas zu sagen. Es soll hier nicht bestritten werden, daß westliche Bildung Afrika grundsätzlich manches zu bieten hat, zum Beispiel die Schrift. Aber so wie diese Schule daherkommt, ist sie eine reine Transplantation europäischer Modelle auf eine völlig verschiedene afrikanische Situation. Diese Bildung ist nahezu unverändert importiert.

Natürlich kennt das traditionelle Afrika seine eigenen Bildungssysteme. Die Kunst des Lebens in einer oft schwierigen Umgebung wird von Generation zu Generation sorgsam weitergegeben. Jedes Volk hat seine eigene Art und Weise, die Grundsätze der althergebrachten Existenzweise weiterzuvermitteln. Es gibt die Unterrichtung durch die Alten in der Großfamilie, es gibt die Initiationsschulen, im Islam auch die Koranschule, es gibt die Kriegerjahre der *morán* in den ostafrikanischen Nomadenstämmen, eigentliche Lehr- und Wanderjahre. All dieses traditionelle

Wissen, gerade auch um die Umwelt und um die bäuerliche Produktionsweise, wird nicht für würdig erachtet, in die moderne Schule aufgenommen zu werden. Es wird negiert statt integriert, es wird als barbarisch verworfen.

War das traditionelle Wissen Lebenshilfe in jeder Hinsicht, so ist das neue System lebensfremd und akademisch, zumal mit dem vorherrschenden französischen und englischen Schulsystem zwei besonders praxisferne Modelle vorliegen. Dieses Erziehungssystem lehrt Verachtung für Handarbeit und konditioniert die Schüler auf einen Job mit weißem Kragen. Es ist so angelegt, daß es eigentlich nur jenen den vollen Nutzen bringt, die einen Universitätsabschluß erreichen – in Afrika nicht einmal einer auf tausend. Die anderen sind *drop-outs*, Durchgefallene, zumindest jene große Mehrheit, die nach der Primarschule den Sprung in die Sekundarschule nicht schafft, was mehr eine Frage der zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze als der Befähigung ist. Es gibt in diesem System kaum andere Ausbildungsmöglichkeiten wie unsere Berufslehre, es gibt, überspitzt gesagt, nur Doktoren und »Versager«. Die »Versager« jedoch haben es während nutzloser Schuljahre verpaßt, sich im traditionellen Bildungsgang das nötige Wissen für ein Leben als Kleinbauer oder als Viehhirte anzueignen. Sie fallen auch noch im hergebrachten ländlichen Leben durch.

Ein langjähriger Schuldirektor in Tansania faßt die Problematik dieser Schule so zusammen: »Die Schulerfahrung, die diesen Kindern zugänglich ist, erhebt keinen Anspruch, sie auf ein Leben in ihrem eigenen sozioökonomischen und ökologischen Bereich vorzubereiten. Statt dessen sind die Schulen im Gefolge des vorherrschenden angelsächsischen Schulmodells Instrumente zur Sozialisation der dominierenden Werte des westlichen Handels- und Konsumkapitalismus. Zwei wichtige Werkzeuge in diesem Prozeß sind Scham und Hoffnung. Nämlich Scham über die eigene Herkunft und Kultur, Hoffnung auf die materiellen Segnungen, die die westliche Zivilisation vorspiegelt.«

Denn diese fremde Schule entfremdet. Sie lehrt Verachtung für den eigenen kulturellen und (land-)wirtschaftlichen Hintergrund, aus dem die Schüler stammen. In der Schule verinnerlicht auch der unabhängig gewordene Afrikaner immer noch die Werte des Kolonisators; er wird damit trotz eines Vierteljahrhunderts Unabhängigkeit wieder zum Kolonisierten. In diesem Sinn ist die Schule die letzte Bastion des Kolonialismus, das Trojanische Pferd der Verwestlichung.

Daraus ergibt sich natürlich der Ruf nach einer anderen, auf afrikanische Bedürfnisse zugeschnittenen und auf afrikanischem Wissen beruhenden Bildung, und dieser Ruf wurde auch von Afrikanern immer wieder erhoben. Gefragt ist eine Schule, die das traditionelle Wissen aufnimmt, die nützliches, brauchbares Wissen in das traditionelle System einspeisen kann und die gleichzeitig auch Anschluß an das universale Wissen gewährt – und das ist gar nicht so einfach. Solche alternativen Schulsysteme sind zwar entwickelt und ausprobiert worden, vor allem im Befreiungskampf der portugiesischen Kolonien und im südlichen Afrika. Aber nach der Befreiung stieß das revolutionäre Schulmodell auf Probleme, wie vor allem das Beispiel Zimbabwe zeigt.



Eigentlich war die Zanu-Partei von Robert Mugabe 1980 mit recht präzisen Vorstellungen für eine angepaßte, alternative Schule aus dem Busch in Moçambique in die Hauptstadt Harare eingezogen. In Moçambique hatte man, auch unter dem Druck der Umstände in den Flüchtlingslagern, ein revolutionäres Schulsystem ent-

wickelt, das dem kolonialen Vorbild eine radikale Absage erteilte. »Erziehung mit Produktion – die Schule muß sich selbst unterhalten (*self-reliant school*) – keine Lehrersaläre – weg von den importierten Wertvorstellungen – an der Bevölkerung und ihren Bedürfnissen orientierte, integrale Erziehung – Betonung von Kreativität, Initiative und Ehrfurcht vor der Arbeit« hießen die Richtlinien dieser Schule.

Aber davon blieb nach der Machtübernahme wenig übrig. Zwar errichtete man einige alternative Musterschulen, wie in Camp Heaven, wo mehrere hundert aus Moçambique zurückgekehrte Flüchtlingskinder angesiedelt wurden. Da stieg Erziehungsminister Dzingai Mutumbuka selber in den Overall, half beim Bau von Klassenräumen und verkündete das im Exil entwickelte Schulmodell. Aber bei der breiten Bevölkerung hatte Mutumbuka damit wenig Echo. Trotz der Politisierung der Landbevölkerung durch die Guerrilleros in dem jahrelangen Buschkrieg wollten die Eltern durchwegs die traditionelle, die »weiße« Schule, die ihren Kindern bisher weitgehend versagt geblieben war.

Die unabhängige Regierung war von dieser starken Grundströmung in der Bevölkerung so beeindruckt, daß sie nachgab und an die Stelle der qualitativen Veränderung der Schule die quantitative Ausweitung setzte. Wie um sich für die Unterstützung der Landbevölkerung während des Buschkriegs erkenntlich zu zeigen, verkündeten die siegreichen Rebellen nicht nur die Primarschule für alle, sondern sogar die Sekundarschule für alle als Ziel ihrer Politik. Und dieses Ziel wurde von der ersten Stunde der Unabhängigkeit an mit großem Nachdruck verfolgt. Allein zwischen 1980 und 1981 vervierfachte sich die Zahl der Sekundarschüler der ersten Klasse (Form I) von 18 000 auf 80 000. Auch in den Primarschulen wuchs die Schülerzahl wesentlich, da auch ältere Kinder, die aus der Schule ausgeschieden waren, wieder aufgenommen wurden. Insgesamt explodierte die Schülerzahl in einem einzigen Jahr von 850 000 auf 1 300 000.

Diese plötzliche Ausweitung der Schule war allerdings mit großen Problemen verbunden. Kanongovere im ehemaligen Reservat von Serima zum Beispiel, das wir damals besuchten, war vor der Unabhängigkeit nur eine einfache Landschule mit sieben Klassen Primarschule gewesen. Die üblichen einfachen Schulgebäude, das übliche, etwas ärmliche Mobiliar, die Kinder in den üblichen, von der englischen Kolonialmacht ererbten Schuluniformen, ohne die man in Afrika keinesfalls lesen und schreiben lernen kann.

Anfang 1981 war der Schule von Kanongovere dann aber ein sogenannter *upper top* angegliedert worden: eine erste Sekundarschulstufe, und zwar gleich mit zwei Parallelklassen und 86 Schülern. Allerdings: Zusätzliche Klassenräume gab es nicht, und unterrichtet wurde im Rotationssystem.

Noch schlimmer war das Lehrerproblem. Für beide Sekundarklassen zusammen gab es nur eine Lehrerin. »Wir waren eigentlich gar nicht so erpicht auf diese Sekundarschule«, sagte sogar der Schulvorsteher. »Es gibt einfach keine Lehrer. Und wenn wir schon jetzt dieses Platz- und Lehrerproblem nicht bewältigen können – wie soll das erst nächstes Jahr werden mit zwei Sekundarschulstufen?«

Bisher hatten die schwarzen Schüler Zimbabwes innerhalb des britischen Commonwealth immer die besten Examen des an Cambridge orientierten Schulsystems geschrieben. Jetzt befürchteten die Lehrer ein Absinken der Qualität. »Die Examensresultate werden beschämend sein«, meinte ein Lehrer, und er umschrieb seine Befürchtungen mit denselben Worten, mit denen Ian Smith, der Führer des weißen Rhodesien, jahrelang vor einer schwarzen Mehrheitsregierung gewarnt hatte: die neue Regelung werde ein »*lowering of standards*«, ein »Absinken des Niveaus«, bringen.

So verzichtete die Zanu-Regierung nicht nur auf ihr Ideal einer neuen, angepaßten Schule, die vorerst in den Hintergrund geschoben wurde. Sie nahm auch einen Qualitätseinbruch bei der hergebrachten, westlichen Schule in Kauf, um dem Bildungshunger der Bevölkerung Genüge zu tun. Denn den Erwartungshaltungen von Eltern und Schülern entsprach die abrupte Ausdehnung der Schülerzahl und der Zugang zu einer mittleren Bildung für alle durchaus: Das war eines der Dinge, die man von der Unabhängigkeit erhofft hatte.

Dabei war die Kluft zwischen der sozialen Wirklichkeit und den von Cambridge inspirierten Inhalten der Schule gerade in den ehemaligen Reservaten von Zimbabwe, in die die Schwarzen vor der Unabhängigkeit gepfercht worden waren, besonders eklatant. Wenn man durch das Serima-Reservat fuhr und dann zur Sekundarschule der gleichnamigen Mission kam, war das geradezu ein Schock. Da sah man auf der einen Seite die armseligsten Strohhütten, der Mais war mißraten, diesmal, weil es zuviel geregnet hatte, die Armut war total. Auf der anderen Seite die Schule, bescheiden zwar im Vergleich mit europäischen Luxusbauten, aber doch hundertmal reicher und gewichtiger als alles andere in dem Reservat:

eine Welt für sich, in der die Lehrer Krawatte trugen und womöglich ein Auto vor der Schule stehen hatten.

Die meisten Sekundarschulen in ländlichen Gebieten sind zudem Internate. Da werden die Schüler erst recht vollständig aus ihrer Umgebung herausgerissen. Die Familien zu Hause erhalten durch die Schule keinerlei Impulse. Sie rackern sich bloß ab, um das nötige Geld aufzubringen. Denn obwohl die Schulgebühren im unabhängigen Zimbabwe abgeschafft wurden, müssen doch in der Sekundarschule die Bücher und die Schuluniformen bezahlt werden – und allein die Uniformen britischen Zuschnitts kosten um die 300 Mark.

»Das ist die totale Scheidung zwischen Schule und sozialem Umfeld«, sagte ein Bildungsexperte. »Man kann das nur als Fehl-erziehung bezeichnen.« Und er nannte auch ein entsprechendes Beispiel für die totale Entfremdung, die dieses Schulsystem bewirkt: »Ich besuchte kürzlich in den Schulferien eine Familie, die einen Sohn in der dritten Sekundarklasse des Internats hat. Die ganze Familie arbeitete auf dem Feld, nur den Jungen konnte ich nirgends entdecken. ›Der ist zu Hause«, antworteten die Leute auf meine Frage, und als ich mich erkundigte, weshalb er nicht bei der Feldarbeit helfe, hieß es: ›Aber der Joseph, der geht doch in die Sekundarschule!«

Eltern und Schüler wollten nichts wissen von der alternativen Schule. »Die Idee von der Schule, die sich selbst unterhält, ist ja gut und recht«, sagte ein Lehrer. »Aber das wäre viel zu schwierig. Die Eltern sind keineswegs der Meinung, daß die Schule ein Platz zum Arbeiten ist. Die Schule ist da, um lesen und schreiben zu lernen. Die Eltern sagen: Wir zahlen so viel Geld für Bücher und Uniformen, da sollen unsere Kinder auch noch arbeiten!« Ein Missionar kommentierte: »Die Leute selber wollen das Falsche. Sie wurden so lange geistig kolonialisiert, daß es einen eigentlichen Umerziehungsprozeß bei den Eltern brauchen würde.«

Ein weiteres Hindernis für tiefgreifende Veränderungen in der Schule sind natürlich die Lehrer. »Die Lehrer sind so stark auf dieses Cambridge-System fixiert, daß sie eine radikale Abkehr nicht akzeptieren würden«, meinte einer von ihnen. Die Lehrer sehen nicht, daß die Schule zu weit weg ist von der Bevölkerung und ihren Bedürfnissen. Der Cambridge-Abschluß, der Anschluß an die Universität verspricht, ist ihnen wichtiger als der Nutzen der Schule für die Verbesserung der lokalen Lebensbedingungen.

Die Lehrer nehmen allerdings im unabhängigen Zimbabwe eine äußerst privilegierte Stellung ein. Um diese wichtige Gruppe auf seine Seite zu ziehen, hatte Bischof Muzorewa, Premiermini-

ster vor dem Wahlsieg der Guerrilla-Parteien, die Löhne der schwarzen Lehrer kurzerhand denen der weißen angeglichen. Seither verdient ein frisch gebackener Primarlehrer leicht 1 300 Mark im Monat, oft doppelt soviel wie das jährliche Bareinkommen der Familien, aus denen die Schüler stammen. Kein Wunder, daß sich mit diesen privilegierten Lehrern die angestrebte alternative Schule und das sozialistische Bildungssystem nicht realisieren ließen.

Man kann die Problematik dieser Schule auch in nackten Zahlen ausdrücken. In Kenya werden jetzt jährlich schon rund 900 000 Kinder in die erste Primarstufe eingeschult. Am Ende der Primarschule kommen rund die Hälfte dieser 900 000 an. Etwa 450 000 Schüler fallen also schon aus der Primarschule heraus. Etwa ein Drittel der Kinder, die die Primarschule durchstehen – und das ist oft ein wirtschaftliches Problem –, findet Platz in der Sekundarschule, die wiederum fast 30 Prozent *drop-outs* zu verzeichnen hat. Noch 12 000 Schüler beenden die zwei weiterführenden Jahre, die zum Universitätseintritt berechtigen. (Das System ist in Kenya ab 1985 sukzessive verändert worden, was aber grundsätzlich auf diese Überlegungen keinen Einfluß hat.)

Dem steht in Kenya ein Job-Angebot (Lohnabhängige) von insgesamt 1,4 Millionen gegenüber, ziemlich gleichmäßig verteilt auf den öffentlichen und den privaten Sektor. Die neugeschaffenen Arbeitsplätze lagen in den letzten Jahren zwischen 14 000 und 47 000 pro Jahr. Das steht in keinem Verhältnis zu den jährlichen Schulabgängern, geschweige denn zu den *drop-outs*. Sogar von den Jugendlichen mit Sekundarschulabschluß haben weit weniger als die Hälfte eine Chance, einen Job zu finden. Die vernachlässigte traditionelle Landwirtschaft muß immer noch die große Mehrheit der Heranwachsenden absorbieren.

Für dieses Erziehungssystem wendet Kenya 30 Prozent seines Staatshaushalts auf (in der Elfenbeinküste sind es sogar 40 Prozent). Mit ungeheuren Anstrengungen schaffen sich die Staaten Afrikas ein Heer von gebildeten und halbgebildeten Arbeitslosen. Sie stecken einen großen Teil ihrer knappen Ressourcen in ein Erziehungswesen, das im Vergleich zu seinen Kosten wenig abwirft, das sogar, wenn man will, ein Revolutionspotential schafft, das einmal die herrschenden Eliten von heute hinwegfegen könnte.

Man fragt sich, weshalb sich Afrikas Regierungen auf ein so kostspieliges, letztlich für sie selber gefährliches Erziehungssystem eingelassen haben. Die Antwort darauf ist zweifach:

Einerseits herrscht immer noch der Glaube vor, daß mehr Bildung automatisch auch mehr Produktion erzeuge, und andererseits ist dieses Schulwesen eine politische Notwendigkeit.

Besser geschulte Menschen produzieren mehr. Dieser Glaubenssatz steht hinter all den gewaltigen Investitionen, die Afrika nach der Unabhängigkeit im Erziehungswesen getätigt hat. Nur diese ideologische Prämisse rechtfertigte überhaupt den Aufwand, der mit der Schule getrieben wurde. Die Schule, so setzt man voraus, ist eine *Investition in den Menschen*, die sich automatisch produktiv auswirken wird.

Mittlerweile müßte man eigentlich eingesehen haben, daß dieser Satz nicht stimmt. Hätten sich all diese Ausgaben, öffentliche wie private, die Afrika im Erziehungssektor getätigt hat, produktiv ausgewirkt, der Kontinent müßte heute wesentlich besser dastehen. Investitionen in den Menschen – in die Erziehung, auch in die Gesundheit – haben sicher ihre Berechtigung, falsch ist aber, von diesen *Investitionen*, wie die Wortwahl ja suggeriert, direkte *Profite* zu erwarten.

Die Erfahrung lehrt vielmehr, daß Bildung allein noch kein produktiver Faktor ist. Mehr Produktion mag mehr Bildung, mehr Wissen voraussetzen, aber mehr Bildung erzeugt nicht von selbst auch mehr Produktion. Das Mehr an Bildung muß auch noch angewandt werden können. Indem die angebotene Erziehung dem städtischen Vorurteil unterliegt, praxisfremd ist, nicht auf dem lokal vorhandenen Wissen aufbaut, sondern dieses als minderwertig oder gar nicht existent zurückweist, ist sie gerade nicht anwendbar, vor allem nicht auf dem Land und in der Landwirtschaft, von der man Produktionszuwächse am dringendsten braucht.

Diese Schule, diese Bildung bedeutet im Gegenteil einen Verlust an lokalem Wissen und an lokalen Fähigkeiten, indem sie die Vermittlung traditionellen Wissens behindert. Zeitlich und inhaltlich konkurrenziert die moderne Schule das hergebrachte Wissen und Können.

Die Schule vergrößert auch nicht das auf dem Land vorhandene Wissen, sie bedeutet im Gegenteil einen *brain drain*, einen Abfluß von Wissen und Know-how Richtung Stadt. Denn diese ganz und gar städtische Bildung bewirkt, daß die so Ausgebildeten nicht auf dem Land und in der Landwirtschaft bleiben wollen, sondern in die Stadt ziehen. Die Schule ist das Vehikel der Verstädterung. Die Landwirtschaft verliert auf diese Weise gerade ihre besten Köpfe.

Diese Erziehung ist mit Sicherheit keine Investition in die Landwirtschaft. Auch das Argument, daß ein Bauer, der Lesen, Schreiben und Rechnen beherrscht, sich besser gegen die Übervorteilung durch Staat oder Handel zur Wehr setzen kann, trifft nur bedingt zu. Dieser Effekt ließe sich mit angepaßter Erwachsenenbildung weit besser – und billiger – erreichen.

Bei Nobelpreisträger Theodore W. Schultz (Transforming Traditional Agriculture, New Haven und London 1964), dem eigentlichen Propheten der Modernisierung der Landwirtschaft, liest man den erstaunlichen Satz: »Man könnte ... folgern, daß Städter mit einem hohen Ausbildungsniveau besser geeignet sind, die Landwirtschaft zu modernisieren, als auf dem Land aufgewachsene Leute mit weniger Ausbildung.« Klarer könnte man das städtische Vorurteil nicht zum Ausdruck bringen. Die Bauern kann man für die Landwirtschaft gar nicht brauchen, sagt Schultz im Klartext. Selbst wenn das zuträfe, bliebe das Problem bestehen, daß die Städter nicht bauern wollen.

Mit gewaltigen Kosten schafft sich Afrika ein Potential an Bildung und an Gebildeten, das weitgehend ungenutzt bleibt. Doch am Prinzip der Schule, und zwar der Schule, wie sie ist, darf nicht gerüttelt werden. Denn diese Schule ist die ideologische Rechtfertigung der Privilegien der Staatsklasse oder Staatsbourgeoisie.

Der schwache Staat kann, wie wir gesehen haben, im Selbstversorgungssystem die ländliche Mehrheit der Bevölkerung zu nichts zwingen, er kann nicht über die Bauern verfügen. Folglich muß er sich bei den Bauern einschmeicheln, er muß sich die Loyalität der unabhängigen Landbevölkerung erkaufen. Das tun Staat und Staatsklasse, indem sie sich bemühen, bis in den hintersten Busch hinaus Schulen zu errichten und den Kindern der unabhängigen Bauern Erziehung zur Verfügung zu stellen. Da die Leute auch auf dem Land an die Schule *glauben*, wenigstens bis jetzt noch, gelingt es der städtischen Elite tatsächlich bis zu einem gewissen Grad, sich über das Bildungswesen bei ihren »Untertanen« (die eben so untertan gar nicht sind) lieb Kind zu machen.

Die Schule ist ein politisch äußerst wirksames Verschleierungsinstrument. Sie vernebelt die Gegensätze zwischen Stadt und Land, sie kompensiert (angeblich) die Enteignung der landwirtschaftlichen Produktion durch tiefe Preise, und sie entschädigt (wiederum angeblich) für die Vernachlässigung der Landbevölkerung.

Vor allem versucht die Staatsklasse, sich durch die Schule gewissermaßen für ihren eigenen Reichtum zu entschuldigen. Es

wird zwar nicht direkt ausgesprochen, aber der suggerierte Gedankengang lautet: Hättet ihr nur zur Schule gehen können, so hättet ihr jetzt auch einen Dienstwagen und ein Haus mit fließendem Wasser in der Stadt; für euch ist es jetzt zu spät, aber eure Kinder gehen ja jetzt zur Schule; sie werden deshalb wohlhabend werden wie wir – die Staatsklasse – und sie werden euer Alter großzügig absichern können.

Tatsächlich scheint der jüngste Erfahrungshintergrund diese Fabrikation zu bestätigen. Als die Länder Afrikas unabhängig wurden, fiel es den wenigen, die eine westliche Bildung durchlaufen hatten, nicht schwer, sich der jungen Staaten zu bemächtigen. Auf die wenigen Gebildeten warteten ein rascher sozialer Aufstieg und Zugang zu den Pfründen der Macht. Die Staatsklasse behauptet unausgesprochen, der Reichtum, der ihr so rasch zufließt, sei ihr *Verdienst*, indem sie lediglich die Chancen nutzte, die ihr der frühe Zugang zur Schule verschafft habe. Wer den Sprung in die reiche moderne Welt nicht schaffte, der hatte eben nicht das Glück gehabt, zur Schule zu gehen, oder er hatte seine Chance nicht genutzt. Jetzt, so wird wider besseres Wissen impliziert, sollen durch die allgemeine Schule alle ihre Chance haben.

Daß der Nachholbedarf an führenden oder auch nur geschulten Kräften, der nach der Unabhängigkeit entstanden war, längst aufgefüllt ist (zumindest im staatlichen Sektor), daß nur ein Bruchteil der Kinder, die unter großen Opfern ihrer Eltern zur Schule gehen, je ihre Hoffnungen erfüllt sehen werden, wird tunlichst verschwiegen. In diesem Sinn ist die Schule so, wie sie praktiziert wird, nichts weiter als ein Volksbetrug.

Eine angepaßte Schule, die die Kinder auch auf das bescheidene Leben vorbereitet, das der Mehrheit ohnehin bevorsteht, würde diesen politischen Zweck nicht erfüllen. Sie könnte nicht mehr behaupten, gewissermaßen automatisch zur Überwindung der ländlichen Armut zu führen und Zugang zum vermeintlichen städtischen Reichtum zu verschaffen. Nur solange die Schule entfremdet, statt zu emanzipieren, erfüllt sie für die Privilegierten ihren Zweck.

Die unausgesprochene Argumentation, daß die Schule zu Wohlstand verhilft und berechtigt, hat einen höchst unerwünschten Nebeneffekt: Sie verstärkt noch das ohnehin starke Bedürfnis nach möglichst vielen Kindern. Je größer die Zahl der Kinder, desto größer die Chance, daß eines das Schulsystem durchläuft und dann in der Stadt Reichtum für die ganze Familie erwirbt. Welcher Politiker hätte schon den Mut zu sagen: Leute, eure Kinder haben trotz der Schule kaum eine Chance, je einen Job zu

kriegen, ihr müßt damit rechnen, daß sie aus der Schule wieder nach Hause kommen und daß ihr euer Land unter ihnen aufteilen müßt.

Nur die politische Vernebelungsfunktion der Schule erklärt, weshalb Afrika einen so großen Teil seiner bescheidenen Ressourcen in ein Bildungswesen steckt, das nachweislich wenig produktive Effekte hat. Wenn irgendmöglich soll die Schule (und auch das Gesundheitswesen) gebührenfrei sein, wenigstens die Primarschule. Der Staat läßt sich hier eine gute Gelegenheit entgehen, die landwirtschaftliche Produktion anzuregen. Denn da die Leute immer noch an die Schule und ihren Nutzen glauben (und da ein verbessertes Gesundheitswesen für das Individuum eine bedeutende Verbesserung der Lebensqualität bringen kann), wären die Leute auch bereit, einen Preis dafür zu bezahlen, das heißt, sie würden mehr produzieren. Ginge es darum, das Plus an Produktion zu stimulieren, das auch in der Selbstversorgungswirtschaft normalerweise möglich ist, würde man ein Finanzierungssystem anwenden, das die Möglichkeiten der Bauern einbezieht. Man müßte dann allerdings den Bauern auch ein Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Schule und womöglich gar der Lerninhalte geben – und das wäre politisch gefährlich.

Es gehört zur Vernebelungsfunktion der Schule, daß sie offiziell möglichst umsonst sein soll, während sie hinten herum über schlechte Agrarpreise doch wieder von den Bauern selber bezahlt wird. Dieses System ist kontraproduktiv. Es entmutigt die Produktion (durch tiefe Preise), statt sie (durch ein offenes Finanzierungssystem nach Maßgabe der Möglichkeiten der Bauern) anzuregen. Aber der Staat und die Staatsklasse brauchen die Schule eben als *Bonbon*, um die sonst eher sauren Beziehungen zwischen Stadt und Land, zwischen Staatsklasse und Bauern zu versüßen. Die Schule als Opium für das Volk.

Dazu kommt, daß die Schule in Tat und Wahrheit so gebührenfrei doch nicht ist. Schuluniformen und Bücher, die trotzdem zu bezahlen sind, lasten schwer auf dem kleinbäuerlichen Haushalt. Oft werden auch noch inoffizielle Gebühren – als »freiwillige Spenden« für die Schule – erhoben, die recht hoch sein können und deren Verwendung kaum kontrollierbar ist. Das ist ein höchst irrationales Finanzierungssystem, an dessen Ende erst noch, vor allem auf dem Land, eine Schule von äußerst fragwürdiger Qualität steht.

Wie brisant das Thema Schule in Afrika ist, zeigen die zahlreichen Schülerstreiks, die auf dem ganzen Kontinent immer wieder aufbrechen. In Kenya, einem der am meisten durchgeschulten Länder Afrikas, sind Schülerstreiks so häufig, daß sie in den Zeitungen nur noch gelegentlich erwähnt, von der Öffentlichkeit nur noch ausnahmsweise wahrgenommen werden. Diese Streiks und die darunterliegende Motivation sagen viel über den gesellschaftlichen und politischen Stellenwert der Schule aus.

Meist wird aus völlig nichtigen Gründen gestreikt. An der Mädchenoberschule von Busia (Westkenya) zum Beispiel war der Generator kaputtgegangen. Die Schulleitung beschloß deshalb, die vorhandenen Kerosinlampen der Klasse zur Verfügung zu stellen, die gerade ihre Abschlußexamen vorbereitete. Das erzürnte die Mädchen der unteren Klassen so sehr, daß sie einen Streik inszenierten, überall die Fensterscheiben einschlugen und die Lehrer, die gerade im dunklen Speisesaal saßen, mit Steinen bewarfen.

Oberschüler streiken, weil ihnen der Schuldirektor nicht paßt, weil es an qualifizierten Lehrern fehlt, weil sie statt Porridge Eier, Brot und Früchte zum Frühstück möchten, weil sie beim Abendausgang lange Hosen tragen wollen; in Kiburua wurde die Schule geschlossen, weil sich die Mädchen weigerten, Büstenhalter zu tragen.

Das sind allerdings triviale Streikgründe. Trotzdem zeugt die breite, wenn auch völlig unkoordinierte Revolte der Sekundarschüler von einer tiefsitzenden Krise des Bildungswesens, und angesichts der zentralen Bedeutung der Erziehung signalisiert diese Krise der Schule auch eine Krise der Gesellschaft. Der Erziehungswissenschaftler John Nkinyangi von der Universität Nairobi ist den Hintergründen der Streikbewegung nachgegangen und hat im ganzen Land mit Schülern, Lehrern und Rektoren Gespräche geführt.

Sehr deutlich geben diese Gespräche Antwort auf die Frage, weshalb sich die Kinder zur Schule drängen, weshalb die Eltern die Last der Schule und vor allem der Sekundarschule auf sich nehmen. »Im allgemeinen kommen wir Studenten in die Sekundarschule, um uns eine bessere Zukunft zu sichern«, sagt ein Schüler, und ein anderer: »Meine Eltern sind arme Bauern, die mir sehr ins Gewissen reden, die Schule fortzusetzen, so daß ich ihren Lebensstandard verbessern kann, wenn ich einmal einen Job habe.« Und ein dritter meint: »Ich komme aus einer sehr armen Familie. Ich kann deshalb mein Leben nicht in der Schule ruinieren, denn ich will meinem Vater helfen, wie er jetzt mir hilft.

Er leidet nämlich jetzt für mich zu Hause. Das ist der Grund, weshalb ich in der Schule bin, entschlossen, nichts zuzulassen, was mich von der Schule ausschließen oder meine Erziehung nutzlos machen könnte.«

Die Motivation ist also die, die wir bereits vermutet haben: Die Schule ist der Weg hinaus aus der ländlichen Armut, sie gibt Anrecht auf Wohlstand und gehobene Arbeit, deren Früchte auch den Familien zu Hause zugute kommen sollen. Aus den angestrebten Privilegien ergibt sich bereits bei den Sekundarschülern ein egalitäres Bewußtsein, auch wenn sie aus den ärmlichsten Verhältnissen stammen. Beispiel: In einer Schule wurde hauptsächlich gestreikt, weil es an Wasser mangelte. Daß der Wassermangel auch ein Problem der Leute in der Umgebung sein könnte, wurde von den Schülern schlicht verneint. Dabei beklagten sie sich fast im gleichen Atemzug, daß ihnen die Leute im Dorf oft feindlich gesinnt seien – weil die über 500 Internatsschüler zuviel Wasser verbrauchten.

Oft beklagen sich die Schüler auch, wenn sie manuelle Arbeit leisten müssen. Sie sind der Meinung, dafür könne die Schule Arbeiter anstellen. Ein Lehrer stellt fest: »Sie glauben, wenn sie in der Oberschule sind, müßten sie als etwas Besonderes behandelt werden. Nicht wie die anderen Jungen, die zu Hause auf dem Feld arbeiten – ihnen wurde bereits eingebleut, daß das nicht gut für sie sei, und so sind sie dagegen.«

Das ist natürlich nicht der Fehler der Schüler, es widerspiegelt nur die Ideologie, die die Schule vermittelt. Diese Ideologie – daß, wer es in der Schule schafft, Wohlstand und Ansehen genießen wird – hält geradezu eine Gesellschaft zusammen, die sonst an den empörenden Gegensätzen zwischen arm und reich zerbrechen müßte.

Ist denn der Gegensatz zwischen dem, was die Schule verspricht, und dem, was sie angesichts eines völlig überlaufenen Arbeitsmarkts tatsächlich halten kann, der tiefere Grund für die Streiklust in den Sekundarschulen? Weit gefehlt! Es gibt bei den Schülern kaum Anzeichen für ein Bewußtsein darüber, daß der Sekundarschulabschluß nicht mehr identisch ist mit beruflichem Aufstieg, weil es die entsprechenden Arbeitsplätze nicht mehr gibt. Die Ideologie, daß die Schule das Vehikel, eigene Leistung und persönliches Verdienst das entscheidende Kriterium für den sozialen und wirtschaftlichen Durchbruch sind, wird in keiner Weise angezweifelt; das System Schule ist sakrosankt, ist Evangelium.

Nicht der Zweifel am System, sondern gerade der Glaube an das System liefert deshalb die Streikgründe. Der Grund für die Streiks ist meistens, daß die Schüler die Privilegien, auf die sie aufgrund ihrer vermeintlichen Stellung als zukünftige Elite Anspruch zu haben glauben, nicht erfüllt sehen. Das Essen ist schlecht, es gibt keinen Pausentee, es fehlt an Wasser. Tatsächlich sind die Lebensbedingungen vor allem in den ländlichen Internaten sehr einfach. Aber die drei Mahlzeiten am Tag, die in der Internatsschule geboten werden, sind für die meisten zu Hause keine Selbstverständlichkeit.

Der tiefere Grund für die Streiks ist durchweg, daß die Qualität der Schule – oft zu Recht – angezweifelt wird. Es fehlt an Lehrern, an Büchern, an Schulmaterial, an Einrichtungen. Wenn aber einfach kein Biologielehrer vorhanden ist, wie kann man dann die Examen bestehen? Dann ist es eben nicht mehr die eigene Schuld, wenn man es nicht schaffen kann, dann ist es die Schuld der Schule. Und dagegen rebellieren die Schüler, dafür riskieren sie sogar den Ausschluß aus der Schule (unausweichliche Folge für die Streikführer) und das Ende der erhofften Karriere.

Die Unzulänglichkeiten der jeweiligen Schule schreiben die Schüler fraglos den Lehrern und dem Rektor zu. Sie sehen nicht, daß es sich hier um ein landesweites Problem handelt, das mit der Armut des Landes ebenso zu tun hat wie mit der ungleichen Verteilung der vorhandenen Mittel. Die Wirtschaftskraft und die staatlichen Zuwendungen für Kenyas Schulen sind sehr unterschiedlich. Die *Harambee*-Schulen (Kenyattas Wahlspruch *harambee* bedeutet soviel wie »alle miteinander« und bezeichnet auch ein System freiwilliger Spenden für einen gemeinsamen Zweck) werden ganz von der lokalen Gemeinschaft getragen und sind entsprechend schlecht ausgestattet. In »regierungsunterstützten« Schulen bezahlt der Staat einen Teil der Kosten, vor allem die Lehrergehälter. Regierungsschulen werden ganz von der Regierung finanziert. Sie sind jedoch unterteilt in *lowcost*- und *high-cost*-Schulen, die stark unterschiedliche Regierungsbeiträge erhalten und in der Qualität entsprechend voneinander abweichen.

Natürlich ist dafür gesorgt, daß die besseren Schulen auch die Schulen für die Besseren sind. Die teuren Schulen mit hohen Regierungsbeiträgen, in denen die Kinder der Oberschicht sitzen, haben die besten Lehrer und die meisten materiellen Hilfsmittel. Sie erzielen auch nachweislich die besseren Resultate. Die herrschende Elite hat hier dem von ihr selbst aufgestellten Leistungsprinzip ein Schnippchen geschlagen. Die sozialen Gegensätze werden wiederum vernebelt durch eine Schule, die nur dem

Namen nach egalitär ist und Chancengleichheit verspricht. Zu Recht bemerkte ein Lehrer: »Sie haben beschlossen, verschiedene Klassen von Schulen einzuführen. Aber wenn wir unseren Schülern dieses Klassensystem zu erklären versuchen, wird es schwierig. Unsere Jungen sind verwirrt, wenn sie die Einrichtungen anderer Schulen sehen. Sie sagen: Leben die denn nicht in dem gleichen Kenya wie wir?«

Aber die Ungleichheit der sozialen Verteilung wird von den Schülern ebensowenig wahrgenommen wie die Ungleichheit der regionalen Verteilung. Während im Turkana-Distrikt im Norden Kenyas, wo »rückständige« Nomaden siedeln, nur elf von hundert Kindern im Primarschulalter die Schule besuchen, sind es in Nyeri oder Laikipia, dem Siedlungsgebiet der vorherrschenden Kikuyu 130 oder 150 Prozent (die überhöhten Prozentzahlen beruhen auf vielen wiederholenden und älteren Schülern). Die regionale Ungleichheit wird so noch verstärkt: Die ärmsten Distrikte haben am wenigsten und die schlechtesten Schulen und folglich auch die geringsten Aufstiegschancen für ihre Jugend.

Im Grunde sind damit die streikenden Sekundarschüler trotz ihrer Rebellion kritiklos. Sie zweifeln nicht am Prinzip Leistung, sie zweifeln nicht am System Schule, sie zweifeln nicht an ihrem Anspruch auf eine privilegierte Situation. Doch kann man ihnen daraus einen Vorwurf machen? »Diese Jungen und Mädchen sind schon in Ordnung«, sagt John Nkinyangi. »Natürlich haben sie den Überblick über die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht, natürlich zweifeln sie nicht an ihrer Schule. Wie könnte es auch anders sein? Zu Hause herrscht bittere Armut, die Eltern sind meist nicht zur Schule gegangen. In der Schule jedoch fehlen oft sogar die vorgeschriebenen Schulbücher. Auch unsere braven Zeitungen kommen da vielleicht gar nicht hin. Woher sollten da andere Ideen und Anregungen kommen?«

Trotzdem hätten die herrschenden Eliten Afrikas Grund zur Beunruhigung angesichts der zunehmenden Streiklust der Jugend. Zwar wird das System (noch) nicht in Frage gestellt. Zwar bilden Zehntausende von Schulversagern (noch) keine Gefahr, weil sie immer noch glauben, selber an ihrem »Versagen« schuld zu sein. Aber die Tatsache, daß überhaupt rebelliert wird – wenn auch, wie man sagen könnte, aus einem »falschen Bewußtsein« heraus – ist neu; die junge Generation ist bereit zur Revolution. Was geschieht, wenn sie einmal den Betrug entdeckt, den das System Schule und das Prinzip Leistung angesichts der tatsächlichen Verhältnisse verschleiern? Weit entfernt davon sind sie nicht.

12. Die Verwestlichung der Seele

Ngumbao, der Sohn und Erbe des mächtigen Zauberers Kabwere Mwanja, von der kenyanischen Küste, führt uns zur Hütte, in der die Geister der Ahnen wohnen. Es ist eine traditionelle Stroh-hütte, oval und nach vorne offen. Wie Puppen sind etwa 20 Pfosten in den Boden gerammt. Blaue, weiße und rote Bänder sind um die Puppen geschlungen. Vor den Puppen, die je einen Ahnen darstellen, daneben meist etwas kleiner seine Frau, stehen kleine Gefäße, in die etwas Bier geschüttet wird, wenn man bei traditionellen Festen Maisbier braut. Wenn ein Verstorbener einem der Clan-Mitglieder erscheint und damit anzeigt, daß er mit dem Clan wohnen will, erhält er hier seinen Pfosten, seine Puppe. Freilich kennt nur noch der greise Kabwere all die Namen der Ahnen und ihre Beziehungen untereinander. Wenn Kabwere stirbt, geht auch das Gedächtnis an frühere Generationen verloren.

Ngumbao ist von Beruf Lehrer. Als sein Vater alt wurde, übernahm er sozusagen das (recht einträgliche) Familiengeschäft: die Zauberei. Aber Ngumbao ist kein *mchawi*, kein Hexer, sondern ein Heiler, *mganga*, »einer, der Zerbrochenes wieder zusammenfügt«. Ngumbao kennt die Heilkräfte vieler Pflanzen und Wurzeln, aber er kennt sich auch aus im metaphysischen Bereich, in der Welt der Geister und der Religion. Ngumbao will, wie er sagt, auch die bösen Kräfte der Hexerei besser kennenlernen, um sie ins Positive zu wenden. Was da alles vorhanden ist an uraltem Wissen, muß genutzt werden können zum Zwecke der Heilung. Was *mchawi*, der Hexer, an bösen Kräften entfesselt, soll *mganga*, der Heiler, zum Wohl des Patienten nutzen können.

Mchawi, der Hexer, hat so viele Möglichkeiten, eine mißliebige Person umzubringen, erklärt Ngumbao. Der Hexer nimmt irgendeinen Gegenstand wie zum Beispiel ein Sandkorn. Er spricht mit dem Gegenstand und sagt, geh hierhin oder dorthin,

geh durch den Mund in den Körper des Opfers. Das Opfer wird wahrscheinlich *pombe*, das lokale Bier, trinken oder etwas essen, und so kann der Hexer den Gegenstand in den Körper des Opfers schmuggeln. Ohne es zu merken, schluckt das Opfer dieses Sandkorn, und es fängt an, ihn zu plagen. Im Spital hilft alles nichts. Operiert man hier, so wandert das Ding anderswohin im Körper. Über kurz oder lang wird das Opfer sterben.

So heilt Ngumbao verhexte Patienten: Sieben Linien zeichnet er auf den Boden und bestreut sie mit Maismehl und einer Medizin. Siebenmal muß der Patient die sieben Linien überqueren. Dann verreibt Ngumbao Mehl und Medizin mit einem weiteren Gegenzauber aus geheimen Kräutern. Und wieder überquert der Patient siebenmal die sieben Linien, während *mganga*, der Doktor, versucht, den Fluch des Hexers zu vertreiben. Das Blut einer Henne wird vergossen, und siebenmal tritt der Patient auf das Hühnerblut. Ohne sich noch einmal umzudrehen, muß er dann nach Hause gehen.

Für 50 Shilling kann man sich allerdings auch präventiv vor dem Verhextwerden schützen. Für diesen Preis ist bei Kabwere Mwanja ein Gegenzauber zu haben, der so stark ist, daß er tötet, wann immer jemand den mit der Medizin Geschützten verhexen will. Niemand wird es wagen, diesen Schutz zu durchbrechen.

Ngumbao besitzt einen Geist, der heilt, einen starken Geist, der auf den mächtigen Namen Ngorotami hört. Er hält ihn in einem Versteck. Zeichen auf dem Weg zu diesem geheimen Ort verbieten den Zugang. Er ist wertvoll, wenn man heutzutage einen Geist kaufen will, muß man mindestens 600 Mark bezahlen.

Ngumbao muß seinem *jini*, seinem Geist, regelmäßig Opfer bringen – völlig weiße Tiere müssen es sein, Hähne vor allem. Dann ruft er den Geist, und in Form eines blökenden Schafes oder eines Vogels wird Ngorotami erscheinen, und Ngumbao wird mit ihm sprechen in einer rituellen Sprache, die sich aus der Sprache der Insel Pemba bei Sansibar ableitet. Das deutet auf den Ursprung dieser *jini* hin: Die Araber von Oman, so weiß Ngumbao, waren besonders geschickt darin, Geister zu domestizieren. Sie brachten dieses Wissen mit nach Sansibar und Pemba, von wo es über ihre Sklaven an die afrikanischen Küstenbewohner überging.

Ngumbao erzählt das alles mit der reinsten Selbstverständlichkeit. Der ehemalige Lehrer, der ja auch die moderne Welt kennt, verleiht all dem Mystischen, was er uns zu erklären versucht, eine ganz eigene Logik, eine Art parallele Rationalität. In Ngumbaos

Welt, die uns verschlossen bleibt, stimmt das alles und hat Wirklichkeit.

Vieles an der afrikanischen Religion – soweit sich eine solche aus vielen verschiedenen Erscheinungsformen überhaupt herausdestillieren läßt – finde ich sehr schön. Der Mensch steht in dieser Auffassung von Welt und Überwelt nicht über den Dingen, er macht sich die Welt nicht untertan, sondern er bleibt eingebettet in die Natur, die er nutzt, aber nicht ausbeutet. Die Natur ist belebt, sie hat Anrecht auf schonenden Umgang.

In den Bäumen können gute Geister wohnen, sagt Ngumbao. Mit den Wurzeln dieser Bäume kann man böse Geister vertreiben. Aber oft werden die guten Geister von Schlangen bewacht. Da muß man sich erklären, muß seine guten Absichten kundtun. Meistens geht dann die Schlange weg. Bleibt sie aber, so ist das ein Zeichen, daß der Geist in Ruhe gelassen werden will. Man kann sich nicht einfach nehmen, was man will. Da man selber Bestandteil der Natur ist, bloß gleichberechtigt mit anderen Lebewesen, muß man in Einklang mit der Umwelt bleiben.

Dieses Weltverständnis ist zyklisch; alles Ende mündet im Anfang. Die menschliche Existenz verläuft nicht linear nach »oben«, wie unser europäisches Weltbild vorgibt. Sie braucht nicht ständig mehr und ständig Neues, sie ruft nicht nach unaufhörlichem Wachstum und unaufhörlichem Fortschritt. In der afrikanischen Religion ruht der Mensch in sich selbst, er lebt im Einklang mit der Natur, in einem Kreislauf, der sich selbst erhält und selbst erneuert. Man kann das nicht genug betonen angesichts der ökologischen Selbstverstümmelung, die die Menschen heute in weiten Gegenden des Kontinents anzurichten scheinen. Es ist die neue Zeit, es sind neue importierte Wertvorstellungen und Bedürfnisse, die zu solchem Verhalten führen.

In diesem zyklischen Weltverständnis steht der Mensch anders in der Zeit. »*Le dimanche derrière moi*«, »am Sonntag *hinter mir* werde ich zu meinen Eltern gehen«, sagte mir einmal ein Zentralafrikaner in schlechtem Französisch. Aber das Verständigungsproblem war nicht grammatikalischer Natur. Der Sonntag *hinter ihm*, das ist in diesem Verständnis der kommende Sonntag; der Sonntag *vor ihm*, den er *vor sich* sieht, das ist der Sonntag, den er gerade erlebt hat. Er hat diesen Tag nicht, wie bei uns, *hinter sich* gebracht. Der traditionelle Afrikaner steht mit dem Gesicht zur Vergangenheit und mit dem Rücken zur Zukunft. Die Zukunft hat keine Realität, präsent sind Vergangenheit und Gegenwart. Das

»Goldene Zeitalter« liegt in der Vergangenheit (vgl. John S. Mbiti, *African religions and philosophy*, London 1969).

Tröstlich sind die – mit diesem Zeitverständnis verknüpften – Vorstellungen, die die meisten afrikanischen Religionen vom Leben nach dem Tode haben. Die Ahnenhütte von Kabwere Mwanja kann als Beispiel dienen: Solange die Verstorbenen noch Verwandte oder Altersgenossen oder Freunde haben, die sich ihrer erinnern, solange haben sie auch nach dem Tod noch Leben. Langsam, schrittweise verlieren die Ahnen an Wirklichkeit und Identität, wenn immer weniger Menschen sich an sie erinnern; sie sinken in die Zeit zurück und werden langsam zu »unpersönlichen« Geistern. Wer ein rechtes Leben geführt hat, wer Kinder gezeugt und damit seinen Beitrag zum Fortbestehen der Gemeinschaft geleistet hat, wird zweifellos besser und länger erinnert. Er hat mehr Wirklichkeit nach dem Tod als verstorbene Kleinkinder oder Unverheiratete.

Aber wie die afrikanischen Bäume nicht gut genug sind für die Forstwirtschaft, afrikanisches Saatgut nicht gut genug für die Landwirtschaft, afrikanische Bildung nicht gut genug für die Schule, so ist auch afrikanische Religion nicht gut genug für die Seele. Auch die Religion mußte importiert werden: über Jahrhunderte hinweg und deshalb besser an die lokalen Kulturen angepaßt der Islam, sehr viel abrupter und deshalb weniger angeglichen das Christentum, mit dem wir uns hier vor allem befassen wollen.

Man muß festhalten, daß die Afrikaner dem Christentum ursprünglich äußerst skeptisch gegenüberstanden. Ein Sprichwort der kenyanischen Kikuyu sagt: »*Guthiri mubea na muthungu*«, »es gibt keinen Unterschied zwischen dem Missionar (das Wort *mubea* kommt vom französischen *mon père*) und dem weißen Siedler«. Dem ersten christlichen Missionar in Kenia, dem Deutschen Johann Ludwig Krapf, der schon 1844 im Hafen von Mombasa an Land gegangen war, gelang es in elfjähriger Missionsarbeit gerade, einen Afrikaner zu bekehren, einen Invaliden, den er auf dem Totenbett taufte. Später konzentrierte sich die Missionierung auf entlaufene Sklaven, die, ihrer eigenen Gesellschaft entfremdet, für den neuen Glauben ansprechbarer waren, zumal der Übertritt zum Christentum auch Schutz vor Verfolgung durch die arabischen Plantagenbesitzer und Sklavenhalter versprach.

Vor allem im anglophonen Afrika schaffte die christliche Mission den Durchbruch erst mit der Schule. Mit der Forcierung

der Schule – »einer eigentlichen Fabrik zur Produktion von Christen«, wie ein kritischer Missionar sagt – geriet die Mission aber in eine verhängnisvolle Verstrickung mit eher irdischen Interessen. Die Schule war der Ort, an dem vermittelt wurde, was es brauchte zum Zugang zur Welt der Weißen, zur Geldwirtschaft, zur Mitgliedschaft in einer neuen afrikanischen Elite. Da Schule und Mission nahezu identisch waren (und teilweise immer noch sind), wurden Mission und Christentum zum Synonym für »Fortschritt« und Modernität, für den Reichtum, den die Europäer vorlebten, kurzum für »Zivilisation«.

Die Missionare selber machten ja auch kaum einen Unterschied zwischen ihrer religiösen und ihrer zivilisatorischen Mission. Die Überlegenheit der christlichen Religion und die Überlegenheit der westlichen Zivilisation waren für sie identisch und wurden nicht hinterfragt. Die Entfremdung durch die Religion ging deshalb in dieselbe Richtung wie die Entfremdung durch die Schule.

Durch ihre Verknüpfung mit der Schule und mit den Errungenschaften der westlichen Zivilisation wurde die Kirche in Afrika zu einer *Kirche der Reichen* (trotz ihrer guten Werke für die Armen). Die sozialen Schichten, die bereit waren, die Kolonisierung zu akzeptieren und zu ihrem eigenen Vorteil zu wenden, benutzten das Christentum als Vehikel für den sozialen Aufstieg. Das Christentum verschaffte ihnen, zusammen mit der Schule, Zugang zu den bescheidenen Jobs, für die die Kolonialverwaltung einheimische Kräfte einsetzte (und dadurch später fast automatisch Zugang zu den Spitzenpositionen im unabhängigen Staat), auch Zugang zu modernen Formen des Besitzes. Die Mau-Mau-Bewegung im Kenya der fünfziger Jahre war deshalb bezeichnenderweise vor allem ein Kampf heidnischer Kleinbauern gegen christliche Loyalisten, die sich auf die Seite der kolonialen Eroberer geschlagen hatten und entsprechende Privilegien genossen.

Die neuen Eliten – in Kenya hervorgegangen aus den Loyalisten und nicht etwa aus der Mau-Mau-Bewegung – geben sich denn auch betont christlich. »Die Regierung braucht die christliche Religion als Element politischer Kontrolle«, sagt ein Kritiker. Und die Kirche läßt es sich gefallen. Der katholische Bischof von Nyeri, Besitzer bedeutender Kaffeeplantagen, predigt seinen Gläubigen, einen Parlamentskandidaten zu wählen, der nicht nur gegen Scheidung und Polygamie, sondern auch für die Verteidigung des Privateigentums eintritt. Kenyas Vizepräsident Mwai Kibaki, seinerseits ein Katholik, revanchiert sich, indem er sagt: »Wir wollen keine fremden Ideologien, wir stehen auf dem Boden

des Christentums.« So gerät das Christentum zur Rechtfertigung des kapitalistischen Systems. Kirchliche und weltliche Eliten entwickeln eine gefährliche Interessenparallelität, in der eine Hand die andere wäscht.

Diese Kirche ist auf jeden Fall nicht eine *Kirche der Armen*. Die *Theologie der Befreiung*, wie sie Lateinamerika bewegt, ist ihr ein Fremdwort. Diese Kirche ist konservativ und staatsertreu. Sie hat Teil an den Privilegien der Macht und verteidigt deshalb die Privilegien der Macht. Die Kirchen sind nicht auf soziale Veränderungen aus, sie akzeptieren im allgemeinen fraglos die gewaltigen sozialen Unterschiede zwischen oben und unten, zumal ihre Hierarchien klar zur oberen Gesellschaftsschicht gehören. Nicht einmal vom Laster der Korruption sind diese Kirchen frei.

Nirgends ist die Kirche wohl so autoritätsbewußt und autoritätsgläubig wie in Afrika, und es trifft wohl auch zu, was ein Kritiker in Kenya formuliert hat: »Je mehr die Kirchen personell afrikanisiert werden, desto konservativer werden sie.« Die afrikanischen Geistlichen sind oft europäischer als die Europäer, päpstlicher als der Papst. Denn die Kirche war und ist für viele in erster Linie Mittel zum sozialen Aufstieg.

Eine Kirche der Armen und Unterdrückten finden wir hingegen im südlichen Afrika, genauer im ehemaligen Rhodesien und in Südafrika. Hier kleiden sich die sozialen Unterschiede in eine unterschiedliche Hautfarbe. Sie werden dadurch unübersehbar und unerträglich. Deshalb, so scheint es, können die Kirchen hier nicht schweigen, ob ihre Amtsträger nun hauptsächlich noch weißer Hautfarbe sind (wie bei den Katholiken) oder ob sie eher Einheimische sind (wie bei den Protestanten). In Rhodesien waren die Kirchen – oder doch zumindest Teile davon – geradezu instrumental für das Erkämpfen der Unabhängigkeit, und in Südafrika spielen sie heute dieselbe Rolle.

Obwohl einzelne Ortskirchen bereit waren, afrikanische Elemente – vor allem Tanz und Musik – in die Liturgie aufzunehmen, kommen die Kirchen insgesamt immer noch unglaublich westlich daher. Beispiel: Die protestantische *African Inland Church* amerikanisch-fundamentalistischer Tendenz erlaubt es den Leuten bis auf den heutigen Tag nicht, in der traditionellen Kleidung in die Kirche zu kommen. Die Pokot-Frauen im Norden Kenyas zum Beispiel müssen ihre Röcke aus Ziegenfellen und ihren reichen Glasperlenschmuck ablegen und werden in häßliche Gebrauchtkleider gesteckt, die fromme Seelen in den USA, da aus der Mode gekommen, gespendet haben. Oder: Bei den kenyanischen Sam-

buru ist das symbolische Zentrum menschlichen Gefühls nicht das Herz, sondern der Magen. Man hofft und fürchtet nicht mit dem »Herzen«, man liebt und betet mit dem »Magen«. Der zuständige Bischof hat jedoch beschlossen, seine Diözese dem heiligen Herzen Jesu und dem unbefleckten Herzen Mariae zu weihen.

»Geistliche Kolonie«, sagt der US-amerikanische Missionar Eugene Hillman über diese Kirche, »europäische Folklore-Religion statt Christentum.« Hillman vom katholischen Heilig-Geist-Orden ist einer der wenigen in Kenya, die Fragen stellen, die weh tun. Was ist davon zu halten, wenn italienische Missionare Afrikaner immer noch Pasquale oder Benedicto taufen, statt die afrikanischen Namen zu respektieren? Ist es richtig, in der Messe die aus dem Mittelmeerraum stammenden Symbole Brot und Wein zu gebrauchen, wenn sich zum Beispiel die Masai, unter denen Hillman lebte, von Milch und Blut ernähren und Honigbier trinken? Was soll der Kampf der Missionen gegen die Polygamie, wo doch die Einehe weniger eine christliche als eine altrömische Einrichtung ist? Eben darin, daß solche Fragen kaum gestellt werden, zeigt sich, wie sehr das Christentum zu einer *Verwestlichung der Seele* geraten ist.

Diese Fremdbestimmtheit wird auch dadurch deutlich, daß die afrikanischen Kirchen ohne finanzielle Unterstützung durch ihre »Mutterkirchen« nicht funktionieren könnten. »Die Kirche beruht auf einem europäischen Modell«, kritisiert Hillman, »sie ist entsprechend teuer. Sie kann nur von Regierungssubventionen leben, von Auslandsgeldern und vom Reichtum der neuen Elite.« Die afrikanischen Christen, so scheint es, haben die Werte der europäischen Zivilisation, die Erwartungen und Forderungen an einen westlichen Lebensstil und Lebensstandard mehr verinnerlicht als die christliche Botschaft, wie sie in der Bergpredigt zum Ausdruck kommt.

Die Verwestlichung der Seele ist freilich nicht vollständig, eher müßte man sagen, daß die Afrikaner als Resultat dieser Missionierung zwei Seelen in der Brust haben, eine westliche und eine afrikanische. Das Resultat ist oft schwierig. Wohl ist es dem Christentum gelungen, die traditionelle Moral weitgehend zu zerstören – aber es ist ihm kaum gelungen, eine neue, christliche Ethik an ihre Stelle zu setzen. Die christlichen Bemühungen haben eher zum weitgehenden Verlust jeder Moral geführt, gerade auch auf sexuellem Gebiet, das dem Christentum so sehr am Herzen liegt. In der traditionellen Masai-Gesellschaft zum Beispiel durften Unverheiratete miteinander sexuellen Verkehr haben, sofern dar-

aus keine Kinder entstanden. Heiraten durften die Männer erst, nachdem sie dem Stamm einige Zeit als Krieger und Viehhirten gedient hatten, was auch eine Kontrolle des Bevölkerungswachstums mit sich brachte. Im modernen, christlichen Kenya gelten solche traditionellen Regeln nicht mehr. Hingegen sind Prostitution und uneheliche Kinder an der Tagesordnung. Das Christentum als westliche Folklore-Religion hat traditionelle Gesellschaftsstrukturen zerstört, ohne etwas Neues, Gleichwertiges an ihre Stelle setzen zu können.

Das Festhalten an einer westlichen Folklore-Religion und die Verquickung mit den neuen Eliten bezahlen die »offiziellen« Kirchen allerdings mit einer Vielfalt von unabhängigen, einheimischen Kirchen. Allein in Kenya gibt es 250 registrierte christliche Kirchen (etwa 50 davon sind Bekenntnisse mit einer europäischen oder amerikanischen Basis). Im südlichen Afrika sind es noch viel mehr. Diese Kirchen, obwohl manchmal ziemlich merkwürdig und sektiererisch, sind der lebendige Beweis, daß sich die afrikanische Seele so leicht nicht verwestlichen läßt. Sie sind ein – manchmal eher ungeschickter – Protest gegen die Gleichsetzung von Christentum und westlicher Zivilisation, und sie sind ein Protest gegen das offizielle Christentum als Kirche der Reichen.

Oft sind diese Kirchen kleine Gruppierungen, die sich um einen vermeintlichen Propheten herum bilden und rasch wieder auseinanderbrechen. Es gibt aber auch durchaus ernstzunehmende unabhängige Kirchen von historischer Konstanz und erstaunlicher Ausbreitung. Die größte einheimische Kirche Afrikas ist die »Kirche Jesu Christi auf Erden durch den Propheten Simon Kimbangu«, kurz die Kimbanguisten-Kirche. Die Kimbanguisten zählen hauptsächlich in Zaire fünf Millionen Anhänger. Sie werden heute geleitet von Joseph Diangienda, einem Sohn des Propheten Kimbangu, der nun selber als Prophet verehrt wird.

Als wir die Kimbanguisten-Kirche in Kinshasa besuchen, wird gerade der Geburtstag von Joseph Diangienda gefeiert. Zu Ehren des Propheten wird abends eine Art religiöses Laientheater aufgeführt. Gespielt wird Diangiendas Geburt. Nachbarn und Freunde eilen herbei, ahnen schon die Bedeutung des freudigen Ereignisses. Weihnachtslieder erklingen, die Geburt des Propheten wird mit der Geburt Christi verglichen (ohne daß Diangienda wie die Propheten in manchen anderen Kirchen behauptet, der Messias zu sein). Dann mimen die Schauspieler die Leiden der Kolonialzeit und der Zwangsarbeit. Sie hacken und hämmern, sie ziehen Schiffe den Kongolauf hinauf, sie stöhnen und ächzen:

»Wir Schwarzen, unablässig müssen wir Schwerarbeit leisten.« Da fällt einer hin, krank, entkräftet, dann ein zweiter, ein dritter: die Grippe-Epidemie von 1918. Heidnische Heilungs- und Beschwörungsversuche helfen nichts, wecken nur Belustigung unter den Zuschauern. »Herr, was haben wir getan, daß wir sterben müssen«, rufen die geplagten Menschen.

Das sind Szenen aus der Gründungszeit der Kimbanguisten-Kirche. 1918 war nicht nur ein Jahr schwerer Leiden und Krankheiten, nicht nur das Geburtsjahr des Kirchenführers Diangienda, sondern auch das Jahr, in dem der große Prophet Simon Kimbangu, Diangiendas Vater, seine ersten Visionen hatte. 1918 begann die erstaunliche Geschichte dieser religiösen Bewegung, die für Hunderte von afrikanischen Kirchen stehen kann, die meisten freilich an religiöser Disziplin übertrifft.

Das Wirken von Simon Kimbangu war nur kurz: Am 6. April 1921 trat der Prophet mit einer Krankenheilung erstmals an die Öffentlichkeit; am 21. September desselben Jahres wurde er von der belgischen Kolonialmacht verhaftet und nie mehr in die Freiheit entlassen. Trotzdem schlug Kimbangus Berufung wie eine Bombe ein. Die christliche Botschaft, bisher von weißen Missionaren in Formen verbreitet, die den Leuten fremd und kolonial vorkommen mußten, hatte plötzlich eine afrikanische Inkarnation erfahren. N’Kamba, Kimbangus Heimatdorf am unteren Kongolauf, wurde fast über Nacht zum Zentrum einer Bewegung, die sich ausbreitete wie ein Buschfeuer. Die Kolonialbehörden mochten Kimbangu einsperren (der Prophet starb 1951 im Gefängnis von Lubumbashi), sie mochten sein Heimatdorf N’Kamba, das zum »neuen Jerusalem« geworden war, dem Erdboden gleichmachen, sie mochten die nahen heiligen Quellen militärisch abriegeln – gegen Kimbangus Botschaft war kein Kraut gewachsen. Bis 1957 deportierten die Belgier mehr als 100 000 Kimbangu-Anhänger. Sie erreichten damit aber nur, daß sich der Glaube um so schneller ausbreitete. Als die Kimbanguisten nach der Unabhängigkeit aus dem Untergrund auftauchten, erwiesen sie sich als starke Glaubensgemeinschaft, mit der weder Katholiken noch Protestanten etwas anfangen konnten. Diangienda gründete deshalb eine eigene Kirche, die später auch Mitglied des Weltkirchenrats wurde.

Zwei Dinge erklären wohl den durchschlagenden Erfolg der neuen christlichen Kirche. Christus war in den Lehren der Missionare ein Weißer, ein Fremder geblieben. Kimbangus Auftreten als christlicher Prophet brachte da eine entscheidende Wende: Die christliche Botschaft wurde plötzlich afrikanisch und »schwarz«.

Der christliche Gott hatte mit Kimbangu einen Afrikaner dazu ausersehen, den Glauben zu verkündigen und die Wunder Christi auf afrikanischem Boden zu wiederholen. Da leerten sich sofort die Kirchen der weißen Missionare.

Dazu hatte die Kimbanguisten-Bewegung auch deutliche anti-koloniale (aber niemals rassistische) Züge. Die Kimbanguisten – und auch viele andere unabhängige Kirchen, die bezeichnenderweise im südlichen Afrika besonders verbreitet sind – können geradezu als geistliche Widerstandsbewegungen gegen die koloniale Unterdrückung gewertet werden. Kimbangu und seine Nachfolger mußten das nicht einmal aussprechen: Für ihre Anhänger war klar, daß Emanzipation von der Gängelung durch weiße Missionare auch Emanzipation von der weißen Kolonialherrschaft bedeutete. Die Laienspiele, wie sie von den Kimbanguisten aufgeführt werden, belegen noch heute diesen Zusammenhang zwischen Erlösung durch den Glauben in seiner afrikanischen Gestalt und Erlösung vom Joch der Fremdherrschaft.

Gerade bei der Kimbanguisten-Kirche ist allerdings erstaunlich, wie zurückhaltend eigentlich afrikanische Elemente verwendet werden. Stammesspezifische Bräuche sind völlig ausgeschaltet, was auch die weite Verbreitung der Kirche über Zaire hinaus erklärt. Sehr strikt ist die Moral der Kimbanguisten. Die Polygamie wird, im Unterschied zu vielen anderen unabhängigen Kirchen, ebenso kompromißlos abgelehnt wie in den »offiziellen« Kirchen. Die Kimbanguisten dürfen nicht rauchen, keinen Alkohol trinken und auch nicht tanzen. Dieser rigorose Moralkodex deutet auf den protestantisch-puritanischen Ursprung der Kirche: Simon Kimbangu war ursprünglich von angelsächsischen Baptistenmissionaren unterrichtet und getauft worden.

Auch die langen Gottesdienste der Kimbanguisten sind spartanisch einfach. Kultgegenstände werden keine verwendet. Der Sonntagsgottesdienst beginnt um neun Uhr morgens und dauert bis zum Einbruch der Dunkelheit. Im Mittelpunkt steht zunächst der Gesang. Reihum stimmen die Chöre aus den verschiedenen Pfarreien von Kinshasa, die zum zentralen Gottesdienst mit dem Propheten erschienen sind, ihre mächtigen Gesänge an. Die Kimbanguisten kennen Hunderte von religiösen Liedern, die den eigentlichen Inhalt des Glaubens verkünden. Die meisten sind von selbst entstanden, spontan aus der Eingebung der Gläubigen. Sie erscheinen zuerst oft »in fremden Zungen«, in einer unverständlichen Sprache, die dann mit der Zeit von den Gemeindegliedern interpretiert und adaptiert wird.

Eine Blechmusik bringt zunehmend Schwung in die vieltausendköpfige Gemeinde. Das dröhnt und scheppert in schmissigen Rhythmen, fast etwas Karneval, fröhlich und stimulierend. Die Blechmusik leitet über zum eigentlichen Höhepunkt des Gottesdienstes, zur Kollekte, zum Geldsammeln. Vor der einfachen, rundum offenen Kirche bilden die Leute Schlangen, wie in einer Polonaise gehen sie hintereinander her, drehen Kreise und Figuren, gehen dann in die Kirche hinein, einer hinter dem anderen, vorbei am Propheten, und legen ihre Geldscheine in bereitstehende Schalen.

Diangienda empfängt unterdessen die Gläubigen, die sich vor ihm auf die Knie werfen – man spricht nicht stehend mit dem Propheten – und ihm ihre Sorgen unterbreiten. Kranken legt Diangienda die Hand auf und gibt ihnen heiliges Wasser aus N’Kamba zu trinken. Viele sollen so schon Linderung und Heilung erfahren haben. Vertrauensleute zählen die Geldscheine, die gleich kübelweise abgeliefert werden. Bei einem solchen Gottesdienst kommen an die 20 000 Mark zusammen, alles in kleinen Scheinen.

Diese Kollekten garantieren der Kimbanguisten-Kirche ihre finanzielle Unabhängigkeit, eine ihrer großen Stärken. Die Kimbanguisten sind nicht auf Spenden von Gläubigen im fernen Europa angewiesen. In Gemeinschaftsarbeit und mit den Sonntagskollekten, die mit ihrem rhythmischen Schreiten wohl auch Ersatz für das verbotene Tanzen bieten, bauen die Kimbanguisten eigene Schulen, Spitäler und Kirchen; es reicht auch noch für einen Mercedes für den Propheten. Die Kimbanguisten sind finanziell unabhängig, obwohl sie eine Kirche der armen Leute sind. Die Oberschicht geht in die offiziellen Kirchen, die gewöhnlichen Leute, die von der neuen Welt der »Zivilisation« verstoßen wurden, die vom neuen Reichtum ausgeschlossen blieben, die es, wie ein Missionar sagt, »verpaßt haben, auf den Zug der modernen Bildung aufzuspringen«, sind es, die die Ränge der unabhängigen Kirchen füllen. In diesem Sinn sind die unabhängigen Kirchen tatsächlich Kirchen der Armut.

Aber in politischer Hinsicht haben diese Kirchen ihre Virulenz verloren. In der Kolonialzeit war die Kimbanguisten-Kirche für die Belgier eine echte Bedrohung, sie war ein Protest gegen die koloniale Unterdrückung. Aber seit sich soziale Ungerechtigkeit und politische Unterdrückung nicht mehr in der Hautfarbe manifestieren, seit auch Leute aus der eigenen Gesellschaft zu den einst den Belgiern vorbehaltenen Privilegien aufsteigen konnten, sind auch die unabhängigen Kirchen (von Ausnahmen abgesehen) brav und staatserhaltend geworden. Sie bedeuteten offenbar

mehr einen kulturellen als einen politischen Aufstand gegen die in der Kolonialzeit aufgezwungene Verwestlichung bis hin zur Seele.

Der Islam hat der afrikanischen Seele wohl weniger angetan als das rabiate Christentum der Kolonialzeit. Eine erste Kolonialisierung – die gelegentlich auch mit Feuer und Schwert erfolgte – bedeutete die Islamisierung zwar auch. Aber insgesamt ist das Missionsverständnis des Islam doch weniger aggressiv. Während es im Neuen Testament heißt: »Darum gehet hin und machet zu Jüngern alle Völker (Matthäus 28, 19)«, sagt der Koran: »Und hätte dein Herr seinen Willen erzwungen, wahrlich, alle, die auf Erden sind, würden geglaubt haben insgesamt. Willst du also die Menschen dazu zwingen, Muslime zu werden? (Sure Yunis)«. Und an anderer Stelle heißt es bezüglich Christen und Juden: »Wetteifert daher miteinander in guten Werken.«

Der Islam erwies sich in Afrika als viel anpassungsfähiger als das (offizielle) Christentum. Lokale Bräuche und auch Elemente der angestammten Religion fanden Eingang in den Islam, der südlich der Sahara zu einem »schwarzen Islam« mit eigenem Gesicht wurde. Der Islam bedeutete auch einen weniger starken Eingriff in die vorhandenen Gesellschaftsstrukturen als das Christentum, und er hatte insbesondere Raum für die in Afrika weitverbreitete Polygamie.

Zahlenmäßig ist der Islam mit einem Anteil von rund einem Drittel der Bevölkerung südlich der Sahara (ohne Südafrika) die bedeutendste Religion des Kontinents. Aber sein Anteil an der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung des Kontinents nach der Unabhängigkeit entsprach diesem Bevölkerungsanteil kaum. Der Grund liegt darin, daß der Islam nicht, wie das Christentum durch die Schule, Zugang zur modernen Welt der westlichen Zivilisation verschafft. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit hatte das islamische Afrika einen Bildungsrückstand auf das christliche Afrika, es hatte weniger Leute, die befähigt waren, das koloniale Erbe zu verwalten. So war der Präsident des überwiegend islamischen Senegal, Léopold Senghor, ein Katholik. Das Übergewicht der christlichen Ibo in der Verwaltung des nachkolonialen, mindestens zur Hälfte islamischen Nigeria war ein Hauptgrund für den Ausbruch des Biafra-Krieges.

Auch wirtschaftlich war das Afrika des Islam zur Zeit der Unabhängigkeit geschwächt. Durch den kolonialen Eingriff hatten die islamischen Gebiete, die sich auf den südlich an die Sahara anschließenden Großraum konzentrierten, wichtige Einnahme-

quellen verloren, insbesondere den Sklavenhandel und den Karawanenhandel durch die Sahara. Eine neue Dynamik entwickelte der Islam erst mit dem Boom für das arabische Öl in den siebziger Jahren. Libyen und Saudiarabien förderten die Sache des Islam – freilich mit unterschiedlichen Vorzeichen – mit Milliarden von Petrodollars. Nicht zuletzt dank dieser Spritze erwachte der Islam zu neuem Selbstbewußtsein. Fundamentalistische Strömungen wie sie im arabischen Raum und im Iran virulent sind, blieben aber Ausnahmeerscheinungen (der nördliche Sudan gehört in diesem Zusammenhang zum arabischen Raum).

Das ideale Vehikel zur Adaptierung an die Werte der westlichen Zivilisation blieb freilich das Christentum in seiner offiziellen Form der westlichen Folklore-Religion. Dieses Christentum war es, das, im Verbund mit der Schule, Zugang zu den Segnungen der modernen Welt der westlichen Zivilisation verschaffte. Es hatte damit wesentlichen Anteil an der Verinnerlichung der kolonialen Werte durch die Kolonisierten, die immer noch große Teile der afrikanischen Eliten prägen und ihre Entwicklungsvorstellungen und Erwartungshaltungen bestimmen. Bildung – Christentum – Reichtum – das ist Afrikas neue Dreifaltigkeit.

13. Die fehlgeleitete Politik – zum Beispiel Uganda

Die mangelnde Widerstandskraft gegen natürliche Katastrophen, die strukturelle Ernährungs- und Wirtschaftskrise, die wirtschaftliche Sackgasse der Modernisierung, die soziale Krise, verursacht durch Bevölkerungswachstum und Verstädterung – all das würde nach einer starken, der Dringlichkeit der Probleme angemessenen Politik rufen.



Der Politik obläge es, die sozialen und wirtschaftlichen Kräfte Afrikas so zu bündeln, daß die Lebensbedingungen der Bevölkerung sich nachhaltig und im Einklang mit dem ökologischen Rahmen verbessern könnten.

Leider gibt es solche Politik höchstens in Ansätzen. Afrikas Politiker sind – wie die meisten Politiker – in erster Linie damit beschäftigt, ihre Machtbasis zu konsolidieren und in vielen Fällen zum eigenen materiellen Vorteil zu nutzen. Dabei ist nicht entscheidend, ob die Regierungssysteme Demokratien nach westlichem Muster, mehr oder weniger autoritäre Einparteienstaaten oder Militärdiktaturen sind.

Natürlich ist es schwierig, wenn nicht unmöglich, Aussagen zur Politik zu machen, die für den ganzen Kontinent Gültigkeit haben. Es gibt aber Konstanten in der afrikanischen Politik, die weit verbreitet sind und die von den Grundmustern der westlichen Demokratien abweichen.

Um solche Grundzüge herauszuarbeiten, wollen wir uns des Beispiels von Uganda bedienen. Zwar sind die Exzesse und die Scheußlichkeiten, die Ugandas neueste Geschichte prägen, nicht unbedingt typisch für Afrika. Sie zeigen allenfalls die Extremformen auf, die politische Auseinandersetzungen annehmen können. Aber gerade in dieser extremen Zuspitzung werden die verschiedenen Vektoren, deren Zusammenspiel afrikanische Politik bewegt, am deutlichsten. Wir wollen deshalb im folgenden versuchen, das komplizierte Räderwerk der ugandischen Politik in seine wichtigsten Bestandteile zu zerlegen, wobei wir uns bewußt sind, daß damit sozusagen das dreidimensionale Phänomen Politik auf zwei Dimensionen reduziert wird.

Aus europäischer Sicht werden Konflikte in Afrika immer wieder ausschließlich oder doch überwiegend als ethnische Konflikte, als Stammesgegensätze verstanden und dargestellt. Aber das ist eine monokausale Erklärung, eine grobe Vereinfachung, die der Wirklichkeit nicht gerecht wird. Der Tribalismus ist vielmehr nur eines von vielen Bezugssystemen, deren Zusammenwirken afrikanische Politik so kompliziert und manchmal auch so gewalttätig macht.

Schon der Begriff »Stamm« wird in Europa ungenügend verstanden. Der Stamm ist nicht nur negativ eine primitive, überholte gesellschaftliche Organisation, die der Bildung moderner Nationalstaaten im Weg steht und immer wieder zu blutigen Konflikten führt. Der Stamm bedeutet auch positiv soziale Sicherheit und geistige Heimat (im Unterschied zur Heimatlosigkeit, die

den Europäern im kulturellen Einheitsbrei der westlichen Zivilisation droht). Allerdings ergibt sich aus dem Zusammentreffen der Stammesloyalitäten mit dem modernen Gemeinwesen ein Konfliktfeld, das sich manchmal gewaltdtätig entlädt. Meist ist es aber erst der Mißbrauch von Stammesloyalitäten durch die Politiker, der zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führt.

Auch »moderne« Afrikaner neigen dazu, die positiven Aspekte der Stammeskultur aus Angst vor dem vorhandenen Konfliktpotential zu negieren. »Es gibt nur noch Kenyaner«, heißt die offizielle Devise in Kenya, obwohl das ganz offensichtlich nicht zutrifft. Der *ethnische Faktor* ist aber gerade deshalb so virulent, weil er nicht anerkannt und damit in ein Schattendasein abgedrängt wird. Die Afrikaner müssen zuerst ihre ethnische Identität akzeptieren, bevor sie zu einer nationalen Identität finden können. Es gilt, die Stammeskultur zu transzendieren, nicht sie zu leugnen.

In Uganda sind die Stammesgegensätze allerdings besonders kraß. Die Völker im Norden des Landes – zum Beispiel die Langi, die Acholi, die Lugbara, die Kakwa – gehören zur nilotischen Volksgruppe, die Völker im Süden und im Westen – zum Beispiel die Baganda, die Banyankole, die Banyoro, die Basoga – sind Bantu. Nicht nur verschiedene Stämme, sondern zwei verschiedene Rassen, an ihren Körpermerkmalen deutlich unterscheidbar, siedeln in Uganda.

Die Niloten und die Bantu Ugandas haben traditionell eine völlig unterschiedliche soziale Organisation. Die Bantu kannten erstaunlich durchorganisierte und zentralistische Königreiche – Buganda, Bunyoro, Toro, Ankole, Busoga – mit stark entwickelten Hierarchien. Die nilotischen Völker dagegen sind egalitäre, nur schwach organisierte Gemeinschaften. Es gibt tatsächlich nichts außer der kolonialen Vergangenheit, was Niloten und Bantu in Uganda verbindet. Sogar die traditionellen Konflikte spielten sich nicht so sehr zwischen den beiden Volksgruppen ab. Vielmehr lieferten sich die Bantu-Königreiche untereinander ständige Kriege um die Vormachtstellung im südlichen und westlichen Uganda.

Soziale Faktoren verschärfen noch das ethnische Konfliktpotential. Das Nord-Süd-Gefälle zwischen Niloten und Bantu ist auch ein *Wohlstandsgefälle*. Wenn man sagt, daß Uganda ein reiches, fruchtbares Land mit ungeahnten landwirtschaftlichen Möglichkeiten sei, so trifft das nur auf die südliche Hälfte oder auf die südlichen zwei Drittel des Landes zu. Der Norden von Uganda ist viel trockener als der Süden und damit weniger fruchtbar. Wenn man vom Viktoriasee nach Norden fährt, kann man buchstäblich

zusehen, wie die Vegetation spärlicher und die Menschen ärmer werden und auch wie der nilotische Landesteil entwicklungsmäßig zurückgeblieben ist.

Dem Wohlstandsgefälle entspricht ein *Bildungsgefälle*. Die Kolonialmacht und auch die Missionen konzentrierten sich zunächst auf die leichter zugänglichen Bantu und besonders auf das Königreich Buganda. Das mächtige Buganda mit seinem relativen Reichtum und seinem hohen Grad an sozialer Organisation hatte ja auch die Briten an den Viktoriasee gelockt; Kenya war ihnen lang nur ein lästiges Hindernis auf dem Weg nach Buganda. So konzentrierten sich auch die Bildungsanstrengungen auf die Baganda, die ohnehin meist gut mit den Kolonisatoren zurechtkamen. Der Norden blieb auch schulmäßig vernachlässigt.

Hingegen war es ganz selbstverständlich, daß die Engländer ihre Soldaten im armen Norden rekrutierten. Die reichen und gebildeten Baganda hatten es nicht nötig, sich gegen schnöden Sold als Kanonenfutter an die Engländer zu verdingen.

Im letzten Jahrhundert waren die Baganda ein sehr kriegerisches Volk, aber in diesem Jahrhundert ging die militärische Vorherrschaft an den Norden über. Die Briten überließen dem unabhängigen Uganda eine Armee, in der die nördlichen Völker, vor allem die Langi und Acholi, den Ton angaben. Nun hatte der Süden den Reichtum des Landes, aber der Norden hatte die Gewehre, sich diesen Reichtum zu holen – eine gefährliche Konstellation.

Solche Vorgänge haben mit der *kolonialen Vergangenheit* zu tun. Ein Vierteljahrhundert nach der Unabhängigkeit der meisten Länder Afrikas kann man gewiß nicht mehr alle Mißstände und Probleme des Kontinents mit der kolonialen, fremdbestimmten Vergangenheit erklären und entschuldigen. Aber das Zusammenleben verschiedener Völker in Grenzen, die sie nicht selber gewählt haben – und im Fall Ugandas auch nie selber gewählt haben würden –, sondern die von den Kolonialmächten ohne jede Rücksicht auf die Zugehörigkeit der Menschen gezogen wurden, ist natürlich eine ungünstige Voraussetzung für den Aufbau einer Nation. Die Kolonialherrschaft hat insbesondere die ethnischen Gegensätze oft noch verschärft, indem sie die eine Gruppe förderte und die andere vernachlässigte, indem sie verschiedene Stämme gegeneinander ausspielte und tribale Strukturen als Herrschaftsinstrument benutzte und damit verfestigte.

Auch daß sich das Königreich Buganda als eine dominierende Macht mit einer starken eigenen Identität herauschälte, war zumindest teilweise das Resultat kolonialer Einwirkung. Buganda

genoß die aktive Unterstützung der Briten in den Machtkämpfen mit seinen Nachbarn, insbesondere dem Königreich Bunyoro. Die Vormachtstellung Bugandas sollte zu einer schweren Hypothek für das unabhängige Uganda werden: Das Königreich Buganda war ein Staat im Staat, reicher und mit einer besser ausgebildeten Bevölkerung als alle anderen Distrikte des Landes. Im Vergleich zu Buganda war Rest-Uganda nur noch ein Anhängsel, und so wurden diese Distrikte in der Kolonialzeit auch behandelt.

Mit dem kolonialen Erbe eng verbunden ist der *religiöse Faktor*, der im politischen Kräftespiel Ugandas fast so wichtig ist wie die ethnischen Grundsätze. Und zwar ist es in Uganda nicht der Gegensatz zwischen Islam und Christentum, der, wie in manchen westafrikanischen Ländern, eine dominierende Rolle spielt, sondern der Gegensatz zwischen protestantischen (genauer: anglikanischen) und katholischen Christen.

Von etwa 1860 an war der Islam am Hof von Kabaka (König) Mutesa präsent. Er war mit den arabischen Sklavenjägern und Elfenbeinhändlern aus Sansibar bis an den Viktoriasee vorgestoßen, und noch heute gibt es in Buganda eine islamische Minderheit. 1877 eröffnete die anglikanische *Church Missionary Society* (CMS) auf Wunsch des Kabaka eine Missionsstation in Kampala, und zwei Jahre später kamen auch die Katholiken nach Buganda. Es waren französische Weiße Väter, die sich als erste um das geistliche Heil der Baganda kümmerten. Alle drei Bekenntnisse buhlten um die Gunst des Kabaka und seiner Höflinge und spannen ihre Intrigen. Es kam zu eigentlichen Bürgerkriegen zwischen den verschiedenen Religionen, zuerst zwischen Christen und Muslims (die Christen behielten die Oberhand) und 1982 auch zwischen den Protestanten und den Katholiken (die Katholiken unterlagen).

Bald sprach man am Hof des Kabaka von einer *Ingleza*-Partei und einer *Fransa*-Partei, also einer »englischen« Partei der Protestanten und einer »französischen« Partei der Katholiken. Die Herkunft der Missionsgesellschaften zog auch Buganda in den Wettstreit unter den Kolonialmächten hinein. Die Gegensätze zwischen Protestanten und Katholiken waren so scharf, daß die Anhänger der verschiedenen Bekenntnisse geographisch voneinander getrennt werden mußten: Buganda wurde in protestantische und katholische Distrikte (counties) aufgeteilt, und eine Zeitlang gab es am Hofe des Kabaka einen protestantischen und einen katholischen *katikiro* (Premierminister).

Es ist klar, welche Fraktion die Unterstützung der Kolonialverwaltung hatte. Schon aus Angst vor den Franzosen, die mit den

Britten um die Vorherrschaft in Afrika wetteiferten, stellte sie sich gegen die katholische *Fransa*-Partei. Die Kluft zwischen den verschiedenen Bekenntnissen spaltete die Baganda nicht nur, sie gab auch den Protestanten einen Vorteil gegenüber den Katholiken. Das setzte sich fort bis in die Schulung der zukünftigen Eliten: Die Protestanten gingen in das renommierte *King's College*, die Katholiken in das *St. Mary's College*. Da die Katholiken von vornherein nicht hoffen konnten, in Staat und Verwaltung von Buganda Karriere zu machen, wählten sie vornehmlich Berufe wie Arzt, Anwalt, Professor. Politisch gesehen stellten die Katholiken in der sozialen Hierarchie Bugandas die Unterschicht dar, bildungsmäßig wurden sie zur Elite.

Die Spaltung zwischen Protestanten und Katholiken beschränkte sich nicht auf Buganda, sie zog sich durch das ganze Land und seine Völker hindurch. Als sich im Hinblick auf die Unabhängigkeit Ugandas die politischen Kräfte zu formieren begannen, waren es die unterschiedlichen religiösen Bekenntnisse, um die herum sich die Parteien bildeten. Die *Democratic Party (DP)* des Muganda Benedicto Kiwanuka war eine ausgesprochen katholische Partei; aus der Situation im monarchistischen Buganda heraus war die DP auch die Partei des kleinen Mannes, der Unterschicht. Der *United People's Congress (UPC)* des Langi Milton Obote aus dem Norden war klar die Partei der Protestanten. Um den Pol der Religionszugehörigkeit herum bildeten sich Allianzen, die die Stammeszugehörigkeit überstiegen; katholische Acholi und katholische Baganda neigten trotz des ethnischen Nord-Süd-Gegensatzes zur selben Partei.

So war es schließlich nicht eine ethnisch bestimmte Regierung, die aus den Wahlen für ein unabhängiges Uganda (1962) hervorging, sondern ausgerechnet eine Koalition zwischen einem nilotischen Langi aus dem Norden – Milton Obote mit seinem UPC – und einem Teil des Bantu-Königreichs Buganda, der monarchistischen Partei *Kabaka Yekka* (etwa: Allein der König), die aufgrund der historischen Bevorzugung der Monarchie durch die Briten protestantisch geprägt war. Und zwar siegte diese Koalition über einen anderen Muganda, Benedicto Kiwanuka und seine DP. Es waren also gerade nicht Stammesgegensätze, die an der Wiege der ugandischen Unabhängigkeit standen, sondern deren (vorübergehende) Überwindung.

Dieses Wahleresultat kam freilich nur mittels eines auch von den Briten gebilligten Tricks zustande. Das Königreich Buganda, verunsichert durch die demokratischen Tendenzen, die mit der Unabhängigkeit einhergingen, weigerte sich, an den Parlaments-

wahlen von 1962 teilzunehmen. Der Kabaka erreichte, daß die Delegierten Bugandas für das nationale Parlament nicht gewählt, sondern durch den *lukiko*, das Parlament von Buganda, bestimmt wurden. Im *lukiko* dominierte jedoch das protestantische Establishment und die monarchistische Partei *Kabaka Yekka*. Der *lukiko* entsandte keinen einzigen demokratischen Abgeordneten ins Landesparlament, und Kiwanuka, der später von Idi Amin ermordete Führer der DP, erhielt nicht einmal einen Parlamentssitz, da in seinem Heimatdistrikt Buganda nicht gewählt wurde.

Damit konnte Kabaka Yekka das Zünglein an der Waage zwischen dem UPC und der DP spielen. Obote war zwar ein Demokrat mit sozialistischen Neigungen, die Kabaka-Anhänger waren reaktionäre Monarchisten, aber eines hatten sie gemeinsam: die protestantische Konfession, die ja weitgehend auch als Bindeglied unter den UPC-Anhängern diente. Deshalb war ein Bündnis zwischen dem Langi aus dem Norden und dem monarchistischen Buganda logischer als ein Bündnis zwischen *Kabaka Yekka* und der DP. Kiwanuka war zwar ein Muganda, aber er war nicht nur anti-monarchistisch, demokratisch und aus der Unterschicht stammend, sondern auch noch katholisch. All das zusammen erwies sich als wichtiger als das ethnische Element.

Der Gegensatz zwischen Protestanten und Katholiken legt sich wie ein zweites Bezugssystem über die ethnischen Gegensätze. Der religiöse Faktor führte Kräfte aus verschiedenen Stämmen zusammen, er spaltete aber die einzelnen Stämme wiederum in politische Parteien. Die Religion wirkte als über-tribaler Faktor, aber das hatte nicht nur positive Folgen, weil die Konfessionszugehörigkeit auch wieder spaltete. Es gab jetzt zwei Spaltungssysteme, die quer zueinander lagen. Auf zwei verschiedenen Ebenen wurden jetzt Koalitionen möglich; auch die scheinbar unnatürlichsten, und möglich wurden auch alle Arten von Feindschaften.

Wichtig war bei dieser ersten Regierungsbildung freilich auch der *gesellschaftliche Faktor*, die (für Außenstehende oft schwer zu beurteilende) Stellung, die jemand in der traditionellen Stammesgesellschaft einnimmt. DP-Führer Kiwanuka war, wie wir gesehen haben, ein gewöhnlicher Muganda, der auf der Leiter der monarchistischen Hierarchie ganz unten stand. Das war entscheidend für seine politische Haltung und sein politisches Schicksal. Rebellenführer Yoweri Museveni wiederum, der 1986 aus den ugandischen Machtkämpfen als – vorläufiger? – Sieger hervorging, stammt nicht nur aus dem Westen, aus dem ehemaligen Königreich Ankole. Innerhalb der Banyankole gehört er zur Kaste

der Bahima. Das ist die viehzüchtende Oberschicht, die die Bantu-Ackerbauern unterworfen hatte (es handelte sich hier um denselben Gegensatz wie zwischen Tutsi und Hutu in Rwanda und Burundi). Das mag erklären, weshalb Museveni bei den Wahlen von 1980 sogar bei den eigenen Leuten in Ankole so schlecht abschnitt.

Das Verbindende zwischen dem UPC und den Buganda-Monarchisten hielt freilich nicht lange an. Aber es waren nicht die ethnischen Gegensätze, die den Konflikt aufbrechen ließen, sondern der persönliche Machtkampf zwischen Obote und dem Kabaka, bei dem es auch um die Autonomie des Königreichs Buganda ging. Obote beendete 1966 die Auseinandersetzung, indem er der Armee unter dem Kommando von Idi Amin Befehl erteilte, den Palast des Kabaka zu stürmen und den König ins Exil zu vertreiben. Zum ersten Mal hatte Obote damit den *militärischen Faktor*, die nackte Gewalt, in die politische Auseinandersetzung eingeführt, über den er später selber stürzen sollte.

Die Vertreibung des Kabaka und die Abschaffung der Bantu-Königreiche bedeutete einen Anschlag auf die kulturelle Identität und auf die politische Autonomie der Baganda. Damit verschärfte Obote den ethnischen Charakter des Konflikts; er hatte jetzt alle Baganda zum Feind, sowohl die DP-Anhänger als auch die Kabaka-Anhänger, mit denen er vorher eine Koalition gebildet hatte. 1980 stimmten die Baganda einmütig gegen Obote und für die DP, und Obote, der sich nur durch einen massiven Wahlbetrug noch einmal an die Macht mogeln konnte, regierte fortan in Kampala wie in Feindesland. Sein Machtinstrument war eine eigentliche Besatzungsarmee, die er aus dem Norden rekrutierte.

Erst nach seinem gewaltsamen Sieg über den Kabaka mauserte sich Obote zum überzeugten Sozialisten durch, indem er eine »Richtungsänderung nach links (*move to the left*)« propagierte und eine »Charta des gemeinen Mannes (*Common Man's Charter*)« vorlegte. Man darf daraus schließen, daß der *ideologische Faktor* in der Auseinandersetzung nicht so sehr im Vordergrund stand.

Nach der Aktion gegen den Kabaka geriet Obote in der Bevölkerung in die Minderheit. Er mußte seinem Regime, das zunehmend autoritärer wurde, Legitimität verschaffen, und dazu war ein ideologisches Mäntelchen gerade recht. Nach Obotes Rückkehr an die Macht war denn auch von Sozialismus nicht mehr die Rede. Wenn sich Obote die Unterstützung seiner UPC sichern wollte, die weitgehend mit dem protestantischen Establishment identisch ist, konnte er sich nicht allzu radikal gebärden. Auch

Yoweri Museveni ließ, einmal an der Macht, von seinen einst radikalen Überzeugungen nicht mehr viel durchblicken.

Trotz der Feindschaft, die sich Obote unter den Baganda zugezogen hatte, war es schließlich nicht der Nord-Süd-Konflikt, an dem er scheiterte. Obote wurde von einem Mann aus dem Norden gestürzt, von Idi Amin, einem Kakwa aus dem West-Nil-Distrikt, einem Angehörigen der kleinen Muslim-Minderheit, der auch ein Vertreter der ärmsten und am meisten benachteiligten Bevölkerungsschichten Ugandas war. Die Baganda bejubelten zunächst diesen Mann, dessen Feinde wiederum nicht die Bantu im Süden waren, sondern die Langi und Acholi im Norden, die das Rückgrat von Obotes Armee gebildet hatten (und nach 1980 wieder bilden sollten). Als sich aber abzeichnete, was für einem Terrorregime man da applaudiert hatte, fehlte in Uganda eine politische Kraft, die den Diktator wieder hätte loswerden können. Die Ugander konnten sich nicht zum Widerstand aufraffen und sahen tatenlos zu, wie immer mehr ihrer Mitbürger abgeschlachtet wurden.

Die Befreiung mußte von außen kommen. Tansania, provoziert durch Idi Amins Versuch, sich das tansanische Gebiet nördlich des Kagera-Flusses anzueignen, stürzte schließlich den Diktator, der von Libyen mit Waffen und Soldaten unterstützt wurde. So kraß – wenn auch sicherlich moralisch und politisch zu rechtfertigen – wie Tansanias Feldzug gegen Amin ist *ausländische Einflußnahme* selten. Aber hinter den Kulissen ist dieser Faktor in den schwachen Staaten Afrikas oft entscheidend. In Uganda hatten die Briten – und die Israelis – den Putsch von Idi Amin ermutigt, weil ihnen Obote zu sehr nach links abdriftete. 1980 segneten Commonwealth-Beobachter, darunter führend wiederum die Briten, die offensichtlich kraß gefälschten Wahlen ab, die Obote wieder an die Macht brachten. Sie verschafften Obote damit eine unverdiente Legitimität und machten sich mitschuldig an Ugandas zweitem Terrorregime. Auch genoß Obotes UPC lange die Unterstützung der deutschen Sozialdemokraten, während sich die CDU an die DP von Kiwanukas Nachfolger Ssemogerere hielt.

Wer gehofft hatte, daß der Schock des Amin-Terrors die ugandischen Politiker von ihren kleinlichen Streitereien geheilt hätte, sah sich enttäuscht. Die Ugander brachten nach Amins Sturz erneut nicht die Kraft auf, die geschenkte Freiheit zum Aufbau eines neuen Uganda zu nutzen. Unter den schwachen Präsidenten Lule und Binaisa brach die Koalition aller politischen Kräfte, die Amins Diktatur abgelöst hatte, rasch auseinander. Obotes UPC und in seinem Gefolge auch die DP wollten die Macht nicht teilen,

sie wollten den ganzen Kuchen und stürzten so das Land in ein neues Trauma.

Präsident Binaisa, der sich auf schamlose Weise die eigenen Taschen füllte, wurde schließlich von der Militärkommission des provisorischen Parlaments gestürzt, die von dem Obote-Mann Paulo Muwanga präsiert wurde und in der auch der spätere Präsident Yoweri Museveni saß. Damit spielten erneut die Waffen Schiedsrichter im komplizierten Kräftespiel der ugandischen Politik. Als Muwanga Ende 1980 Obote durch die gefälschten Wahlen wieder an die Macht brachte, griffen verschiedene Gruppen zu den Waffen, von denen sich die »Nationale Widerstand-armee« (*National Resistance Army, NRA*) des ausgetricksten Museveni als die stärkste erwies. Es kam zu einem eigentlichen Guerrillakrieg gegen das Obote-Regime mit verheerenden Folgen für die Zivilbevölkerung, vor allem für die Baganda im sogenannten Luwero-Dreieck nördlich und westlich der Hauptstadt.

Obote, der gegen die Mehrheit und insbesondere gegen die Baganda regieren mußte, errichtete ein Terrorregime, das in mancher Hinsicht noch schlimmer war als jenes von Idi Amin. Hatte Amin sozusagen selektiv die Leute umgebracht, die ihm für seine eigene Position gefährlich schienen, darunter fast die gesamte intellektuelle Elite des Landes, richtete sich der Obote-Terror gegen jedermann und insbesondere gegen die Baganda. Obote und Muwanga nutzten den militärischen Faktor auf ihre Weise: Sie machten die Disziplinlosigkeit der Armee zu einem eigentlichen Machtinstrument. Die Soldaten aus dem Norden, unterbezahlt oder gar nicht bezahlt, mußten ihren Lebensunterhalt mit dem Gewehr in der Hand verdienen. Unter der fremden Baganda-Bevölkerung, die zudem im Verdacht stand, die Rebellen zu unterstützen, erhielt die Disziplinlosigkeit der Armee System. Sie diente dazu, die Baganda einzuschüchtern und zu terrorisieren.

Es waren denn auch nicht die unterdrückten Baganda, die Obote im Juli 1985 vertrieben, sondern es war ein Konflikt unter den Soldaten des Nordens. Obote, zunehmend isoliert und dem Alkohol verfallen, förderte in der Armee allzu einseitig nur seine eigenen Langi, was den Unmut der bisher mit den Langi verbündeten Acholi hervorrief. Die Acholi unter Tito Okello, der Staatschef wurde, und Basilio Okello, der Armeechef wurde, vertrieben die Langi und besetzten die Hauptstadt.

Zweimal hintereinander hatten die Ugander jetzt mitansehen müssen, wie blutige Diktatoren Zehntausende ihrer Mitbürger abschlachteten. Aber auch nach Obotes Sturz gelang es ihnen

nicht, sich auf eine friedliche Nachfolge zu einigen. Zwar kam es nach monatelangen Verhandlungen in Nairobi zu einem Abkommen zwischen der Okello-Regierung und den Museveni-Rebellen, das aber auf dem Papier blieb. Die Acholi-Soldaten mochten die Hauptstadt, in der sie sich herumtrieben wie die Maden im Speck, nicht freiwillig verlassen und sich in ihre arme Heimat zurückziehen. Museveni vertrieb sie schließlich mit Gewalt und besetzte Ende Januar 1986 Kampala.

Der Sieg der NRA-Rebellen, die fast ausnahmslos aus dem Süden und dem Westen des Landes stammten, bedeutete in mancher Hinsicht so etwas wie die Rehabilitierung der Bantu-Völker aus dem Süden, die endlich die militärische Vorherrschaft des Nordens durchbrachen. Der Nord-Süd-Gegensatz zwischen Niloten und Bantu war im Laufe der Machtkämpfe im unabhängigen Uganda immer mehr hervorgetreten, und mit der Machtübernahme durch Museveni sah es ganz nach einem Sieg des Südens über den Norden aus – eine potentiell gefährliche Situation.

Museveni, bei seiner Vereidigung als Präsident 41 Jahre alt, brachte aber einige neue Elemente ins Spiel. Zum Erstaunen der Ugander vermochte er unter den NRA-Rebellen auch nach der Eroberung der Hauptstadt eiserne Disziplin durchzusetzen. Erstmals bei einem Machtwechsel wurde Kampala nicht geplündert. Selbst bei der schrittweisen Eroberung des »feindlichen« Nordens kam es zu keinerlei Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung. Die NRA-Soldaten, darunter viele noch im Kindesalter, nahmen keine Rache, und die ehemaligen Regierungssoldaten, die sich ergaben, wurden korrekt behandelt. Nachdem die Acholi-Soldaten unter den Bantu so schrecklich gewütet hatten, gab die schonende Behandlung, die nun die Bantu-Soldaten den Acholi widerfahren ließen, Anlaß zur Hoffnung auf eine dauernde Versöhnung.

Museveni legte auch die Parteien aufs Eis, deren Gezänk um Macht und Pfründen am Aufkommen der Diktatoren mitschuldig gewesen war. Ihm schwebte eine Art Basisdemokratie mit gewählten Dorfräten vor, und in den vier Jahren, die er als Frist für Neuwahlen gesetzt hatte, sollte sich der Gegensatz zwischen den traditionellen Parteien UPC und DP, die die Wahlen von 1980 noch völlig dominiert hatten, überleben. Freilich mußte auch Museveni den Parteien Tribut zollen, indem er ihre Vertreter in seine Regierung aufnahm.

Museveni ist der Vertreter einer neuen Generation, der manchen der alten Hypothesen der ugandischen Politik nicht mehr

unterliegt. Man muß abwarten, ob es ihm gelingt, die überkommenen Spaltungen zu überwinden.

In Uganda blockieren sich die verschiedenen Kräfte, die das gesellschaftliche Umfeld der Politik bestimmen. Es entsteht ein Patt. Nach welchen Kriterien auch immer die Politik sich zu organisieren versucht: Immer steht die eine Hälfte der Ugander der anderen Hälfte gegenüber. In dieser Situation entscheiden jeweils die Waffen, es entscheidet die Gewalt. Die Armee wird zum Schiedsrichter politischer Konflikte, mit dem Resultat, daß bisher immer die eine Hälfte der Ugander die andere Hälfte unterdrückte.

Was in Uganda – und auch in vielen anderen afrikanischen Ländern, die ihre Probleme weniger gewaltsam lösen – auffallend fehlt, ist eine übergeordnete Idee, eine übergeordnete Motivation, an der sich die Politik orientieren könnte. Das einzige Motiv der Politik und der Politiker ist die Aufteilung des nationalen Kuchens.

Das mag überall so sein. Aber in den westlichen Demokratien sind es mehr oder weniger genau unterscheidbare Interessengruppen, Schichten oder Klassen, die sich um die Verteilung des nationalen Kuchens streiten. Solche Schichten gäbe es in Afrika zwar auch. Die Kleinbauern oder das städtische Proletariat hätten durchaus gemeinsame, klassenspezifische Interessen. Aber sie haben kein Bewußtsein davon.

Die Loyalität der Afrikaner gilt nicht in erster Linie ihrer Schicht oder Klasse und auch nicht der Nation, sondern der Großfamilie, dem Clan, dem Stamm, die, wie wir gesehen haben, auch die sozialen Netzwerke bilden, die den Menschen materiellen und gesellschaftlichen Halt geben. Deshalb wird der schreiende Gegensatz zwischen der Armut der Massen und dem Luxus, den sich vielfach die Eliten leisten, nicht als so dramatisch empfunden. Ein Teil dieses Reichtums tröpfelt auf den Wegen der traditionellen Netzwerke bis zur Basis hinunter. Es findet Umverteilung statt, auch wenn es sich, von außen gesehen, mehr um Augenwischerei handelt.

Die Politiker, die sich zum Futtertrog drängen, müssen sich eine Massenbasis schaffen. Da es kein klassenspezifisches Bewußtsein gibt, an das sie appellieren könnten, müssen sie sich andere Loyalitäten und Solidaritäten dienstbar machen. Die Stammesloyalität drängt sich auf als Vehikel der Macht. Aber auch andere Loyalitäten werden aufgeboten, in unserem Beispiel namentlich die Religion, obwohl der Unterschied zwischen

Katholiken und Anglikanern an den Haaren herbeigezogen scheint.

Auf diese Weise vertiefen die Politiker oft die Gegensätze, die ihren Ländern ohnehin zu schaffen machen. Wie brisant Stammesloyalitäten sein können, zeigt das aufgeklärte Zimbabwe. Obwohl Premierminister Mugabe nun wirklich kein Stammespolitiker ist, gelang es ihm weder mit Gewalt noch mit gutem Zureden, in den Machtbereich seines Gegenspielers Nkomo einzudringen. Wo die Politiker die Stammesloyalitäten aber auch noch aufputschen, um sie als Machtbasis zu benutzen, entsteht ein gefährliches Konfliktpotential, das in den Bürgerkrieg und in den Massenmord führen kann.

Die Gefahr, daß Politiker im Kampf um die Macht traditionelle Loyalitäten mißbrauchen und damit explosive Gegensätze schaffen, erklärt zu einem guten Teil den Trend zum Einparteienstaat und zur Militärdiktatur, der auf dem Kontinent vorherrscht. Die Militärdiktatur unterdrückt (im besten Fall) die spalterischen Tendenzen in der Gesellschaft, die Einheitspartei löst sie auf, indem sie die Pfründen der Macht an die gesellschaftlichen Gruppen entsprechend ihrem Einfluß aufteilt.

Die afrikanischen Parteien haben denn auch im allgemeinen kein Programm. Sie sind Apparate zum Erwerb der Macht und ihrer Früchte, keine Instrumente gesellschaftlicher Organisation. Nichts Grundsätzliches unterscheidet Obotes UPC von Ssemogeres DP. Auch die Programme der drei großen nigerianischen Parteien sind austauschbar. Auch diese Parteien sind klar regionale Parteien, die an traditionelle Loyalitäten appellieren. Da aber die Wahlgesetzgebung in Nigeria vorschreibt, daß ein erfolgreicher Präsidentschaftskandidat überregionale Gefolgschaft haben muß, sind die Parteien gezwungen, über ihr Einflußgebiet hinaus nach Anhang zu suchen. Das gelang zur Zeit des Ölbooms am besten, indem man Loyalitäten kaufte: Man kooptierte lokale Größen aus anderen Regionen und versprach Teilhabe an den Pfründen der Macht. Dieses System war allerdings derart teuer und verlustreich, daß es ebenfalls in die Militärdiktatur führte.

Da sie dazu da sind, die wahren sozialen Gegensätze zu verschleiern, sind Afrikas Parteien außerordentlich vage, wenn es darum geht, ihre Ziele zu formulieren. »Entwicklung« wird jeweils genannt, degradiert zu einem völlig hohlen, sinnentleerten Begriff, der nur noch den Bau einer Schule oder einer Wasserversorgung als Belohnung für Wohlverhalten gegenüber den Herrschenden beinhaltet. In Kenya wurde die Kunst des lauten Nichts-Sagens auf die Spitze getrieben mit der Schaffung der offi-

ziellen Philosophie des »Nyayoismus«. *Nyayo* (Swahili für Fußstapfen) war das Schlagwort von Präsident Daniel arap Moi bei seinem Amtsantritt und bedeutete zuerst: in Kenyattas Fußstapfen folgen, später: in Moiss Fußstapfen folgen. Der Inhalt des »Nyayoismus«: Friede, Liebe, Einigkeit. (Nicht daß die Sprachblasen wie Freiheit, Demokratie, Marktwirtschaft, mit denen bei uns die Parteien auf Stimmenfang gehen, immer viel aussagekräftiger wären.)

Auch die ideologischen Bekenntnisse, denen Afrikas herrschende Eliten angeblich anhängen, sind oft nicht sehr ernst zu nehmen. Meist sind es nur Lippenbekenntnisse, die die wahren Machtverhältnisse und die wahren sozialen Gegensätze verschleiern sollen. Selbst wo sie ernst gemeint sein mögen, wie bei den jungen Offizieren, die in Ghana oder Burkina Fasso die Macht ergriffen, reichen die neuen Parolen nicht weit über die Hauptstadt hinaus und haben angesichts der allgemeinen Verelendung wenig reale Bedeutung.

Ähnliches gilt auch für die Stellung, die die Länder Afrikas im Ost-West-Konflikt einnehmen. Von Afrika aus gesehen, ist das nicht so wichtig. Die Allianzen sind austauschbar, wie sich im Fall vom Sudan, von Äthiopien oder Somalia gezeigt hat, und wenn es darauf ankommt, sind regionale Konflikte stets bedeutsamer als die Bündnisse mit den Großmächten. Es sind die Großmächte, die den Ost-West-Konflikt mit Gewalt nach Afrika hineintragen, die die Länder Afrikas zu einer Stellungnahme verpflichten und auf dem Rücken Afrikas ihre Einflußsphäre noch vergrößern wollen. Sie laden damit Afrika noch ein weiteres Element der Spaltung auf und tragen so zum Unglück dieses Kontinents bei.

Das alles soll nun aber nicht heißen, daß Afrika halt »noch nicht reif« sei für den Übergang zur modernen Nation oder gar zur Demokratie nach westlichem Muster. Es gibt zumindest ein Beispiel hoher politischer Reife: Tansania.

In Tansania hat es der ehemalige Präsident Julius Nyerere geschafft, eine Nation aufzubauen, die sich auch als solche fühlt. Nyerere hat erreicht, daß die Loyalität der Tansanier auch der Nation gilt, daß eine gemeinsame Solidarität über die Großfamilie und den Stamm hinaus sie verbindet. Bei allem wirtschaftlichen Mißerfolg findet Nyerere doch die Anerkennung seiner Mitbürger für diese Leistung, die – selten genug – auch einen freiwilligen und friedlichen Wechsel an der Spitze des Staates ermöglichte. Aber Nyerere war eben eine integre Figur, er stellte das Wohl der Nation über die eigenen Interessen.

Genau das ist es, was den meisten Angehörigen der herrschenden Eliten Afrikas fehlt: Integrität. Afrikas Führer lassen sich allzu leicht blenden von den Segnungen der Macht, vom Reichtum, den die Politik erschließt. Solange aber der persönliche Vorteil das Hauptmotiv der Politikerkaste bleibt, solange ist sie gezwungen, an die niederen Instinkte ihrer Mitbürger zu appellieren und falsche Loyalitäten zu mobilisieren. Es ist die Verantwortung der Herrschenden, wenn auf diese Weise der Tribalismus über die gemeinsame Nation den Sieg davonträgt, wenn Religion zum Machtinstrument degeneriert, wenn Spaltungstendenzen gefördert statt überbrückt werden. Die politischen Eliten Afrikas haben mehrheitlich versagt, sie haben die Chance der Unabhängigkeit zu ihrem eigenen Nutzen mißbraucht, statt sie für das Wohl des Gemeinwesens einzusetzen.

Zusammenfassung

1. In einem ersten Kapitel wird versucht, die heutigen Katastrophensituationen, die sich in Afrika häufen, die Dürren, die Hungersnöte, die Kriege und Bürgerkriege in eine *Perspektive* zu stellen. Die Tatsache, daß der Mensch sich nachweislich über Millionen Jahre hinweg im Ostafrikanischen Grabenbruch entwickelt hat – die einzige Weltgegend, in der diese Entwicklung nachgewiesen werden kann –, gibt Anlaß zur Hoffnung, daß die Katastrophen der Gegenwart vielleicht nicht das letzte Wort über Afrika sind. Die Salzkarawane in der Ténéré-Wüste zeigt, seit Jahrhunderten völlig unverändert, wie Afrika sich selbständige und unabhängige Lebensweisen bewahrt hat, die selbst unter extremen Bedingungen das Überleben der Art gewährleisten. Die unendliche Weite des Sudd im Südsudan steht für die natürliche Lebenskraft des Kontinents, freilich auch für die Gefährdung dieser Kraft durch unverantwortliche moderne Eingriffe wie den Jonglei-Kanal.

2. Auch in Äthiopien treffen wir auf langfristig angelegte Lebens- und Produktionsweisen, die bestens an die Umweltbedingungen angepaßt sind, die aber durch die Dürre Anfang der achtziger Jahre in eine tiefe Krise gestürzt wurden. Die *Hungersnot* von 1985, die durch den Bürgerkrieg in Eritrea und Tigre noch eine politische Dimension erhielt, war jedoch nur Symptom einer langfristigen *ökologischen Krise*. Tendenziell abnehmende Regenfälle, Bevölkerungswachstum und Erosion haben die tradierten Systeme aus den Angeln gehoben. Weite Gebiete von Wollo und Tigre sind bereits zerstört, und wirksame Rezepte gegen die zunehmende Aushöhlung der Umwelt gibt es kaum. Die Regierung versuchte, den Druck auf das Land durch die *Umsiedlung* von Hunderttausenden in fruchtbarere Gebiete im Süden und

Südwesten zu verringern, stieß damit aber auf massive internationale Kritik.

3. Die erneute Dürre im westafrikanischen Sahel-Raum war erst recht ein Zeichen des drohenden, teilweise bereits erfolgten *ökologischen Zusammenbruchs*. Produktion für den Export (Baumwolle, Erdnüsse) und für den Unterhalt der rasch wachsenden Städte haben die Umwelt noch zusätzlichen Belastungen ausgesetzt. Gemüsekulturen in der Trockenzeit, ermöglicht durch den Bau von kleinen Dämmen, die die Niederschläge der Regenzeit zurückhalten, zeugen zwar von der Innovationsfähigkeit und dem Lebenswillen der Sahel-Bewohner. Aber man muß sich unterdessen fragen, ob der Sahel nicht bereits »umgekippt« ist, ob er als Lebensraum für den Menschen überhaupt noch nutzbar ist. Solange diese Frage unbeantwortet bleibt, kann es auch keine Strategie zur Rettung der Sahel-Region geben.

4. Besonders betroffen von dem drohenden Zusammenbruch des Ökosystems in den Trockengebieten Afrikas zwischen Dakar und Djibouti sind die *nomadischen Viehzüchter*, die als einzige dieser schwierigen, äußerst kargen Umwelt eine Existenz abzutrotzen verstanden haben. Die Nomaden begegnen jedoch sowohl bei Regierungen wie bei Entwicklungsexperten zumeist großem Mißtrauen, gemischt mit Unverständnis und Arroganz. Die Rationalität ihrer Wirtschaftsweise wird nicht verstanden, und die Probleme, denen sich die Nomaden ausgesetzt sehen, werden allein ihrer angeblich überholten, auf Prestige basierenden Viehhaltung zugeschrieben. Dabei ist das Hauptproblem der Nomaden der Verlust an Mobilität durch moderne Grenzen und durch die Ausdehnung des Ackerbaus, die von außen kommen. Trotz der verbreiteten Verachtung für die nomadische Wirtschaft liegen keine Alternativen für die Nutzung der afrikanischen Trockengebiete vor.

5. Gerade gegenüber den gewaltigen ökologischen und menschlichen Problemen der afrikanischen Trockengebiete hat die *Entwicklungshilfe* weitgehend versagt. Wenn es möglich wäre, eine Bilanz zu ziehen, ergäbe sich wahrscheinlich, daß die Mehrheit der eingesetzten Gelder nutzlos verpufft oder gar nicht wiedergutzumachenden Schaden anrichtet. Als Begründung kann man anführen, daß Entwicklungshilfe zu viel Geld hat und zu sehr zum *Big Business* degeneriert ist. Die Präsenz der weißen Experten ist zu »fett«, und die Folgekosten für die Entwicklungsländer sind zu hoch. Neue Wege in Richtung auf intelligente Subventionen müßten gefunden werden. Entwicklungshilfe entmündigt und erstickt eigene Innovationsansätze im Keim. Sie ist unfähig,

aus ihren eigenen Fehlern zu lernen. Ein Programm zur Sanierung der Entwicklungshilfe müßte *weniger Geld, mehr Geduld* verordnen.

6. Trotz aller Entwicklungshilfe hat Afrika ein strukturelles, ständig wachsendes *Nahrungsmitteldefizit*, das den Kontinent politisch erpreßbar macht. Allerdings ist es – von Subsistenzkrisen infolge Dürre oder Überschwemmungen abgesehen – ein städtisches Nahrungsmitteldefizit: Die Bauern produzieren genug für sich selber, aber nicht genug für die Städter, die es überdies vorziehen, importierten Reis und Weizen zu konsumieren. Versuche, die Nahrungsmittelproduktion zu steigern, scheitern an der traditionellen Rationalität der Bauern, die auf *Sicherheit* und nicht auf Profit abstellt. Die Selbstversorgung wird abgesichert durch ein dichtgewobenes Netzwerk sozialer Beziehungen. Selbstversorgung und soziale Netzwerke verschaffen den Bauern ein hohes Maß an Unabhängigkeit und Freiheit, das die Geldwirtschaft noch nicht zu durchbrechen vermochte.

7. Die Bauern Afrikas sind aber durchaus bereit, über den Eigenbedarf hinaus für den Markt zu produzieren. Beispiele zeigen allerdings, daß sie äußerst empfindlich auf Veränderungen der Produktions- und Vermarktungsbedingungen reagieren. Die Bauern tendieren nach negativen Erfahrungen dazu, ihre Abhängigkeit vom Markt zu reduzieren und zunächst ihre Selbstversorgung sicherzustellen, bevor sie für den Markt und den Export produzieren. Diese Produktionsweise könnten wir *Subsistenz plus* nennen. Die *Subsistenz plus* bietet bei richtiger Stimulierung durch Preise, Warenangebot und zuverlässige Vermarktungsmechanismen ein großes Potential für Produktionssteigerungen, das es nur zu nutzen gilt. Trotzdem ist bei zunehmender Bevölkerung und abnehmenden Landreserven eine Intensivierung der Landwirtschaft unumgänglich.

8. Beispiele zeigen, daß es durchaus Möglichkeiten der *sanften Intensivierung* der Landwirtschaft gibt, die auf den Mitteln des eigenen Hofes beruhen (Terrassierung, Stallmist, Gründüngung, Anbau von Nutzholz). Das importierte und dazugekaufte Modernisierungspaket aus Dünger, Saatgut und Chemikalien dagegen macht wenig Sinn, weil die erzielte Mehrproduktion wieder durch den Zukauf der Inputs aufgefressen wird, während die Sicherheit abnimmt. Ein Blick in die europäische Geschichte zeigt, daß auch da die erste und entscheidende Agrarrevolution, die die chronischen Hungersnöte beendete, auf hofeigenen Mitteln beruhte (im Schweizer Mittelland zum Beispiel: die Kartoffel, Klee zur Verbesserung der Weide und Brache, ganzjährige Stallhaltung des

Viehs). In Afrika dagegen versucht man, eine industrielle Landwirtschaft in ein vorindustrielles Umfeld einzuführen.

9. Die Grüne Revolution hat in Afrika nicht gegriffen, weil sie in der egalitären kleinbäuerlichen Landwirtschaft weder von einer grundbesitzenden Klasse (Indien) noch von einem starken Staat (China) durchgesetzt werden konnte. Die *Staatsklasse* (seien es die Bürokraten oder die Profiteure der Klientelwirtschaft) hat wenig Kontrolle über die unabhängigen Kleinbauern. Um so mehr versucht die Staatsklasse, ihren Machtbereich auszudehnen. Über die Preispolitik, die Monopolisierung der Vermarktungsmechanismen und eine forcierte Industrialisierung melkt sie die Landwirtschaft. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land wird aber gemildert durch das Fortbestehen der traditionellen Netzwerke. Wenn es zu schlimm wird, reagieren die Bauern mit dem *Rückzug* auf die Selbstversorgung und verweigern die Mehrproduktion für den Markt und den Export. Trotzdem bleibt die Entwicklung geprägt von dem *Vorurteil zugunsten der Stadt*, dem die Eliten wie die Entwicklungsexperten unterliegen.

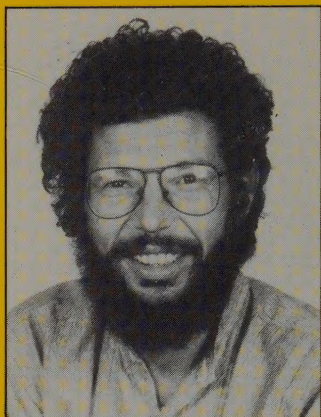
10. Afrikas Wirtschaft ist immer noch geprägt durch die alte Abhängigkeit vom *Export von Rohstoffen* für die Industrieländer (Fallbeispiel: die Erdnuß in Senegal). Eine *forcierte Industrialisierung* sollte diese Abhängigkeit durchbrechen, hat aber nur in eine neue Abhängigkeit geführt, nämlich in die *Überschuldung* (Fallbeispiel: Elektrizitätsproduktion in Zaire, Stahlindustrie in Nigeria). Die Industrialisierung hat, weil alles an ihr eingeführt werden mußte, Afrikas Importabhängigkeit nicht verringert, sondern noch erhöht. Die Verschuldung hat zum weitgehenden Verlust der Souveränität in Finanz- und Wirtschaftsfragen und zu einer Art *zweiter Kolonisierung* geführt.

11. Afrika ist *bildungssüchtig*. Doch die Bildung, die Afrika mit großem Nachdruck sucht, ist die falsche Bildung. Die Schule, die ganz dem westlichen Modell folgt, entfremdet, sie negiert das traditionelle Wissen und hat keinen Bezug zur Realität. Mit gewaltigen Kosten hat das unabhängige Afrika ein Schulsystem errichtet, das kaum produktive Effekte hat. Hingegen eignet sich dieses Schulsystem als gesellschaftliches *Verschleierungsinstrument*. Es entschuldigt die Privilegien der (gebildeten) Elite und gibt vor, Schulbildung könne jedermann zu materiellem Wohlstand verhelfen. Dabei gibt es schon jetzt keine Jobs für Afrikas Jugend.

12. Die westliche Bildung ist eng mit der westlichen Religion, dem Christentum, verbunden. Zusammen versprechen die beiden Zugang zu den materiellen Segnungen der Zivilisation. Die christliche Religion wird Vehikel des sozialen Aufstiegs, die

Kirche damit *Kirche der Reichen*. Sie bleibt deshalb auch weitgehend *westliche Folklore-Religion*. Gewissermaßen als Protestbewegung gegen diese Verwestlichung der afrikanischen Seele entstanden unzählige unabhängige Kirchen, die das Christentum »afrikanisieren« und die – als Kirche der Armen – vor allem bei den unteren Schichten Anklang finden.

13. Es wäre Aufgabe der *Politik*, sich der beängstigenden Probleme Afrikas wirksam anzunehmen. Aber Afrikas Politiker scheinen sich eher um die Mehrung ihrer persönlichen Macht und ihres persönlichen Reichtums zu kümmern. Eine Analyse der Entwicklung in Uganda zeigt, daß keineswegs nur ethnische Gegensätze hinter der oft tragischen Entwicklung seit der Unabhängigkeit der Länder Afrikas stehen. Aber weil ein Bewußtsein für schicht- (oder klassen-)spezifische Interessen weitgehend fehlt, mobilisieren die Politiker immer wieder *traditionelle Loyalitäten* wie das Stammesbewußtsein für ihre Zwecke und vertiefen damit die bestehenden Gegensätze. Afrikas Eliten mangelt es an Integrität, sie haben zu sehr nur ihre eigenen Interessen im Auge und sind damit verantwortlich für Afrikas Fehlentwicklung.



Andreas Bänziger war acht Jahre Korrespondent in Afrika. Er ist durch seine Berichterstattung im Zürcher »Tages-Anzeiger« und in der »Frankfurter Rundschau« den Lesern bekannt geworden.

Mit diesem Buch zieht Bänziger Resümee: Er vermittelt Einblick in konkrete afrikanische Wirklichkeiten, die weithin nicht geläufig sind. Er will Anstöße und Anregungen zu neuem Denken geben in einer Situation, die man am ehesten mit Ratlosigkeit umschreiben könnte: Ein Vierteljahrhundert

nach der Unabhängigkeit wissen die Afrikaner nicht mehr so recht, wohin die Reise gehen soll, und sogar den Entwicklungsexperten kommen Zweifel, ob sie die leichten Lösungen für die Probleme des »schwarzen Kontinents« wirklich zur Hand haben.

Trotzdem meint Bänziger, daß über Afrika noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Er zeigt Perspektiven auf: anschaulich, fundiert – kompromißlos: Ihm geht es um das Überleben eines Erdteils. Soll die Saat der Dürre aufgehen, muß dieses Buch diskutiert werden. Denn die »Hilfe«, die die westlichen Industrienationen Afrika zu leisten glauben, ist meist »Hilfe zur Selbsthilfe« – für uns.